Die Handelspolitik

der Balkanstaaten Rumänien, Serbien und Bulgarien, Spaniens und Frankreichs

in den letzten Jahrzehnten.

Berichte und Gutachten

veröffentlicht

vom

Verein für Socialpolitik.

Leipzig,

Verlag von Duncker & Humblot.

1892.

Die Handelspolitik der wichtigeren Kulturstaaten

in den letzten Jahrzehnten.

Dritter Band.

Schriften

des

Vereins für Socialpolitik.

LI.

Die Handelspolitik der wichtigeren Kulturstaaten

in den letzten Jahrzehnten.

Dritter Band.

Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1892.

Die Handelspolitik

der Balkanstaaten Rumänien, Serbien und Bulgarien, Spaniens und Frankreichs

in den letzten Jahrzehnten.

Berichte und Gutachten

veröffentlicht

vom

Verein für Socialpolitik.

Leipzig,

Verlag von Duncker & Humblot.

1892.

Inhaltsverzeichnis.

Vorrede.

Während die zwei ersten Bände, welche der Verein für Socialpolitik über die Handelspolitik der wichtigeren Kulturstaaten in den letzten Jahrzehnten veranlaßte (Band 49 und 50 der Vereinsschriften 1892), noch in dem Augenblicke erscheinen konnten, als die neu abgeschlossenen mitteleuropäischen Handelsverträge bekannt gemacht und in die Parlamente Deutschlands und der anderen beteiligten Staaten eingebracht wurden, verzögerte sich die Fertigstellung einiger der anderen einschlägigen Arbeiten aus Gründen, die schon in der Vorrede zum ersten Bande angegeben sind, um mehrere Monate. Ich bin heute so glücklich, den dritten Band abzuschließen, welcher die Handelspolitik der Balkanstaaten Rumänien, Serbien und Bulgarien, sowie der beiden größten romanischen Staaten, Spaniens und Frankreichs enthält, während die Handelspolitik Englands und seiner Kolonieen, aus der Feder von Herrn Prof. Dr. Fuchs aus Greifswalde, leider noch nicht druckfertig vorliegt. Ich hoffe, daß diese letztere Arbeit im Laufe des Sommers oder gegen den Herbst als besonderer Band der Vereinsschriften wird erscheinen und so unsere große Publikation passend wird abschließen können. Den dritten Band nicht bis zu dem Zeitpunkt liegen zu lassen, da ihm auch diese letztere Untersuchung eingefügt werden könnte, empfahl sich aus vielen Gründen. Voran steht das praktische Interesse, das man in Deutschland und Österreich an dem Abschluß neuer Handelsverträge mit den Balkanstaaten und Spanien hat. Sicher aber bleibt, — auch wenn diese Tagesfragen erledigt sind, der wissenschaftliche

Wert der vom Verein für Socialpolitik gesammelten Darstellungen ein erheblicher. Für längere Zeit werden die Bände 49, 50, 51 rc. unserer Schriften das wichtigste Werk bleiben, um sich über die Entwickelung der europäischen Handelspolitik von 1860—1892 zu orientieren. Allen Mitarbeitern und besonders den Herren Dr. M. Ströll, A. Gwinner und Dr. A. Devers sei hier nochmals der ergebenste Dank des Vereins ausgesprochen.

Berlin, 1. April 1892.

Gustav Schmoller.

I.

Die Handelspolitik

der

Balkanstaaten Rumänien, Serbien u. Bulgarien.

Von

Dr. Moritz Ströll,
Direktor der bayerischen Notenbank in München.

I. Rumänien.
II. Serbien.
III. Bulgarien.
IV. Schlußbemerkungen.

Das Ziffernmaterial nachstehender Abhandlung ist teils offiziellen rumänischen, serbischen und bulgarischen Quellen entnommen, teils verdanke ich dasselbe privaten Mitteilungen. Die bulgarischen Ziffern sind großenteils der Monographie Jirečecs entnommen. Von Litteratur citiere ich:

Matlekovits, Die Zollpolitik der österr.-ungarischen Monarchie, 1891.
Beer, Die österr. Handelspolitik im 19. Jahrhundert, 1891.
Dehn, Deutschland und Orient, 1884; Deutschland nach Osten, 1886.
Laveleye, Die Balkanländer, 1888.
Millet, La Serbie économique et commerciale, 1889.
Franz Josef Prinz von Battenberg, Bulgarien, 1891.
Jireček, Das Fürstentum Bulgarien, 1891.
Erras, Unser Handel mit den Balkanländern, 1891.

I. Rumänien.

Rumänien ist ein Staatswesen, das sich, unter der kraftvollen Leitung eines Fürsten von deutscher Abstammung, aus bescheidenen Anfängen zu bedeutender staatlicher und kultureller Höhe emporgerungen hat. Vor nunmehr 25 Jahren, als Karl von Hohenzollern den rumänischen Fürstenthron bestieg, war Rumänien nur dem Namen und der geographischen Lage nach ein Stück von Europa. In Wirklichkeit war diese südosteuropäische Grenzmark ein in trostlosen Verhältnissen stagnierendes, asiatisches Gebilde. Das Staatswesen zerrüttet vom Getriebe der politischen Parteien und unter türkischer Oberhoheit; die Finanzen verwirrt; die Verkehrswege und das Schulwesen völlig unentwickelt; die reichen natürlichen Hilfsquellen des Landes brachliegend; von industrieller Bethätigung keine Spur; die Grundbesitzverhältnisse völlig feudal; der landwirtschaftliche Betrieb ungenügend und veraltet. Heute ist Rumänien ein selbständiges, im europäischen Rat geachtetes Königreich mit einer weitsichtigen planvollen Regierung, mit einem Staatshaushalt, der sich im Gleichgewicht hält und das Vertrauen seiner Gläubiger besitzt; mit einer wohlorganisierten Armee und einem verhältnismäßig dichten Netz von Landstraßen und Eisenbahnen; mit einer zum Teil blühenden Landwirtschaft und sehr beachtenswerten industriellen Anfängen. Für eine so tiefgreifende Wandlung sind 25 Jahre wahrlich eine kurz bemessene Frist!

Diese Fortschritte verdankt das Land der Hauptsache nach zweierlei Ursachen:

der natürlichen Fruchtbarkeit seines Bodens und der geschickten, innern und äußern Verkehrs- und Handelspolitik seiner Regierung.

Daß in einem politisch zerrütteten und wirtschaftlich so wenig entwickelten Lande, wie es Rumänien bis gegen Ende der sechziger Jahre war,

nicht von einem blühenden Handel und noch viel weniger von einer zielbewußten Handelspolitik die Rede sein konnte, lag in der Natur der Dinge. Immerhin besaßen die Donaufürstentümer schon vor einem Menschenalter und noch länger verhältnismäßig beträchtliche Handelsbeziehungen. Sie verdankten dieselben ihrer glücklichen geographischen Lage längs der Donau und an der Meeresküste und ihren hervorragend günstigen natürlichen Produktionsbedingungen. Wertvolle Naturerzeugnisse: Brotfrüchte aller Art, Nutzpflanzen, Wein, Tabak, Produkte der Viehzucht und anderes lieferten die Donaufürstentümer in Hülle und Fülle. Es fehlte nicht an wertvollen Tauschgütern, die Rumänien den handeltreibenden Völkern Mittel- und Westeuropas hätte anbieten können, um sich dagegen die Industrieerzeugnisse der letzteren einzuhandeln.

Es ist eine bekannte Thatsache, daß Österreich und in zweiter Reihe Deutschland noch vor einem Menschenalter, teils über Triest, teils über den länderverbindenden Wasserweg der Donau den Handelsverkehr mit den Balkanländern fast ausschließlich vermittelten. Nach Wien, Triest und Leipzig liefen die Fäden des Orienthandels hin und zurück. Der Wettbewerb der seefahrenden Nationen, der Franzosen und Engländer, war noch kein übermäßiger. Noch waren das schwarze Meer und die Donaumündungen unerschlossen und in russischer Gewalt. Damals wäre es Aufgabe einer weitsichtigen deutschen und österreichischen Verkehrspolitik gewesen, die Donau zu einem deutschen Strom zu machen, durch Beseitigung der Schiffahrtshindernisse und durch Anbahnung staatlicher und wirtschaftlicher Freundschaftsverhältnisse zu den Balkanländern. Bekanntlich blieb diese Aufgabe unverstanden und unerfüllt. Man überließ es den Söhnen und Enkeln, unter schwierigeren Verhältnissen nachzuholen, was damals relativ mühelos erreichbar gewesen.

Der Krimkrieg und der ihn abschließende Pariser Friede 1856, ferner die mehr und mehr zur Anwendung gelangende Verwendung der Dampfkraft im Seeverkehr, änderten die hergebrachten Handelsbeziehungen der Balkanländer von Grund aus. Namentlich diejenigen der Donaufürstentümer. Rußland hatte das Monopol an den Donaumündungen und im schwarzen Meer verloren. Die Donau wurde als europäischer Fluß unter Überwachung einer europäischen Kommission dem kommerziellen Wettbewerb aller Nationen gleichmäßig eröffnet. Die Engländer und Franzosen beeilten sich, die Folgerungen aus dieser neuen Sachlage zu ziehen. Zuerst mit ihren Dampfern und Handelskapitalien, dann mit ihren Ingenieuren und Eisenbahnunternehmungen eroberten sie wirtschaftlich die Balkanhalbinsel und machten sie ihren Interessen tributpflichtig. Die deutsche und

österreichische Konkurrenz erlahmte und wurde mehr und mehr verdrängt. Der Handel der Donaufürstentümer wuchs. Es betrug die Ausfuhr

im Jahre 1850: 47 Millionen Franken,
" " 1860: 116 " "

Als sich 1866 eine Regierung nach europäischem Muster in Bukarest seßhaft machte und die lange vernachlässigte Wirtschaftspolitik des Landes in ihre thatkräftigen Hände nahm, mußten sich ihrer Beobachtung folgende Thatsachen sofort aufdrängen. Die Natur des Landes war nicht nur vorwiegend, sondern fast ausschließlich eine agrikole und mußte es, wohl oder übel, für absehbare Zeiten bleiben. Zur Schaffung einer einheimischen Industrie waren vorerst die Bedingungen nicht vorhanden. Hierzu fehlten die Kapitalkräfte, der Unternehmungsgeist, die billigen und verwendbaren Arbeitskräfte. Rumänien war sonach darauf angewiesen, seinen Bedarf an Industrieerzeugnissen fast ausschließlich vom Ausland zu erholen. Als Tauschgegenstände hatte es den Handel treibenden Völkern eine Reihe wertvoller Bodenerzeugnisse anzubieten. Aber es fehlte denselben großenteils die technische Zubereitung, wie sie die Qualität einer Handelsware auf dem Weltmarkt bedingt. Und was noch wichtiger war: es fehlte vielfach die Möglichkeit der kaufmännischen Verwertung in Ermangelung passender und billiger Transportmittel. Der Verkehr des Landes drängte nach der Donau und nach dem offenen Meer. Es gebrach aber an verzweigten Zufahrtslinien und Kanälen, welche den zum internationalen Verkauf überschüssigen Teil der Landesproduktion zur weiteren Verfrachtung und Verwertung an die Hauptverkehrsadern, nämlich an die Donau und an das offene Meer, hätten verbringen können. Das war, in kurzen Zügen, die Lage des Landes. Nach ihr mußten sich die wirtschaftspolitischen Entschließungen der Regierung richten.

Und hieraus erklärt es sich, daß die gesamte Wirtschaftspolitik Rumäniens von 1866 bis zur heutigen Stunde weit weniger auf Hervorbringung von Tauschgütern ihr Augenmerk zu richten brauchte als vielmehr auf deren möglichst günstige Verwertung. Mit andern Worten: die rumänische Wirtschaftspolitik ist bisher vorwiegend Handelspolitik gewesen. In erster Linie aber war sie Eisenbahnpolitik.

Die rumänische Eisenbahn- und Verkehrspolitik bildet einen Ruhmestitel des Landes. Ihr allein ist es zuzuschreiben, daß Rumänien aus einer fruchtbaren, aber halbasiatischen Wildnis zu einem modernen Kulturstaate emporgehoben wurde. Ob die rumänischen Staatsmänner, soweit sie zur Durchführung ihrer Eisenbahnpolitik ausländisches Kapital heranziehen mußten, mit diesen Auslandsinteressen immer glimpflich verfahren sind,

kann dahingestellt bleiben. Es mag ihnen zur Entschuldigung dienen, daß sie in erster Reihe die wirtschaftliche Wohlfahrt des ihrer Führung anvertrauten Landes im Auge hatten und diesem Ziel auch thatsächlich näher gekommen sind.

Abgesehen von der kurzen Strecke — 62 Kilometer — Constanza-Czernawoda, die schon 1861 noch unter türkischer Oberhoheit mit englischem Kapital gebaut wurde, um den englischen Handelsinteressen den Zugang von der Meeresküste ins Innere der Walachei zu erleichtern, besaß Rumänien gegen Ende der sechziger Jahre noch keine Eisenbahn. Die benötigten Kapitalien für eine Eisenbahnunternehmung größeren Stiles im Inlande aufzutreiben, war unmöglich; auch der rumänische Staatskredit stand damals noch auf zu schwachen Füßen, um auf dem Anlehenswege an die Mitwirkung der europäischen Geldmärkte mit Erfolg zu appellieren. So erübrigte denn vorerst nur die Möglichkeit, die rumänischen Bahnen als Privatunternehmen ins Leben zu rufen und ihren Bau und Betrieb einem Konzessionär zu übertragen. Strousberg und nach dessen Fall andere deutsche Finanzmänner wagten das Unternehmen; die Eisenbahnen wurden gebaut und in Betrieb gesetzt. Die Aktionäre und Obligationäre verloren dabei ihr Geld: Rumänien aber hatte seine Bahnen. Schon 1874 waren 1200 Kilometer in Betrieb.

Der handelspolitische Grundplan der Eisenbahnanlage war gut entworfen und hat sich in der Folge bewährt. Wollte man die Verkehrsadern der natürlichen Gestaltung des Landes anpassen, so mußte davon ausgegangen werden, daß der Verkehr nach der Donau und auf ihr flußabwärts nach der See strebt. Flußaufwärts konnte die Donau als Handelsstraße nur in zweiter Linie in Betracht kommen, weil die Schiffahrtshindernisse am eisernen Thor, die bekanntlich heute noch nicht beseitigt sind, dem Handelsverkehre große Schwierigkeiten boten, indem sie für die meisten Güter eine kostspielige Umladung nötig machen. Das österreichisch-ungarische Eisenbahnnetz war damals noch unentwickelt, die Anschlußfragen ungeregelt und ihre Lösung in weiter Ferne. Zudem lehrt die Erfahrung allerorten, daß der Wasser- und Seeweg seiner Billigkeit halber dem Landweg vorzuziehen ist. Trifft dies schon im allgemeinen zu, so ist es namentlich bei Verfrachtung von voluminösen Gütern der Fall, wie sie Rumänien der Ausfuhr zu bieten hat: Bodenerzeugnisse und Produkte der Viehzucht. Aus allen diesen Erwägungen war das Bahnnetz so zu veranlagen, daß die Güter rascheſt der Donaustraße zugeführt und auf ihr nach der Küste befördert werden. Von diesem Grundplan ausgehend wurde gebaut. Aber nicht nur den Eisenbahnen, auch den Landstraßen wandte die Regierung ihre Auf-

merksamkeit zu. Heute besitzt Rumänien Landstraßen in der Ausdehnung von 13000 Kilometern, deren Anlage zumeist innerhalb der beiden letzten Jahrzehnte erfolgt ist.

Die rasche Entwicklung des rumänischen Außenhandels seit 1870 beweist, wie sehr das Land nur auf seine kommerzielle Erschließung durch Verkehrswege gewartet hatte, um wirtschaftlichem Gedeihen entgegen zu gehen. Hiervon geben folgende Ziffern ein Bild:

	Einfuhr.			Ausfuhr.		
1850	28	Mill.	Franken	47	Mill.	Franken
1860	62	=	=	116	=	=
1870	71	=	=	158	=	=
1880	255 (!)	=	=	218 (!)	=	=
1882	268	=	=	244	=	=
1887	314	=	=	265	=	=
1889	367	=	=	274	=	=
1890	362	=	=	275	=	=

Es darf nicht auffallen, daß diese Ziffern dauernd eine scheinbar passive Handelsbilanz aufweisen. Die Einfuhr wird verzollt und ihr Wert eben deshalb genau abgeschätzt. Bei der fast durchaus zollfreien Ausfuhr sind die Ziffern offenbar zu niedrig bemessen. Es ist eine alte, bei allen Balkanländern wiederkehrende Erfahrung, daß die Exportziffern zu niedrig gegriffen sind, was mit dem aus der Türkenzeit stammenden Wertzollsystem zusammenzuhängen scheint. Mit gleicher Vorsicht wollen jene Ziffern betrachtet sein, die den prozentualen Anteil der einzelnen Völker am rumänischen Gesamtaußenhandel ausdrücken. Wollte hier genau verfahren werden, müßte man feststellen, wie groß die Gütermengen sind, die direkt von Land zu Land wandern und wie groß jene andern, bei denen Transitierungen durch dritte Länder und Umexpedierungen stattfinden. Praktisch ist diese Feststellung unmöglich. England und Frankreich können beispielsweise ihren Anteil am rumänischen Handel feststellen, weil sie direkt und zwar ausschließlich auf dem Seewege mit Rumänien verkehren. Deutschland kann es nicht, weil es rumänische Provenienzen zum Teil aus dritter Hand, über Österreich-Ungarn, oder aus belgischen und holländischen Häfen, also teils auf dem Land- teils auf dem Wasserwege zugeführt erhält. Für den Zweck dieser Abhandlung genügt die allgemeine Feststellung, daß noch zu Ende der siebziger Jahre der Anteil Österreich-Ungarns am rumänischen Gesamthandel im Vordergrund stand, hierauf folgte die englische und die französische Quote, dann Deutschland, Rußland, die Türkei, Griechenland u. s. w. Es wird später zu zeigen sein, wie und warum sich dieses Sachverhältnis

binnen kurzer Frist zu ungunsten der österreichisch-ungarischen Monarchie verschoben hat.

Als Hauptausfuhrwaren Rumäniens erscheinen: Brotfrüchte aller Art, Weizen, Mais, Roggen, Gerste, in zweiter Reihe lebendes Vieh aller Gattungen, namentlich Rindvieh, Schweine und Schafe. Dagegen tauscht das Land ein: Textilwaren, Metall und Metallwaren, Kohlen, Leder und Kolonialartikel, Holzwaren und alle verfeinerten, im Inlande nicht herstellbaren Industrieprodukte. Nach guten Erntejahren erreicht die Ausfuhr an Brotfrüchten ganz ungeheure Quantitäten; 1887 betrug die Ausfuhr rumänischen Getreides gegen 2 Millionen Tonnen. Der Löwenanteil des Getreideverkehrs entfällt auf den englischen Handel. Aus der Sulinamündung liefen 1881 1711 Schiffe mit 793 454 Tonnen Gehalt aus, wovon 516 mit 496 000 Tonnen unter englischer Flagge. Österreich-Ungarns Handel fiel auf der Donaustrecke von Galatz-Sulina von 1879—1881 von 86 000 Tonnen auf 50 000 Tonnen, während Englands Handel im selben Zeitraum auf der nämlichen Strecke von 136 000 auf 332 000 Tonnen gestiegen war. Hierbei ist zu beachten, daß nicht nur rumänische, sondern auch ungarische, serbische und bulgarische Provenienzen die Sulinamündung passieren.

Der Donauweg sowohl als auch die ersten rumänischen Bahnlinien begünstigten den Seeverkehr. Letztere waren gewissermaßen Rumpfbahnen, von der See und der Donau aus gebaut, ohne Anschlüsse und ohne organische Angliederung an das mitteleuropäische Verkehrsnetz. Wohl war der Seeweg für den rumänischen Handel der von der Natur vorgeschriebene; aber er war auch einseitig und wegen seiner Einseitigkeit deshalb nicht unbedenklich, weil er das ganze Land in hohem Grade wirtschaftlich abhängig machte von den künftigen politischen Schicksalen des Bosporus und der Dardanellenstraße. Die rumänische Handelspolitik mußte darauf bedacht bleiben, direkte Anschlüsse nach Norden und Westen zu suchen. Hierfür war die Donaustraße flußaufwärts aus mehrfachen Gründen nicht genügend; schon der hohen Frachtsätze halber nicht, die seit langem schon einen erst in der Neuzeit etwas gemilderten Beschwerdepunkt der Verkehrswelt bilden. Es mußte deshalb getrachtet werden, das rumänische Verkehrsnetz durch Bahnanschlüsse an Mitteleuropa anzugliedern. Dieses Ziel ist von Rumänien bisher in dreifacher Richtung erreicht worden: bereits 1871 durch den Anschluß nördlich an die galizischen Bahnen (Itzkani), später durch den westlichen Anschluß an das ungarische Bahnnetz (Verciorova), endlich durch die an Siebenbürgen anschließende Vollendung der Predeallinien (Predeal). Damit schuf sich Rumänien neben seiner Haupthandelsstadt Bukarest und

seinen belebten Donauhäfen Braila und Galatz an der Grenze noch drei binnenländische Außenhandelsplätze: Itzkani, Verciorova und Predeal, deren Verkehr alsbald, schon 1881, bedeutende Ziffern aufweist:

	Einfuhr.	Ausfuhr.
Itzkani . . .	31 Mill. Franken	16 Mill. Franken
Verciorova . .	8 „ „	19 „ „
Predeal. . .	16 „ „	11 „ „

Die genannten Handelsplätze werden in dem Maße an Bedeutung gewinnen, als es der mitteleuropäischen, namentlich deutsch-österreichischen Handelspolitik gelingen wird, einen immer größeren Bruchteil des rumänischen Außenhandels vom Seewege auf den Landweg überzuleiten. Beträchtliche Anfänge dieser Bewegung sind schon heute vorhanden und haben die auf Frachtverbilligung gerichteten Verabredungen der beteiligten deutschen, österreichisch-ungarischen und rumänischen Bahnverwaltungen in dieser Hinsicht günstig gewirkt.

Das schicksalsschwere Feldzugsjahr 1877 traf Rumänien bereits in einigermaßen erstarkter politischer und wirtschaftlicher Lage und war es dem Lande vergönnt, hiervon vor den Augen Europas erfreuliche Proben abzulegen. Vor Plewna erhielt sein junges Heer in glänzender Weise die Feuertaufe, indem es den russischen Bundesgenossen vor schmählicher Niederlage bewahrte. Leuchtende Sterne stiegen über Rumänien auf. 1878 wurde im Berliner Vertrag seine Unabhängigkeit anerkannt; 1881 wurde es zum Königreich erhoben. Die Achtung und das gestiegene Vertrauen Europas konnten den jungen Nationalstaat über die unwürdige Behandlung trösten, die Rußland durch Wegnahme Bessarabiens seinem Helfer in der Not nachträglich angedeihen ließ.

Die gebesserte wirtschaftliche Lage Rumäniens und sein erstarkendes Staatsbewußtsein traten handelspolitisch nach zwei Richtungen merkbar zu Tage. Einmal durch den Beginn einer neuen Ära der rumänischen Eisenbahnpolitik und dann durch den Abschluß zollpolitischer Verträge mit den größeren Handelsvölkern Europas.

Ursprünglich waren die Zollverhältnisse der Donaufürstentümer, die ja trotz weitgehender, innerer Autonomie staatsrechtlich als Bestandteil des Osmanenreiches galten, aufs primitivste geregelt gewesen. Die Zollgefälle der Moldau und Walachei waren verpachtet; die Pacht floß nicht in die Staatskassen, sondern in die Privatschatulle der Hospodaren. Ende der vierziger Jahre bezahlte ein österreichischer Generalpächter für die Zölle der Walachei die Jahrespacht von 375 000 Franken. Seit 1850 wurde sowohl von der Einfuhr als von der Ausfuhr ein fünfprozentiger Wertzoll erhoben.

Österreich, der nächstbeteiligte Handelsfreund der Donaufürstentümer, duldete dies als faktischen Vorgang ohne Anerkennung des Rechts. Erst 1860 wurde die Verpachtung der Zölle abgeschafft und fließen von da ab die Zollgefälle in die Staatskassen. Gleichzeitig kam die zollpolitische Trennung der beiden Fürstentümer in Wegfall und trat eine einheitliche Administration an deren Stelle. Die Gefälle entfielen zu drei Fünftel auf die Walachei, zu zwei Fünftel auf die Moldau. Für die Warenbewertung wurde ein Tarif aufgestellt, dessen Unvollständigkeit jedoch allen Willkürlichkeiten Platz ließ. Die Ausfuhrzölle wurden, je nach wechselndem finanziellem Bedürfnis, bald erniedrigt, bald erhöht. Erst 1866, mit Einsetzung der neuen rumänischen Regierung unter dem Fürsten Carol, begannen die Anläufe zu einer organischen Reform des Zollwesens. Die Einfuhrzölle wurden auf 7½ Prozent erhöht; die Ausfuhrzölle auf 3 Prozent festgesetzt, bald auf 2 Prozent und 1868 auf 1 Prozent reduziert. Der Transit betrug ein halbes Prozent. Bereits 1873 betrugen die Zollgefälle 8 Millionen Franken.

1874 trat ein neues Zollgesetz ins Leben, welches hinsichtlich der Einfuhrzölle eine Kombination von Wert- und Gewichtzöllen schuf und einen genauen spezialisierten Generaltarif aufstellte. Die hohen Ansätze des letzteren, die mit Juli 1876 in Wirksamkeit treten sollten, waren als Pressionsmittel gedacht, um speziell Österreich-Ungarn zur Abschließung eines Handelsvertrags williger zu machen, dem sich bisher mit Rücksicht auf die Suveränität der Pforte staatsrechtliche Bedenken entgegengestellt hatten. Dieselben wurden 1875 zuerst von Österreich-Ungarn, dann von Deutschland und Rußland, späterhin auch von den übrigen Großmächten fallen gelassen und somit konnte die rumänische Handelspolitik zu allseitigem Vorteil in das neue Stadium der Vertragspolitik eintreten.

Der Abschluß von Handelsverträgen mußte aus einer Reihe von Gesichtspunkten der rumänischen Regierung sowohl als nicht minder den beteiligten Handelsstaaten wünschenswert und vorteilhaft erscheinen. Dem Nationalgefühl des jungen Donaustaates mußte es schmeicheln, mit anderen europäischen Staaten auf dem Fuße der Gleichberechtigung zu unterhandeln; Rumänien durfte aus dem Abschluß von Handelsverträgen aber auch eine Regelung und Vermehrung seiner internationalen Handelsbeziehungen erwarten. Mit jedem Schritt, den das ursprünglich halborientalische Land auf dem Wege der Occidentalisierung gemacht hatte, war seine Ausfuhrkraft gewachsen. Seine Bevölkerung war wohlhabender, kaufkräftiger geworden und hatte sich mehr und mehr an abendländische Bedürfnisse gewöhnt. Handelsverträge sind Freundschaftsverträge; sie bedeuten eine Erleichterung und Vermehrung der gegenseitigen Beziehungen. Vermehrte,

weil durch zollpolitische Konzessionen erleichterte Einfuhr mußte eine Steigerung der eigenen Ausfuhr zur Folge haben. Aus einer gesteigerten Einfuhr konnte auch bei verringerten Zollsätzen eine Mehrung der Staatseinnahmen in Aussicht genommen werden. Dieser Mehrung bedurften die rumänischen Finanzen, deren Ausgabeposten namentlich durch die Verwendungen auf den Eisenbahnbau, an die Armee und durch die Zinsen der steigenden Staatsschuld rapid in die Höhe gegangen waren. Auch durch schutzzöllnerische Erwägungen brauchte sich Rumänien vom Abschluß freihändlerischer Verträge vorerst nicht abhalten zu lassen, denn die rumänische Industrie war noch zu unbedeutend, um besondere Berücksichtigung zu erheischen. Andererseits bot Rumänien den abendländischen Handelsvölkern für ihren Überschuß an Industrieerzeugnissen einen willkommenen Markt, der sich von Jahr zu Jahr kaufkräftiger, aufnahms- und zahlungsfähiger gestaltete. Wurde diesen Handelsstaaten für ihre Hauptexportartikel nach Rumänien Verringerung der Zölle zugestanden, so war ihr Hauptbegehren erreicht und ihren Wünschen und Bedürfnissen Rechnung getragen. Für den rumänischen Export brauchten sie, mit Ausnahme Österreich-Ungarns, keine wesentlichen Opfer zu bringen, weil die Ausfuhrwaren Rumäniens, namentlich die Cerealien, den Exporteuren als willkommene Rückfracht und als begehrter, auf den heimischen Märkten hoch bezahlter Tauschartikel erschienen. So war denn allseits die Stimmung reif und dem Abschlusse von Handelsverträgen günstig.

Es begreift sich, daß Rumänien zuerst mit Österreich-Ungarn, als demjenigen Staate, mit welchem es sich durch nachbarliche Interessen, politische Dankbarkeit und von alters hergebrachte Handelsbeziehungen aufs engste verbunden fühlte, eine Neuordnung des handelspolitischen Verhältnisses anstrebte. 1875 kam die österreichisch-ungarisch-rumänische Handelskonvention zu stande. Ihr folgte 1877 die deutsch-rumänische, die erst 1881 in Vollzug gesetzt wurde und 1887 einen Nachtrag erhielt. Diese beiden Verträge waren vorbildlich und maßgebend für die von Rumänien seither mit anderen Handelsstaaten geschlossenen Konventionen; für die Verträge mit England, Frankreich, Rußland, Griechenland, der Schweiz, Belgien, Holland. Der kurz bemessene Raum gestattet nicht, den Inhalt der Verträge im einzelnen zu besprechen; für unseren Zweck genügt deren allgemeine Charakterisierung, wie folgt:

I. Die Konventionen beruhen im allgemeinen auf dem Grundsatz der wechselseitig verbürgten Handelsfreiheit. Die rumänischerseits für die Einfuhr festgesetzten Zollsätze sind als Finanzzölle zu betrachten. Eine schutzzöllnerische Richtung hat der rumänische Konventionaltarif nicht. Von der

Einfuhr ausgeschlossen sind nur jene Artikel, auf die sich der Staatsmonopol-Gewerbebetrieb erstreckt (Salz, Tabak).

II. Die Finanzzölle für die hauptsächlichen Einfuhrartikel der Vertragsnationen sind im Durchschnitt siebenprozentige Wertzölle in Form von Gewichtzöllen. Der höhere rumänische Generaltarif, dessen Sätze durch ihre Höhe teilweise prohibitiv sind, ist für die Konventionswaren außer Wirksamkeit gesetzt und gilt nur für jene Waren aus Vertragsstaaten, hinsichtlich deren keine zolltarifarische Ermäßigung besteht, und für jene Staaten, mit denen Rumänien keinen Vertrag besitzt. Der Transitzoll ist völlig, der Ausfuhrzoll bis auf wenige Überbleibsel aufgehoben.

III. Die rumänische Einfuhr in die Vertragsstaaten wird von denselben auf Grund ihrer allgemeinen Zolltarife behandelt, mit der Klausel der Meistbegünstigung. Die Verträge sind gegenseitige Meistbegünstigungsverträge, mit Ausnahme jener Bestimmungen, welche für den Grenzverkehr zur Begünstigung des nachbarstaatlichen Verkehrs (Österreich-Ungarn) getroffen sind.

Diese Verträge sind zur Zeit sämtlich erloschen, mit Ausnahme des niederländisch-rumänischen, der lediglich auf der gegenseitigen Meistbegünstigung basiert. Der letzte wichtige Vertrag, der deutsch-rumänische, wurde mit 10. Juli 1891 fällig. Von genanntem Zeitpunkt ab hat Rumänien zollpolitisch freie Hand bekommen und hat sich dieselbe auf Grund eines neuen autonomen Tarifs bis heute gewahrt. Daß sich die Erwartungen Rumäniens, durch Anbahnung einer Ära freihändlerischer Handelskonventionen den Handel zu beleben und die Staatseinnahmen aus ihm zu steigern, in vollem Maße erfüllten, beweisen die Ziffern der Zollgefälle. Dieselben betrugen im Jahre 1873 8 000 000 Franken und haben sich inzwischen nahezu verdreifacht.

Mit Rücksicht auf voraussichtlich nahe bevorstehende zollpolitische Zukunftsereignisse ist es von aktuellem Werte, die Handelskonventionen Rumäniens mit Deutschland und Österreich-Ungarn auf ihre Wirkungen näher zu prüfen. Diese Wirkungen gehen weit auseinander: während der Vertrag mit Deutschland die gegenseitigen Handelsbeziehungen erheblich mehrte und ein wirkliches wirtschaftspolitisches Freundschaftsverhältnis, das sich täglich befestigt, zu stande brachte, hat der Vertrag Rumäniens mit der österreichisch-ungarischen Monarchie, obgleich auf denselben Grundlagen ruhend wie der deutsche, den Handelsverkehr beider Länder zu beiderseitigem Schaden gelockert und selbst offene, wirtschaftspolitische Feindseligkeiten, die sich bis zum erbitterten Zollkrieg steigerten, erzeugt. Es lohnt sich der Mühe, zuzusehen, warum.

Der österreichisch-ungarisch-rumänische Vertrag schien beiden Kontrahenten durch Sonderbegünstigungen im Grenzverkehr, die den anderen Vertragsnationen nicht eingeräumt waren, große Vorteile zu bieten. Dieselben waren für Rumänien, namentlich der ihm zugestandenen freien Viehausfuhr halber, wichtig, für welche Österreich-Ungarn größtenteils Käufer, mindestens aber Transitland war. Die Ausfuhr lebenden Viehs auf dem Seeweg ist bekanntlich schwierig und bringt häufige Verluste. Demnach sah sich Rumänien hinsichtlich dieses Ausfuhrzweiges auf das westliche Nachbarreich angewiesen. Als nun das Deutsche Reich aus veterinärpolizeilichen Gründen seine Grenze gegen die österreichisch-ungarische Vieheinfuhr sperrte, dehnte Österreich-Ungarn 1882 seinerseits diese Grenzsperre gegen Osten, speciell gegen Rußland und Rumänien aus. Diese Grenzsperre gegen Vieh und tierische Produkte, welche Rumänien nach dem Wortlaute des Vertrags über sich ergehen lassen mußte, verbitterte die Stimmung in allen Kreisen des Landes und gab zu gereizten Beschwerden und Gegenmaßnahmen Anlaß, indem die österreichisch-ungarische Maßregel als ein lediglich im agrarischen Interesse Ungarns gelegener vexatorischer Akt beurteilt wurde. Wie sehr Rumänien geschädigt war, beweist die Thatsache, daß der Wert seiner Viehausfuhr von 3 511 110 Franken im Jahre 1881 auf 18 120 Franken im Jahre 1882 herabgemindert wurde. Andererseits beschwerte sich Österreich-Ungarn über die unbillige Auslegung der Handelskonvention bei Einfuhr seiner Industrieerzeugnisse. Es wurde behauptet, daß große Willkürlichkeiten stattfänden, namentlich in der Berechnung der Zölle je nach Wert oder Gewicht. In Rumänien hinwiederum beklagte man sich bitter über die infolge des Handelsvertrags eingetretene Überschwemmung des Landes mit minderwertigen österreichischen Industrieprodukten, die das rumänische Kleingewerbe und den rumänischen Hausfleiß zu vernichten drohten. Der gegenseitigen Beschwerden war kein Ende. Als im Juni 1886 der Vertrag erlosch und neue Vertragsverhandlungen, namentlich wegen der von Österreich-Ungarn geforderten, von Rumänien aber unannehmbar befundenen Veterinärkonvention gescheitert waren, entbrannte zwischen beiden Ländern ein völliger Zollkrieg. Rumänien ließ die österreichischen Industrie-Einfuhrprodukte nach einem ungewöhnlich hohen autonomen Zolltarif verzollen, wogegen Österreich-Ungarn Rumänien gegenüber hochgeschraubte Kampfzölle in Anwendung brachte, die den Verkehr des letzteren Landes in der Richtung gegen das westliche Nachbarreich völlig brach legten. Es betrug über die Grenzen Rumäniens

	die Einfuhr nach Österreich-Ungarn	die Ausfuhr aus Österreich-Ungarn
im Jahre 1885:	40 Mill. Gulden.	1885: 39.2 Mill. Gulden.
= = 1886:	10.1 = =	1886: 20.5 = =
= = 1887:	4.3 = =	1887: 16.6 = =

Daß bei diesem Zollkrieg auch österreichische Interessen lebhaft litten, wurde im Abgeordnetenhause kürzlich unumwunden zugestanden. Namentlich die Ausfuhr jener gröberen industriellen Massenerzeugnisse Siebenbürgens, denen der rumänische Markt ein bequem gelegener kaufkräftiger Abnehmer war, ferner die Wiener Bekleidungsindustrie wurden aufs tiefste geschädigt. Erst in jüngster Zeit ist eine Milderung der handelspolitischen Spannung zwischen beiden Ländern insofern eingetreten, als Rumänien in der gegenwärtigen vertragslosen Übergangszeit alle Nationen, also auch Österreich-Ungarn, einheitlich auf Grund seines neuen autonomen Tarifs von 1891 behandelt, wogegen auch Österreich-Ungarn von seinen Kampfzöllen abstand und sich, unter Aufrechthaltung der Viehsperre, mit Anwendung seines allgemeinen Zolltarifs begnügt.

Gleichzeitig mit den rumänisch-österreichischen Handelsfeindseligkeiten und nicht ohne inneren Zusammenhang mit ihnen wuchs und gedieh die rumänisch-deutsche Handelsfreundschaft. Der zwischen Deutschland und Rumänien bereits 1877 vereinbarte Handelsvertrag trat erst von Mitte 1881 ab in Wirksamkeit, indem der Reichstag dem Vertrag seinerzeit die Zustimmung verweigert hatte, weil derselbe den deutschen Israeliten das Recht des Grunderwerbs in Rumänien versagte. Inzwischen hatte letzteres Land diese Frage dahin geregelt, daß genanntes Recht auch den rumänischen Israeliten verboten wurde. Hiernach entfiel für das Deutsche Reich die Möglichkeit, für seine israelitischen Angehörigen genannte Berechtigung durchsetzen zu können, und zudem war es bei den zwischen beiden Ländern sich mehrenden Handelsbeziehungen ein deutsches Interesse, den zurückgestellten Vertrag endlich zum Zuge kommen zu lassen. Derselbe fußte auf den bereits oben erwähnten Grundlagen, gewährte aber dem Deutschen Reiche einige specielle Begünstigungen: die Zollfreiheit für Mehl; ferner Zollverringerungen auf Wollen- und Baumwollenwaren, Nähmaschinen, Kinderspielwaren und Bleistifte. 1887, als Rumäniens Handelsbeziehungen zu Österreich-Ungarn nahezu vernichtet waren, fühlte erstgenanntes Land das Bedürfnis einer innigeren kommerziellen Anlehnung an Deutschland und schloß mit diesem eine Nachtragskonvention, nach welcher diejenigen ordinären Waren, die Rumänien im Interesse seiner eben entstehenden, noch schwachen Industrie zu schützen hatte, mit höheren Zöllen, die feineren Ein-

fuhrwaren aber mit niedrigeren Zöllen als bisher belegt wurden. Erhöht wurden die Einfuhrzollsätze auf Zucker, gebranntes Wasser, Lichter, gewöhnliches Papier, Hausgeräte, gewöhnliche Leder- und Glaswaren; erniedrigt die Sätze auf Tapeten, feines Papier, Wollen- und Baumwollenwaren, Kautschukwaren, Uhrwerke, Klaviere, Farben ꝛc. Auf Grund dieser Verträge entwickelten sich beiderseits umfangreiche Handelsbeziehungen, die freilich nur zu einem Bruchteil direkt verlaufen, in den meisten Fällen aber vermittlungsweise sich abspielen; daher wohl auch die sonst unerklärlichen weitgehenden Widersprüche zwischen der offiziellen deutschen und rumänischen Handelsstatistik. Im wesentlichen erscheinen diese Beziehungen als Austausch deutscher Textil- und Eisenwaren gegen rumänische Cerealien. Der direkte Verkehr Deutschlands mit Rumänien hat, auslaufend von Schlesien, durch Tarifverträge der beteiligten Bahnen erhebliche Mehrung und Verbilligung erfahren. Ferner ist der direkte Seeverkehr durch die 1889 ins Leben getretene, von Hamburg ausgehende und mit direkten billigen Frachtsätzen arbeitende neue deutsche Levante-Dampferlinie, deren Schiffe auch die Häfen des schwarzen Meeres mit den Donauhäfen Braila-Galatz anlaufen, um ein wertvolles, zukunftreiches Glied bereichert worden. Übereinstimmend wird berichtet, daß der rumänische Konsum den deutschen Provenienzen besonderes Vertrauen entgegenbringt.

Aus der Tabelle im Anhang, welche das Bild der internationalen Verteilung des rumänischen Außenhandels enthält, ist die Mehrung der deutsch-rumänischen und die Minderung der österreichisch-rumänischen Handelsbeziehungen ziffernmäßig ersichtlich.

Durch das Vertrauen der europäischen Geldmärkte, welches sich Rumänien durch seinen staatlichen und wirtschaftlichen Aufschwung zwischen 1870—1880 erworben hatte, sah sich das Land in den Stand gesetzt, seine planvoll eingeleitete Eisenbahnpolitik mit Nachdruck weiter zu betreiben. Die offenkundigen, wirtschaftspolitischen Erfolge des Eisenbahnnetzes mußten in der Regierung den Wunsch erwecken, dieses erste handelspolitische Machtmittel des Landes von allen privaten Einflüssen loszuschälen und dessen Besitz und Verwaltung ausschließlich in die Hände des Staates überzuleiten. 1880 wurden die rumänischen Bahnen verstaatlicht: aus den bisherigen Privatbesitzern wurden rumänische Staatsgläubiger. In der richtigen Erkenntnis, daß das Wachsen der Staatsschuld, wenn sie anders zu produktiven Zwecken aufgenommen ist, keine Bedenklichkeiten bietet, sondern der heimischen Volkswirtschaft zum Vorteil gereicht, wurde seither der Ausbau des Bahnnetzes mit vollem Nachdruck gefördert. Während dasselbe 1874 1200 Kilometer, 1884 1480 Kilometer betrug, verfügt das Land heute über Eisen-

bahnen in der Länge von fast 3000 Kilometern; teils Vollbahnen, teils schmalspurige Lokalbahnen. An neun Punkten berührt das Eisenbahnnetz die Donau und zehn Arme streckt es gegen die Karpathen aus.

Hatte sich Rumänien, zumeist durch Heranziehung ausländischen Kapitals, Eisenbahnen, Donauhäfen und binnenländische Außenhandelsplätze geschaffen, so bedurfte es zur Ergänzung seines handelstechnischen Systems auch noch eines mit den Einrichtungen der Neuzeit ausgestatteten Seehafens am schwarzen Meere. Derselbe ist ein Bedürfnis schon deshalb, weil der Verkehr an der Donau-Sulina-Mündung zur Winterszeit wegen zeitweiliger Vereisung behindert ist. Zudem mußten die österreichische und russische Konkurrenz an der unteren Donau und die Stellung Rußlands an der Kilia-Donau-Mündung der rumänischen Regierung den Wunsch nahe legen, dem Handelsverkehr einen von der untersten Donau unabhängigen, unter allen Umständen und zu jeder Jahreszeit verfügbaren Weg zu einem Hauptplatz an der Meeresküste zu eröffnen. Zu diesem Seehandelsplatz wurde Constanza ausersehen. Durch Überbrückung der Donau direkt auf dem Schienenweg mit Bukarest in Bälde verbunden und mit allen technischen Einrichtungen zur Bewältigung eines großartigen Verkehrs versehen, wird Constanzas heute bereits blühender Handel einer noch weit bedeutenderen Zukunft entgegengehen. Auch für den handelspolitischen Zweck der Adaptierung dieses Seehafens hat sich das ausländische Kapital der rumänischen Regierung willig zur Verfügung gestellt. Mit der beabsichtigten Erhebung Constanzas zu einem Außenhandelsplatz ersten Ranges und der damit verbundenen größeren Unabhängigkeit des Landes von der Donau, befriedigt Rumänien zugleich ein Postulat seines handelspolitischen Ehrgeizes. Seit Erstarkung seines Staatsgefühls hat Rumänien die europäische Neutralisierung eines durch sein Gebiet fließenden und ausmündenden Stromes einigermaßen peinlich empfunden, umsomehr, als ihm in der europäischen Donau-Kommission kein erheblicher Einfluß eingeräumt war, und die Londoner Konferenz 1883 die der europäischen Kontrolle unterstellte Donaustrecke flußaufwärts bis nach Braila verlängerte und von dort weiter bis zum Eisernen Thore den österreichisch-ungarischen Einfluß überwiegen lassen wollte. Letztere Absicht scheiterte an dem erregten Widerspruche Rumäniens.

Auf seiner Donaustrecke unterhält Rumänien einige staatliche Dampfer und Schleppschiffe zu kommerziellen Zwecken, vorzüglich um rumänisches Monopolsalz nach Serbien zu transportieren. Diese Donauflotte soll noch weiter vermehrt werden. Gewinnbringend scheint diese staatliche Dampferunternehmung nicht; die Regierung betreibt sie offenbar mehr zu Zwecken der staatlichen Repräsentation und zu Ehren der nationalen Flagge.

Zur Vervollständigung des Bildes bedürfen noch einige innere Maßnahmen Rumäniens auf dem Gebiete der Gesetzgebung und Verwaltung kurzer Erwähnung, weil sie, wenn auch nicht direkt handelspolitischen Charakters, so doch geeignet sind, die Handelsbeziehungen des Landes günstig zu beeinflussen. Hierher gehört die Herstellung geordneter Währungsverhältnisse, die Gründung einer leistungsfähigen nationalen Zettelbank und anderer zweckdienlicher Kreditanstalten, ferner der in jüngster Zeit erfolgte Übergang zur reinen Goldwährung. Nicht minder sind jene Bestrebungen in Betracht zu ziehen, welche auf Hebung der Landwirtschaft und auf Verbesserung der aus ihr gezogenen nationalen Ausfuhrerzeugnisse gerichtet sind.

Die rumänische Doppelwährung hatte das Schicksal aller Doppelwährungen: in ungünstiger Zeit, wenn Mißwachs oder sonstige Verhältnisse die Handelsbilanz passiv gestalteten, ging das wertvollere Zahlmittel aus dem Land und das unterwertige Silber blieb. Zeitweise erreichte das wechselnde Goldagio eine beträchtliche Höhe. Zudem war Staatspapiergeld in Umlauf. Durch die 1882 erfolgte Gründung der rumänischen Nationalbank, die unter staatlicher Kapitalsbeteiligung und ausgerüstet mit einem elastischen Notenausgaberecht ins Leben trat, schuf sich das Land ein taugliches Instrument nicht nur zur Regelung des schwankenden Zahlmittelbedarfs und zur Verbesserung der Währungsverhältnisse, sondern auch zur Hebung des inneren kommerziellen Kreditlebens. Die Bank besitzt außer der Hauptbank in Bukarest Zweiganstalten in den Handelsstädten Braila, Galatz, Jassy und Krajowa. Neben ihr wirkt bereits seit 1873 ein nach dem Muster deutscher Pfandbriefanstalten eingerichtetes Bodenkreditinstitut und eine Reihe von Agrikolbanken, letztere namentlich für die bäuerlichen Kreise bestimmt. Der Thätigkeit aller dieser Krediteinrichtungen ist es zuzuschreiben, daß der landesübliche Zinsfuß von 10 Prozent und darüber ungefähr auf die Hälfte herabgedrückt und dem Wucher erfolgreich gesteuert wurde. Von allen Balkanstaaten hat Rumänien den niedrigsten Zinsfuß. 1889 nahm Rumänien eine Anleihe auf, um das Staatspapiergeld einzuziehen und zur reinen Goldwährung überzugehen. Ob es gelingen wird, jetzt schon die Währung des Landes dauernd auf der idealen Grundlage des Goldes zu erhalten, darf mit Rücksicht auf die vielfach noch unfertigen Zustände des jungen Königreichs, auf seine umfangreichen auswärtigen, in Gold zahlbaren Schuldverhältnisse und auf die wirtschaftlichen Krisen, die dem agrikolen Lande zeitweilig aus Mißwachs-Jahren erwachsen, vorläufig noch bezweifelt werden.

Verdienen die Bemühungen der rumänischen Staatsmänner, das Münz- und Kreditwesen ihres Landes zu heben, alle Anerkennung, so bleibt es

wünschenswert, daß diese Reformbestrebungen sich auch auf die handelspolitisch wichtigen und bisher einigermaßen vernachlässigten Gebiete der Prozeß- und Konkursordnung erstrecken möchten. Die Mangelhaftigkeit des Konkurswesens, die Umständlichkeit und Kostspieligkeit des Prozeßverfahrens und die hierdurch begünstigte Möglichkeit betrügerischer Ganten und Warenverschleuderungen sind alte Klagen der nach Rumänien arbeitenden Exporteure.

Der nationale Wohlstand Rumäniens beruht auf der Ausfuhr seiner Bodenerzeugnisse. Demnach bildet die Fürsorge für die landwirtschaftliche Produktion einen Teil der handelspolitischen Aufgaben der Regierung. Der rohe, ursprüngliche Betrieb des Feldbaues, wie er vor wenigen Jahrzehnten noch in den Donaufürstentümern üblich war, erzeugte im allgemeinen kein zur Ausfuhr brauchbares, auf dem Weltmarkt konkurrenzfähiges Produkt. Die erst 1864 durch Ablösung der Grundlasten nach europäischem Muster vollzogene Emanzipation des Bauernstandes schuf, ähnlich wie in Rußland, vorerst unbefriedigende Verhältnisse, die bis heute andauern. Die dem früher hörigen Bauern als freies Eigentum zugewiesene Bodenparzelle ist zu klein, um dem Besitzer und seiner Familie die wirtschaftliche Selbständigkeit zu sichern. Deshalb muß sich der bäuerliche Kleinbesitzer als landwirtschaftlicher Arbeiter weiter verdingen und ist sonach, wenn auch nicht rechtlich, so doch thatsächlich vom Großgrundbesitzer als dessen Taglöhner abhängig. Neben umfangreichen, aus der Feudalzeit stammenden, zum Teil mustergültig verwalteten Großgütern, ist eine Unzahl von bäuerlichen Zwergwirtschaften und Kleinbetrieben vorhanden, die den parzellierten, demokratisierten Kleinbesitz darstellen und sich vielfach in den unerfreulichsten Verhältnissen befinden. Nur zwei Drittel der Gesamtbodenfläche sind landwirtschaftlich nutzbar gemacht, ein Drittel ist unbebaut. Geklagt wird ferner über irrationelle Forstwirtschaft, über Mangel an Düngung und zunehmende Erschöpfung des Bodenreichtums. Namentlich aus letzterem Umstande werden von Kennern des Landes in Bälde die übelsten Folgen prophezeit. Immerhin beweisen die Ausfuhrziffern, daß sich die landwirtschaftliche Produktion bedeutend gehoben, namentlich seitdem der indische und amerikanische Weizen dem rumänischen gefährlich zu werden drohte. Die Regierung begünstigt den Landbau und die mit ihm verbundenen Produktionszweige durch eine Reihe von gesetzlichen und administrativen Maßregeln, als da sind: erleichterte Parzellierung des Staatsdomanialbesitzes, Förderung des Teilbausystems, zollfreie Verbreitung von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten, Gründung von Ackerbau- und Baumschulen, Hebung der Viehzucht, Verbesserung der Veterinärpolizei und des agrikolen Kreditwesens, Begünstigung der industriellen

Verwertung der Rohstoffe. Das Hauptübel aber, die unbefriedigende Lage des Bauernstandes, trägt mit Rücksicht auf die politischen und parlamentarischen Verhältnisse Rumäniens einen chronischen Charakter und ist seine Beseitigung bei dem zähen Widerstand der Bojarenpartei nicht abzusehen. Über die durchschnittliche Höhe des Anbaues und der Ausfuhr der einzelnen Getreidegattungen giebt nachstehende Tabelle ein allgemeines Bild, welches selbstverständlich je nach Ernteausfall und Handelskonjunkturen im einzelnen erheblich schwankt:

	Hektar	Ernte in Tonnen	Ausfuhr in Tonnen
Weizen	559 560	895 287	400 000
Roggen	110 775	110 162	78 111
Hafer und Gerste . .	356 894	694 823	413 665
Mais	1 034 775	1 855 025	636 831

Trotz dieses durchaus nicht in allen Teilen zufriedenstellenden Zustandes des Hauptzweiges der rumänischen Nationalproduktion ist das Land in sprunghafter Entwicklung begriffen.

Die Ausfuhr betrug	1850:	52	Millionen Franken,
= = =	1890:	275	= =
die Staatseinnahmen betrugen	1871:	66	= =
= = = =	1890:	152	= = ;

die Zollerträge sind im ungefähr gleichen Zeitraume von 8 auf 22 Millionen, die Grundsteuer ist von 4 auf 8 Millionen Franken gestiegen; der landesübliche Zinsfuß von 12 auf 6 Prozent, der Zins der Staatsschuld von 10 auf nominal 4 Prozent gesunken! Treffender als langatmige Auseinandersetzungen illustrieren diese gegensätzlichen Ziffern den raschen wirtschaftspolitischen Aufschwung, den das junge Königreich genommen. Daß die Staatsschuld inzwischen auf die stattliche Höhe von einer Milliarde Franken gestiegen ist, fällt mit Rücksicht darauf, daß ihr großenteils produktive Werte im Staatsbesitz gegenüberstehen, nicht allzuschwer in die Wagschale.

Dennoch konnten den rumänischen Staatsmännern die Gefahren, welche aus der einseitig agrikolen Beschaffenheit der Volkswirtschaft dem Lande auch handelspolitisch erwachsen, nicht entgehen. Wirtschaftliche Krisen, die zumeist infolge von Mißernten Rumänien heimsuchen und jedesmal wirtschaftlich ungeheuer schwächen, machen auf diese Gefahren und ihre Ursachen aufmerksam. Mißernten, wie sie das Land periodisch als unabwendbare Ereignisse treffen, haben für einen vorwiegend agrikolen Staat eine ganze Reihe von schweren Nachteilen zur Folge, als da sind: Sinken der Kauf-

kraft und der Lebenshaltung der ländlichen Bevölkerung, Ausfall im Ertrag der direkten und indirekten Steuern; Schmälerung der Eisenbahnrente wegen verminderter Ein- und Ausfuhr, Störung des Gleichgewichts im Staatsbudget, Gefährdung der Valuta. Ein Staatswesen, innerhalb dessen durch Vorhandensein einer nennenswerten industriellen Bethätigung ein gewisses Gleichgewicht der produzierenden Kräfte herrscht, ist auch in Jahren landwirtschaftlicher Bedrängnis widerstandsfähiger und geringeren wirtschaftlichen Schwankungen ausgesetzt. Zudem hat der Gedanke, den Bedarf an Industrieerzeugnissen fast ausschließlich vom Ausland beziehen und von demselben abhängig sein zu müssen, für einen jungen aufstrebenden Nationalstaat, der auf allen Gebieten nach Selbständigkeit ringt, etwas Mißliches. Von diesen Erwägungen mochten die rumänischen Staatsmänner geleitet sein, wenn sie begannen, ihre Kraftanstrengungen auf Schaffung einer einheimischen Industrie größeren Umfangs zu richten.

Daß sich eine solche Industrie im natürlichen Verlauf der Dinge kaum werde erzielen lassen, stand von vornherein fest. Ohne kräftige staatliche Unterstützung war ein nennenswertes Ergebnis nicht zu erwarten. Dagegen ist an sich nichts zu erinnern. Ein Land, wie Rumänien, mag es auch die freisinnigste Verfassung von der Welt besitzen, kann nicht in allen Stücken nach den Grundsätzen der Manchesterschule verwaltet werden, im Gegenteil: die Staatsfaktoren müssen etwas aufgeklärten Absolutismus walten lassen, falls es die Wohlfahrt des Ganzen erfordert. Unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, ist die staatliche Intervention Rumäniens zur Schaffung einer lebensfähigen Industrie nicht nur verständlich, sondern innerhalb der Grenzen, in denen vernünftigerweise Erfolge erwartet werden dürfen, sicherlich auch wohlberechtigt. Die erleuchtetsten Volkswirte und Staatsmänner des Landes, deren Rumänien eine große Anzahl besitzt, vertreten, trotz ihrer vielfach vorgeschritten freiheitlichen Gesinnung, übereinstimmend die Berechtigung der Theorie des gelinden Zwanges auf industriellem Gebiete.

Wo aber liegen jene Grenzen des Erreichbaren? Welche Möglichkeiten sind für Rumänien gegeben und welche nicht? Das Land erzeugt eine Fülle von Rohstoffen, die zu gewerblichen und industriellen Produkten verarbeitet werden können. Es exportiert dieselben; die Verarbeitung wird außerhalb Rumäniens besorgt und das Land erhält einen Teil seiner Rohstoffe als Fabrikate, verteuert, auf dem Wege der Einfuhr zurück. Und so liegt die Frage nahe: kann Rumänien die technische Verarbeitung nicht selbst besorgen? Muß dieselbe wie von alters her auf das Kleingewerbe und auf die Hausindustrie beschränkt bleiben, oder wäre es möglich, auf

Grundlage der nationalen Rohstofferzeugung allmählich eine einheimische moderne Industrie größeren Stiles heranzuziehen? Das ist die Frage, mit welcher die rumänische Wirtschaftspolitik sich zur Zeit eingehend beschäftigt.

Die Schwierigkeiten sind groß. Das Vorhandensein verarbeitbarer Rohstoffe ist nur ein Glied in der Reihe von Voraussetzungen, welche zur Erzeugung einer blühenden Industrie benötigt sind. Die übrigen Voraussetzungen aber fehlen Rumänien fast sämtlich. Es fehlt die Kapitalkraft, welche kostspieligere industrielle Anlagen zu schaffen vermöchte; es fehlt die zuverlässige und billige technische Krafterzeugung, denn das Land besitzt weder Kohlen noch geeignete Wasserkräfte; es fehlen endlich die wohlfeilen Arbeitskräfte. Der Rumäne liebt die gewohnte landwirtschaftliche Beschäftigung und taugt nicht zum industriellen Taglöhner. Bei der dünnen Bevölkerung des Landes, 42 Seelen auf den Quadratkilometer, sind landwirtschaftliche Hilfsarbeiter stets gesucht und beziehen verhältnismäßig hohe Lohnsätze. Lauter Dinge, die der erfolgreichen Entfaltung industrieller Bestrebungen hinderlich im Wege stehen.

Diese Hindernisse konnten bisher nur in hervorragend günstig gelagerten Fällen ohne übermäßige Kraftanstrengung überwunden werden. Namentlich da, wo der zu Industriezwecken verwertbare Rohstoff in besonderer Güte und Reichhaltigkeit vorhanden ist und seine technische Zubereitung keine allzu großen Weitläufigkeiten bietet; ferner in solchen Fällen, wo der Staat mit kräftiger Hand die betreffenden Industrien monopolisierte und sich durch Einfuhrverbote vor auswärtigem Wettbewerb schützte; endlich auch in solchen Fällen, wo die gesammelte Kapitalkraft von Aktiengesellschaften sich an einzelne industrielle Veranstaltungen heranwagte.

Beispiele dieser Fälle bietet die staatlich monopolisierte Tabak- und Salzindustrie, die auf Grund der von der Landesproduktion gebotenen reichhaltigen und wertvollen Rohstoffe im blühendsten Betriebe stehen und den Staatsfinanzen reiche Erträgnisse liefern. Aktiengesellschaften beuten die reichen Erdölquellen aus. Ferner sind, zumeist ebenfalls auf Grundlage auswärtigen Kapitals und auswärtiger Aktionäre, im Anschlusse an den Ackerbau des Landes Fabrikunternehmungen entstanden: Mühlen, Bierbrauereien, Brennereien, Fleischkonserven-, Tuch-, Papier- und Zuckerfabriken und andere, der industriellen Verwertung der Landesprodukte gewidmete Betriebe. Zumeist Großbetriebe und in den Händen von Ausländern befindlich.

Was aber dem Lande bisher noch fast völlig mangelt, ist die industrielle Einzelunternehmung mittleren Umfangs, welche aus den nationalen

Bevölkerungskreisen Rumäniens herauswachsend und in enger Anlehnung an die natürlichen Hilfsquellen des Landes zahlreiche Köpfe und Hände beschäftigen und die Gefahren und Einseitigkeiten einer fast ausschließlich agrikolen Volkswirtschaft mildern würde. Eine verzweigte nationale Industrie, welche den inländischen Markt versorgt, den ausländischen Wettbewerb allmählich verdrängt und, indem sie mit ihren Erträgnissen und Ersparnissen im Inlande verbleibt, die Kapital- und Steuerkraft der heimischen Volkswirtschaft zum allgemeinen Vorteil vermehren hilft.

Eine solche Industrie ist in einem kapitalarmen Lande nicht ohne gelinde Zwangsmittel und künstliche Unterstützungen zu erzielen, die allein der Staat zu bieten vermag. Welche Wege der Staat hierbei einzuschlagen hat, konnte Rumänien von seinen Nachbarn, von Rußland und mehr noch von Ungarn lernen, welche beide Länder gleichfalls das Bestreben, sich wirtschaftspolitisch vom Auslande möglichst unabhängig zu machen, zur Geltung brachten und hierbei nennenswerte Erfolge erzielten. Die nach Analogie hauptsächlich Ungarns von Rumänien adoptierten Industrie-Begünstigungen sind teils gesetzlichen, teils administrativen Charakters. Hierher gehören: die Steuerfreiheit für gewisse industrielle Neuanlagen, der Nachlaß von Stempeln und Gebühren, die billige Überlassung staatlichen Grund und Bodens, die zollfreie Einfuhr der Maschinen, die Bevorzugung bei staatlichen Lieferungen, die Ermäßigung der Eisenbahnfrachtsätze, die Gründung von Realschulen, die Gewährung gewerblicher und industrieller Stipendien.

Die bis dahin im allgemeinen auf dem Verwaltungswege erteilten Industrie-Begünstigungen wurden 1887 durch Gesetz geregelt. Dasselbe stellt für zu begünstigende Fabriken die Forderung einer fixen Kapitalveranlagung von mindestens 50 000 Franken und macht ferner sehr vernünftigerweise zur Bedingung, daß binnen fünf Jahren zwei Drittel der Arbeiter Rumänen sein müssen. Dagegen gewährleistet es Steuerfreiheit für 15 Jahre, freie Einfuhr der nötigen Maschinen und des im Inlande nicht erzeugbaren Rohstoffes und erleichterte Transportbedingungen. Das mir vorliegende Bulletin des rumänischen Handelsministeriums vom April 1891 weist 84 Fabriken auf, welche der Vorteile des Gesetzes von 1887 in höherem oder geringerem Grade teilhaftig sind. Diese Fabriken beziffern einen fixen Kapitalanlagewert von 25 887 277 Franken und beschäftigen 5742 Arbeiter. Es wird mir ferner mitgeteilt, daß seither noch ein Dutzend begünstigter Etablissements dazu gekommen sein mögen. Es gelte freilich als fraglich, ob diese sämtlichen Industrien ohne die gedachten Begünstigungen als lebensfähig zu betrachten seien. Bedenkt man, daß die ganze Mühlenindustrie, ferner alle Brauereien, Brennereien und ähnlichen Betriebe keine

Staatsbegünstigung genießen und deshalb in obiger Industriekapitalziffer nicht inbegriffen sind, so ist nicht zu verkennen, daß Rumänien jetzt bereits schöne Anfänge einer Industrie größeren Stiles besitzt, und es ist demnach vollauf begreiflich, wenn die Regierung diesem ihrem Schoßkind liebevolle Fürsorge zu teil werden läßt.

Naheliegenderweise auch Fürsorge in Gestalt schutzzöllnerischer Maßregeln. Und damit stehen wir vor der brennenden, aktuellen handelspolitischen Frage Rumäniens.

Schon 1883 waren Regierung und Parlament übereingekommen, in keine Verlängerung der Handelsverträge, ohne dabei zu erzielenden besseren Schutz der heimischen Industrie, einzuwilligen. 1887 waren in der Nachtragskonvention zum deutsch-rumänischen Vertrag die schutzzöllnerischen Bestrebungen bereits lebhaft zu Tage getreten. Zudem scheint in den letzten Jahren das socialpolitische Interesse der großgrundbesitzenden Klassen die Stärkung und den Zollschutz der industriellen Arbeit zu fordern. Die seinerzeit völlig ungenügend durchgeführte Emanzipation des Bauernstandes, die Mißverhältnisse der Bodenverteilung, das Übergewicht des Großgrundbesitzes und die traurige Lage des auf viel zu kleiner Scholle mühsam sich behauptenden mißvergnügten Bauernstandes, diese Zustände bilden für Rumänien eine Quelle ernster Gefahren. Bei zunehmender Bevölkerung proletarisiert sich der Bauernstand mehr und mehr und die bürgerliche Unzufriedenheit steigt. Partielle Agraraufstände sind keine Seltenheit. Mehr und mehr wird es für die besitzenden Klassen des Landes Gebot socialpolitischer Klugheit, den wachsenden besitzlosen Stand zum Teil der Industrie in die Arme zu führen, ihm Beschäftigung und lohnende Arbeitsgelegenheit zu sichern, um auf diese Weise die aus den agrarpolitischen Mißverhältnissen hervorgehenden Krisen und Zuckungen zu vermeiden.

So ist es denn erklärlich, daß Rumänien, als es Mitte 1891 das Erlöschen seiner sämtlichen Handelsverträge herannahen sah, den Entschluß faßte, sich vorerst zollpolitisch freie Hand zu wahren und neue Handelsverträge nicht einzugehen, sondern bis auf weiteres auf Grund eines neu zu erstellenden einheitlichen, autonomen Tarifs zu verkehren. Dieser Tarif ist Mitte 1891 ins Leben getreten, seine Positionen sind angeblich nach genauer Prüfung aller einschlägigen Verhältnisse und unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Gesamtlage des Königreichs aufgestellt.

Die einleitenden Worte, mit welchen der Vorsitzende der parlamentarischen Zollkommission, Peter Carp, die Vorlage des Tarifs an die Regierung begleitete, geben ein so getreues Bild der in den maßgebenden rumänischen Kreisen derzeit herrschenden handelspolitischen Stimmungen und

Absichten, daß es geraten erscheint, diesen Bericht seinem Gedankengange nach mitzuteilen. Derselbe ist auch in personaler Richtung um so interessanter, als Carp, der bekanntlich das geistige Erbe Bratianos angetreten hat, in Zukunft sicher noch häufig berufen sein wird, in die Geschicke seines Volkes maßgebend einzugreifen.

„Rumänien", so führt der Carp'sche Bericht aus, „kann hinsichtlich seines Zollwesens weder ausschließlich schutzzöllnerisch, noch ausschließlich freihändlerisch sein. Kein handelspolitisches System enthält die volle Wahrheit, und es würde sich als schwerer Fehler erweisen, wollte man ein absolutes System ohne Rücksichtnahme auf die wirtschaftliche Gesamtlage des Landes zur Verwirklichung bringen. Es ist eine Utopie, das Land zwingen zu wollen, alle seine Bedürfnisse durch eigene Arbeit zu befriedigen; unter den europäischen Völkern ist das System der Arbeitsteilung in Anwendung gebracht, wonach jedes Volk einen Teil der Gesamtarbeit auf sich nimmt. Dennoch kann kein Land, wenn es nicht wirtschaftlichen und moralischen Schaden leiden soll, auf gleichmäßige Entfaltung seiner Produktionskräfte verzichten. Auch Rumänien darf sich bei Bezug der industriellen Produkte nicht ausschließlich von der Thatsache der größeren Billigkeit der auswärtigen Bezugsquellen ohne Rücksicht auf die heimische Arbeit leiten lassen. Der bisherige Zolltarif fällt, hinsichtlich seiner Entstehung, in eine Zeit, in welcher dem Gesetzgeber nicht einmal Anfänge einer Industrie zur Richtschnur dienen konnten. Auch heute noch ist die industrielle Bethätigung zwar nicht befriedigend, doch läßt sich immerhin eine größere Bewegung auf dem Gebiete der Industrie konstatieren, welche heute eher eine Feststellung darüber ermöglicht, wo und in welchem Grade der Zolltarif der nationalen Arbeit unter die Arme greifen kann. Erhöhte Einfuhrzölle als bisher sind nur in Bezug auf solche Objekte festgesetzt, deren Erzeugung im Lande bereits begonnen hat. Diese Erzeugung wird einen größeren Aufschwung nehmen, wenn sie in die Lage versetzt wird, mit der gleichartigen Produktion des Auslandes zu konkurrieren und den inländischen Markt zu erobern. Dennoch dürfen auch diese Einfuhrzölle nicht in dem Grade erhöht werden, daß sie wahre Monopole begründen, welche den wirtschaftlichen Fortschritt ausschließen. Das System der Schutzzölle muß auf solche Artikel beschränkt bleiben, welche im Inlande in einer den gleichen Erzeugnissen des Auslands annähernd ebenbürtigen Qualität erzeugt werden, und soll nur zum Ausgleich jenes Vorsprungs dienen, den das konkurrierende Ausland durch größere Kapitalkraft und langjährige industrielle Praxis besitzt. Für jene anderen industriellen Fabrikate, die Rumänien im Lande zu erzeugen nicht hoffen darf, wurden lediglich Finanzzölle festgesetzt, die nicht über 8 Prozent

des Wertes gehen und in vielen Fällen nicht einmal 5 Prozent erreichen. Diese Zurückhaltung ist notwendig, um nicht durch einen allzu großen Zollfiskalismus eine Abnahme des Verbrauchs hervorzurufen. Das Gesamtmehrergebnis dieser Finanzzölle wird per Jahr auf 6 Millionen Franken veranschlagt. Der scheinbar nicht unberechtigten Einwände gegen den neuen maßvoll schutzzöllnerischen Tarif ist man sich wohl bewußt. Durch den Schutz der heimischen Industrie, speciell der gröberen industriellen Erzeugnisse, werden vorzugsweise jene Artikel verteuert, deren der unbemittelte Teil der rumänischen Bevölkerung in erster Reihe bedarf. Hiergegen ist festzuhalten, daß die Möglichkeit, sich lohnenden Verdienst zu schaffen, für die armen Klassen in dem Maße steigt, als es gelingen wird, einen industriellen Aufschwung des Landes zu erzielen. Viele mochten sich auch die Frage vorlegen, ob nicht die Realisierung der Wünsche auf industriellem Gebiete auf Kosten der landwirtschaftlichen Interessen erfolge und ob nicht Rumänien im Begriffe sei, die sicheren Quellen seines Reichtums einem Industrie-Ideal zu opfern, dessen Verwirklichung im Schoße der Zukunft liege. Bei der derzeitigen Lage des Landes, wo noch ausgedehnte Ländereien der Urbarmachung harren, ist eine Controverse hierüber wohl möglich. Jene aber, die berufen sind, die Schicksale des Staates zu lenken, müssen auch die Interessen der Zukunft wahrnehmen. Der natürliche Bevölkerungszuwachs wird Rumänien in Bälde ein Landproletariat bringen, welches in Ermangelung ersprießlicher industrieller Arbeit den socialen Agitationen, die steril und gefährlich sind, wie das Erdbeben, in die Arme getrieben würde (sic!). Es besteht ferner die Überzeugung, daß der normale Preisrückgang der landwirtschaftlichen Erzeugnisse nicht auf die Dauer anhalten könne und daß Rumänien bald werde wahrnehmen können, wie ohne Opfer seinerseits (sic!) durch die zwingende Gewalt der Ereignisse, die Schranken, welche die natürliche Bewegung des Getreidehandels hindern, zu Fall kommen werden."

So weit der Carp'sche Bericht. Man ersieht schon aus seinen einleitenden principiellen Bemerkungen, daß er sich als Kompromiß sich kreuzender Interessen und Anschauungen darstellt. Um nur auf einiges hinzuweisen: wird es gelingen, durch das Ventil der Erzeugung einer künstlichen Industrie, deren Möglichkeit noch in Frage steht, die hochgradige agrarpolitische Spannung genügend zu mildern? wird es gelingen, bestehende sociale Mißstände und Unbilligkeiten durch den Hinweis auf eine künftige, gewissermaßen eskomptierte, veränderte Wirtschaftslage des Landes wett zu machen? wird es gelingen, eine lebensfähige Industrie zu schaffen, wenn man gleichzeitig die Lebenshaltung und den Arbeitslohn der arbeitenden

Klassen durch künstliche Verteuerung der industriellen Fabrikate in die Höhe schraubt? ist es nicht weit näher liegend, durch intensivere Bodenbebauung und durch gerechtere Ordnung der ländlichen Besitzverhältnisse die Quellen des natürlichen Reichtums auf Grund gesteigerter bürgerlicher Zufriedenheit zu entwickeln und den Verlauf der industriellen Bestrebungen wohlwollend, aber ohne forciertes Eingreifen abzuwarten? Das nur nebenbei. Was aber die Hauptsache ist: es ist den Rumänen mit ihrem autonomen Tarif nicht völlig Ernst; dieser Tarif ist nicht Rumäniens letztes zollpolitisches Wort und soll es wohl auch gar nicht sein. Bei seiner Aufstellung waren neben Motiven der Volkswirtschaft, des Fiskalismus und der Socialpolitik auch solche Rücksichten und zwar in allererster Reihe maßgebend, welche der handelspolitischen Staatsraison des Augenblicks entspringen. Der autonome Tarif ist nur der Ausgangspunkt einer neuen handelspolitischen Aktion. Zum allergrößten Teil sind seine exorbitanten Zollsätze nur unter diesem Gesichtswinkel überhaupt verständlich.

Wollte man den derzeitigen autonomen Tarif mit dem früheren autonomen Tarif vergleichen, würde man zu völlig falschen Schlüssen gelangen. Der frühere Tarif mit seinen hohen, nahezu prohibitiven Sätzen stand im wesentlichen nur mehr auf dem Papier und galt als Überbleibsel einer längst überwundenen Wirtschaftsperiode; für das rumänische Handelsleben in praxi waren seine Ermäßigungen maßgebend, wie sie durch die in den einzelnen Handelsverträgen festgesetzten Konventionaltarifsätze eingeführt waren. Diese bisher üblichen, Einfuhr und Ausfuhr regelnden Konventionssätze müssen mit dem neuen autonomen Tarif verglichen werden, will man zur richtigen Würdigung des letzteren gelangen.

Dieser Vergleich lehrt, daß der gegenwärtige Tarif seinen Vorgänger von ehedem hinsichtlich der Höhe seiner Zollsätze im allgemeinen nicht nur erreicht, sondern in manchen Fällen sogar noch übertrumpft. Nun erscheint bekanntlich in der zollpolitischen Praxis ein hoher autonomer Generaltarif als wirksames Mittel, um auf bevorstehende Vertragsverhandlungen einzuwirken und sich bei der Handelschaft, die jedem Vertragsschluß vorangeht, eine günstige Stellung zu sichern. Aus diesem Grunde werden die Zollsätze bei Generaltarifen häufig recht hoch gegriffen. Rumänien hat darin, weil es eben Verhandlungen kommen sieht, und wohl auch wünscht, noch ein übriges geleistet. Sein derzeitiger Tarif ist mehr als ein Schutzzolltarif, er ist ein wirtschaftliches Prohibitivmittel, ein Kampfzolltarif im drastischen Sinne des Wortes. Wollte Rumänien, was natürlich nicht beabsichtigt ist, bei diesem Tarif verharren, würde sich das Land wirtschaftspolitisch völlig isolieren und seine junge Nationalwirtschaft mit einer chinesischen Mauer

umgeben. Die Einfuhrmöglichkeit wäre großenteils vernichtet, damit aber auch die Ausfuhr getroffen und mit ihr die Quelle des Volkswohlstandes verschüttet. Diese Meinung werden selbst jene teilen müssen, die für Rumänien ein mäßiges Schutzzollsystem bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage des Landes für empfehlenswert erachten.

Zur Illustrierung des Gesagten setze ich einige Hauptimportartikel und die von den drei Tarifen — Konventionstarif, alter autonomer, neuer autonomer Tarif — für dieselben bedungenen Eingangszölle nebeneinander:

(Siehe Tabelle Seite 28.)

Diese Proben genügen, um die Höhe des Tarifs und die Vielseitigkeit der Motive, die ihn zustande gebracht, zu charakterisieren.

Wenn der Tarif die Gerberei, die Glas- und Töpferwaren, das Papier, die Kartonnagewaren, die Bierbrauereien, die Seilerwaren ꝛc. schützt, so fallen diese Zölle unter den Gesichtswinkel der Schutzzollpolitik, welche entstehende Industrien schützen und die Rohstoffe des Landes industriell verwerten will. Wenn Rumänien Stickereien, feine Handarbeiten und ähnliches schützt, so tritt es für seine unter dem Protektorat der Königin Elisabeth hochentwickelte Hausindustrie ein. Wenn der Tarif Bücher und Kunstgegenstände abnorm besteuert, so trägt er den Charakter der socialen Luxusbesteuerung. Wenn er aber die Textilwaren, diese Hauptposition der rumänischen Einfuhr, mit exorbitanten Sätzen belegt, so sieht man beispielsweise dieser Position, wie so mancher anderen, den zollpolitischen Kampfzweck schon von weitem an.

Bei einem im Durchschnitt der letzten 5 Jahre auf 330 Millionen Franken sich beziffernden Jahresimport treffen allein auf Textilien

im Jahre	1886	117	Millionen Franken
„ „	1887	139	„ „
„ „	1888	136	„ „
„ „	1889	169	„ „
„ „	1890	155	„ „

Hiervon liefern England und Deutschland nahezu zwei Drittel, der Rest verteilt sich auf Österreich-Ungarn, Frankreich, Belgien, Schweiz, Holland ꝛc. Nun ist es ja richtig, daß Rumäniens Industrie in bescheidenem Maßstabe bereits begonnen hat, gröbere Wollartikel zu liefern. Was aber wollen diese bescheidenen Anfänge gegenüber der Höhe des Gesamtbedarfs bedeuten? Der rumänische Konsum kann die Textilieneinfuhr im größten Maßstabe nicht entbehren, weil sich Fabriken nicht aus dem Boden stampfen lassen, und weil Bekleidungsgegenstände keine Luxusartikel darstellen, die mit Einfuhrverboten belegt werden könnten. Demnach lassen sich die hohen Textilien-

Es zahlen per 100 Kilogramm einen Eingangszoll in Goldfranken:

	Konventionstarif (deutsch-rumänischer)	Alter Generaltarif vor 1891	Neuer Generaltarif von 1891
I. Schafwollwaren:			
gemeine	30	75	100
Tuchgewebe, Flanelle ꝛc. .	58	120 250 (je nach Qualitäten)	150 250
Posamentierwaren . . .	90	300	250
II. Baumwollwaren:			
gemeine	20	100	50
mittelfeine	25	200	160
bedruckte Gewebe	45	150	80
feinste	90	100	120
III. Papier:			
gemeines	8	18	20
Schreibpapier	19	30	30
Tapeten	40	60	35
Luxuspapier	60	100	80
IV. Seifen:			
gewöhnlicher Art	15	30	40
V. Leder:			
gemeines	40	200	200 150
feineres, Lederwaren . .	70 45 90 (je nach Qualitäten)	600	500 200 150
VI. Glas:			
gepreßtes	20	50	30
geschliffenes	50	60	60
VII. Holzwaren:			
gemeine	$2\frac{1}{2}$	12	20
feinere (Möbel ꝛc.) . . .	9	60	60
feinste	—	150	80
VIII. Bier:			
in Flaschen	15	—	50
im Fasse	$8\frac{1}{2}$	30	30
IX. Stearinlichter	25	88	80
X. Zucker:			
raffiniert	20	35	35
roh	12	25	16
XI. Bücher	frei	60	50
XII. Photographien, Lithographien, Kunstsachen ꝛc. .	frei	200	320

zölle lediglich aus dem Bedürfnis Rumäniens erklären, sich aus dieser Position ein Kompensationsobjekt zu schaffen, welches bei künftigen Verhandlungen namentlich jenen Handelsstaaten gegenüber verwertbar ist, die, wie Deutschland, Oesterreich, Frankreich, der Einfuhr rumänischer Cerealien und rumänischen Viehs zollpolitische Schwierigkeiten bereiten und andererseits große Exporteure von Textilien sind.

Gegenwärtig, ultimo 1891, lassen sich die Wirkungen des neuen Tarifs nicht genügend übersehen. Vorerst scheint Rumänien mit demselben, den es bis auf weiteres versuchsweise erproben will, keine Seide gesponnen zu haben. Zwar sollen die Zollerträge im Jahre 1891 gegenüber dem budgetmäßigen Ansatz bedeutend gewachsen sein. Das mag von der vergrößerten Einfuhr herrühren, die jedenfalls kurz vor Eintreten der neuen Zollsätze auf Grund der niedrigen Konventionalsätze noch erfolgt ist. Beispielsweise sei bemerkt, daß fast der ganze rumänische Jahresbedarf an auswärtigen Textilwaren, 140 Mill. Franken, innerhalb der ersten 6 Monate des Jahres 1891 importiert wurde. Daß hierbei der rumänische Handelsstand des Guten zu viel gethan, beweisen die zahlreichen Konkurse der jüngsten Monate innerhalb der Manufakturbranche. Überfüllung der Handelslager und Mißernte haben zusammengewirkt, um den Absatz stocken zu lassen und die Erfüllung eingegangener Verbindlichkeiten zu erschweren. Vorerst sicherlich keine erfreuliche Begleiterscheinung der neuen Zolltarifverhältnisse. Es ist nicht zweifelhaft, daß binnen kurzem noch tiefergehende Mißstände sich herausstellen, die der rumänischen Regierung das Unhaltbare der gegenwärtigen Lage vor Augen führen.

Rascher, als bisher angenommen wird, dürfte Rumänien von seiner neutralen, abwartenden Haltung abgehen und sich in Vertragsverhandlungen einlassen. Die gegenteiligen Versicherungen rumänischer Staatsmänner entspringen wohl zumeist aus Rücksichten zolldiplomatischer Taktik. Allen größeren Handelsvölkern werden Verhandlungen willkommen sein; vornehmlich dem großen mitteleuropäischen Zollbund. Seinem staatlichen und wirtschaftspolitischen Schwergewicht wird sich Rumänien, wie auch die anderen Balkanstaaten auf die Dauer nicht entziehen können, noch auch wollen. Die vertragsmäßige Angliederung des Königreichs an Mitteleuropa wird umso leichter herzustellen sein, als sie zum beiderseitigen Vorteil und mit allen Vorbehalten und Einschränkungen geschehen kann, welche die sorgsam zu schonenden nationalen Adspirationen Rumäniens und seine exceptionell günstige handelspolitische Lage bedingen. Der Ausgleich zwischen dem Donaukönigreich und Mitteleuropa wird sich auf der gleichen vertragsmäßigen Grundlage vollziehen, wie der Ausgleich zwischen den Gliedern des mitteleuropäischen Zollbundes untereinander: Erleichterung der rumänischen Cerealienausfuhr einerseits und Zollermäßigungen für die mitteleuropäischen

Industrieerzeugnisse andererseits. Hinsichtlich letzterer wird Rumänien vielfach auf die Linie der früheren Konventionaltarife zurückgehen müssen; auf dem Gebiete der reinen Finanzzölle kann es weitgehende Konzessionen machen, ohne irgend eine Landesindustrie zu schädigen. Dagegen wird man den rumänischen Staatsmännern nicht zumuten dürfen, den Gedanken des Zollschutzes für eine nationale Industrie, wo eine solche wirklich ernsthaft erzielbar ist, preiszugeben. Die öffentliche Meinung Rumäniens steht heute viel zu sehr unter diesem volkstümlichen Zeichen, als daß es dem Auslande gelingen könnte, an dieser, innerhalb maßvoller Grenzen vollberechtigten nationalen Forderung zu rütteln.

Namentlich angesichts dieser rumänischen Selbständigkeitsbestrebungen auf industriellem Gebiete halte ich es für wahrscheinlich, daß die Angliederung Rumäniens an den mitteleuropäischen Zollbund vorerst nur eine lose werden wird. Ein dienendes, ausschließlich agrarisches Glied innerhalb einer größeren Wirtschaftsvereinigung wird Rumänien schon deshalb nie werden wollen, weil ihm seine geographische Lage gestattet, unter seinen Handelsfreunden zu wählen und niemandem ausschließliche wirtschaftspolitische Heeresfolge zu leisten. Weil es zur Lebensnotdurft nötige Produkte verkauft und dagegen, vielfach wenigstens, minder nötige eintauscht, hat Rumänien gewissermaßen im internationalen Handel wirtschaftlich die Vorhand. Im Gebiete der ans Meer grenzenden Balkanländer berühren und kreuzen sich die Handelswege: Eisenbahnstraßen, Wasserwege, Seeverkehr. Auf solchen Gebieten ist der Handel elastisch, seine Wege ändern und verschieben sich je nach Umständen und Bedürfnis. Eine kluge Regierung wie die rumänische wird die handelspolitischen Möglichkeiten und Vielseitigkeiten, die aus dieser Gunst der gegebenen Verhältnisse entspringen, in allen nationalen Lagen zu verwerten wissen. Namentlich ist es nicht denkbar, daß Rumänien jemals seine innige handelspolitische Freundschaft mit England lösen werde, welches der zuverlässigste Cerealienabnehmer des Donaustaates ist und diese Handelsfreundschaft niemals durch Zollschwierigkeiten beeinträchtigte. Rumänien hat wirtschaftspolitisch einen einzigen Feind: Rußland. Wenn dieses je am schwarzen Meer und am Bosporus zur Alleinherrschaft gelangte, wäre ihm Rumäniens Seeverkehr auf Gnade und Ungnade preisgegeben. Schon deshalb wird der junge Donaustaat stets an dasjenige Europa sich anlehnen müssen, welches ihm den Überschuß seiner agrikolen Produkte gegen andere Lebensgüter willig umtauscht; an jenes Europa, das an den Donaumündungen die handelspolitische Wache hält und an den Dardanellen.

Rumänien ist kulturell und handelspolitisch ein interessantes Land; diesen Ausdruck im besten Sinne des Wortes genommen. Namentlich handelspolitisch mutet das Land den Beobachter merkwürdig an, wie ein

Mikrokosmus. Es liegt etwas wie Sturm in diesem jungen Staatswesen. Eilfertig hat es in einem Zeitraum, der kaum nach einem mittleren Menschenalter zählt, jene wirtschaftspolitischen Phasen und Abschnitte durchschritten, die bei anderen Kulturvölkern zeitlich weit auseinander liegen. Diese Eilfertigkeit läßt auf eine innere Schwungkraft schließen, welche, wenn die Leitung fest und klug bleibt, wie bisher, das Land zu stets höheren Kulturstufen emporführen wird.

Zur ziffermäßigen Illustrierung des rumänischen Außenhandels füge ich 3 Tabellen an:

Tabelle I zeigt die Gesamtziffern der rumänischen Handelsbewegung 1886 bis 1890, ferner die Bewegung der rumänischen Haupthandelsplätze 1890.

Tabelle II zeigt den Anteil der einzelnen Völker am Außenhandel Rumäniens 1886 bis 1890.

Tabelle III zeigt die Handelsbewegung nach den einzelnen Warengattungen 1886 bis 1890.

Das Ziffernmaterial ist der mit Recht als vorzüglich bekannten offiziellen rumänischen Handelsstatistik entnommen.

Tabelle I.

A. Einfuhr und Ausfuhr Rumäniens 1886—1890.

Werte in Franken.

	1886	1887	1888	1889	1890
Einfuhr . . .	296 497 362	314 680 752	310 378 320	367 944 099	362 791 054
Ausfuhr . . .	255 547 263	265 726 613	256 788 642	274 167 146	275 958 415
Total	552 044 625	580 407 365	567 166 962	642 111 245	638 749 469

B. Handelsbewegung der Haupthandelsplätze Rumäniens 1890.

Werte in Franken.

	Einfuhr	Ausfuhr
Bukarest (Landeshauptstadt und Hauptstapelplatz) . .	108 220 460	13 155 337
Jassy (Hauptstadt der Moldau)	27 868 898	2 211 343
Braila (Haupt-Donauhafen)	52 671 816	82 922 654
Galaz (Haupt-Donauhafen)	69 175 883	29 485 634
Itzkani (Anschlußplatz an die Lemberg-Czernowitzer Bahn)	31 907 055	5 194 939
Predeal (Anschlußplatz nach Siebenbürgen)	7 534 920	1 977 928
Verciorova (Anschlußplatz an die österreichisch-ungarischen Staatsbahnen)	17 650 468	2 960 203
Constanza (Hafen am schwarzen Meere)	5 624 704	9 295 299

Tabelle II.

Anteil der einzelnen Nationen am rumänischen Außenhandel 1886—1890.

Werte in Franken.

	Länder	Einfuhr					Ausfuhr				
		1886	1887	1888	1889	1890	1886	1887	1888	1889	1890
1	Österreich-Ungarn	93518187	53455220	50858862	49376518	52716386	34677718	21229030	13545164	16858784	8912889
2	Belgien	14495507	16615772	16373436	19316558	18926503	15240368	15701989	31651868	37541899	43623519
3	Bulgarien	3324385	2030833	1725322	1819265	1521180	5349060	4199723	5625416	4095674	2578147
4	China	—	896	—	—	—	—	—	—	—	—
5	Dänemark	283	1952	527	1104	277	—	—	—	—	60
6	Egypten	2551	4253	220114	450100	333315	108220	24713	79892	95984	584
7	Schweiz	2559412	15631886	19206507	22007998	8010551	68262	179354	273863	2964530	1435474
8	England	71423284	86786839	84775349	102261117	97558706	116627134	154243067	143854789	140551045	161385537
9	Frankreich	14494550	25017317	28078984	32810094	39647820	29134135	19751011	18561272	13106062	17195575
10	Deutschland	73339859	90053488	83224501	108245586	109252061	2618003	8763636	6515142	15517656	12605443
11	Griechenland	3399862	1979321	881590	1231605	903972	2713400	4146443	727710	785415	435830
12	Italien	3152883	3664018	3867623	4320942	5167962	16663133	17224893	10402633	22604193	11610219
13	Holland	871207	2087989	2967234	3228369	7593219	5508374	3805841	8418574	5073666	530248
14	Portugal	—	—	—	535	—	250	—	—	—	—
15	Rußland	9644514	8775683	7380107	9829508	8663744	12897407	7895785	4840419	4736076	4583097
16	Serbien	106988	112923	280461	208445	288908	862834	647943	635149	743127	1262370
17	Spanien	306873	190085	14078	14629	7792	912857	1088176	1554666	397168	2958642
18	Nordamerika	195295	10914	4514	103852	73013	—	114	—	—	—
19	Skandinavien	896	2563	3899	4062	79472	643451	156491	551230	103939	30375
20	Türkei	5660826	8258800	10515212	12713812	12106173	11522657	6668404	9550855	9018928	6810406
	Total	296497362	314680752	310378320	367944099	362791054	255547263	265726613	256788642	274167146	275958415

Tabelle III.

Verteilung des rumänischen Außenhandels nach Warenklassen 1886—1890. Wert in Franken.

	Warengattungen	Einfuhr					Ausfuhr				
		1886	1887	1888	1889	1890	1886	1887	1888	1889	1890
1	Lebendes Vieh	1153675	336143	1592333	4168563	2185266	7156566	5876281	3474917	2129864	2682449
2	Viehfutterstoffe	3559029	4469114	5101874	4912291	5169113	2533591	2647192	2360239	2714668	3775045
3	Cerealien, Mehl ꝛc.	4823465	3696135	3740288	3313968	3194219	184173212	214645541	206720198	239539158	226091014
4	Früchte, Gemüse und andere Vegetabilien	499948	475406	734805	799072	608404	20723691	6415885	15279873	9839025	26086027
5	Kolonialwaren	17658127	26289954	19408032	21104890	23692236	286691	436199	48500	17552	31798
6	Getränke	734441	607205	629112	775697	977848	12788884	16516387	11155998	4531934	2711381
7	Konserven- und Konditoreiwaren	1591199	1680411	1898130	2435301	2379914	79216	43122	30824	30004	126114
8	Fruchtsäfte, Droguen und Medikamente	2626149	3211079	3446596	4137722	6835570	64668	72765	57037	79426	93422
9	Parfümerien	439240	457902	428844	453522	508182	1716	1956	2916	816	2574
10	Chemische Stoffe u. Produkte	6620395	6829097	6439070	9076284	9328482	382301	481521	451838	301119	168778
11	Farbstoffe und Farben	3045821	3975018	4389426	3998341	4722954	262121	175238	208455	114194	67198
12	Öl, Fettwaren, Wachs	6394915	5604199	6689477	7893736	7860411	128334	50317	47393	35392	36897
13	Lumpen u. tierische Abfälle	101298	93353	107261	52135	77807	1238199	967736	903676	690505	1022156
14	Häute, Leder- und Schuhwaren ꝛc.	23236182	18250904	16967418	19253010	20318582	6090630	2644301	1591262	1043183	1161073
15	Kautschuk und Guttapercha	1635286	2041526	2195674	2870550	2923038	4901	52844	16098	23580	40678
16	Textilwaren	116990382	138776810	136385551	169467939	155044646	6925531	4813139	3938438	4088819	4621548
17	Papier und Papierprodukte	6917572	12415362	15148895	14385840	13759823	114375	225135	141222	177409	134843
18	Holz und Holzwaren	11977897	6025439	4865552	6833583	7208979	7384230	4111435	2158731	4011541	2862417
19	Kohlen und mineralische Brennstoffe	10615106	4393488	5629307	6043781	7201692	1718458	1660595	1891290	1949528	1238627
20	Mineralstoffe, Glas, Glaswaren	13393832	16264780	15281097	17800816	16471061	235004	221873	222888	494293	506238
21	Metalle und Metallfabrikate	53769470	53201928	52410962	60656023	64498656	1667200	2157666	4690122	891765	809169
22	Fahrzeuge	2438190	1031332	2283565	1236223	1811391	94122	156825	154300	124087	188000
23	Schiffe u. Schiffsgerätschaften	10560	6900	13700	114500	4260	1100	300	2200	200	400
24	Kunstgegenstände	25565	104865	59020	71495	104845	245	2265	1370	1755	1430
25	Div. in obigen Kategorien nicht enthaltene Artikel	6239618	4442402	4532331	6088817	5903675	1492277	1350095	1238857	1337329	1499139
	Total	296497362	314680752	310378320	367944099	362791054	255547263	265726613	256788642	274167146	275958415

II. Serbien.

Die serbische Selbständigkeit ist noch verhältnismäßig jung; sie datiert eigentlich erst seit 1878, seit dem Berliner Vertrag. Erst die endgültige Abschüttelung der türkischen Oberhoheit gab dem serbischen Staatswesen die Kraft, die Stellung eines neuzeitlichen Kulturstaates überhaupt anzustreben und hinsichtlich des nationalen Wirtschaftslebens kräftigere, über den bloßen Fiskalismus hinausgehende Impulse zu entwickeln.

Auf handelspolitischem Gebiete trat dies Bestreben bereits vor einem Jahrzehnt durch Abschluß einer Reihe von Handels- und Freundschaftsverträgen mit anderen Völkern zu Tage.

Will man diese Verträge verstehen und ihre Wirkungen prüfen, so muß man sich die geographische Lage des Landes und seine natürliche Beschaffenheit vergegenwärtigen. Serbien ist Binnenland. Als natürlichen Handelsweg besitzt es, abgesehen von nachbarlichen Beziehungen und Anschlüssen, die sowohl flußaufwärts als meerwärts führende Donau, ferner die Save. Seine Produkte sind heute noch fast ausschließlich Erzeugnisse des Bodens und der Viehzucht. Das Land ist unmittelbar umgeben von Wirtschaftsgebieten, die ihm von seinen Überschüssen wenig oder nichts abnehmen, weil sie die ungefähr gleichen Erzeugnisse in Hülle und Fülle liefern. Die serbischen Ausfuhrprodukte sind gewichtschwer und auf dem Landweg schwer oder gar nicht verwertbar. Demnach sah sich Serbien bis vor kurzem ausschließlich auf den Naheverkehr, auf die Pflege nachbarlicher Handels- und Verkehrsbeziehungen angewiesen.

Dieser Nachbar ist die österreichisch-ungarische Monarchie. An ihr besitzt Serbien den nächstgelegenen und hauptsächlichsten Abnehmer seiner Ausfuhrprodukte, wogegen es von diesem Käufer im Tauschhandel die in Serbien nicht herstellbaren Industrieerzeugnisse geliefert erhält, und zwar meist Erzeugnisse billiger Natur und von minderwertiger Beschaffenheit. Als zweite Handelsnation kam für die serbischen Verhältnisse England in Betracht, in-

dem es durch die Sulinamündungen flußaufwärts beträchtliche Handelsbeziehungen mit Serbien unterhielt. Von den übrigen Handelsnationen war das Land durch seine Binnenlage abgeschlossen und der Verkehr mit ihnen in hohem Maße erschwert. Der Zutritt Serbiens zum ägäischen Meere ist bekanntlich erst eine Errungenschaft der letzten Jahre. Der gesamte serbische Ausfuhrhandel soll betragen haben:

1842	:	13	Millionen Franken.
1852	:	22	„ „
1862	:	28	„ „

Selbständig geworden, hegte Serbien den Wunsch, seine auswärtigen Handelsbeziehungen vertragsmäßig zu regeln und seine bisherigen, in primitivster Art nach türkischem Muster eingerichteten Zollverhältnisse umzugestalten. Die Verhandlungen mit der österreichisch-ungarischen Regierung waren schwierig und durch russisches Intriguenspiel mehrfach durchkreuzt. Das durch die geographische Lage Österreich-Ungarns bedingte handelspolitische Übergewicht dieses Staates hatte durch differentielle Zollbegünstigungen seinen Ausdruck gefunden, bis Serbien 1864 einen für alle Staaten gültigen, autonomen Zolltarif aufstellte. Versuche der österreichischen Regierung, spezielle Begünstigungen zu erhalten, blieben damals erfolglos. Selbst auf dem Berliner Kongreß gelang es noch nicht, ein definitives Abkommen zu vereinbaren. Lediglich der status quo wurde aufrecht erhalten und der serbische Transitzoll beseitigt. Im Juli 1878 schlossen beide Regierungen eine Präliminarkonvention ab, welche bestimmt war, den künftigen Handelsvertrag unter besonderer Rücksichtnahme auf den Grenzverkehr vorzubereiten. Sogar eine völlige Zollunion beider Länder war in Aussicht genommen. Die Ablehnung der letzteren durch die serbische Skuptschina verursachte abermalige Verzögerungen. Noch ehe mit Österreich ein Abkommen getroffen war, schloß Serbien 1879 provisorische Handelskonventionen mit England, Italien, Rußland, der Schweiz und Belgien ab. Hieran schloß sich 1880 der erste definitive Vertrag mit England, worin diesem die Meistbegünstigung mit Ausnahme jener Vorteile zugestanden wurde, welche Serbien seinen Nachbarstaaten im Grenzverkehr einräumen werde. Diese Klausel war mit Rücksicht auf Österreich-Ungarn getroffen. Erst am 6. Mai 1881 gelangte der Handelsvertrag zwischen Österreich und Serbien zum Abschlusse. Eine Veterinärkonvention, ferner ein Schiffahrts-, Konsular- und Rechtshilfevertrag bildeten hierzu die nötige Ergänzung. An den österreichisch-serbischen Vertrag schlossen sich 1883 der deutsch-serbische und französisch-serbische Vertrag, ferner Verträge mit Griechenland, der Türkei, Nordamerika und anderen Staaten; mit Ausnahme der bereits abgelaufenen anglo-serbischen Kon-

vention laufen diese sämtlichen Verträge zur Zeit noch; die Dauer der Hauptverträge aber geht 1892/93 zu Ende, so daß gegenwärtig auch Serbien im Begriffe steht, zollpolitisch freie Hand zu bekommen. Hinsichtlich neuer Vertragsabschlüsse schweben augenblicklich bereits Unterhandlungen mit Österreich-Ungarn, denen sich auch Deutschland anschließen will und bei welchen die Frage der Angliederung Serbiens an den mitteleuropäischen Zollbund beiderseits wohl in den Vordergrund der Erwägung treten wird.

Die oben genannten Verträge beruhen im allgemeinen auf folgenden Grundlagen:

I. Die Verträge sind Handels- und Freundschaftsverträge auf dem Fuße gegenseitiger Meistbegünstigung. Außerdem enthalten sie hinsichtlich der wichtigeren Einfuhrartikel zolltarifarische Bestimmungen, so daß der serbische Generaltarif für die Konventionswaren aus den Vertragsstaaten außer Wirksamkeit gesetzt ist. Auf Grund der Meistbegünstigungsklausel kommen die zolltarifarischen Ermäßigungen allen Vertragsstaaten zu gute.

II. Die Einfuhrzölle sind für die meisten Warengruppen auf 10 Prozent und 8 Prozent vom Werte, für manche auf 6 Prozent, für Textilien auf Grund des anglo-serbischen Vertrages auf 5 Prozent festgesetzt. Der Konventionstarif hat wirtschaftlich den Charakter eines hohen Finanzzolltarifs im fiskalischen Interesse; schutzzöllnerische Neigungen liegen ihm ferne, weil das heute noch industriell unentwickelte Serbien vor 10 Jahren keinerlei Industrie zu schützen hatte.

III. Neben den Wertzöllen stehen alternativ spezifische Gewichtszölle. Es steht dem Importeur frei, die Verzollung nach dem Gewicht oder ad valorem zu verlangen. Für letzteren Modus enthält der Anhang zum deutsch-serbischen Vertrag genaue Festsetzungen. Die Alternativverzollung beruht auf dem anglo-serbischen Vertrag und ist durch die Meistbegünstigung auf die übrigen Vertragsstaaten ausgedehnt. Sie bildete in der Folge einen lebhaften zollpolitischen Beschwerdepunkt der serbischen Regierung.

IV. Auf Grund der Bestimmungen über den Grenzverkehr enthält der österreichisch-serbische Vertrag beiderseits spezielle, auf die übrigen meistbegünstigten Staaten nicht ausgedehnte Ein- und Ausfuhrerleichterungen. Da diese Vereinbarung nicht auf einen bestimmten Grenzbezirk beschränkt ist, vielmehr für den ganzen Umfang der beiden Länder gilt, sobald der Handelsverkehr nur unmittelbar über die gemeinschaftliche österreichisch-ungarisch-serbische Zollgrenze erfolgt, kann man wohl kaum von einem Grenzverkehr im eigentlichen zolltechnischen Sinne reden, auf welchen die Meistbegünstigungsklausel grundsätzlich keine Anwendung fände. Bei der Vereinbarung zwischen Österreich und Serbien liegt jedoch eine bestimmte, historischen Ver-

hältnissen entsprungene Ausnahme vor, weil in der Präliminarkonvention von 1878 eine völlige Zollvereinigung der beiden Länder in Aussicht genommen war.

Die handelspolitische Stellung Serbiens zu den großen, ihm geographisch ferne gelegenen Handelsnationen Deutschland, England und Frankreich war beiderseits eine einfache. Letzteren Handelsvölkern konnte es im wesentlichen nur darauf ankommen, für ihre wichtigeren Ausfuhrartikel mäßige, die Einfuhr nach Serbien erleichternde Zollsätze zu erzielen, so beispielsweise England und Deutschland für Textilien, Frankreich für Modeartikel und Weine. Serbien andererseits hatte als Konsument ausländischer Artikel, die es im Inlande nicht oder nicht gleichwertig herstellen konnte, kein Interesse daran, die Einfuhrzölle auf die von ihm benötigten Produkte höher zu schrauben, als seine allerdings stets sich steigernden finanziellen Staatsbedürfnisse es unumgänglich erheischten. Komplizierte Rücksichten hatten die beiden Kontrahenten beiderseits nicht zu nehmen.

Ganz anders lagen die Dinge zwischen Serbien und Österreich-Ungarn. Man kann die Eigenartigkeit des handelspolitischen Verhältnisses beider Staaten nicht treffender schildern, als es Matlekovits folgendermaßen thut:

„Die eigentümlichen Verhältnisse der beiden Monarchien als grenznachbarlicher Staaten erheischten eine ganz andere Regelung des Handelsverkehrs, als diese von seiten der übrigen Weststaaten zu erfolgen pflegte. Wenn Österreich-Ungarn mit Serbien unterhandelt, ist nicht allein das Exportinteresse der Monarchie zu berücksichtigen, sondern es muß auch das Interesse des serbischen Exportes wohlwollend bedacht werden. Nun hat aber Serbien einstweilen (außer geringen Quantitäten von Getreide, Wein und Zwetschgen) seinen Hauptreichtum in Vieh und zwar hauptsächlich in Schweinen und teilweise in Rindern. Diesen Reichtum kann es infolge seiner geographischen Lage nur nach Österreich-Ungarn und nur teilweise weiter, vielleicht bei genügendem Wohlwollen auch nach Deutschland, aber immer nur über Österreich-Ungarn, exportieren und somit verwerten. Die Sicherung des Exportes dieses Handelsartikels war somit die Hauptbedingung, welche beim Abschluß des Handelsvertrages mit Österreich-Ungarn für Serbien maßgebend war. Von seiten der österreichisch-ungarischen Monarchie war es weniger die handelspolitische Seite der Frage als die veterinärpolizeiliche, die jetzt zur Entscheidung kommen mußte. Nicht allein war Serbien veterinärpolizeilich noch nicht gehörig administriert, also nicht allein die Gefahr drohte, daß bei Zulassung des freien Verkehrs mit Vieh die Einschleppung von Seuchen aus Serbien möglich und damit die Bedrohung des großen Viehstandes Österreich-Ungarns eine permanente wurde, sondern

es konnte leicht ein freier Verkehr mit Serbien und die damit eventuell verbundene Verseuchung des Landes zu der Unannehmlichkeit führen, daß die westlichen Staaten, und an ihrer Spitze Deutschland, den Verkehr mit Tieren und tierischen Produkten nur aus dem Grunde schon, weil die Verseuchung durch Serbien nicht unmöglich wäre, erschweren oder selbst prohibieren würden. Die Veterinärkonvention, welche unter diesen Umständen abgeschlossen wurde, unterscheidet sich daher auch wesentlich von analogen Verträgen: sie verpflichtet Serbien zum Verbote der Vieheinfuhr aus Rumänien, Bulgarien und der Türkei und nötigt Serbien zur strengen Grenzbewachung aus veterinärpolizeilichen Gründen; sie ordnet endlich die Anlegung eines Viehkatasters an und zwar von den bedeuteten Grenzen bis auf 37 Kilometer einwärts im Lande und strenge Überwachung des Viehstandes innerhalb dieser Grenze. Außerdem bedingt die Konvention, daß in Serbien hinsichtlich der Veterinärpolizei dieselben Anordnungen getroffen werden, welche Österreich-Ungarn selbst eingeführt hat — und erst wenn Serbien allen diesen Bedingungen entsprochen haben würde, sollte der freie Verkehr mit Tieren, jedoch mit der Beschränkung eintreten, daß die Einfuhr nur über gewisse Grenzstationen zu erfolgen und auf diesen Eintrittsorten von seiten der österreichisch-ungarischen Monarchie eine veterinärpolizeiliche Untersuchung stattzufinden hätte, wobei natürlich nur gesund befundenes Vieh zum Eintritt zugelassen würde.

Serbien hat thatsächlich alle vorbestimmten Modalitäten erfüllt, genießt seit 1883 den freien Viehverkehr und hat dem Viehstand Ungarns seit jener Zeit keine Seuche zugeführt.

Auch bei den Zollbestimmungen konnten andere Staaten leichter vorgehen, nicht nur weil sie weniger Interesse an dem Verkehr mit Serbien hatten, sondern weil ihr Handel nicht so verzweigt auf alle Gattungen der Bedürfnisse sich erstreckte, während Österreich-Ungarn als direkter Nachbar in jeder Hinsicht — selbst bei Kolonialwaren und anderen nicht im Lande erzeugten Waren — als Vermittler des Handels direkt beteiligt war und deshalb auf alle Waren zu reflektieren hatte. Als Großbritannien den Handelsvertrag mit Serbien abschloß, da war es genug, 8 Prozent des Wertes für Schneidewerkzeuge, Maschinen, Garne und Wollwaren, Thonwaren, Porzellanwaren und raffiniertes Mineralöl, und dann 10 Prozent für alle übrigen Waren festzusetzen. So konnte Österreich-Ungarn nicht vorgehen. Hier wußte man nicht nur aus dem Verkehr mit Serbien, sondern auch aus jenem mit Rumänien, daß die Feststellung des Wertzolles an und für sich dem Verkehr viel zu wenig Stabilität verleiht, daß es notwendig ist, bei Feststellung des Wertzolles teilweise auch spezifische Zölle in Reserve zu

haben, um auf diese Weise eventuellen Mißbräuchen seitens der Zollbeamten vorbeugen zu können. Der Handelsvertrag mit Serbien enthält deshalb auch eine lange Serie von Waren, welche mit spezifischen Zöllen belegt sind, deren Wortlaut gewöhnlich dem des österreichisch-ungarischen Tarifs nachgebildet ist und die selbst den Tarasatz für die betreffenden Waren bestimmen. Neben den spezifischen Zöllen sind für gewisse gangbare Waren 6 Prozent des Wertes, für einige Finanzartikel 15 Prozent, für alle übrigen Waren 8 Prozent des Wertes als Zoll fixiert. Ausdrücklich wurde es jedoch bedungen, daß es dem Importeur freistehen solle, die spezifischen Zölle oder aber im Sinne des Meistbegünstigungsrechtes denjenigen Wertzoll zu beanspruchen, der eventuell anderen Nationen zugestanden worden ist, sowie es auch freisteht, anstatt des bedungenen Wertzolles den Zollsatz des allgemeinen serbischen Tarifs zu zahlen, und es darf in dieser Wahl der Betreffende nicht behindert werden.

Außer den allgemeinen Begünstigungen, welche im Sinne der Meistbegünstigung jedem Vertragsstaate zuzukommen haben, sicherte sich jedoch Österreich-Ungarn noch spezielle Vorteile durch differentielle Behandlung einzelner Artikel. Namentlich zahlen die Hälfte des jeweilig bestehenden günstigen Zolles folgende Waren: Packpapier, Pappendeckel, gemeine Steinmetzwaren, gemeine Thonwaren, Fenster- und Spiegelglas, Hohlglas in seiner natürlichen Farbe, weißes Hohlglas, Roheisen, Stangeneisen, Luppeneisen, Eisenabfälle, Halbfabrikate aus Eisen, landwirtschaftliche Werkzeuge.

Diesen speziellen Begünstigungen gegenüber erhielt Serbien ebenfalls solche Begünstigungen von Österreich-Ungarn, welche nur Serbien in Anspruch nehmen kann und welche Österreich-Ungarn anderen Staaten nicht zu gewähren pflegt. Infolge dieser Spezialbegünstigungen sind frisches Obst (mit Ausnahme der frischen Weintrauben), Gartengewächse und frisches Gemüse aus Serbien zollfrei; Nüsse, Haselnüsse, gedörrte Pflaumen, ohne Zucker gekochte Obstmuse unterliegen dem Zoll von 1,50 fl.; Ochsen und Stiere zahlen 4 fl.; Schweine 1,50 fl.; rohe Häute, sowie Honig sind zollfrei; Rakia d. i. ein Branntwein aus Pflaumen bis 38 Grad Spritgehalt zahlt 3,20 fl., Wein in Fässern aus Posarewatz, Negotin, Semendria und Nisch 3,20 fl., Knoppern, Rinden zum Färben und Gerben sind frei. Endlich wurde bei Gelegenheit der Erhöhung der Getreidezölle durch die Novelle vom Jahre 1887 für das Getreide aus Serbien autonom eine Begünstigung insofern gewährt, als für Serbien auch weiterhin die Zollsätze des Tarifes vom Jahre 1882 Anwendung finden."

Soweit Matlekowits. Man sieht: Der Handelsvertrag bindet die beiden Staaten wirtschaftspolitisch aufs engste aneinander. Um sich die

österreichisch-ungarische Monarchie als die fast einzige Abnehmerin seiner agrikolen und Viehzuchtserzeugnisse willig zu machen, war Serbien veranlaßt, hinsichtlich seines Bezuges von Industrieprodukten dem Nachbarreiche weitgehende zollpolitische Erleichterungen einzuräumen, welche letzterem im Zusammenhalt mit der geographischen Nachbarschaft die unbestrittene industrielle Hegemonie in Serbien vor allen anderen Handelsvölkern sichern mußten. Zu jener Zeit, als der Vertrag abgeschlossen wurde, hatten hierbei die serbischen Staatsmänner im wohlverstandenen Interesse ihres Landes gehandelt; inwieweit sie handelten „der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe" mag dahingestellt bleiben.

Der Zustand der serbischen Volkswirtschaft ist unter dem Einfluß der seit einem Jahrzehnt bestehenden Ära der internationalen Verträge ziemlich stationär geblieben. Zwar haben sich von 1850 bis 1880 die serbischen Ausfuhrziffern verdoppelt; seither aber trat Stillstand ein und zeigen die Ziffern im allgemeinen nur jene Schwankungen, wie sie durch den Wechsel in den Ernteverhältnissen und in den Konjunkturen der Viehausfuhr bedingt sind. Die jüngste Zeit vor Eröffnung der internationalen Bahnlinien zeigt sogar eine gelinde Neigung zum Rückgang.

Die serbische Ausfuhr betrug:

1850:	23 290 000	Franken.	1885:	37 615 000	Franken.
1881:	44 103 000	„	1886:	40 719 000	„
1882:	41 249 000	„	1887:	34 130 000	„
1883:	44 353 000	„	1888:	38 909 000	„
1884:	39 969 000	„	1889:	39 066 000	„

Zur Illustrierung der Beschaffenheit der serbischen Ausfuhr dient folgende Aufstellung:

Ausfuhrprodukte, Wert in Franken:

Gegenstände.	1881	1882	1883	1884	1885	1886	1887
I. Bodenprodukte (Cerealien, getrocknete Früchte, namentlich Pflaumen, Textilpflanzen)	14 178 219	15 692 562	16 738 746	14 594 484	10 959 339	13 303 814	13 029 484
II. Vieh, namentlich Schweine. .	21 980 851	18 367 680	20 953 284	18 146 946	18 548 074	19 509 931	14 387 089
III. Häute und Felle.	3 798 256	2 855 773	2 997 379	3 714 411	4 034 340	3 933 392	3 616 701

Die serbischen Einfuhrziffern laufen in jüngster Zeit mit den Ausfuhrziffern im allgemeinen parallel. Die serbische Einfuhr betrug beispielsweise:

1888: 35 184 000 Franken.
1889: 34 843 000 „

Von der gesamten Handelsbewegung entfällt der Löwenanteil aus leicht begreiflichen Gründen auf das geographisch nahe, zollpolitisch hochbegünstigte Österreich-Ungarn; hierauf folgen England und Deutschland als Importeure von Textilien und Eisenwaren, dann Frankreich als Importeur von Seide und Modewaren, ferner die übrigen Handelsvölker mit entsprechend kleineren Beträgen.

Daß in Serbien, sowohl bei dessen Staatsmännern, als auch in weiteren Kreisen mit den internationalen Verträgen zugleich handelspolitische Zufriedenheit eingekehrt sei, läßt sich nicht sagen. Eher das Gegenteil. Und zwar aus verschiedenen Gründen.

In erster Reihe war die auf Grund der Verträge festgesetzte alternative Modalität der Zollentrichtung dem serbischen Fiskus nachteilig. Die Verzollung nach dem Gewicht wurde nicht praktisch; der Handel liebt die Zollentrichtung ad valorem namentlich in solchen Ländern, denen es schwierig wird, die Deklarationen der Importeure anzufechten, und deren Zollbehörden sich in schlimmer Lage befinden, wenn sie von dem ihnen zustehenden Vorkaufsrecht Gebrauch machend für das eingethane auswärtige, vielleicht sehr kostspielige oder rasch der Entwertung preisgegebene Gut schnell einen solventen Käufer zu suchen gezwungen sind. Es mag vollkommen richtig sein, wenn der serbische Fiskus über zu niedrige Deklarationen der Importeure sich beklagt, ohne bisher auf Grund der Verträge diesem Übelstand mit wirksameren Mitteln als mit dem unpraktischen des Vorkaufsrechts begegnen zu können.

Namentlich aber war es das wirtschaftliche Übergewicht Österreich-Ungarns, welches Unbehagen verursachte. Man gab ihm die Schuld, daß die serbischen Industriebegünstigungsmaßnahmen, welche ungefähr in gleicher Weise wie das rumänische Gesetz auf Hebung der industriellen Thätigkeit abzielten, von keinem wesentlichen Erfolge begleitet waren, indem die wohlfeilen und häufig geringwertigen österreichischen Industrieprodukte unter dem Schutz eines außergewöhnlich erniedrigten Eingangszolles jeden inländischen serbischen Wettbewerb von vorn herein erdrücken mußten. Das handelspolitische Verhältnis zu Österreich-Ungarn verschlechterte sich noch mehr, als letzteres in den jüngsten Jahren zeitweilig seine Grenzen gegen die Ein- und Durchfuhr serbischen Viehes sperrte und sich bei Handhabung der Veterinärkonvention schwierig zeigte. Die teilweise Behinderung der serbischen Vieh-

ausfuhr erzeugte ähnlich wie in Rumänien gereizte Stimmungen. Man sprach von handelspolitischer Unterjochung durch das mächtigere Nachbarreich und sann auf Mittel und Wege, um sich seiner Umklammerung möglichst zu entziehen.

Die österreichische Handelssuprematie erregte auch die Eifersucht der übrigen Handelsvölker, denen der serbische Markt auf nahen Landwegen nicht erreichbar war und zudem größere zollpolitische Opfer kostete. Die seefahrenden Nationen, speziell England, konkurrierten mit Österreich mühsam donauaufwärts bis nach Widdin, die Franzosen namentlich von Saloniki nordwärts bis zur macedonischen Rumpfstation Mitrowitza und von da auf schwierigen Landwegen einigermaßen nach Südserbien. Bedenkt man die weiten Entfernungen, die Zeit- und Zinsverluste, die komplizierten Tarife und Umladungen, die höheren Zölle, mit denen die übrigen Handelsvölker zu rechnen hatten, so leuchtet die Überlegenheit Österreich-Ungarns und im minderen Grade auch Deutschlands von selbst ein. Mit Ungeduld warteten die benachteiligten Konkurrenten auf die „Öffnung" des serbischen Marktes durch die Herstellung der Bahnverbindung mit Saloniki.

Solange die serbischen Bahnen des Anschlusses ans ägäische Meer entbehrten, befand sich Serbien in einer Zwangslage und mußte das österreichische Handelsmonopol über sich ergehen lassen. Nach dem Meere, nach Saloniki, als dem künftigen serbisch-macedonischen Nationalhafen, richtete sich naturgemäß die handelspolitische Sehnsucht der serbischen Staatsmänner. Schon 1880 rief Ristic in der serbischen Kammer gelegentlich der serbisch-österreichischen Verhandlungen: „Die Eisenbahn wird uns aus dieser mißlichen Lage befreien und wir werden dann nicht mehr dem handelspolitischen Unterhändler auf Gnade und Ungnade ausgeliefert sein. Deshalb sage ich stets Saloniki und wiederum Saloniki."

Welche Verzögerung der Bau der serbischen Bahnen aus politischen und finanziellen Ursachen erlitten hat, ist bekannt. Schon 1878 auf dem Berliner Kongreß wurde Österreich-Ungarn beauftragt, im Einverständnis mit Serbien, Bulgarien und der Türkei den Anschluß der türkischen Rumpfbahnen an das mitteleuropäische Eisenbahnnetz zu bewerkstelligen. Erst 1883 kam zwischen diesen Staaten als Ergebnis der Viererkonferenz die grundlegende Konvention zustande, welche neben Feststellung der Bahnbauten zugleich einheitliche Vorschriften über die Zollmanipulation, die Spurweite, das Tarifwesen und den Betrieb im allgemeinen festsetzte, um den internationalen Charakter der beiden Hauptlinien Belgrad-Konstantinopel und Belgrad-Saloniki zu sichern. 1884 wurde die Bahn Belgrad-Nisch eröffnet und die Zweigbahn Semendria gebaut. 1888 wurde endlich die Bahnverbindung

Serbiens über Macedonien mit Saloniki eröffnet, 1889 die zweite internationale Linie über Bulgarien nach Konstantinopel dem Betrieb übergeben. Gegenwärtig baut Serbien eine weitere, bedeutungsvolle Lokalbahn, welche die reichen Donaubezirke um Negotin mit Nisch verbinden soll, um die Zufuhr dieser Distrikte nach Saloniki zu ermöglichen.

Serbien hat seine Bahnen nach dem ägäischen Meere teuer erkauft: es ist bekannt, daß der finanzielle Zusammenbruch der ersten Eisenbahnkonzessionäre dem Serbenvolk mühsam ersparte Millionen weit über den realen Zweck hinaus kostete. Finanziell mögen die serbischen Bahnen zu teuer sein; wirtschaftspolitisch betrachtet sind für das Land auch die teuerst erkauften Eisenbahnstraßen ein Glück, weil sie für die serbische Volkswirtschaft ein Inventarstück von unermeßlichem Wert darstellen. Die Gesamtlage des Landes hat sich durch seine Schienenwege und deren Verbindung einerseits mit Mitteleuropa, andererseits mit dem Meere von Grund aus verändert. Der serbische Reichtum an Vieh und Bodenprodukten, sein heute großenteils noch ungehoben schlummernder Schatz von edlen und wertvollen Metallen und sonstigen Produkten der Mineindustrie, sein Reichtum an Kohlen und Holz, alle diese wertvollen, aber gewichtschweren Tauschgüter erhalten erst dann vollen Zutritt auf den Weltmarkt, wenn sich der serbische Außenhandel, ähnlich wie der rumänische und bulgarische Handel, des billigen, und bei allen Handelsvölkern gleichmäßig beliebten Seeweges bedienen kann. Serbien befindet sich demnach seit kurzem in der Lage eines Organismus, dessen Lebensbedingungen sich ändern. Seine Handelswege verschieben sich, seine Volkswirtschaft ist in einen neuen Abschnitt eingetreten.

Saloniki ist unstreitig der zukunftsreichste Hafen der Balkan-Halbinsel und besitzt heute schon nächst Konstantinopel den bedeutendsten Schiffsverkehr. Die Zahl der jährlich dort anlaufenden Dampfer beträgt gegen 700. Die mir vorliegenden statistischen Angaben über den quotenmäßigen Anteil der einzelnen Handelsvölker an Salonikis Verkehr gehen weit auseinander, was sich aus dem Mangel zuverlässiger Aufschreibung und aus dem Umstande erklärt, daß die dortigen Verhältnisse, namentlich seit Angliederung des Hafenplatzes an das mitteleuropäische Bahnsystem, monatlich, ja man kann sagen täglich im Flusse und in der Veränderung begriffen sind. Gegenwärtig schweben zwischen den beteiligten Staaten Unterhandlungen, welche den indischen Postlauf von Brindisi nach Saloniki verlegen wollen und ferner sind Bestrebungen im Zug, um die subventionierte deutsche Dampferlinie Brindisi-Alexandrien durch eine Linie Saloniki-Alexandrien zu ersetzen. Saloniki verspricht, im Laufe der nächsten Jahre nicht bloß der serbisch-macedonische Nationalhafen, sondern überhaupt ein

internationaler Hafenplatz allerersten Ranges zu werden, was den Handelsverkehr seiner Hinterländer Macedonien und Serbien mächtig beleben wird. Ich verzichte auf die Wiedergabe anfechtbarer Ziffern, weil sie für die serbischen Verhältnisse nur von mittelbarer Bedeutung sind, und konstatiere die Thatsache, daß England, Österreich und Frankreich an der kommerziellen Bewegung Salonikis die hauptbeteiligten Nationen sind. Namentlich Frankreich galt bisher als der wichtigste Handelsfreund Macedoniens und beeilt sich auf Grund der Bahnverbindung, nunmehr diese Fäden nordwärts nach Serbien zu erstrecken.

Die gesteigerte Handelsbewegung Serbiens seit seiner Angliederung an das internationale Verkehrssystem wird durch nachstehende officielle Ziffern des serbischen Finanzministeriums illustriert. Der Import, welcher 1889 34 843 000 Franken betrug, stieg 1890 auf 38 044 000 Franken. Österreich-Ungarn ist hierbei mit 59,99 Prozent, England mit 12,58 Prozent, Deutschland mit 7,54 Prozent beteiligt. Der Export Serbiens betrug 1889 39 066 000 Franken und stieg im Jahre 1890 auf 45 840 000 Franken. Auch beim Export figuriert Österreich-Ungarn 1890 an erster Stelle mit 85,34 Prozent. Sehr beachtenswert ist die Vermehrung des Transitverkehrs, 1888: 5 720 000 Franken; 1889: 7 989 000 Franken; 1890: 13 950 000 Franken. Für 1891 wird sogar eine Steigerung auf 25 000 000 Franken voraus berechnet, welch' bedeutende Mehrung ausschließlich auf Rechnung der internationalen Bahnlinie fällt.

Die serbische Regierung hat ihrerseits keinen Augenblick gezögert, zur veränderten Lage Stellung zu nehmen, indem sie die Kündigung der Handelsverträge anbahnte und sich hierdurch die Hände zur Neuregelung der internationalen Handelsbeziehungen freimachte. Sie hat ferner in Saloniki eine offizielle Handelsagentur errichtet, welche den serbischen Aus- und Einfuhrbeziehungen als Wegweiser und Stütze dienen soll.

Am augenscheinlichsten aber wird die veränderte Lage in den Vertragsverhandlungen zum Ausdruck gelangen, welche Serbien mit Österreich-Ungarn und im Anschlusse hieran mit anderen Handelsvölkern zu führen im Begriff steht. Nicht als ob es den serbischen Staatsmännern beifallen könnte, das überlegene Nachbarreich, das auf die staatlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse Serbiens allzeit von maßgebendem Einflusse bleibt, handelspolitisch verstimmen und die enge Verbindung mit ihm brechen zu wollen. Davon kann keine Rede sein. Wohl aber wird Österreich-Ungarn, den veränderten Verhältnissen Rechnung tragend, sich entschließen müssen, auf einen Teil jener Sonderbegünstigungen zu verzichten, die ihm Serbien notgedrungenerweise zu jener Zeit, als es sich wirtschaftspolitisch auf Öster-

reich angewiesen sah, eingeräumt hatte. Es wird sich im allgemeinen damit begnügen müssen, sich von Serbien handelspolitisch auf gleiche Linie mit den übrigen großen Handelsnationen stellen zu lassen, abgesehen natürlich von gegenseitigen Grenzverkehrsbegünstigungen, die sich diesmal aber im Rahmen des genannten zolltechnischen Begriffs halten und beiderseits auf gewisse geographische Zonen beschränkt bleiben werden. Dem Vernehmen nach ist die österreichisch-ungarische Regierung gewillt, auf dieser von Serbien geforderten Grundlage zu unterhandeln. Außerdem werden bei den Unterhandlungen wohl die veterinärpolizeilichen Gesichtspunkte eine große Rolle spielen. Es darf ferner mit Bestimmtheit angenommen werden, daß Serbien auf Grund der hinsichtlich der Verzollung ad valorem gemachten üblen Erfahrungen darauf bestehen wird, seiner neuen Zollpolitik das System der specifischen Zölle ausschließlich zu Grunde zu legen.

Darin besteht eben der Vorteil Serbiens, daß es der einseitigen Heeresfolge, die es bisher der Nachbarmonarchie leisten mußte, ledig ist und seit seiner Angliederung an das ägäische Meer seine sämtlichen Handelsfreunde, ohne für seine Ausfuhr Verlegenheiten zu fürchten, gleichmäßig behandeln kann. Darin liegt keine Benachteiligung Österreich-Ungarns, welches durch die Gunst seiner nachbarschaftlichen Lage auch ohne zollpolitische Ausnahmsbegünstigungen die erste Rolle auf dem serbischen Markte zu behaupten imstande sein wird. Es verfügt nicht nur über den kurzen Landweg Pest-Belgrad, sondern seine Dampferlinien aus Triest und Fiume können füglich den Wettkampf mit den Dampfergesellschaften aus Marseille aufnehmen und sind jenen Linien, die aus London oder Hamburg nach dem Orient ausstrahlen, von vornherein überlegen. Zudem haben die von Saloniki nach Serbien konkurrierenden Importeure außer dem Seetransport immer noch die 450 Eisenbahnkilometer von Saloniki nach Nisch, diesem künftigen Hauptstapelplatz Serbiens, kaufmännisch in Rechnung zu ziehen. Namentlich im Hinblick auf letzteren Umstand ist es für die serbische Handelspolitik ein dringendes Gebot der Klugheit, ihre Eisenbahntarife mehr nach volkswirtschaftlichen, als nach fiskalischen Rücksichten zu bemessen und die Benützung der Linie Belgrad-Saloniki und vice versa so bequem und billig als nur möglich zu gestalten. Die Beschlüsse der Viererkonferenz bieten der serbischen Regierung hierzu genügende Handhaben. Gegenwärtig liefern die einschlägigen Verhältnisse noch vielfach Anlaß zur Klage, doch darf man nicht vergessen, daß Übergangszustände, wie sie durch Verschiebung der bisherigen Handelswege bedingt sind, immer von Unklarheiten, Verwirrungen und tastenden Versuchen begleitet werden. Daß Mitteleuropa, Österreich-Ungarn an der Spitze, auch

in Zukunft die wirtschaftspolitische Oberhand auf dem serbischen Markte behaupten werde, ist bei der Attraktionskraft des neuen mitteleuropäischen Zollbundes durchaus wahrscheinlich. Serbien wird sich mit Vorliebe den industriellen Produkten jener Handelsvölker zuwenden, welche ihrerseits die agrikolen serbischen Ausfuhrprodukte zollpolitisch mit genügendem Wohlwollen behandeln. Dies hat England von jeher gethan; Deutschland, Österreich-Ungarn und Frankreich werden sich hierin zu Konzessionen herbeilassen müssen. Ähnlich wie Rumänien befindet sich auch Serbien als Verkäufer notwendiger Verbrauchsgegenstände zollpolitisch in günstiger Position.

Rücksichten der inneren Wirtschafts- und Gewerbepolitik werden auf die serbische Handelspolitik der nächsten Zukunft einen maßgebenden Einfluß nicht üben. Schutzzöllnerische Bestrebungen, wie sie sich Rumänien innerhalb maßvoller Grenzen berechtigterweise gestatten kann, sind zur Zeit noch in Serbien unangebracht. Das Land ist unentwickelter und weniger kapitalkräftig als Rumänien. Nicht als ob es in Serbien an Anfängen einer Industrie überhaupt fehlte. Auf Grund der nationalen Rohprodukte haben sich Mühlenindustrie und Brauereien in beachtenswerter Weise entwickelt und sind zum Teil sogar exportfähig. Es bestehen prosperierende Fabriken für Glas, Tuch, Zündholz, Spiritus, Leder, Holzwaren, Cement. Im ganzen und großen aber ist die Einfuhr fremder Industrieerzeugnisse alljährlich gewachsen und das heimische Kleingewerbe zurückgegangen. Die serbischen Eisenbahnen befördern den billigen Verschleiß fremder Produkte auch in die entlegeneren Orte. Wollte Serbien den Kampf gegen das natürliche industrielle Übergewicht des Auslandes aufnehmen, müßte es zu exorbitanten Schutzzöllen greifen, welche zu gunsten weniger Produzenten der großen Masse der landwirtschaftlichen Bevölkerung durch Verteuerung der notwendigen Industrieerzeugnisse den empfindlichsten Schaden brächten. Will das Land seine industrielle Entwicklung beschleunigen, so darf es sein Augenmerk nicht auf das heimische Kleingewerbe richten, welches angesichts der ausländischen Konkurrenz rettungslos dem Siechtum verfallen ist, sondern muß darauf bedacht sein, ausländisches Kapital zu großindustriellen Unternehmungen heranzuziehen und innerhalb der gebildeten heimischen Bevölkerungskreise das technische Wissen und den technischen Unternehmungsgeist zu fördern. Nur die Großindustrie ist in den Massenartikeln des täglichen Verbrauchs konkurrenzfähig. Die Wahrheit dieses Satzes werden die Balkanländer in je höherem Maße an sich erproben, je mehr sie verkehrspolitisch an das industrielle Mittel- und Westeuropa angeschlossen werden. Nicht in der Industrie, sondern in der intensiven Ausnützung seines natürlichen agrikolen Reichtums liegt für absehbare Zeiten das wirtschaftliche Heil

Serbiens. Industrielle Konkurrenzfähigkeit kann es sich aus eigener Kraft nicht verleihen.

Hoffnungsvoll aufstrebende junge Staatsgebilde, zu denen Serbien entschieden zu rechnen ist, begehen leicht den Fehler, reale wirtschaftspolitische Fragen unter dem Gesichtswinkel des nationalen Patriotismus zu betrachten. Die serbische Handelspolitik hat sich bisher auf der Grundlage eines gesunden Realismus bewegt. Es steht im Interesse des jungen Staates zu hoffen, daß seine Staatsmänner auch im gegenwärtigen Augenblick, dessen Umstände die Lage Serbiens so außerordentlich verbessert haben, von Chauvinismus sich frei halten werden.

Zur Beleuchtung des serbischen Außenhandels füge ich 3 Tabellen an, deren Ziffern offiziell serbischen Ursprungs sind.

Tabelle I zeigt die Hauptübersicht der serbischen Einfuhr von 1890, nach Warengattungen und Staaten.

Tabelle II zeigt in gleicher Weise die Hauptübersicht der serbischen Ausfuhr von 1890.

Tabelle III zeigt den Wert der serbischen Handelsbewegung von 1888 bis 1890, wie er sich procentual auf die einzelnen Staaten verteilt.

Tabelle I.

Hauptübersicht der Einfuhr

Wert

Nr. des Tarifs	Bezeichnung der Gegenstände	Gesamtwert 1890	Wert der Einfuhr					
			Österreich-Ungarn	Amerika	Belgien	Bosnien	Bulgarien	Griechenland
1	Papier	866 204	845 119	—	—	—	—	—
2	Feld- und Gartenerzeugnisse . . .	1 909 698	537 808	—	—	980	996 376	—
3	Wolle und Haare .	2 714 741	1 752 952	—	18 441	3 379	126 612	—
4	Holz, Holzfabrikate und Fahrzeuge .	1 555 052	1 538 207	—	—	3 770	838	—
5	Lebende Tiere und Tierprodukte . .	697 609	219 714	—	—	9 432	4 027	—
6	Speisen und Getränke	714 694	561 557	—	—	13	140	—
7	Steine, Erde und Glas	1 981 996	1 042 276	—	13 289	—	232	—
8	Metalle	3 448 418	2 538 815	—	60 193	23 244	1 452	—
9	Leder, Kautschuk und Guttapercha . .	2 751 016	1 761 869	424 902	—	3 238	18 748	4 447
10	Kolonialwaren und Südprodukte . .	4 119 163	2 049 154	1 171 663	—	43	638	25 039
11	Arzneien, Chemikalien und Farben .	1 139 687	869 070	110	1 782	624	8 048	—
12	Fettprodukte . . .	2 688 601	870 775	21 597	14 991	519	13 203	20 923
13	Maschinen, Instrumente, Waffen .	1 404 996	1 080 141	2 255	92 439	—	781	—
14	Abfälle	12 280	9 865	—	—	—	856	—
15	Baumwolle, Hanf und Leinen . .	7 647 808	3 506 055	—	7 710	563	2 472	—
16	Seide	484 135	300 332	—	—	306	—	—
17	Diverse	1 259 631	912 943	—	2 087	20 123	144	—
18	Genähte, gewirkte u. gestrickte Waren .	2 649 019	2 422 728	—	231	3 425	17 825	—
	Summa	38 044 748	22 819 380	1 620 527	211 163	69 659	1 192 392	50 409

nach Serbien im Jahre 1890.

in Franken.

aus den Staaten								Gesamtwert 1889
England	Italien	Deutschland	Rumänien	Rußland	Türkei	Frankreich	Schweiz	
196	1 727	13 919	—	—	205	5 038	—	649 899
—	341	68 390	1 093	—	303 254	636	820	929 702
157 214	—	526 960	26 750	—	43 768	42 388	16 277	2 424 445
—	24	9 026	653	652	1 585	297	—	2 029 045
—	262	1 196	77 141	272 765	113 072	—	—	798 373
15 529	10 468	46 837	5 785	1 196	12 343	39 577	21 249	563 352
7 773	5 455	37 001	841 889	—	31 207	2 488	386	3 536 131
97 107	832	712 738	14	198	11 974	1 851	—	2 821 143
209 302	34 832	209 988	3 050	3 066	43 090	25 733	8 751	2 631 374
526 465	150 354	24 619	19 182	6 800	140 235	4 373	598	3 735 561
80 630	514	134 991	820	—	13 042	25 491	4 565	1 026 127
684 516	76 011	64 674	609	769 246	128 348	23 083	106	1 985 008
32 240	949	184 188	30	890	297	10 201	585	827 641
—	—	1 519	40	—	—	—	—	8 970
3 046 230	3 354	427 186	—	—	113 011	16 751	524 476	6 655 744
205	49 939	34 324	—	—	46 931	42 253	9 845	435 902
8 320	23 922	259 186	—	1 133	7 717	8 541	15 515	1 221 147
22 624	8 355	111 522	50	963	46 474	8 714	6 108	2 563 872
4 888 351	367 339	2 868 264	977 106	1 056 909	1 056 553	257 415	609 281	34 843 436

Tabelle II.

Hauptübersicht der Ausfuhr aus Serbien im Jahre 1890.

Wert in Franken.

Nr. des Tarifs	Bezeichnung der Gegenstände	Gesamtwert 1890	Wert der Ausfuhr nach den Staaten											Gesamtwert 1889
			Österreich-Ungarn	Amerika	Bosnien	Bulgarien	England	Italien	Deutschland	Rumänien	Türkei	Frankreich	Schweiz	
1	Papier	43	—	—	—	43	—	—	—	—	—	—	—	309
2	Feld- und Gartenerzeugnisse	18 460 067	15 424 889	79 820	218 029	32 446	69 015	—	729 028	103 629	1 567 506	235 705	—	14 028 602
3	Wolle und Haare	173 356	154 568	—	1 063	6 575	1 890	—	700	84	8 476	—	—	109 481
4	Holz, Holzfabrikate und Fahrzeuge	1 950 895	1 787 550	—	27 538	119 449	—	—	—	4 244	12 114	—	—	1 691 648
5	Lebende Tiere u. Tierprodukte	18 000 151	17 231 783	—	175 205	21 627	2 978	19 484	27 333	17 467	487 484	16 790	—	16 309 471
6	Speisen und Getränke	2 249 879	1 834 923	—	21 828	15 604	—	—	6 466	5 451	219 331	53 794	92 482	2 216 440
7	Steine, Erde u. Glas	240 119	63 801	—	9 417	30 856	—	—	—	133 327	2 718	—	—	255 901
8	Metalle	633 087	493 321	—	375	1 403	136 000	—	—	—	1 988	—	—	333 045
9	Leder, Kautschuk und Guttapercha	2 395 844	2 301 244	—	—	—	—	—	47 890	—	260	46 450	—	3 001 771
10	Kolonialwaren u. Südprodukte	729	98	—	—	163	—	—	—	—	468	—	—	1 259
11	Arzneien, Chemikalien und Farben	37 274	30 940	—	24	4 620	—	—	—	829	861	—	—	120 869
12	Fettprodukte	498 125	2 756	—	144	9 172	—	—	—	—	486 053	—	—	149 921
13	Maschinen, Instrumente und Waffen	3 666	2 509	—	—	1 067	—	—	—	60	30	—	—	5 591
14	Abfälle	55 532	54 774	—	43	—	—	—	—	—	715	—	—	30 205
15	Baumwolle, Hanf und Leinen	1 131 990	13 730	—	39	563 168	—	—	—	11 381	543 672	—	—	804 823
16	Seide	90	—	—	—	—	—	—	—	—	90	—	—	300
17	Diverse	271	—	—	—	223	—	—	—	—	48	—	—	405
18	Genähte, gewirkte und gestrickte Ware	9 443	130	—	1 041	1 229	—	—	—	472	6 571	—	—	5 842
	Summa	45 840 561	39 397 016	79 820	454 746	807 645	209 883	19 484	811 417	276 944	3 338 385	352 739	92 482	39 065 883

Tabelle III.

Wert der Einfuhr Serbiens aus den einzelnen Staaten.

	1888		1889		1890	
	Wert in Franken	%	Wert in Franken	%	Wert in Franken	%
Österreich-Ungarn . .	23 772 867	67.52	22 655 635	65.02	22 819 380	59.99
Amerika	1 187 935	3.38	1 080 861	3.10	1 620 527	4.26
Belgien	214 605	0.61	206 053	0.59	211 163	0.55
Bosnien	48 516	0.14	111 649	0.32	69 659	0.18
Bulgarien	127 102	0.36	320 929	0.92	1 192 392	3.13
Griechenland	52 235	0.15	58 836	0.17	50 409	0.13
England	3 545 297	10.10	3 742 241	10.74	4 888 351	12.85
Italien	461 245	1.28	468 796	1.35	367 339	0.96
Deutschland	1 475 721	4.20	2 054 808	5.90	2 868 264	7.54
Rumänien	976 617	2.78	1 531 915	4.40	977 106	2.57
Rußland	1 073 674	3.07	1 057 062	3.03	1 056 909	2.78
Türkei	1 684 876	4.80	853 645	2.45	1 056 553	2.78
Frankreich	142 977	0.41	179 722	0.52	257 415	0.68
Schweiz	420 212	1.20	521 284	1.49	609 281	1.60
Zusammen	35 183 879	100.00	34 843 436	100.00	38 044 748	100.00

Wert der Ausfuhr Serbiens nach den einzelnen Staaten.

	1888		1889		1890	
	Wert in Franken	%	Wert in Franken	%	Wert in Franken	%
Österreich-Ungarn . .	33 475 444	86.04	34 377 015	87.99	39 397 016	85.94
Amerika	241 000	0.62	107 430	0.28	79 820	0.18
Bosnien	220 162	0.56	270 246	0.69	454 746	0.99
Bulgarien	659 668	1.69	548 154	1.40	807 645	1.77
England	81 480	0.21	158 892	0.41	209 883	0.46
Italien	24 585	0.06	7 580	0.02	19 484	0.04
Deutschland	1 140 542	2.93	782 294	2.00	811 417	1.77
Rumänien	156 402	0.40	277 719	0.71	276 944	0.60
Türkei	1 332 475	3.43	1 546 790	3.96	3 338 385	7.28
Frankreich	1 535 020	3.95	737 593	1.89	352 739	0.77
Schweiz	42 321	0.11	252 170	0.65	92 482	0.20
Zusammen	38 909 099	100.00	39 065 883	100.00	45 840 561	100.00

III. Bulgarien.

Bulgarische Handelspolitik? frägt man vielleicht. Wie soll dieses Schmerzenskind Europas, dessen junges Staatswesen, dessen Fürsten und Staatsleiter täglich von Gefahren aller Art umlauert sind, dazu kommen, eine ausgeprägte Handelspolitik nach irgend einer Richtung überhaupt zu betreiben? Kann man von einer Regierung, die Tag für Tag von russischen Gewaltstreichen bedroht ist, derartig kräftige Impulse überhaupt nur erwarten?

Diese Zweifel mögen dem oberflächlichen Betrachter kommen. Sie verlieren ihre thatsächliche Berechtigung, wenn man die Kaltblütigkeit und kluge Geschicklichkeit der bulgarischen Regierung, die wirtschaftliche Tüchtigkeit des bulgarischen Volkes, die reichen natürlichen Hilfsquellen des Landes und seine voraussichtlich bedeutende Zukunftsrolle auf der Balkanhalbinsel genauer in Betracht zieht.

Die ungeheueren Schwierigkeiten, mit denen Bulgarien auch wirtschaftspolitisch zu kämpfen hatte, dürfen im allgemeinen als bekannt vorausgesetzt werden. Aus dem Berliner Kongreß 1878 war das Land, nachdem es unter der Kriegsfurie und allen Greueln des Rassenhasses unerhört gelitten hatte, staatlich und wirtschaftlich als lebensunfähiger Torso hervorgegangen. Seine eigentliche staatliche Widergeburt datiert erst seit 1885/86, seit seiner Vereinigung mit Ostrumelien, welche die Bulgaren bekanntlich aus eigener Kraft gegen den Willen Europas erzwangen und mit Waffengewalt gegen den serbischen Angriff verteidigten. Daß es per tot discrimina rerum der Thatkraft und Klugheit zweier deutscher Fürsten gelang, eine starke, täglich mehr sich festigende volkstümliche Regierung zu begründen, wirft allein schon nicht nur auf die Leitung, sondern auch auf die Lebenskraft und zähe Tüchtigkeit des bulgarischen Volksstammes das günstigste Licht.

Der Charakter der bulgarischen Volkswirtschaft ist ein ausschließlich agrikoler; der bulgarische Boden ist stellenweise von unvergleichlicher Er-

tragsfähigkeit. Zu Handelszwecken ist das Land mit großen natürlichen Vorzügen ausgestattet. Seine Lage an der Küste des schwarzen Meeres begünstigt den Seeverkehr; Nordbulgarien hat an Varna einen Seehafen, der durch einen Schienenweg mit der Donau verbunden ist; der südbulgarische Seeplatz ist Burgas, dessen Schienenverknüpfung mit dem Binnenland gegenwärtig hergestellt ist. Nordbulgarien besitzt außerdem an der Donau flußauf- und abwärts eine bequeme, wertvolle Verkehrsstraße. Die Lage Bulgariens ähnelt derjenigen Rumäniens: in diesen Gebieten kreuzen sich die Fäden des Seehandels mit denen des Landhandels, der von Mitteleuropa südöstlich strebt. Die Konkurrenzfähigkeit des letzteren hängt von den Tarifen ab und ist bei weiteren Strecken ungemein erschwert. Schon der größeren Billigkeit des Seeweges halber begreift es sich, daß der Außenhandel Bulgariens, abgesehen von nachbarlichen Beziehungen, zumeist seewärts strebt und anderntheils von der See landeinwärts sich verzweigt.

Die Befreiung von der Türkenherrschaft war für das Land eine volkswirtschaftliche Wiedergeburt, zugleich aber auch eine einschneidende Krisis, deren Zuckungen noch lange andauern werden. Und zwar eine Krisis in mehrfacher Richtung, sowohl nach der agrar- und gewerbepolitischen, als nach der handelspolitischen Seite.

Durch den eiligen Wegzug des mahomedanischen Bevölkerungsbruchteiles, der seinen Länderbesitz um jeden Preis loszuschlagen gezwungen war, vollzog sich eine völlige Umwälzung der Grundbesitzverhältnisse. Jireček teilt mit, daß in Rumelien allein in der Zeit vom Frühjahre 1879 bis zum 1. November 1883 der Geldumsatz bei Verkauf von Grundstücken den Betrag von über 23 Millionen Franken erreichte, eine gewaltige Umsatzziffer, wenn man den nach europäischen Begriffen spottbilligen Preis bulgarischer Ländereien bedenkt. Für Nordbulgarien fehlen ziffernmäßige Belege, doch waren die Verhältnisse ähnlicher Natur. Wieviel Verschiebungen in den Grundbesitzverhältnissen in jenen anarchischen Zeiten ohne Dazwischentreten von Kauf und Verkauf sich vollzogen haben mögen, entzieht sich vollends jeder Berechnung. Die ganze christlich-bulgarische Bevölkerung war damals von einem wahren Landhunger erfaßt. Jeder suchte sich soviel Land, als nur möglich, zu sichern, häufig weit über seine finanziellen Kräfte hinaus. Gegenwärtig macht sich bereits durch vermehrtes Angebot zu verkaufender Ländereien der natürliche Rückschlag empfindlich geltend. Unter diesen Verhältnissen des allgemeinen agrarpolitischen Umsturzes litt die bulgarische Landwirtschaft. Die Bodenbebauung stockte und die an sich wenig intensive Landwirtschaft wurde noch extensiver. Zudem entzog der Wegzug zahlreicher Bevölkerungselemente dem Lande Kapitalien und Arbeitskräfte in

fühlbarer Weise, ein Aderlaß, der dem an sich nicht wohlhabenden, außerordentlich dünn bevölkerten Staate empfindlich sein mußte.

Andererseits veränderte sich neben der agrarischen Lage auch die handelspolitische Lage nicht minder gründlich. Durch die plötzliche gewaltsame Lostrennung Bulgariens vom türkischen Staatskörper wurde ein seit Jahrhunderten verbundenes Wirtschaftsgebiet entzweigeschnitten, welches bisher staatlich und wirtschaftspolitisch eine Einheit gewesen. Rumelien, dem von 1878—1885 die Rolle der Bulgaria irredenta zufiel, war durch eine Zollgrenze von Nordbulgarien abgesperrt und hierdurch der ganze Südverkehr letzteren Landes brach gelegt worden. Rumeliens Verkehr gravitierte nach Konstantinopel. Der nordbulgarische Rumpf, diese Spottgeburt europäischer Diplomatenkunst, konnte zusehen, wie er sich weiter half.

Die bulgarische Regierung nahm zur staatsrechtlich veränderten handelspolitischen Lage entschlossene Stellung. Nach dem Berliner Vertrag waren die zwischen der Pforte und den fremden Mächten bestehenden Handels- und Schiffahrtsverträge auch für Bulgarien in Geltung geblieben und konnten hieran ohne Einwilligung der betreffenden Macht Änderungen nicht vorgenommen werden. Handelspolitische Gleichstellung aller Mächte war bedungen. Faktisch lagen die Verhältnisse so, daß Bulgarien von allen Einfuhrwaren einen Zoll von 8 Prozent des Wertes, von den Ausfuhrwaren einen solchen von 1 Prozent erhob. Als die Pforte einige Jahre später die Absicht verlauten ließ, mehrfache Änderungen der bestehenden Verträge anzubahnen, wurde für Bulgarien das Bedürfnis, seine Handelspolitik von derjenigen der Pforte zu trennen und sie staatsrechtlich selbständig zu gestalten, immer dringender. Schon 1884 nahm die bulgarische Regierung in einer Cirkularnote an die Mächte das Recht für sich in Anspruch, neue Handelskonventionen einzugehen und neue Zolltarife festzusetzen. 1886 erfolgte die Vereinigung Rumeliens mit Nordbulgarien zu einem Gesamtbulgarien. Die Zollschranken gegen die Türkei wurden südwärts verlegt und Gesamtbulgarien war aus eigener Volkskraft zu einem einheitlichen Wirtschaftskörper zusammengekittet. Damit traten für Bulgarien die handelspolitischen Fragen und das Bedürfnis ihrer staatsrechtlichen Neuregelung noch aktueller in den Vordergrund. Die Regierung löste den gordischen Knoten von kurzer Hand, indem sie 1887 ein Gesetz sanktionieren ließ, welches neue Handelsverträge mit allen hierzu gewillten Staaten in Aussicht nimmt. Dem Einwurfe, daß dieses Vorgehen gegenüber der suzeränen Stellung der Pforte inkorrekt sei, konnte Bulgarien mit dem Hinweis auf Rumänien begegnen, welches gleichfalls als noch halbsouveräner Staat selbständige Handelskonventionen abgeschlossen und damit einen staats-

rechtlichen Präcedenzfall geschaffen hatte. Die staatsrechtlichen Bedenken wurden denn auch von jenen Handelsvölkern, die für den jungen Balkanstaat Wohlwollen besaßen und an seinem Außenhandel vorzugsweise interessiert waren, baldigst überwunden.

Am raschesten von England, welches sich die wirtschaftliche Vorhand auf der Balkanhalbinsel nirgends gerne entreißen läßt. Am 1. Januar 1890 trat zwischen England und Bulgarien eine Konvention in der verschämten Form eines „provisorischen Übereinkommens“ in Kraft, welche den bulgarischen Provenienzen in England die Meistbegünstigung sichert und den Zoll für englische Einfuhrwaren auf 8 Prozent festsetzt. Außerdem sind für letztere eine Gebühr von 1/2 Prozent und die gesetzlichen Kommunalabgaben zu entrichten, abgesehen von besonderen Zuschlägen für bulgarische Monopolartikel. Gleiche provisorische Konventionen wurden seither mit Österreich-Ungarn, Frankreich und der Schweiz abgeschlossen. Mit Italien sind Unterhandlungen im Gange. Diese Konventionen sind gegenwärtig in Kraft und gelten, wenn nicht rechtzeitig gekündigt, als von Jahr zu Jahr verlängert. Ihre Dauer bis vorerst Ende 1892 ist gesichert. Ihr Gewinn liegt für Bulgarien weniger auf volkswirtschaftlichem und zollfiskalischem, als auf staatsrechtlichem Gebiete.

Hervorragenden volkswirtschaftlichen Nutzen kann Bulgarien namentlich deshalb nicht ziehen, weil in der Konvention mit Österreich-Ungarn die Meistbegünstigungsklausel, wie sie in den übrigen Konventionen für die bulgarischen Produkte enthalten ist, nicht vorkommt. Österreich-Ungarn erhebt von den bulgarischen Erzeugnissen Zölle nach Belieben und erreichen dieselben gerade bei den wichtigsten Ausfuhrartikeln eine prohibitive Höhe, speciell bei Getreide und Wein. Unter diesen Umständen ist der bulgarische Export nach Westen erschwert und wird die Handelswelt nach Osten und Süden, d. h. nach dem Meere gedrängt. Aber auch hier sind die hohen Tarife der Orientbahnen, die im allgemeinen mehr als das Doppelte der mitteleuropäischen Eisenbahntarife betragen, ein bedeutendes Hemmnis. Es sind Stimmen laut geworden, welche aus dem Zusammenwirken dieser Ursachen eine Stockung des Ausfuhrhandels und ein rapides Fallen des Wein- und Getreidepreises befürchten. Als weitere Ursachen des gegenwärtig in Bulgarien beklagten flauen Geschäftsganges werden bezeichnet: Mangel an Kapital, unzureichende Landstraßen, die Abschließung des Landes durch hohe Zollschranken von der Türkei, endlich politische Befürchtungen und wirtschaftspolitische Nachwirkungen der durchlebten Kriegs- und Revolutionszeiten. Diese Depressionszustände können nicht Wunder nehmen. Bulgarien wird noch Jahre brauchen, um sich in seine völlig veränderte Wirtschaftslage zu finden. Uralte Beziehungen sind gewaltsam abgebrochen worden,

zur allseitigen Herstellung neuer Anknüpfungen bedarf es nicht nur der Zeit, sondern auch einer Reihe vielfältig tastender Versuche.

Namentlich aber giebt der unerfreuliche Zustand des heimischen Gewerbes patriotischen Bulgaren Anlaß zu großen Bedenken. Dasselbe scheint aus einer Mehrzahl von Gründen rettungslos dem Verfall preisgegeben. Die bulgarische Industrie, teilweise von Staatswegen unterstützt, besaß eine gewisse Blüte, solange das türkische Reich in Europa und Asien eine große Zolleinheit bildete, innerhalb welcher den heimischen, soliden und dauerhaften Gewerbeprodukten trotz ihrer technischen Unvollkommenheit ein weites Absatzgebiet gesichert war. Die verschiedenen, diese frühere Einheit nunmehr unterbrechenden Zollschranken haben den Binnenhandel geschädigt und den Vertrieb der nationalen Gewerbeerzeugnisse in hohem Maße beeinträchtigt. Was aber noch wichtiger ist: die verbesserten Kommunikationsmittel haben eine gewaltige Konkurrenz ausländischer Fabrikwaren geschaffen. Ähnlich wie in Serbien fehlt es an Kapital und an technischer Fertigkeit, um diesem Wettbewerb durch Verbesserung der heimischen Produktion zu begegnen. Das sparsame bulgarische Volk bevorzugt die billigeren und verführerisch ausgestatteten, wenn auch vielfach unsolideren Auslandserzeugnisse. Im Niedergang des heimischen Gewerbes vollzieht sich ein unaufhaltsamer wirtschaftspolitischer Prozeß. Volkspsychologisch kommt derselbe in der mehr und mehr zunehmenden Mißachtung kleingewerblicher Thätigkeit zum Ausdruck. Innerhalb der letzten Jahre ist eine große Zahl gewerbetreibender Bulgaren zum agrikolen Stand als zur geachteteren und gewinnbringenderen Beschäftigung übergetreten. Zudem haben die Auswanderung der meist wohlhabenden Mohamedaner und der Übertritt zahlreicher Bevölkerungselemente in den Staats- und Heeresdienst die gewerbliche Produktions- und Kaufkraft des Landes erheblich gemindert.

Die Regierung ist auf allen Gebieten und teilweise mit Erfolg bemüht, die vorhandenen wirtschaftspolitischen Depressionszustände zu mildern und die unerquicklichen, aber unvermeidbaren Übergangszustände abzukürzen.

Die bulgarische Volkswirtschaftspolitik ist genötigt, mit den bestehenden Verhältnissen zu rechnen und ihre Maßnahmen ohne theoretischen Doktrinarismus der Lage des Landes anzupassen. Die landwirtschaftliche Produktion Bulgariens bildet sein finanzielles Rückgrat, auf ihm basiert die Ausfuhrkraft des Landes und hiermit in Wechselwirkung stehend die Möglichkeit, die Industrieerzeugnisse fremder Handelsvölker gegen den Überschuß der heimischen Agrarproduktion umzutauschen. Unter diesem Gesichtspunkte waren alle einschlägige Fragen zu prüfen und zu beurteilen.

Die fürstliche Regierung konnte es nicht als ihre Aufgabe betrachten,

auf gewerbepolitischem Gebiete dem heimischen, konkurrenzunfähig gewordenen Kleingewerbe eine besondere staatliche Fürsorge zuzuwenden. Dies Siechthum kleingewerblicher Verhältnisse in Territorien, welche den kommerziellen Tummelplatz mächtiger und hochentwickelter Industrievölker bilden, schreitet unaufhaltsam vorwärts. Gesündere Gewerbszustände Bulgariens sind nur möglich, wenn es gelingt, dieselben in jene Formen überzuleiten, wie sie dem neuzeitlichen Gewerbebetriebe überhaupt entsprechen. Diese Formen sind nur innerhalb des maschinellen, technisch vervollkommneten, mit größeren Kapitalien und fachmännisch geschulten Arbeitskräften etablierten Großbetriebes zu finden. Nur diese Betriebsart kann, wenn sie im einzelnen mit Umsicht auf die Rohstoffproduktion des Landes aufgebaut ist, der auswärtigen Konkurrenz die Spitze bieten und sich den inländischen Markt allmählich erobern. Einige derartig eingerichtete und deshalb wohl prosperierende Betriebe sind in Bulgarien vorhanden und zwar für Brennerei- und Brauereiprodukte, für Erzeugnisse der Mühlenindustrie, für Wollwaren, Seifen und einige andere Artikel. Im allgemeinen aber fehlen den Inländern hierfür die Kapitalien und die technische Schulung. Zu einer Industriepolitik größeren Stiles und zu principiellen Schutzmaßregeln, wie sie Rumänien zur Zeit an die Spitze aller seiner handelspolitischen Entschließungen gestellt hat, ist Bulgarien noch lange nicht herangereift. Deshalb muß sich die Gewerbepolitik der bulgarischen Regierung vorerst darauf beschränken, dem ausländischen Kapital, wenn sich solches zu industriellen Zwecken niederlassen will, von Fall zu Fall die Wege zu ebnen und ihm Unterstützungen zuzuwenden, die sich im einzelnen nach der konkreten Sachlage zu richten haben. Die bulgarischen Industriebegünstigungen werden sonach im einzelnen Fall zwischen der Regierung und der Sobranje einerseits und dem Unternehmer andererseits vereinbart. Bei der strengen Kontrolle der Sobranje und bei dem im Volkscharakter wurzelnden Mißtrauen gegen ausländische Unternehmungen sind der Regierung indessen vielfach die Hände gebunden und andererseits betrachten die ausländischen Kapitalisten aus mehrfachen Gründen Bulgarien noch nicht als lockendes Arbeitsfeld für industrielle Kapitalveranlagung. Zur Zeit weist deshalb das Land nur minimale Industriekeime auf, deren Entfaltung einer späteren, günstigeren Periode vorbehalten werden muß. Die Beschleunigung dieses Zeitpunktes herbeizuführen, ist andererseits ein emsiges Bemühen der bulgarischen Staatsmänner. Durch Gründung von Industrieschulen und gewerblichen Fachschulen sucht die Regierung die modernen technischen Fertigkeiten weiteren Bevölkerungskreisen zugänglich zu machen. Desgleichen werden alljährlich eine Reihe von Stipendiaten zur gewerblichen Ausbildung von

Staatswegen ins Ausland gesandt. Diese vorbereitenden Maßnahmen werden dem Lande in Zukunft industrielle Früchte zeitigen, welche der Gegenwart noch versagt bleiben müssen.

Auf agrarpolitischem Gebiete sucht die Regierung durch Einführung zeitgemäßer Reformen, durch Verbesserung der Werkzeuge und der Betriebsmethoden die Landesproduktion zu heben, um dem Erzeugnis mehr und mehr die handelstechnischen Qualitäten zu geben, wie sie der internationale Tauschhandel erfordert. Das Land hat zwei landwirtschaftliche Schulen, die mit ärarischen Musterwirtschaften verbunden sind, zahlreiche Lehrkräfte besitzen und von Schülern ziemlich besucht werden. Im Regierungsauftrag sind fünf landwirtschaftliche Wanderlehrer thätig. Mehrere landwirtschaftliche Zeitungen erscheinen in bulgarischer Sprache.

Endlich war die Regierung mit Erfolg bemüht, der jungen bulgarischen Volkswirtschaft die vorgeschrittenen technischen Einrichtungen zu verschaffen, ohne die man sich ein europäisches Staatswesen der Gegenwart nicht mehr zu denken vermag. Nur durch zweckmäßige Anlage moderner Kommunikationsmittel könnte ein Land, dessen Ausfuhr aus gewichtschweren Gütern besteht, verkehrspolitisch erschlossen und wirtschaftlich gehoben werden. Vor Abschluß des Berliner Vertrags besaß Nordbulgarien nur die von Engländern erbaute Eisenbahn Varna-Rustschuk, die mehr für den internationalen Post- und Personendienst als für den inneren Landesverkehr von Bedeutung war; Ostrumelien besaß einige Stücke der unvollendeten, rumpfartigen osmanischen Bahnen. Ungenügender Betrieb und hoher Tarif ließen die Vorteile namentlich letzterer Schienenwege problematisch erscheinen. Der Berliner Vertrag schrieb dem Fürstentum die Ausführung des Anschlusses der türkischen Rumpfbahnen an das mitteleuropäische Netz für die bulgarische Strecke vor. Die Regierung baute die Bahnen als Staatsbahnen und nach langen, durch politische Wirren verursachten Verzögerungen erfolgte 1888 deren Fertigstellung und der ersehnte Anschluß nach Konstantinopel. Inzwischen wurde die Varna'er Bahn verstaatlicht, ferner 1890 die neue wichtige Strecke Jamboli-Burgas eröffnet, die das Innere Südbulgariens mit dem offenen Meere verknüpfte. Weitere Bahnen sind projektiert und in der Vorbereitung fertig. Gegenwärtig wird die Strecke Sophia-Pernik gebaut behufs kommerzieller Erschließung reicher, im Staatsbetrieb stehender Kohlenlager. Die Verbindungen Sophia-Rustschuk und Sophia-Sumen, ferner die Verknüpfung Sophias direkt mit dem Westen zum Anschluß nach Saloniki sind hinsichtlich ihrer Verwirklichung nur eine Frage der Zeit. Im Anschluß an die vorhandenen nach dem Meere führenden Linien hat die Regierung eine bulgarische Dampferlinie für den Lokalverkehr auf dem

schwarzen Meere bis nach Konstantinopel konzessionirt. Demnach verfügt Bulgarien schon heute über ein zweckmäßig angelegtes und nach Bedürfnis ausdehnbares Netz moderner Verkehrseinrichtungen. Vielfach wird bedauert, daß deren handelspolitischer Wert gegenwärtig noch durch zu hohe Tarifsätze erheblich beeinträchtigt wird.

Schließlich verdienen die auf das bulgarische Kreditleben berechneten Maßnahmen der Regierung noch ein kurzes Wort der Erwähnung. Die 1879 eröffnete, später auf breiterer gesetzlicher Grundlage unter Beteiligung staatlichen Kapitals organisierte bulgarische Nationalbank regelt den Geldumlauf des Landes, giebt Banknoten aus und soll auf Grund neuerlicher Beschlüsse auch Hypothekar-Obligationen zur Hebung des Immobiliarkredits emittieren. Ferner ist die ottomanische Bank mit Filialen in Bulgarien vertreten; dem lokalen Kredit dienen landwirtschaftliche Vorschußkassen, auf gemeindlicher Grundlage organisiert, ferner Spar- und Waisenkassen. Diese Gesamteinrichtungen haben dem fühlbaren Geldmangel, der wie ein Alp auf allen Gebieten der bulgarischen Produktion lastet, wenigstens einigermaßen gesteuert. Ein Zins von zehn Prozent gilt in Privatkreisen mäßig; vielfach werden dreißig Prozent und mehr bedungen. Wenigstens die ärgsten Auswüchse des Wuchers sind durch die unter der fürstlichen Regierung getroffenen finanzpolitischen Einrichtungen beseitigt.

Für den Herbst 1892 plant die Regierung eine in Philippopel stattfindende Landesausstellung landwirtschaftlichen und gewerblichen Charakters, die dem Beschauer das wirtschaftliche Gesamtbild Bulgariens vor Augen führen und der jungen Volkswirtschaft nach außen und innen neue Anregungen geben soll.

Überall offenbaren sich handelstechnische Fortschritte und ein energisches wirtschaftspolitisches Wollen. Auf allen Gebieten der Volkswirtschaftspflege hat sich der bulgarische Staatsgedanke Formen geschaffen, welche geeignet scheinen, das lange Jahrhunderte verwahrloste, halbasiatische Land allmählich in die Bahnen eines europäischen Kulturstaates überzuleiten. Mitteleuropa wird es im Bunde mit England schon aus handelspolitischen Gründen zu verhindern wissen, wenn sich Rußland beifallen ließe, den jungen Nationalstaat in Erfüllung seiner kulturellen Aufgaben mit Gewalt zu stören.

Es erübrigt noch, den bulgarischen Außenhandel durch Ziffernangabe zu illustrieren, deren Material offiziell bulgarischen Quellen entnommen ist.

Begünstigt durch die bevorzugte geographische Lage des Landes und wirksam unterstützt von den verkehrspolitischen Maßnahmen der Regierung, nahm der Außenhandel trotz aller Schwierigkeiten eine aufsteigende Bewegung. Er entwickelte sich folgendermaßen.

Jahr	Einfuhr		Ausfuhr	
1879	32 137 000	—	20 092 000	Franken.
1880	48 223 000	—	33 118 000	=
1881	58 467 000	—	31 819 000	=
1882	41 564 000	—	34 252 000	=
1883	48 929 000	—	46 126 000	=
1884	51 194 000	—	35 297 000	=
1885	44 040 000	—	44 874 000	=
1886 (Unionsjahr!)	64 285 000	—	50 404 000	=
1887	64 742 000	—	45 747 000	=
1888	66 362 000	—	64 198 000	=
1889	72 869 000	—	80 581 000	=
1890	84 530 000	—	71 051 000	=

Die Einfuhr verlief bis zur Eröffnung der Bahnlinien zu einem Dritteil über die Seeküste, zum zweiten Drittel über die Südgrenze, zum dritten über die Donau, ebenfalls meistenteils seewärts. Varna steht an erster Stelle. Seither hat sich das Verhältnis zu gunsten der Landlinien etwas verschoben.

An der Einfuhr partizipieren die Handelsvölker mit folgenden prozentualen Wertanteilen:

	1886	1887	1888	1889	1890
Belgien	0,99	1,64	2,01	2,70	2,94
Deutschland . . .	3,29	4,54	6,62	5,36	4,57
England	28,45	33,86	29,41	29,09	23,68
Frankreich . . .	5,89	6,39	5,86	4,73	4,09
Griechenland . .	0,75	0,55	0,42	0,21	0,14
Italien	2,13	1,72	1,53	1,49	1,56
Niederlande . . .	0,02	0,02	0,04	0,02	0,08
Österreich-Ungarn .	26,53	23,61	27,41	30,87	39,05
Rumänien . . .	5,10	4,52	3,32	3,21	2,59
Rußland	5,60	5,06	4,53	6,22	6,15
Serbien	1,32	1,23	2,24	1,32	1,40
Schweiz	1,18	1,40	1,51	1,28	1,37
Türkei	17,45	14,81	14,88	13,42	12,30
Vereinigte Staaten	0,82	0,65	0,22	0,08	0,05

Aus vorstehender Tabelle ergiebt sich, daß hinsichtlich der Einfuhr England und Österreich-Ungarn als Hauptbeteiligte konkurrieren. Der englische Import läuft durch die Häfen des schwarzen Meeres, durch die rumelischen Bahnstationen und die Donauhäfen, der österreichische Import

auf den Schienenwegen und längs der Donau; in Südbulgarien berühren und kreuzen einander beide Handelsmächte.

Eingeführt werden: österreichisches und englisches Eisen, Möbel, Textilwaren aller Gattungen, Konfektionen, Gummiwaren, Leder, Glas, Kolonialwaren, Papier, Chemikalien und anderes. Beim Export steht das Getreide in erster Linie, hierauf Vieh und tierische Produkte, das berühmte bulgarische Rosenöl, Tabak, Holz ꝛc.

1889 entfielen:

37,92 Prozent der Ausfuhr im Werte von 30 555 000 Franken auf die Türkei,

22,82 Prozent = 18 390 000 Franken auf Frankreich,

15,64 " = 12 595 000 " " England,

4,42 " = 3 558 000 " " Österreich-Ungarn,

19,20 " auf alle übrigen Staaten zusammengenommen. Die endgiltige kommerzielle Bestimmung des über die Türkei transitierenden Exporthauptbruchteiles entzieht sich der Klassifizierung.

IV. Schlußbemerkungen.

Wenn mein Bestreben in vorstehender, auf Wunsch der Vereinsleitung räumlich aufs knappste bemessener Abhandlung dahin ging, die handelspolitischen Verhältnisse der Balkanstaaten Rumänien, Serbien und Bulgarien möglichst objektiv vom Standpunkt der Internationalität und nicht beeinflußt von deutsch-nationalen Erwägungen zu schildern, so glaubte ich hierdurch der Absicht der vorliegenden Vereinspublikation und dem ausdrücklich hervorgehobenen Wunsch unseres verehrten Vereinsvorstandes am besten gerecht zu werden. Einige allgemeine Bemerkungen, zum Teil vielleicht subjektiver Natur, die sich mir bei Betrachtung des Gegenstandes aufgedrängt haben, mögen in diesem kurzen Schlußwort niedergelegt werden.

Die Gegenwart steht unter dem Zeichen der Handelspolitik. Eines ihrer Schlagwörter ist die Angliederung der Balkanstaaten an den mitteleuropäischen Zollbund. Das Schlagwort ist nicht neu, neu ist nur seine Popularität. Weitblickende Männer wie Fallmerayer, List, Roscher, Hahn, Stein, Dehn, Pressel, Erras, Engelbrechten und andere haben zum Teil schon vor einem Menschenalter, zum Teil in neuerer und neuester Zeit den deutschen Handelsstand nachdrücklich auf die Balkanländer als aufnahmskräftige Absatzgebiete für die deutschen Industriewerte aufmerksam gemacht. Das patriotische Verdienst dieses Hinweises, mag er teilweise auch mit Ueberschwänglichkeit erfolgt sein, wird durch den Umstand, daß jene Männer in früheren Zeiten teilweise predigten wie der Prophet in der Wüste, nicht im mindesten geschmälert. Das handelspolitische Ferment, das sie ausstreuten, setzte die Massen-Gedanken in Bewegung und manche handelspolitischen Dinge, die früher einsame unverstandene Wahrheiten waren, gelten heute als volkstümliche Selbstverständlichkeiten. Gerade deshalb ist es angebracht zu warnen, um allzu hochfliegende Erwartungen auf das Maß des wahrscheinlicherweise Erreichbaren zu verweisen.

Es frägt sich eben, was der Einzelne unter „Angliederung" versteht. Meint man hierunter den Abschluß von Handelsverträgen, welche weit entfernt sind von einseitigen Handelsbündnissen, so wird diese Art der Angliederung, mag sich auch gegenwärtig Rumänien dagegen sträuben, über kurz oder lang zweifellos thatsächlich sich verwirklichen. Nicht aber wird man erwarten dürfen, daß sich die Balkanländer in ein Zollbundesverhältnis mit deutlich ausgeprägter Spitze gegen die außerhalb desselben stehenden Handelsvölker einfügen lassen. Dafür sind ihre Handelsfreundschaften zu zahlreich und zu verzweigt, ihre Handelswege zu günstig und vielseitig, ihre Tauschartikel zu allseitig begehrt, ihre Staatsmänner zu selbständig und auf ihr junges nationales Eigenleben zu eifersüchtig. Was aber hauptsächlich ausschlaggebend ist: Mitteleuropa, Deutschland namentlich kommt zu später Stunde. Nicht zu spät, um sich nicht noch einen seiner Weltstellung entsprechenden beträchtlichen Anteil am Außenhandel der Balkanstaaten sichern zu können, wohl aber spät genug, um dort auf die Rivalität mächtiger, in den Traditionen und in der Achtung der Balkanstaaten erbsässiger Handelsvölker zu treffen, die den Deutschen als Eindringling betrachten und ihm eifersüchtig jeden Handelsvorteil mißgönnen. Eine Domäne für den Absatz deutscher oder mitteleuropäischer Industrieerzeugnisse werden die Balkanländer niemals mehr werden. Diese Monopolstellung hatte dereinst lange Jahre die österreich-ungarische Monarchie behauptet. Aber geringwertige Industrieprodukte und diverse, angeblich vexatorische wirtschaftspolitische Maßnahmen haben die handelspolitischen Sympathien für Österreich-Ungarn in den Balkanländern erheblich geschädigt. In demselben Maße, als der österreichisch-ungarische Einfluß zurückging, wuchs das englische, französische und deutsche Gewicht. Alle diese Dinge müssen in Rechnung gezogen werden, will man die Ober- und Unterströmungen balkanstaatlicher Handelspolitik richtig verstehen.

An dieser Sachlage ändern die internationalen Bahnanschlüsse nach Saloniki und Konstantinopel, von denen man sich mitunter goldene Berge versprochen, zunächst nur wenig. Wohl haben diese Schienenwege uns Mitteleuropäern die halborientalischen Länder, an deren Pforten Morgenland und Abendland sich grüßen, erheblich näher gebracht. Anders aber spiegelt sich die Welt im leichtbeweglichen Gehirn des phantasievollen Touristen und anders in den Büchern des rechnenden Kaufmanns. Der Personenverkehr, der postalische Verkehr, auch der Handel mit gewichtleichten kostspieligen Tauschgütern mögen von den neuen internationalen Bahnlinien Nutzen ziehen, aber für die meisten gewichtschweren Massenartikel des täglichen Verbrauchs, also für die Hauptausfuhrgegenstände,

bleibt der Landweg nach wie vor zu teuer und der Seeweg auch heute noch vielfach die einzig mögliche Art der Versendung. Angestellte Berechnungen haben ergeben, daß beispielsweise die Kosten des Seetransportes Marseille-Saloniki nur den zehnten Teil der Landtransportkosten Paris-Belgrad betragen. Die finanzielle Überlegenheit der Dampferlinien Triest und Marseille, gegenüber jenen von London und Hamburg, leuchten unter solchen Umständen von selbst ein, noch mehr aber die Überlegenheit aller dieser Seelinien über den Eisenbahntransport aus Mittel- oder Westeuropa nach der Balkanhalbinsel. Der deutsche Exporteur arbeitet heute nach dorthin größtenteils noch billiger über Hamburg und Gibraltar, als über Wien und Pest. Darüber sind bereits Stimmen der Enttäuschung und Ernüchterung laut geworden und ich fürchte, diese Stimmen werden sich im Laufe der nächsten Jahre noch erheblich mehren. Die Herabsetzung der Eisenbahntarife bis zur Grenze des Möglichen reicht noch lange nicht hin, um die natürlichen Vorteile des Seetransportes auszugleichen. Überdies sind die Tarife der Orientbahnen heute noch so ziemlich die teuersten der Welt. Die Konkurrenz-Überlegenheit der seefahrenden Völker ist gegeben und wird trotz der internationalen Schienenwege bestehen bleiben, sobald die Überwindung irgend größerer Landstrecken für Handelszwecke in Frage kommt. Nun gehört ja auch Deutschland zu den seefahrenden Völkern und will ich mit dieser Bemerkung nur der verbreiteten Anschauung entgegentreten, als ob gerade unsere handelspolitische Stellung durch die Balkanbahnen eine so erhebliche Erleichterung erfahren habe. Ich halte diese Hoffnungen, soweit sie den Verkehr mit Massengütern betreffen, für illusorisch.

Es ist ferner bei Betrachtung der handelspolitischen Verhältnisse der Balkanländer nichts irriger, als deren Beurteilung unter einem einheitlichen Gesichtswinkel. Die Dinge liegen dort nichts weniger als ebenmäßig, sie liegen vielfach verschieden. Ich möchte schon auf den großen Gegensatz des äußern Entwicklungsganges verweisen. Beispielsweise das auf dem Weg friedlicher Reform allmählich zum Kulturstaat herangereifte Rumänien neben dem plötzlich unter blutigen Greueln emanzipierten, staatlich und wirtschaftlich revolutionierten Bulgarien. Die innere Lage zeigt ähnliche Verschiedenheiten. Das bereits hochentwickelte, nach industrieller Autonomie strebende, erstaunlich ausfuhrkräftige Rumänien mit seinen Latifundien und seinem bäuerlichen Proletariat, mit seinen hellen Kulturlichtern und seinen tiefen agrarpolitischen Schlagschatten bietet auch handelspolitisch ein völlig anderes Bild dar als Länder wie Serbien und Bulgarien, die zwar keine hochfliegende Entwicklung aufweisen, aber auch keine socialen Mißstände kennen, kein agrarisches Proletariat, sondern einen gesunden

Bauernstand besitzen und sich im ganzen und großen auch heute noch im Rahmen einer von Kulturkrankheiten freien agrikolen Idylle bewegen. Und gar erst auf rein politischem Gebiet, welche Kontraste! Rumänien, dessen Herz heute noch zu Frankreich tendiert, während sein Verstand es gebieterisch zum Dreibund hinweist, Serbien, welches unaufhörlich zwischen österreichischen und russischen Neigungen hin- und herschwankt, nebenan das entschieden russenfeindliche Bulgarien, dann wiederum Montenegro, „Rußlands einziger Freund", und schließlich an der Südspitze der Halbinsel das heißblütige, französisierende Hellenentum. Wahrlich, auf engem Raum ein buntes Völkermosaik sondergleichen und ein Mosaik von nationalen Ansprüchen, Begehrlichkeiten und Leidenschaften. Eine Summe von Widersprüchen, eine Fülle von Gegensätzen drängt sich in der südöstlichen Grenzmark Europas zusammen. Wen kann es da Wunder nehmen, wenn bei solchen Verschiedenheiten die handelspolitischen Liebhabereien und Entschließungen der einzelnen Balkanregierungen nichts weniger als gleichartig ausfallen können?

Das Deutsche Reich kann, unter den gegebenen Verhältnissen, mit seiner dortigen handelspolitischen Stellung vollauf zufrieden sein. Der deutsche Einfluß ist überall merkbar in den Vordergrund getreten, der deutsche Name ist geachtet, das deutsche Erzeugnis beliebt und gesucht. Man darf der Weiterentwicklung der gegenseitigen Beziehungen mit zuversichtlichen Erwartungen entgegen sehen.

Seit Jahren sind die Augen Europas mit Spannung auf die Balkanhalbinsel gerichtet. Wer weiß, wann die Sturmvögel wiederum über den Bosporus flattern? Dann werden die deutschen Staatsmänner daran denken müssen, daß in den Ländern des europäischen Orients gewichtige deutsche Interessen auf dem Spiel stehen, im Vergleich zu welchen unsere Interessen im dunklen Erdteil von winziger Geringfügigkeit sind. Wenn künftig „weit hinten in der Türkei" die Völker auf einander schlagen, wird das Deutsche Reich nicht mehr den müßigen Zuschauer abgeben können.

Im Januar 1892.

II.

Die Handelspolitik Spaniens

in den letzten Jahrzehnten

von

Arthur Gwinner,
Bankier in Berlin, ehemaligem Konsul des Deutschen Reiches zu Madrid.

1. Die Zollpolitik von 1859—1869.

Ich beginne diese Aufzeichnungen mit der Bitte um die Nachsicht des Lesers, da mir zu der Sammlung und Sichtung des teilweise schwer zugänglichen Materials nur eine Frist von zehn Wochen gelassen war. Unter diesen Umständen konnte die nachfolgende Arbeit nicht mehr als eine Skizze werden.

Rufen wir uns ins Gedächtnis zurück, daß Spanien fast so groß ist, wie das Deutsche Reich, aber nicht viel mehr als den dritten Teil der Einwohnerzahl Deutschlands besitzt, nämlich 17 Millionen, oder 35 Seelen auf jeden Quadratkilometer, gegen 91 im Deutschen Reiche. Von dem Kolonialbesitz der einstigen Weltmacht sind nur Cuba, Puertorico, die Philippinen- und Karolineninseln, sowie geringe Ländereien in Westafrika übrig geblieben. Kaum lebt noch die Tradition der Zeiten, da Spanien zu den ersten Industriestaaten gehörte. Fanatische Verblendung hat die Begründer jener wirtschaftlichen Blüte, die gewerbfleißigen Mauren, im sechzehnten Jahrhundert vertrieben und vernichtet. Seitdem ist Spanien überwiegend Agrikulturstaat. Nur in Catalonien, dessen uralte Hauptstadt beiläufig schon sechs Jahre vor Genua die erste Wechsel- und Depositenbank[1] besessen hatte, erstand unter der kräftigen Regierung Karls des Dritten im Jahre 1769 von neuem eine noch heute blühende Industrie, deren Einfluß, wie wir sehen werden, auf die spanische Handelspolitik der letzten Jahrzehnte wiederholt bestimmend eingewirkt hat.

Der uns beschäftigende Zeitabschnitt beginnt unter der wirtschaftlich wie politisch traurigen Regierung Isabellas der Zweiten. Richard Cobdens Ideen

[1] Die im Jahre 1401 unter dem letzten König der catalanischen Dynastie, D. Martin I, „dem Menschenfreundlichen", gegründete Taula de Cambi zu Barcelona. (Taula = tabla, Brett, Bank.)

waren auch nach Spanien gedrungen: talentvolle junge Männer, von denen viele nachmals in die höchsten Staatsämter gelangt sind, bildeten im Jahre 1859 die Liga der Freihändler und agitierten in Presse und Parlament, durch Schriften und Versammlungen gegen den auch auf handelspolitischem Gebiete herrschenden Geist der Bedrückung. Nachdem bereits 1856 eine parlamentarische Enquete über anzustrebende Zollreformen eingeleitet worden war, wurde 1862 ein neues Tarifgesetz erlassen, welches einige Besserung und Vereinfachung der früheren Bestimmungen brachte. Zahlreiche ad-valorem-Zölle wurden in Gewichtszölle verwandelt, Metermaß und Metergewicht eingeführt, Berichtigungen der Wertberechnung vieler Waren vorgenommen. Aber noch blieb die Einfuhr zahlreicher Artikel verboten: darunter nicht nur alle gröberen, d. h. gangbarsten Sorten von Gespinsten, Garnen und Geweben aus Baumwolle, sowie aus Wolle, Hanf, Flachs und Seide, insofern darin Baumwolle in bestimmter Menge enthalten war, sondern auch Kleider, Schuhe, Schiffe von weniger als 400 Tonnen, Salz, Quecksilber, Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Mais und Mehl. Die feineren Textilwaren, deren Einfuhr erlaubt wurde, hatten hohe Zölle zu zahlen; z. B.:

	Pesetas[1] (Franken)
Baumwollgarn von Nr. 60 an für 100 kg	326—435
Taschentücher für 100 kg	570
Musselin " " "	532—3042
Spitzen " " "	2376—3775;

sogar „neu zu erfindende Gewebe" waren mit einer Abgabe von 40 Prozent ad valorem bedacht. Die Zollsätze erhöhten sich um 20 Prozent und mehr, wenn die Einfuhr nicht unter spanischer Flagge stattfand, also speciell auch beim Import über die Landgrenzen. Dieser Differentialzuschlag galt ohne Ausnahme für alle 796 Positionen des neuen Tarifs, von denen wir noch die folgenden herausgreifen:

(Zölle in Pesetas für 100 Kilogramm; die erste Kolonne für die Einfuhr unter spanischer Flagge, die zweite für die Einfuhr zu Land oder unter fremder Flagge.)

Kohlen	6.75	8.12½
Baumwolle, rohe	1.96	10.85 (!)
Stahl	21.25	25.50
Eisendraht	95.62½	114.50

[1] Wir rechnen zur besseren Vergleichung die alten Münzeinheiten in die seitdem eingeführte Währung um.

(Zölle in Pesetas für 100 Kilogramm; die erste Kolonne für die Einfuhr unter spanischer Flagge, die zweite für die Einfuhr zu Land oder unter fremder Flagge.)

Bleche	220.—	264.—
Geschirr und feinere Eisenwaren	500.—	600.—
Klippfisch (ein wichtiger Nahrungsartikel der streng katholischen Spanier)	17.20	22.95
Kakao, Caracas	81.06¼	97.25
„ Guayaquil	33.75	55.—
„ Produkt spanischer Kolonien, direkt importiert	10.95	13.95
Rohzucker, in Cuba oder Puertorico produziert und direkt importiert	18.45	23.06¼
„ in den Philippinen produziert und direkt importiert	4.37½	21.57½
„ aus fremden Ländern	35.78¾	37.78¾
Raffinierter Zucker, in spanischen Kolonieen produziert und direkt importiert	27.80	45.—
„ aus fremden Ländern . .	53.75	64.50.

Der Tarif blieb zwar ein hoher, aber der Fortschritt gegen das frühere System der Handelserschwerungen war bedeutend. Hatte doch der Zolltarif vom 19. Oktober 1825 die Einfuhr von nicht weniger als 653 Artikeln verboten; und Jahrzehnte mußten nach dem Verlust von Süd- und Mittelamerika vergehen, ehe Spanien allmählich zu der Erkenntnis gelangte, daß es eine isolierte Nationalwirtschaft zu führen nicht im Stande sei. Hervorzuheben sind noch die entschieden mäßigen Zölle des Tarifs von 1862 auf Roheisen und Schienen; sie betrugen für 100 Kilogramm 3.25 bezw. 3.90 Pesetas. Einerseits besaß Spanien keine eigene, irgend leistungsfähige Eisenindustrie, andererseits mußte der Bau des Eisenbahnnetzes durch Zollbefreiung bezw. niedrige Zölle unterstützt werden. Diese Politik ist auch bis in die neueste Zeit maßgebend geblieben.

Am 21. Juni 1865 beschlossen die Cortes, die Regierung zur Abschaffung der Differentialzölle zu ermächtigen. Jedoch blieb es bei umfangreichen Erhebungen über die möglichen Folgen dieses Reformplanes und der Veröffentlichung von vier starken Bänden über die Ergebnisse der Enquete.

Wichtiger war der am 17. Juli 1865 ratifizierte Handelsvertrag mit Frankreich, welcher den Differentialzoll für alle Importe zu Lande (aber nicht zu Wasser) aufhob. Außerdem wurden 14 Positionen der beiderseitigen Tarife zu ermäßigten Sätzen gebunden; und zwar von seiten

Spaniens: Pferde, Maultiere, Essenzen, Pflanzen, Hüte und Fabrikate aus Leder, Metallen und Gummi; von seiten Frankreichs: Olivenöl, Früchte, Alkohol, Seide (frei), Kupfer (frei), Blei (frei) u. a. m. Spaniens wichtigstes Produkt, Wein, befand sich nicht unter den gebundenen Artikeln; auch erreichte und gewährte Spanien die Meistbegünstigung nur für die gegenseitig festgesetzten 14 Positionen. Dieser Vertrag wurde auf eine Minimaldauer von 12 Jahren mit alsdann eintretender einjähriger Kündigungsfrist abgeschlossen.

Schon war der Sturm im Anzuge, welcher die isabellinische Wirtschaft hinwegfegen sollte, als die Regierung im August 1867 sich durch eine Mißernte genötigt sah, das Getreideausfuhrverbot auf 4 Monate und dann weiter bis zum Sommer des folgenden Jahres aufzuheben. Innerhalb des Kalenderjahres 1868 mußten 439 123 Tonnen Weizen und 72 844 Tonnen Weizenmehl eingeführt werden, im Werte von 228 Millionen Pesetas, bei einem Gesamtimport von 573 und einem Export von nur 277 Millionen. Durch den Hunger genährt, kam die allgemeine Unzufriedenheit in der Septemberrevolution zum Ausbruch.

Der provisorischen Regierung, welche nach dem Sturze Isabellas die Zügel ergriff, gehörte als Finanzminister Laureano Figuerola an, ein überzeugter Freihändler, der die Liga von 1859 mitbegründet und seit einer Reihe von Jahren als Deputierter und Mitglied der Zollkommission an der handelspolitischen Entwickelung Spaniens mit Redlichkeit auf seine Weise teilgenommen hatte. Ihm hat Spanien die Zollreform von 1869 zu danken, welche seitdem, wenn auch mit mannigfachen Veränderungen des Tarifs, die Grundlage des Zollwesens geblieben ist. Die Grundzüge dieser Reform waren die folgenden:

1. Aufhebung des Einfuhrverbotes von Getreide und Baumwollwaren, sowie aller übrigen Ein- und Ausfuhrverbote. Untersagt blieb nur die Einfuhr weniger Artikel, welche durch Rücksichten auf die öffentliche Wohlfahrt, die Satzungen der Kirche oder bestehende Monopole ausgeschlossen sein mußten; also z. B. Waffen, Geheimmittel, Meßbücher und Tabak.

2. Ermäßigung des Tarifs; Einteilung der Zölle in fiskalische, statistische und außergewöhnliche. Die letzteren, d. h. die eigentlichen Schutzzölle, sollten in einem Zeitraum von 12 Jahren, vom 1. Juli 1875 anfangend, stufenweise bis auf 15 Prozent ad valorem ermäßigt werden und dann als fiskalische weiterbestehen.

3. Neuberechnung der Werte aller Artikel und Ordnung des Einfuhrtarifs in 300 Positionen unter 13 Klassen.

4. Aufhebung aller Differentialzölle mit Ausnahme derer auf Zucker, Kakao, Kaffee und Alkohol zu Gunsten der spanischen Kolonieen. Außerdem bezahlten die Produkte der spanischen Antillen bei direkter Einfuhr nur die Hälfte aller Zollsätze, die Produkte der Philippinen im gleichen Falle nur ein Fünftel.

5. Abschaffung der lästigen Schiffahrts= und Ladeabgaben; eine einzige, mäßige Abladegebühr auf Güter und für Personen bei der Landung in Spanien blieb in Kraft.

Ausfuhrzölle wurden, zur Begünstigung einzelner Industrien, nur beibehalten auf:

Korkholz	für 100 Kilogr. Pesetas	7.50
Lumpen	= = = =	4.—
Bleiglanz	= = = =	1.25
Silberblei	= = = =	1.—
und Bleiglätte	= = = =	—.80.

Was die Sätze des Einfuhrtarifs anlangt, so waren 19 Artikel, sechs Prozent des Gesamtwertes der Einfuhr darstellend, mit Zöllen von 15 bis 20 Prozent belegt; 120 Positionen, vierzig Prozent der Einfuhr darstellend, mit Zöllen von mehr als 20 Prozent des berechneten Wertes.

Frei waren nach dem Tarif von 1869: Mineralwasser, Pflanzen, Kalk, Gyps, Kupfererze, Edelmetalle, Perlen und Edelsteine, Muster verschiedenster Waren, Seidenkokons, Fässer zum Export spanischen Weines, sowie einige andere Artikel von geringerem Interesse.

Wir führen nunmehr einige charakteristische Zollsätze des Tarifs von 1869 hier auf:

	Pesetas für 100 Kilogramm
Kohlen	—.12½
Petroleum, rohes	—.25
= gereinigtes	5.50
Gußeisen	2.50
gewöhnliche Eisenwaren	22.50
polierte =	27.50
Draht	8.—
Stahl	8.—
Walzeisen	13.—
Eisenbleche	18.75
= verarbeitet	62.50
Stärke	10.—
Seife	18.75

	Pesetas für 100 Kilogramm
Baumwolle	1.50
„ gesponnen, u. zweidrähtiges Garn bis Nr. 35	125.—
„ desgl. von Nr. 36 aufwärts	175.—
„ drei- und mehrdrähtiges Garn	250.—
„ Gewebe	270.— bis 300.—
„ desgl., gedruckte	370.— bis 400.—
„ Strümpfe, Handschuhe	525.—
Wolle, gewaschene	28.—
„ gekämmte	30.—
„ Gewebe	500.—
„ Tuche	625.— bis 800.—
Teppiche	175.—
Faßdauben (1000 Stück)	7.50
Häute und Felle, ungegerbte	7.50
dergl. gegerbte	125.—
Rindvieh (per Stück)	5.—
Schweineschmalz	16.—
Klippfisch	17.50
Weizen	3.—
Weizenmehl	4.50
Gerste, Roggen, Mais	2.25
Zucker, roher aus Cuba oder Puertorico, direkt importiert	19.—
„ „ vom Ausland importiert	23.65
„ raffinierter, „ „ „	32.25
„ „ aus Cuba oder Puertorico direkt importiert	27.—
Alkohol, aus Cuba oder Puertorico direkt importiert	7.50
„ vom Ausland importiert	18.75
Wein	50.—
Landwirtschaftliche Maschinen	1% ad valorem
Motoren	2% „ „
alle anderen Maschinen	6% „ „ .

Wie ersichtlich, blieben die Zölle auf Textilwaren verhältnismäßig hohe, da die catalanischen Fabrikanten auch unter der Regierung der Revolution einflußreich genug gewesen waren, ihre Interessen gegen den freihändlerischen Finanzminister zu behaupten. Das Werk der Zollreform wurde im folgenden Jahre abgeschlossen durch Erlaß eines neuen Reglements für alle

Zollangelegenheiten, das der Marschall Serrano als Regent des Königreiches an dem nämlichen Tage promulgierte, an welchem über die spanische Thronfolge der deutsch-französische Krieg ausbrach.

Fragen wir nach den Wirkungen der Zollreform von 1869, so ist zu erinnern, daß die folgenden sechs Jahre sich für Spanien durch die Umwälzungen der Revolution, den Karlistenkrieg und den Aufstand in Cuba zu überaus kritischen gestalteten. Befanden sich doch in Folge des Bürgerkrieges die baskischen Provinzen, sowie Teile von Aragon, Navarra und und Catalonien, lange Zeit außerhalb der Zollgrenze! Trotz alledem entwickelten sich die wirtschaftlichen Kräfte des Landes. Statt des von den Anhängern des alten Systems vorausgesagten Ruines der nationalen Industrie war sogar ein mäßiger Aufschwung zu bemerken; die Zolleinnahmen hielten sich trotz des ermäßigten Tarifs auf gleicher Höhe; der Außenhandel nahm zu, und zwar der Export in höherem Grade als der Import, wie aus nachstehenden Zahlen zu ersehen ist:

	Import	Export	Zollertrag
Jährlicher Durchschnitt:	(in	Millionen	Pesetas)
1863 bis 1868	446	310	52
1870 „ 1876	562	471	53
Zunahme:	116	161	1.

Wir müssen darauf verzichten, dieses Resultat an den einzelnen Artikeln zu verfolgen, verweisen dagegen auf Figuerola's Buch: La reforma arancelaria de 1869 (Madrid 1879). Die Zollreform von 1869 war nicht etwa ein Übergang von Protektionismus zu Freihandel, obgleich ihr Urheber dieses Ziel im Auge hatte, sondern sie bedeutete die Einführung gemäßigter Schutzzölle und wohlerwogener Einrichtungen an Stelle eines willkürlichen Systems von Verboten und Verkehrshemmungen.

2. Der Tarif von 1877.

Die Zollpolitik der folgenden Jahre wurde hauptsächlich von fiskalischen Rücksichten beeinflußt. Um die Staatseinkünfte aufzubessern, mußten alte Lasten für Stempel- und Ursprungszeugnisse erneuert, Kriegssteuerzuschläge und eine Ladegebühr auf den Export eingeführt werden. Besonders durch das Budgetgesetz von 1872 wurde die Einfuhr von Kolonialwaren, Petroleum und Lebensmitteln mit einer sogenannten vorübergehenden, aber nachmals beibehaltenen Zuschlagsteuer belegt und zwar auf:

Zucker, rohen . . .	Pesetas	8.80	für 100 Kilogramm
„ raffinierten .	„	13.50	„ „ „

Klippfisch	=	3.—	für 100 Kilogramm
Kakao	=	16.—	= = =
Kaffee	=	27.—	= = =
Weizen	=	1.50	= = =
Weizenmehl . . .	=	2.25	= = =
Petroleum	=	3.75	= = =
Alkohol	=	3.75	= = = .

Nach der von dem ganzen Lande freudig begrüßten Beendigung der politischen Wirren durch die Restauration der Monarchie unter Alfons XII. war es eine der ersten Maßregeln der konservativen Regierung, durch Dekret vom 17. Juni 1875 die in der Zollreform von 1869 vorgesehene Herabsetzung des Tarifs unter Hinweis auf die abnorme Lage des Landes zu suspendieren. Seit diesem Zeitpunkt schwankt die spanische Handelspolitik in ihrer Tendenz nach Maßgabe der wechselnden Herrschaft der Parteien: die Konservativen unter der Führung von Antonio Cánovas verfolgen eine entschieden schutzzöllnerische Richtung, die Liberalen sind bis vor kurzem mäßigen Schutzzöllen geneigt geblieben. Nach der Restauration waren also die Konservativen am Ruder und machten sich sofort ans Werk, die Zollgesetzgebung in ihrem Sinne umzugestalten. Am 11. Juli 1877 erschien der neue Tarif. Er hatte nicht mehr nur *eine* Kolonne, sondern zwei: einen Minimaltarif für Nationen, welche Spanien die Meistbegünstigung gewähren wollten, und einen Maximaltarif für alle anderen Provenienzen. Als Maximalsatz war in den meisten Fällen der Tarif von 1869 festgehalten; der Minimaltarif wies bescheidene Ermäßigungen auf. Das neue Gesetz konnte also auf den ersten Blick als eine teilweise Ausführung der Zollreform von 1869 erscheinen. In Wirklichkeit aber verhielt es sich damit ganz anders: denn gleichzeitig wurde eine „außerordentliche und vorübergehende Steuer auf Artikel des Außenhandels" eingeführt, d. h. ein Zollzuschlag, der für beide Kolonnen des Tarifes galt und nicht allein in den meisten Fällen die kleine Ermäßigung des Maximalsatzes überstieg, sondern vielfach eine Verdoppelung und Verdreifachung der seitherigen Zölle darstellte.

Nach dem *Tarif von 1877* bezahlten:

	Maximal- bezw. Minimalsatz in Pesetas für 100 Kilogramm			
Petroleum, gereinigtes . . .	18.—	17.50	gegen vorher	5.50
Gußeisen	2.87	2.68	= =	2.50
Stahl	9.—	8.50	= =	8.—
Draht	9.80	9.—	= =	8.—
gemeine Eisenwaren	27.20	27.20	= =	22.50

Nach dem Tarif von 1877 bezahlten:

	Maximal- bezw. Minimalsatz	in Pesetas für 100 Kilogramm		
polierte Eisenwaren	31.90	28.50	gegen vorher	27.50
Palmöl und Ölsaat	33.—	31.40	= =	8.—
Chlorkalk	3.64	3.64	= =	2.60
Stärke	12.—	12.—	= =	10.—
Garn aus Hanf, Flachs und Jute	147.—	147.—	= =	122.50
Papier, ungeleimtes	14.70	14.70	= =	10.50
Schreibpapier	36.—	36.—	= =	30.—
= liniirtes	65.25	65.25	= =	56.25
Faßdauben (1000 Stück)	20.—	20.—	= =	7.50
Kühe und Rinder	11.40	11.40	= =	5.—
Häute und Felle, ungegerbte	14.70	14.70	= =	7.50
Maschinen, landwirtschaftliche	1.—	1.—	= =	1% ad val.
= Motoren	2.50	2.50	= =	2% =
= alle anderen	10.50	9.—	= =	6% =

u. s. f.

Die Zuschlagzölle auf Kolonialwaren, Getreide und einige andere Lebensmittel, sowie auf raffiniertes Petroleum blieben in Kraft; gleichzeitig wurde eine Verdoppelung derselben verfügt unter dem Vorwand und Namen einer Municipalsteuer, welche jedoch nichts Anderes war, als ein fiskalischer Zoll. Also bezahlte z. B. Kaffee (nach dem Minimaltarif)

	für 100 Kilogramm
1. Zoll	Pesetas 40.—
2. vorübergehende Abgabe	= 27.—
3. Municipalsteuer	= 27.—
zusammen	Pesetas 94.—

Nur auf Baumwollwaren und einige andere Artikel der Textilindustrie wurde der hohe bestehende Zoll ausreichend gefunden, teilweise sogar im Minimaltarif ermäßigt.

Es ist selbstverständlich, daß eine so bedeutende Erhöhung aller Zölle auf unentbehrliche Artikel die erstrebte Vermehrung der Einnahmen erzielte dieselben stiegen von 71 Millionen im Budgetjahr 1875/76

auf	83 = = =	1876/77
=	88 = = =	1877/78
=	106 = = =	1878/79.

Aber der Außenhandel blieb ziemlich stationär; es betrug nämlich:

	der Import	der Export
	in Millionen Pesetas	
1875:	570	452
1876:	553	445
1877:	538	515
1878:	541	479.

Spanien hatte also zwar seinen Export um 6 Prozent vermehrt, aber seinen Import um 5 Prozent eingeschränkt, und mußte doch 50 Prozent mehr Zölle dafür bezahlen.

Da trat ein Ereignis ein, auf welches kein Finanzpolitiker je hätte rechnen können und welches Spanien einer ungeahnten wirtschaftlichen Blüte entgegenführte: die Zerstörung der französischen Weinberge durch die Reblaus. Die Weinernte Frankreichs hatte 1874 circa 70, dann 1875 den Höchstertrag von 83 Millionen Hektolitern geliefert; fiel nach der Verbreitung der Phylloxera im folgenden Jahre auf 41, 1881 auf 34, 1886 auf 25, 1889 auf 23 Millionen Hektoliter, also nahezu auf ein Viertel der Produktion des besten Jahres. Nun besitzt Spanien ein vortreffliches Klima für den Weinbau, — über zwei Millionen Hektaren seines Bodens sind mit Weinbergen bepflanzt, — und konnte dem französischen Bedarf jede verlangte Quantität des starken, billigen Rotweins liefern, aus welchem durch Verwässerung und Verschnitt das tägliche Getränk des französischen Volkes hergestellt wird. Frankreich importierte 1873 überhaupt nur 292 000 Hektoliter Wein; von 1877 an stieg die Einfuhr in rascher Progression und erreichte 1889 im Specialhandel 10 242 000 Hektoliter. Noch 1876 betrug der Export von spanischem Landwein nach Frankreich nicht mehr als

	303 404	Hektoliter im Werte von	9	Millionen Pesetas;
1890 dagegen	8 002 449	= = = =	240	= = ,
sowie außerdem	93 973	= Jerez- und Likörweine im Werte von		

$10^1/_2$ Millionen. In fünfzehn Jahren hat die Reblaus Spanien drei Milliarden Franken eingebracht. Und wir müssen betonen, daß nicht etwa andere Märkte verloren, andere Produktionsquellen in erheblichem Maßstabe vernachlässigt worden wären: der vergrößerte Weinexport erscheint vielmehr als reiner Zuwachs zu Spaniens Ausfuhr und seinem Nationalvermögen. Es versteht sich, daß ein solcher Glücksfall die wirtschaftliche Lage des Landes von Grund aus verbesserte: aus einem armen Volke ward ein wohlhabendes.

3. Die Ära der Handelsverträge.

Zur vollen Entfaltung gelangte dieser Aufschwung unter der Ära der Handelsverträge. Bereits Ende 1877 war eine Konvention mit Frankreich zu Stande gekommen, durch welche Spanien gegen Gewährung seines Minimaltarifs und einige weitere Konzessionen die Meistbegünstigung seiner Waren erreichte; mit Ausnahme jedoch seiner Weine, welche 3½ Franken per Hektoliter zahlen mußten, während die italienischen und portugiesischen in Frankreich bis 1879 nur 30 Centimes erlegten. Die weiteren Verhandlungen wegen Abschluß eines definitiven Handelsvertrages waren steril und schleppend, bis die inzwischen ans Ruder gelangte liberale Partei sie mit der Bereitwilligkeit zu größeren Zugeständnissen aufnahm. Und jetzt zeigte sich der Vorteil der restriktiven Zollpolitik von 1877, welche die Basis für spätere Konzessionen geschaffen hatte. Obgleich das spanische Kabinett die feste Absicht hegte, den Zolltarif wieder in liberalem Sinne zu reformieren, war es doch geschickt genug, zunächst den vor allen anderen Tarifkonventionen weitaus wichtigsten Handelsvertrag mit Frankreich auf Grund bedeutender Ermäßigung des Minimaltarifs von 1877 anzustreben, was denn auch zum Ziele führte. Am 6. Februar 1882 wurde der Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen Spanien und der französischen Republik abgeschlossen, welcher bis zum 1. Februar 1892 zum Segen beider Länder, namentlich aber Spaniens, in Kraft gewesen ist. Beide Nationen gewährten sich gegenseitig die Meistbegünstigung; Frankreich ermäßigte, neben anderen Tarifkonzessionen auf Südfrüchte und sonstige spanische Produkte, den Weinzoll von 3½ auf 2 Franken per Hektoliter, und zwar bis 15,9 Grad Alkoholgehalt. Dagegen räumte Spanien auf 91 der wichtigsten Positionen seines Tarifs, und zwar besonders für Fabrikate, so erhebliche Ermäßigungen ein, daß damit die Zollpolitik von 1877 vollständig umgestoßen und auf den Tarif von 1869 zurückgegriffen war. Ja sogar die Wünsche der catalanischen Fabrikanten waren diesmal unberücksichtigt geblieben, indem die Zölle von 1869 auf Baumwollwaren um 25 bis 50 Prozent reduziert wurden. Die Wendung der spanischen Handelspolitik, welche sich durch den französischen Handelsvertrag vollzog, war zu unvermittelt, als daß nicht einzelne achtbare Interessen hätten geschädigt werden müssen: aber das Land gewann so viel durch den Weinexport, daß es derartige Fehler verwinden konnte. Endlich wurde noch durch den Vertrag mit Frankreich der spanische Ausgangszoll auf Bleiglanz, Silberblei und Bleiglätte beseitigt.

Am besten fuhr Frankreich unter dem neuen Vertragsverhältnis so

lange es die einzige bevorzugte Nation blieb, während die meisten übrigen Länder den Maximaltarif von 1877 zahlen mußten. In dieser Übergangsperiode nahm ein erheblicher Teil der englischen Einfuhr nach Spanien den Weg über Frankreich. Aber bereits am 6. Juli 1882 erschien das neue, von dem Finanzminister Camacho entworfene Zollgesetz mit durchgängig ermäßigtem Generaltarif. Die Suspendierung der in der Zollreform von 1869 vorgesehenen graduellen Tarifermäßigungen ward widerrufen und dahin modifiziert, daß vom 15. August 1882 an alle Zölle *unter* 20 Prozent auf 15 Prozent des neu zu berechnenden Wertes der Waren reduziert, alle Zölle *über* 20 Prozent um ein Drittel des 15 Prozent ad valorem übersteigenden Zolles ermäßigt wurden; das zweite Drittel sollte am 1. Juli 1887, das letzte Drittel am 1. Juli 1892 fallen. Es war also beabsichtigt, innerhalb von zehn Jahren alle Zölle im Sinne der Reform vom 1869 auf 15 Prozent des Wertes zu reduzieren.

Aus diesem *Zollgesetz von 1882* entstand der bis zum Ablauf der Handelsverträge am 1. Februar 1892 in Kraft gebliebene Tarif, dessen wichtigste Positionen aus der Tabelle VI, Seite 112 zu ersehen sind. Er hatte, wie sein Vorgänger, zwei Kolonnen: die Maximalsätze sind die Zölle von 1869, die Minimalsätze meistens die gebundenen Positionen des französischen Handelsvertrages, nebst einigen, im Laufe der Zeit hinzugekommenen Veränderungen. Die hohen Zölle auf Lebensmittel und Kolonialwaren wurden aus fiskalischen Gründen beibehalten; dagegen durch Gesetz vom 23. Juli 1883 der Tarif für alle wichtigen Rohstoffe ganz bedeutend ermäßigt: in erster Linie der Zoll auf rohe Baumwolle direkter Provenienz auf 20 Centimes für 100 Kilogramm, d. h. auf ein Sechstel des bisherigen Minimalsatzes. Über die wohlthätigen Folgen dieses letzten Ausbaues der liberalen Tarifpolitik sind nicht nur die spanischen Freihändler, sondern auch ein namhafter Teil der Schutzzöllner einig.

Auf den französischen Vertrag folgten im Laufe des Jahres 1883 Meistbegünstigungsverträge mit der Schweiz, Schweden und Norwegen, Portugal und, am 12. Juli, mit dem Deutschen Reiche. Durch letzteren ermäßigte bezw. band Spanien seinen Tarif für:

Eisenbahnschienen von Eisen oder Stahl, auf	4.55	Pesetas für 100 Kilogr.
Eisen- und Stahldraht . . . . . . „	6.55	„ „ „ „
Farben, aus Steinkohle gewonnene und andere künstliche . . . . „	100.—	„ „ „ „
Wollengarn, gefärbtes . . . . „	195.—	„ „ „ „
Lackierte Felle und gegerbte und zugerichtete Kalbfelle . . . . „	250.—	„ „ „ „

Landwirtschaftliche Maschinen . . .	auf	—.95	Pesetas für	100 Kilogr.
Bewegungsmaschinen	=	2.—	= = =	=
Branntwein, einschließlich der sog. transitorischen Abgabe	=	21.10	= =	1 Hektol.

Deutschland gewährte dagegen, außer der Meistbegünstigung, gebundene Zollsätze für Südfrüchte, Kork und Korkstopfen, Oliven, Salz und Wein; spanische Naturweine in Fässern wurden zu 24 Mark per Hektoliter ohne Begrenzung des Spritgehaltes zugelassen. Bei weitem die größte Wichtigkeit in dem Verkehr zwischen Spanien und dem Deutschen Reiche hat unter diesem Handelsvertrage die Spritausfuhr Hamburgs eingenommen. Nachdem beide Länder, namentlich aber die französischen Weinverschneider, einige Jahre lang dabei ein gutes Geschäft gemacht hatten, ist dieser Handel in Frankreich Gegenstand großer Erbitterung und scharfer Gegenmaßregeln geworden und hat für die Entwickelung der spanischen Handelspolitik, wie wir sehen werden, eine unliebsame Bedeutung erreicht.

Aber noch fehlte ein Handelsvertrag mit Großbritannien, dem gefährlichsten Konkurrenten der catalanischen Baumwollindustrie, welche denn auch mit den größten Anstrengungen gegen einen Meistbegünstigungsvertrag mit England agitierte. Unter dem Kabinett Canovas, welches, in Folge der Beschimpfung des Königs Alfonso durch den Pariser Pöbel nach den deutschen Manövern und Spaltung der liberalen Partei, Anfang 1884 ans Ruder zurückkehrte, hatten die spanischen Schutzzöllner keine neuen Handelsverträge mit Industriestaaten zu befürchten. Erst nach dem frühen Tode des Königs, als Canovas aus dynastisch-patriotischen Rücksichten Ende 1885 den Liberalen freiwillig die Regierung wieder überließ, und Moret, ein entschiedener Freihändler, Minister des Auswärtigen geworden war, erreichte der englische Gesandte am 26. April 1886 den Abschluß des lange erstrebten Meistbegünstigungsvertrages. Die Engländer konnten damit um so zufriedener sein, als sie nur eine geringe Konzession zu machen hatten: die Erhöhung des zulässigen Spritgehaltes von Weinen von 26 auf 30 Grad Sikes (12,8 Grad der französischen Skala). Es war ein später eingestandener Irrtum [1] der spanischen Freihändler, zu glauben, daß das englische Volk den billigen, spanischen Rotwein in großen Mengen konsumieren würde. Die Ausfuhr dieses Artikels nach dem Vereinigten Königreiche betrug:

1885 (vor dem Handelsvertrag) 110 000 Hektoliter,
1886 . . . . 97 000 =

[1] den übrigens Gladstone, wie aus seiner Rede im House of Commons hervorgeht, anscheinend theilte.

1887 (nach dem Handelsvertrag)		120 000	Hektoliter,
1888	. . . .	70 000	"
1889	. . . .	70 000	"
1890	. . . .	105 000	" ,

im Werte von nur drei Millionen Pesetas; also nach einem kleinen Anlauf ist der Export auf die alte Ziffer und darunter zurückgegangen. Gleichzeitig ist die Ausfuhr nach Großbritannien von Jerez- und Malagaweinen seit 1881 von 169 000 Hektoliter im Werte von 33½ Millionen Pesetas, im Jahre 1890 auf 121 000 Hektoliter im Werte von nur 15½ Millionen gefallen. Der früher so beliebte „Sherry" scheint in England außer Mode zu kommen, woran seine Verschneidung mit Korn- und Kartoffelbranntwein, anstatt mit Weinsprit, schuld sein mag.

Es versteht sich, daß dagegen im Laufe der folgenden Jahre die Einfuhr englischer Fabrikate nicht unerheblich zunahm; hauptsächlich stieg der Import von Maschinen, Garnen, Geweben und Chemikalien. So wurde der Vertrag mit dem „perfiden Albion" Gegenstand heftiger Angriffe, die um so leidenschaftlicher ausfielen, als jeder Spanier wegen Gibraltars einen tiefwurzelnden Groll gegen England hegt. Unter dem Eindruck solcher Agitationen, und um die Folgen des Meistbegünstigungsvertrages mit Großbritannien abzuschwächen, votierten die Kortes das Gesetz vom 5. August 1886, wodurch die generelle Ermäßigung des Tarifs, welche nach der Gesetzgebung von 1882 am 1. Juli 1887 beginnen sollte, suspendiert und dagegen bestimmt wurde, daß vor dem 1. Januar 1890 eine Kommission eingesetzt werden solle, um über die Zweckmäßigkeit jener geplanten Zollermäßigung zu beraten, die Wirkungen der Handelsverträge zu prüfen und eventuell über ihre Veränderung oder Kündigung Vorschläge zu machen. Zu welchen Schlüssen diese Kommission gelangte, werden wir später sehen.

Wir untersuchen nunmehr an der Hand der Statistik die Entwickelung des spanischen Außenhandels unter dem Einfluß der Verträge. Zur Erläuterung der folgenden Tabelle sei erinnert, daß 1881 die bevorstehende Wandlung der Tarifpolitik sowohl den Export, als namentlich den Import zurückhielt.

	Spaniens Einfuhr	Ausfuhr
	einschließlich der Edelmetalle (in Millionen Pesetas)	
1878:	541	480
1879:	604	528
1880:	712	650
1881:	650	670
1882:	816	765

Spaniens	Einfuhr	Ausfuhr
	einschließlich der Edelmetalle (in Millionen Pesetas)	
1883:	893	719
1884:	779	619
1885:	764	698
1886:	855	727
1887:	811	722
1888:	716	763
1889:	866	897
1890:	941	937.

Also in dreizehn Jahren hat sich die Einfuhr um 400 Millionen, gleich 74 Prozent, die Ausfuhr um 457 Millionen, gleich 95 Prozent gehoben; die passive Handelsbilanz ist zu einer aktiven geworden.

Während der ersten Jahre dieses merkwürdigen Aufschwunges strömte dem Lande gegen die Weinausfuhr Gold zu. Zwischen 1879 und 1882 erhielt die Madrider Münze für 400 Millionen Pesetas ausländisches Gold zur Prägung in spanische Münzen. Dann erwachte in der Nation das Gefühl ihrer wirtschaftlichen Kraft, wie aus dem steigenden Import ersichtlich, bald aber auch deren Überschätzung: indem Spanien anfing, seine Staatsschuld[1] in großen Summen zurückzukaufen, und damit auch fortfuhr, als zur Bezahlung dieser Effekten der größte Teil des cirkulierenden Goldes außer Landes floß. Dagegen wurde Silber ausgeprägt und der Notenumlauf der Bank von Spanien weit über Gebühr vergrößert; derselbe betrug:

Ende 1879:	84	Millionen Pesetas
" 1881:	130	" "
" 1883:	270	" "
" 1885:	468	" "
" 1887:	612	" "
" 1889:	735	" "
" 1891:	814	" "

[1] Die spanische Schuld beträgt ca. 6½ Milliarden Pesetas Nominal und erfordert einen jährlichen Aufwand von 294 Millionen, gleich ca. 17 Pesetas auf den Kopf. Nach zuverlässiger Schätzung befanden sich Ende 1891 ungefähr 85 Prozent der spanischen Staatspapiere im Inlande; auch der größte Teil der von dem Mutterlande garantierten Schuld Cubas von 875 Millionen Pesetas ist in spanischem Besitze. Spaniens Budget beläuft sich auf ca. 760 Millionen, das Budget Cubas auf ca. 120 Millionen Pesetas.

und ist nur zum dritten Teile durch Gold und Silber gedeckt. Infolge dieser verkehrten Währungspolitik entstand eine anfangs geringe Prämie auf Gold, die aber im Laufe des Jahres 1891 bis auf 14 Prozent gestiegen ist und nunmehr auf den spanischen Außenhandel erheblichen Einfluß ausübt. Hier wie überall wirkt die Verschlechterung der Valuta wie ein Einfuhrzoll, bezw. eine Ausfuhrprämie; natürlich nur so lange, bis das Preisniveau in der entwerteten Valuta sich dem Agio entsprechend erhöht. Am schlechtesten fahren hierbei die Arbeiter und Beamten mit festem Einkommen.

Trotz solcher Fehler, trotz der mangelhaften Verwaltung (Spanien besitzt noch keinen Grundkataster!) und einer nichts weniger als sparsamen Staatshaushaltung, machte der Wohlstand des Landes in der Ära der Handelsverträge unleugbare Fortschritte, wie die Tabellen IV und V, S. 95 und 96, des näheren zeigen.

4. Die neuere Schutzzollbewegung.

Aber die Wogen der auf dem ganzen Kontinent anschwellenden Schutzzollflut hatten sich im Laufe der achtziger Jahre auch nach Spanien übertragen. Die Konkurrenz des amerikanischen Weizens, welche den Getreidepreis auf dem Weltmarkt drückte und dem Ackerbau Europas so schwer fühlbar geworden ist, lastete besonders empfindlich auf den spanischen Getreideproduzenten. Wie alle die alten Kulturländer des Orients und der Gestade des Mittelmeeres leidet Spanien an der Entwaldung seiner Gebirge und Wasserläufe. Bleibt zur Wintersaat hinreichender Regen aus, so ist die Ernte größtenteils verloren; nur in bevorzugten Landstrichen ist eine Sommersaat möglich. Umsomehr ist der spanische Getreideproduzent darauf angewiesen, seine Ernten, wenn sie zwischen Dürre und Überschwemmung gediehen sind, zu guten Preisen abzusetzen.

Als nun durch Kabinetsordre vom 10. Oktober 1889 die große Tarifkommission von Senatoren, Deputierten und hohen Staatsbeamten ins Leben gerufen wurde, welche über die weitere Gestaltung der Handelspolitik ihr Gutachten abgeben sollte, fanden die catalanischen Industriellen und die konservativen Schutzzöllner ihre Partei über Erwarten verstärkt durch eine einflußreiche Gruppe von Agrariern aus der spanischen Kornkammer, Castilien. Die Führung dieser Gruppe übernahm Gamazo, ein talentvoller Advokat und gewandter Redner, der bereits unter den Liberalen das Portefeuille der Kolonieen innegehabt hatte, jetzt aber Sagastas Führerschaft nicht mehr unbedingt anerkannte, und mit dessen

parlamentarischem Einfluß die Regierung rechnen mußte. So ging aus den liberalen Cortes eine Zollkommission hervor, welche in ihrer überwiegenden Mehrheit schutzzöllnerische Tendenzen verfolgte. Die Catalanen führten das große Wort. Merkwürdigerweise war der von der Regierung ernannte Vorsitzende der Kommission ein überzeugter Freihändler: Moret, derselbe, der den Handelsvertrag mit Großbritannien abgeschlossen hatte und schon deshalb den Catalanen gründlich verhaßt war. Die Kommission tagte über ein Jahr, nahm 239 schriftliche und 37 mündliche Gutachten entgegen, von denen nur 45 entschieden und absolut gegen die Handelsverträge lauteten; sie verhörte heraus und verhörte hinein, und beendete ihre Arbeiten, welche in sechs Bänden veröffentlicht sind, am 8. November 1890. Die Beschlüsse gipfelten in folgenden Ratschlägen:

1. Wiederherstellung des Tarifs von 1877, jedoch ohne die „vorübergehenden Zuschläge"; eine Reihe von Veränderungen war fast ausnahmslos in schutzzöllnerischem Sinne vorgenommen. Der Tarif hatte nur eine Kolonne.

2. Abschluß neuer Tarifkonventionen — aber ohne Meistbegünstigungsklausel — nach Kündigung der bestehenden Handelsverträge.

3. Handels- und Zollfreiheit zwischen Spanien und seinen Kolonieen.

4. Wiederherstellung der Differentialzölle zu Gunsten der spanischen Flagge, eventuell durch Schiffahrtsprämien.

5. Erhöhung der Zölle in den Philippinen auf alle nicht spanischen Waren.

6. Einführung eines Ausfuhrzolles von 5 Prozent ad valorem auf Kupfer- und Eisenerze.

Gegen diese, mit großer Majorität gefaßten Beschlüsse redigierte der Präsident der Kommission einen achtundfünfzig Druckseiten umfassenden Gegenbericht, der zu diametral entgegengesetzten Schlüssen gelangte. Der geistreiche Verfasser jenes Berichtes, ein Meister in der Beherrschung des Wortes in Schrift und Rede, zeigt, wie die Beschlüsse der Kommission, aus Kompromissen der verschiedenen Interessenkreise hervorgegangen, keiner einheitlichen Idee entspringen und sich oft widersprechen; wie der Rohstoff nach dem vorgeschlagenen Tarif zuweilen stärker besteuert sein würde, als das Fabrikat; wie der Landwirtschaft durch Verteuerung von Maschinen, Werkzeugen und Dünger so schlecht gedient werde, wie durch die Belastung der Transporte mit einem Kohlenzoll von 30 Pesetas die Tonne. Moret erörtert weiter, wie die Kommission der Regierung den Abschluß von neuen Tarifverträgen anempfehle, ohne einen Minimaltarif aufzustellen, noch irgend welche Regeln über die in den Handelsverträgen zu gewährenden Konzessionen

festzusetzen; er schließt daraus, daß die Ratschläge der Kommission eher geeignet seien, die Regierung in Schwierigkeiten zu bringen, als ihr ein Führer zu sein. Überaus interessant ist der von Moret an einzelnen Artikeln geführte Nachweis, wie die nationale Industrie unter dem seit 1869 mit der kurzen Unterbrechung von 1877 befolgten, gemäßigten Schutzzollsystem keineswegs gelitten, sondern sich kräftig entfaltet hat. Es betrug im jährlichen Durchschnitt der Import von Flachs und Hanf:

		(rohem)	(in Gespinsten)
1865—69	Kilogramm	1 280 515	6 074 787
1870—74	=	1 339 231	6 098 478
1875—79	=	1 449 903	5 228 632
1880—84	=	3 855 469	4 409 151
1885—89	=	5 077 621	3 516 377.

Also bei steigender Gesamteinfuhr ist der Import des Fabrikats beinahe auf die Hälfte gefallen. Noch günstiger ist das Verhältnis bei Jute und ähnlichen Faserstoffen:

Import von Jute 2c.		(roh)	(in Gespinsten)
1865—69	Kilogramm	263 829	1 626 767
1870—74	=	835 149	3 376 300
1875—79	=	2 057 606	3 907 689
1880—84	=	5 538 655	4 491 083
1885—89	=	7 983 215	3 824 712.

Aus diesen Ziffern ist ersichtlich, daß vor der Zollreform von 1869 sechsmal soviel Gespinst wie Rohstoff eingeführt wurde: 20 Jahre später doppelt soviel Rohstoff wie Gespinst; dabei hatte sich der Verbrauch auf mehr als das Sechsfache gehoben.

Was die Baumwollindustrie Spaniens anbelangt, welche mehr als die Hälfte aller in der Manufakturwarenbranche beschäftigten Arbeiter ernährt, so ist auch hier der Fortschritt überraschend:

(im jährl. Durchschnitt)		Einfuhr	und Ausfuhr
		von baumwollenen	Geweben:
1875—79	Kilogramm	1 088 519	403 129
1880—84	=	1 302 498	968 337
1885—89	=	1 681 469	2 628 163;

und zwar ist der Aufschwung der Ausfuhr ein regelmäßig fortschreitender, wie noch deutlicher aus den Ziffern der einzelnen Jahre hervorgeht. Es betrug nämlich der Export:

1885	Kilogramm	1 148 685
1886	"	2 192 936
1887	"	2 431 858
1888	"	3 158 936
1889	"	4 208 400.

Im jährlichen Durchschnitt verbrauchte Spanien rohe Baumwolle:

1865—69	19.2	Millionen Kilogramm
1885—89	49.5	" " .

Die Anzahl der in der spanischen Baumwollindustrie betriebenen Spindeln berechnet Moret wie folgt:

1865—69	834 000
1870—74	1 347 000
1875—79	1 560 000
1880—84	2 113 000
1885—89	2 152 000.

Viele Leser dieser Zahlen werden mit Überraschung ersehen, daß das wirtschaftlich gering geachtete Spanien eine Baumwollindustrie besitzt, die der österreichischen und schweizerischen quantitativ überlegen und nur von England, Nordamerika, Frankreich, Deutschland und Rußland übertroffen ist.

Zum Schluß seiner Ausführungen formuliert Moret die folgenden Vorschläge:

1. Aufstellung eines neuen Zolltarifs von zwei Kolonnen, deren erste der geltende Minimaltarif, deren andere der Tarif von 1869 sein solle, unter Anwendung der 1882 vorgesehenen Ermäßigungen, zur Hälfte sofort, zur Hälfte nach zehn Jahren.

2. Erneuerung der Handelsverträge ohne die Meistbegünstigungsklausel und auf Grundlage des neuen Minimaltarifs; nur gegenüber den Vereinigten Staaten (wegen Cuba und der Mac Kinley Bill) und Portugal (wegen der von Spanien gewünschten Zollunion mit der abtrünnigen Schwesternation) sollten weitere Begünstigungen statthaft sein.

3. Aufhebung aller Ausfuhrzölle.

4. Freihandel mit den Kolonieen. —

Das Ministerium Sagasta hatte also aus den Arbeiten der Zollkommission anstatt einem Gutachten, deren zwei empfangen und war in nicht geringer Verlegenheit zwischen den divergierenden Zielen und Wünschen innerhalb der eigenen Partei. Um freie Hand zu haben, hatte Sagasta, Meister in der Behandlung der Menschen und Parteien, durch Artikel 38 des Budgetgesetzes von 1890 die Regierung ermächtigen lassen,

„unter Berücksichtigung des Resultates der schwebenden Enquete den Zolltarif im Sinne der nationalen Interessen umzugestalten“. Das war sehr bequem, präjudizierte nach keiner Seite und konnte alles und jedes bedeuten oder gestatten. Aber diesmal hatte sich Sagasta verrechnet; sein sprichwörtliches Glück war ihm untreu geworden: wenige Wochen nach Veröffentlichung jenes Gesetzes fiel er einer Palastintrigue zum Opfer, seinen politischen Gegnern die gesetzliche Autorisation hinterlassend, in der Tariffrage zu thun, was sie wollten.

Seit 1886 hatte die konservative Partei in der Opposition die Tarifreform in schutzzöllnerischem Sinne zu ihrer Kampf- und Wahlparole gemacht; es war selbstverständlich, daß dieses Programm jetzt mit allem Nachdruck durchgeführt wurde. An den Handelsverträgen ließ sich zunächst nicht rütteln; aber die landwirtschaftlichen Zölle waren teilweise ungebunden. Am Weihnachtstage 1890, kurz vor den zum erstenmale durch allgemeines Stimmrecht vorzunehmenden Corteswahlen, bescherte ein Dekret den ländlichen Wählern nachstehende Tariferhöhungen:

Weizen,	100 kg	Pesetas	8.—	gegen	5.70	Pesetas	seither
die übrigen Getreidearten	=	=	4.40	=	3.10	=	=
Weizenmehl	=	=	13.20	=	7.50	=	=
anderes Mehl	=	=	7.15	=	4.50	=	=
Reis, geschälter	=	=	10.60	=	3.40	=	=
= ungeschälter	=	=	5.30	=	6.80	=	=
Hengste u. Stuten, p. Stück	=	=	135.—	=	31.50	=	=
Wallachen = =	=	=	180.—	=	128.30	=	=
Maultiere = =	=	=	80.—	=	19.60	=	=
Esel = =	=	=	12.—	=	8.40	=	=
Rindvieh = =	=	=	40.—	=	13.80	=	=
Schweine = =	=	=	20.—	=	8.45	=	=
Ziegen u. Schafe =	=	=	2.40	=	1.40	=	=
Schweinefleisch u. Speck	=	=	50.—	=	15.—	=	=
anderes Fleisch, frisch	=	=	18.—	=	5.70	=	=
= = gesalzen	=	=	11.60	=	2.80	=	=;

also Erhöhungen bis zum Vierfachen des vorherigen Satzes. Um auch die industriellen Kreise günstig zu stimmen, verfügte gleichzeitig ein zweites Dekret die definitive Widerrufung der in den Gesetzen von 1869 und 1882 vorgesehenen, graduellen Tarifermäßigungen, sowie die Einsetzung einer Kommission von hohen Staatsbeamten, unter dem Vorsitz eines notorischen Schutzzöllners, zur Ausarbeitung eines neuen Zolltarifs.

Im Januar 1891 mußte das einjährige Kündigungsrecht der meisten

Handelsverträge ausgeübt werden, wenn dieselben, wie beschlossene Sache war, nicht erneuert werden sollten. Aber auch in Frankreich herrschte die nämliche Absicht, und Canovas war so geschickt, den Franzosen das Odium des Bruches zu überlassen. Unmittelbar nach Eintreffen der französischen Kündigung erließ dann die spanische Regierung eine Cirkularnote an die Mächte, worin sie, auf Frankreichs Vorgehen hinweisend, die Handelsverträge mit dem Deutschen Reiche, Italien, Österreich-Ungarn, Schweden und Norwegen, der Schweiz, Rußland, Dänemark, Griechenland und Belgien zum 1. Februar 1892, Großbritannien und den Niederlanden zum 30. Juni 1892 kündigte. In konsequenter Verfolgung des gesteckten Zieles erschien am 1. Januar 1892 der neue, ultraschutzzöllnerische Tarif, welcher auf Tabelle VI, S. 112 mit dem seither gültigen Zolltarife in Vergleich gestellt ist.

5. Überblick über die Resultate der Handelspolitik von 1859—90.

Ehe wir auf jene jüngste Evolution der spanischen Handelspolitik eingehen, überblicken wir die bis jetzt erreichten Resultate des spanischen Außenhandels an der Hand der folgenden Tabellen.

(Siehe Tabelle I S. 90.)

An dieser Tabelle fällt uns zunächst in die Augen, daß Spanien fortwährend eine passive Handelsbilanz zu haben scheint, während doch das Land zum Ausgleiche der Mehreinfuhr weder hinreichende Goldvorräte noch größere Kapitalforderungen im Auslande besitzt; vielmehr noch heute 30 bis 40 Millionen Pesetas p. a. für die Verzinsung seiner Staatsschuld und 80 bis 90 Millionen Pesetas für Verzinsung und Amortisation seiner mit französischem Kapital gebauten Eisenbahnen (ca. 10000 Kilometer in Betrieb) zu remittieren hat. Auch der Fremdenverkehr, welcher die passive Handelsbilanz Italiens[1] erklärt, hat noch nicht genügende Bedeutung erlangt, um den von der Statistik ausgewiesenen Mehrwert der spanischen Einfuhr zu deuten. Wir müssen deshalb die Ziffern selbst auf ihre Richtigkeit ansehen und finden da, nicht nur (durch Vergleich mit der französischen Statistik), daß die spanischen Ausfuhrbewertungen vielfach zu niedrig angesetzt sind, sondern namentlich auch, daß der Wert der Einfuhr überschätzt ist. Letzterer Umstand findet seine Erklärung durch die geschilderte Entwickelung des spanischen Zolltarifs: dekretierte z. B. ein Minister die Ermäßigung ge-

[1] Im Durchschnitt der 28 Jahre von 1862—1889 betrug die jährliche Mehreinfuhr Italiens 215 Millionen Lire; nur 1871, als der Krieg den Zug der Vergnügungsreisenden unterbrochen hatte, war die italienische Handelsbilanz aktiv. Vgl. Werner Sombart, Die Handelspolitik Italiens, im ersten Bande dieses Sammelwerks, S. 156 und die Tabelle S. 166, ebenda.

Tabelle I.

Spaniens Außenhandel nach Werten.

	Einfuhr	Ausfuhr	Überschuß	
			der Einfuhr	der Ausfuhr
	Pesetas	Pesetas	Pesetas	Pesetas
1827	89 403 305	66 601 227	22 802 078	—
1849	150 620 989	120 495 668	30 125 321	—
1859	315 423 180	256 508 247	58 914 933	—
1860	370 828 375	274 550 861	96 277 514	—
1861	505 148 447	317 375 115	187 773 332	—
1862	419 828 176	277 633 068	142 195 108	—
1863	474 627 730	304 967 774	169 659 956	—
1864	497 466 783	353 212 893	144 253 890	—
1865	406 547 697	321 601 375	84 946 322	—
1866	328 032 415	309 971 570	18 060 845	—
1867	400 056 245	294 842 762	105 213 482	—
1868	573 893 343	277 485 160	296 408 183	—
1869	442 263 313	266 552 610	175 710 703	—
1870	521 914 095	399 549 295	122 364 800	—
1871	569 009 263	442 356 870	126 652 393	—
1872	526 506 590	510 379 848	16 126 742	—
1873	532 116 446	588 162 112	—	56 045 666
1874	572 119 429	466 465 212	105 654 217	—
1875	570 297 467	452 021 575	118 275 892	—
1876	553 652 287	445 332 544	108 319 743	—
1877	538 357 949	515 926 135	22 431 814	—
1878	541 183 774	479 878 207	61 305 567	—
1879	604 947 481	528 198 542	76 748 939	—
1880	712 046 313	649 968 179	62 078 134	—
1881	650 569 490	670 889 032	—	20 319 542
1882	816 666 901	765 376 087	51 290 814	—
1883	893 446 011	719 468 414	173 977 597	—
1884	779 643 866	619 192 339	160 451 527	—
1885	764 757 664	698 003 042	66 754 622	—
1886	855 206 950	727 349 885	127 857 065	—
1887	811 211 708	722 181 792	89 029 916	—
1888	716 085 479	763 104 389	—	47 018 910
1889	866 511 424	896 855 826	—	30 544 402
1890	941 137 925	937 759 883	3 378 042	—

wisser Zölle von 25 auf 20 Prozent, so wußten die Catalanen durch ihre geschickte Vertretung zu bewirken, daß die Wertbemessung der Waren, nach welcher der Gewichtszoll dann berechnet und in den Tarif aufgenommen wurde, trotz sinkenden Preises der wichtigsten Artikel, stets eine übertrieben hohe blieb. Jene Wertbemessung wird in der Statistik beibehalten und auf solche Weise die Ursache der übertriebenen Bewertung der spanischen Einfuhr. Was die für den Ausgleich der Handelsbilanzen der modernen Kulturstaaten immer größere Bedeutung gewinnende Effektenbewegung anlangt, so müssen wir uns auf den Hinweis beschränken, daß Spanien bis Anfang der achtziger Jahre zum Ausbau seiner Eisenbahnen und Deckung seines Defizits große Summen vom Auslande geborgt, seitdem aber seine Staatsschuld zu erheblichem Teile zurückgekauft und eine äußere Staatsanleihe nicht aufgenommen hat. Endlich ist zu bemerken, daß die in der offiziellen Handelsstatistik einbegriffene Bewegung der Edelmetalle vollständig unzuverlässig ist, da die Goldrimessen, bei Ein- und Ausfuhr, von Angestellten der Wechsler über die spanisch-französische Grenze gebracht werden und sich zum größten Teile der Zollstatistik entziehen.

(Siehe Tabelle II u. III S. 92 u. 93.)

Zu Tabelle III ist zu bemerken, daß die spanische Statistik keinen Unterschied zwischen General- und Spezialhandel macht. Transitverkehr besitzt Spanien fast gar nicht. Früher versuchten die offiziellen Handelstabellen den wirklichen Ursprungs- und Bestimmungsort der Waren festzustellen; da dies nur teilweise gelang, ging die Statistik nach und nach, und seit 1888 ganz zu dem System über, sich nur an den nächsten, unmittelbaren Ursprungs- und Bestimmungsort zu halten. Hierdurch erscheint der Handel mit den Nachbarländern, Frankreich und Portugal, sowie mit den Schiffahrt und Transitverkehr treibenden Nationen, wie Großbritannien und Holland, auf Kosten der übrigen Staaten größer, als er in Wirklichkeit ist. Auch manche besonders auffällige Anomalien der Tabelle finden hierdurch ihre Erklärung; z. B. daß Spanien 1876 von Brasilien für $5^1/_3$ Millionen Baumwolle erhielt, 1890 dieser Artikel aber ganz fehlt, weil er über England oder Frankreich bezogen worden ist. Ebenso verhält es sich mit dem peruanischen Guano.

Die Einfuhr aus Deutschland umfaßt den bedeutenden Export des Hamburger Freihafengebietes (Palmöl, Alkohol u. s. w.), welcher in der deutschen Statistik nicht erscheint. Dagegen ist Spaniens Ausfuhr nach Deutschland sehr viel größer, als die spanische Handelsstatistik nachweist; insbesondere sind die sämtlichen Kupfer- und Eisenerze im Werte von 11 Millionen Pesetas, welche Spanien 1890 nach Holland verschifft hat, unzweifelhaft für Deutschland bestimmt. Nach der deutschen Statistik betrug die Einfuhr

Spaniens aus dem deutschen Zollgebiete 1889 44,6 Millionen Mark, die Ausfuhr 32 Millionen. Der Handel Spaniens mit Portugal ist zu überwiegendem Teile Transitverkehr; beide Länder haben gleiche Produkte und gleiche Bedürfnisse, daher wenig miteinander auszutauschen.

Tabelle II.

Spaniens Zolleinnahmen.

	Pesetas	
1629	724 323	
1727	7 000 000	
1827	16 937 649	
1849	27 521 730	
1859	71 365 355	
1868	48 281 630	Revolution.
1869	39 249 533	liberale Zollreform.
1870	48 644 102	Umwälzungen und Karlistenkrieg.
1871	52 761 812	
1872	47 611 858	
1873	46 084 396	
1874	58 153 980	
1875	51 147 926	Restauration der Monarchie.
1876	64 222 481	die Reblaus in Frankreich.
1877	63 954 095	Rückkehr zu höheren Zöllen.
1878	67 568 421	
1879	78 243 551	
1880	85 087 884	
1881	84 677 623	Erwartung des ermäßigten Tarifs.
1882	99 628 806	Handelsvertrag mit Frankreich.
1883	97 674 169	Handelsvertrag mit Deutschland.
1884	86 104 272	
1885	86 069 869	
1886	90 610 067	Handelsvertrag mit Großbritannien.
1887	90 394 303	
1888	79 827 716	
1889	84 944 658	
1890	97 567 300	Erwartung höherer Zölle.

Anmerkung. Diese Ziffern umfassen nicht die sogenannten Konsumzölle auf Kolonialwaren, Alkohol, Petroleum und Getreide, deren Ertrag während der letzten Jahre sich wie folgt stellte:

Budgetjahr	1886—1887	Pesetas	87 444 265
„	1887—1888	„	86 941 199
„	1888—1889	„	83 370 096
„	1889—1890	„	90 220 350
„	1890—1891	„	89 092 627.

Tabelle III.

Spaniens Außenhandel nach Ländern geordnet.

In 1000 Pesetas.

Länder	1876				1890			
	Einfuhr	Ausfuhr	Überschuß der spanischen Einfuhr	Überschuß der spanischen Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Überschuß der spanischen Einfuhr	Überschuß der spanischen Ausfuhr
Cuba	37 994	70 145	—	32 151	44 561	86 426	—	41 865
Puertorico	5 844	4 983	861	—	23 127	22 617	510	—
Philippinen. . . .	9 589	2 457	7 131	—	24 563	9 213	15 349	—
Frankreich	163 633	90 917	72 716	—	292 292	425 604	—	133 311
Großbritannien . .	143 499	178 777	—	35 277	194 578	218 371	—	23 793
Deutsches Reich . .	7 314	7 853	—	538	44 475	11 829	32 646	—
Portugal.	4 424	19 832	—	15 408	34 873	35 672	—	798
Italien	16 260	4 500	11 759	—	16 383	8 082	8 301	—
Österreich-Ungarn .	172	60	112	—	848	—	848	—
Belgien	17 668	8 824	8 844	—	40 472	21 445	19 027	—
Niederlande. . . .	166	3 313	—	3 146	2 839	13 890	—	11 051
Dänemark	1 315	1 239	76	—	2 564	3 871	—	1 307
Rumänien	—	—	—	—	2 600	—	2 600	—
Rußland . . . . . } Finland . . . . . }	4 905	2 555	2 350	—	26 355	374	25 980	—
				—	4 393	—	4 393	—
Schweden. . . . . } Norwegen . . . . }	15 976	3 563	12 412	—	17 972	945	17 026	—
				—	19 317	493	18 723	—
Türkei	1 987	4	1 982	—	8 351	—	8 351	—
Gibraltar	7 695	1 244	6 450	—	2 854	2 025	829	—
Algerien	10 273	8 133	2 139	—	6 593	4 441	2 152	—
Marokko	639	134	505	—	9 640	1 475	8 164	—
Ägypten	—	—	—	—	1 740	1	1 738	—
Nordamerika . . .	59 716	12 046	47 670	—	79 393	24 521	54 872	—
Mexiko.	2 664	1 828	836	—	440	9 313	—	8 873
Brasilien	6 087	903	5 184	—	114	513	—	398
Ecuador	3 361	529	2 832	—	5 711	120	5 591	—
Columbia	573	597	—	24	1 405	3 136	—	1 730
Venezuela	3 482	2 937	544	—	2 866	2 092	774	—
Peru	12 008	19	11 988	—	1 882	100	1 781	—
Uruguay	322	6 197	—	5 874	2 035	7 586	—	5 550
Argentinien. . . .	8 182	10 203	—	2 020	10 579	15 409	—	4 829
Alle übrigen Länder	7 682	1 540	—	—	15 322	8 195	—	—
	553 430	445 332			941 137	937 759		

Von Italien bezieht Spanien Faßdauben und Holzkohle (wohl im Transitverkehr), Gemüse und Schwefel. Die Hälfte der spanischen Ausfuhr nach Italien entfällt auf Roheisen, ein weiteres Fünftel auf Sardinen und andere Fische.

An Marokko lieferte Spanien 1890 nur für 470 000 Pesetas Waren verschiedenster Gattung, bezog dagegen für 8 Millionen Gemüse, Eier, Getreide und Rindvieh. Der Rest des Verkehrs betrifft Silbermünzen, in Ein- und Ausfuhr. Aus Norwegen empfing Spanien für 16 Millionen Kabeljau (Klippfisch), aus Schweden für 2 Millionen desgleichen, 7 1/2 Millionen Alkohol, 6 1/2 Millionen Holz. Der Export nach beiden Ländern ist verschwindend; ebenso der nach Rußland, das aber für 23 Millionen Weizen und anderes Getreide aus Odessa nach Barcelona versandte, sowie für 6 Millionen Holz aus den Häfen der Ostsee. Von Ägypten bezieht Spanien Baumwolle, aus der Türkei Baumwolle und Weizen.

Einen namhaften Aufschwung hat Spaniens Handel mit Mexiko, Argentinien und den übrigen südamerikanischen Republiken spanischen Ursprungs genommen; diese sind nächst den eigenen Kolonien die besten Abnehmer für Spaniens industrielle Erzeugnisse.

Aus den Vereinigten Staaten bezog Spanien 1890:

Petroleum	für	11	Millionen
Baumwolle	=	51	=
Faßdauben	=	7	=
Holz	=	2,6	=
Getreide	=	2,3	=
Tabak	=	3,5	= ,

exportierte dagegen nach Nordamerika:

Manganhaltige Eisenerze	für	4,5	Millionen
Mandeln	=	2,5	=
Rosinen	=	10,4	=
Trauben	=	2,1	= .

Von Großbritannien empfängt Spanien für seine Metalle, Erze, Weine und Südfrüchte besonders Maschinen, Metall- und Textilwaren.

Der Handel mit Frankreich umfaßt alle Zweige der spanischen Volkswirtschaft, erreicht annähernd 40 Prozent des gesamten Außenverkehrs Spaniens und ist für seine Handelspolitik von ausschlaggebender Bedeutung.

Tabelle IV.

Spaniens Einfuhr nach Waren geordnet.

Werte in 1000 Pesetas.

Benennung der Waren	Einheit der Mengen	1876		1890	
		Mengen	Werte	Mengen	Werte
Weizen	Tonnen	39 518	10 669	160 387	29 049
Alle übrigen Cerealien	=	20 666	4 133	126 797	17 751
Weizenmehl	=	9 397	3 805	25 485	7 645
Vieh und Pferde	Stück	107 565	3 720	97 353	10 455
Häute und Leder	Tonnen	7 879	20 003	8 187	16 720
Klippfisch	=	31 664	15 832	47 403	29 864
Zucker	=	41 592	32 596	76 245	45 790
Kakao	=	5 701	10 128	7 519	14 848
Kaffee	=	3 203	6 406	5 546	11 934
Alkohol	Hektoliter	125 924	8 075	602 084	26 084
Baumwolle, rohe	Tonnen	39 177	78 355	49 837	69 772
= Garn	Kilogramm	238 933	1 385	488 763	2 523
= Gewebe	=	1 169 209	10 336	1 881 354	11 579
Wolle	Tonnen	2 573	7 136	2 347	9 837
Wolle, Gewebe	Kilogramm	1 362 764	18 938	2 141 064	22 449
Seide, roh und gesponnen	=	131 088	6 436	162 321	6 476
Seide, Gewebe	=	67 761	5 560	178 507	9 580
Flachs und Hanf	Tonnen	1 326	1 333	5 287	4 766
= Gespinste	=	5 778	26 409	3 557	13 697
= Gewebe	=	602	4 430	747	4 616
Die übrigen Textilfasern	=	1 272	1 259	10 975	4 939
Die übrigen Textilfasern, Gespinste	=	4 633	3 614	5 575	3 902
Kohlen und Koks	=	654 775	20 952	1 717 703	44 660
Petroleum und Naphtha	=	33 314	13 168	88 281	15 904
Eisen und Stahl	=	25 521	2 432	40 144	2 933
Eisen= und Stahlwaren	=	36 718	16 708	110 809	33 747
Maschinen und deren Teile	=	13 523	12 062	32 295	41 082
Kupfer= und Messingwaren	=	1 646	3 670	3 024	7 380
Chemikalien	=	29 078	10 823	68 449	22 775
Farbwaren	=	3 353	5 457	2 782	3 791
Holz	verschieden	—	21 958	—	29 931
Faßdauben	1000 Stück	7 346	3 673	15 348	14 580
Möbel und Holzwaren	Kilogramm	1 141 152	2 005	3 178 668	7 344
Glas	=	2 666 508	2 419	7 647 325	5 119
Papier	Tonnen	4 988	5 664	4 878	5 119
Schiffe	Stück	38	4 081	54	6 741
Material für Eisenbahnen, Arsenale und Schiffe	verschieden	—	19 746	—	8 879
Wagen und Wagenteile	=	—	1 376	—	4 512
Tabak	=	—	23 670	—	33 621
Talg und andere Tierfette	Tonnen	2 462	2 339	15 145	9 844
Guano	=	57 303	17 190	46 899	10 317
Kokos=, Palm= und Leinöl	=	13 789	11 031	13 470	8 813
Edelmetalle	=	—	—	—	43 322
Leere Fässer ausl. Ursprungs	—	—	—	—	45 853
= = span. =	—	—	—	—	10 282
Wein	Hektoliter	3 533	976	17 097	3 307
Alle übrigen Artikel	—	—	71 696	—	147 005
			553 652		941 137

Tabelle V.

Spaniens Ausfuhr nach Waren geordnet.

Werte in 1000 Pesetas.

Benennung der Waren.	Einheit der Mengen	1876		1890	
		Mengen	Werte	Mengen	Werte
Getreide, Reis, Mais . .	Tonnen	30 050	6 957	7 635	2 548
Weizenmehl.	=	50 198	17 569	31 743	10 157
Vieh.	Stück	87 283	10 785	74 060	18 219
Häute und Leder	Tonnen	1 312	6 075	3 311	9 643
Fische	=	7 425	3 644	9 360	4 871
Wein, gewöhnlicher . . .	Hektoliter	1 435 345	43 060	9 190 686	275 930
= Jerez und ähnliche .	=	310 855	62 171	220 321	28 641
= Malaga u. ähnliche	=	92 410	13 861	59 916	5 392
Öl	Tonnen	4 992	4 492	14 615	13 154
Südfrüchte, frische	=	7 804	11 903	141 128	33 206
	1000 Stück	627 010		—	
= trockene, und Oliven	Tonnen	23 182	9 847	20 886	13 904
Südfrüchte, Konserven . .	=	2 088	4 177	6 176	9 265
Rosinen	=	42 488	29 749	50 815	28 456
Gewürze	=	330	1 962	2 397	6 424
Zwiebeln, Knoblauch. . .	=	5 028	944	28 724	5 833
Gemüse	=	5 007	3 004	7 784	3 282
Fleisch und Fleischkonserven	=	266	599	557	2 040
Salz	=	207 654	3 114	258 030	3 870
Erze.	=	1 221 737	54 396	6 660 259	98 923
Silber.	—	—	183	—	5 052
Quecksilber	Tonnen	966	5 795	989	5 736
Kupfer und Messing . . .	=	359	678	39 226	29 931
Eisen und Stahl	=	5 703	679	77 279	6 843
Blei.	=	89 594	47 640	140 661	66 743
Andere Metalle	=	2 103	1 216	2 320	1 970
Korkholz	=	4 459	2 230	5 930	1 625
Korkstopfen	1000 Stück	737 524	9 219	1 591 924	22 226
Seife	Tonnen	4 771	3 340	7 895	4 737
Spartogras.	=	38 465	8 500	49 877	6 071
Schokolade	Kilogramm	114 976	344	315 331	945
Liköre und Alkohol . . .	Hektoliter	60 338	3 366	17 233	1 146
Rohseide	Kilogramm	64 839	3 810	93 762	2 558
Wolle	Tonnen	1 851	3 466	5 340	8 611
Wolle, Gewebe	Kilogramm	61 556	1 096	237 266	3 292
Baumwollgewebe	=	897 412	6 104	4 498 260	23 972
Bücher.	=	245 112	490	762 581	2 287
Leere Fässer	—	—	—	—	38 575
Gold	—	—	3 060	—	325
Schuhe.	Paare	494 421	9 271	?	17 378
Papier	Tonnen	1 345	2 568	4 104	6 756
Alle übrigen Artikel . . .	—	—	44 068	—	107 422
			445 332		937 759

Die Tabellen IV und V, deren Zusammenstellung nach offiziellen Veröffentlichungen einige Mühe gekostet hat, bieten das beste Bild von Spaniens wirtschaftlichem Aufschwung im Laufe der letzten 15 Jahre. Wir haben das Jahr 1890, bis zu welchem die letzten vollständigen Publikationen reichen, in Vergleich gestellt mit 1876, in welchem Jahre das Land nach langen Wirren in normale Bahnen zurückkehrte.

Alle übrigen Veränderungen werden in den Schatten gestellt durch die Zunahme des Weinexports um 191 Millionen jährlich. Zunächst an Bedeutung kommt der Bergbau, der seit der Römerherrschaft mit ihrem Sklavenbetrieb ein kümmerliches Dasein gefristet hatte und erst im Zeitalter der Maschinen zu alter Blüte erstanden ist. Noch 1876 exportierte Spanien nur 359 Tonnen Kupfer, 1890 aber (mit Einschluß des in Erzen enthaltenen Metalles) 46 000, d. i. über ein Sechstel der Weltproduktion von 270 000 Tonnen[1]. Im gleichen Zeitraum stieg Spaniens Bleiausfuhr von 89 000 auf 140 000 Tonnen, d. i. annähernd ein Viertel der Weltproduktion[1]. Die Ausfuhr von Erzen aller Art hat sich auf das Fünffache gehoben. Verdoppelt sehen wir den Export von Korkstopfen, Schuhen, Papier, Wolle, Vieh; verdreifacht die Ausfuhr von Südfrüchten, Olivenöl und wollenen Geweben, während die Zunahme des Exports von baumwollenen Geweben im Gewicht das Vierfache, dem Werte nach das Fünffache erreicht hat. Ungünstig sind nur die Ziffern für die Hülsenfrüchte und einige andere, weniger wichtige Produkte der Landwirtschaft; der gesteigerte Verbrauch sowie die Konkurrenz des amerikanischen und russischen Getreides erklären die erhöhte Weizeneinfuhr zur Genüge. Es ist hervorzuheben, daß Spaniens Bevölkerung in fünfzehn Jahren nur um ungefähr 6 Prozent gewachsen ist. Wievielmehr der Wohlstand gestiegen, illustriert der im nämlichen Zeitraum von 50 bis 80 Prozent gesteigerte Konsum von Zucker, Kaffee, Klippfisch und anderen Lebensmitteln. Daneben erscheint die Zunahme der Einfuhr von Textilwaren geringfügig und beweist, daß die seitherigen Schutzzölle vollkommen ausreichend gewesen sind. Nur Luxusartikel, wie z. B. Seidenzeuge, weisen eine starke Mehreinfuhr auf. Der Import aller wichtigsten Rohmaterialien für die Industrie: Kohlen, Baumwolle, Jute, Chemikalien, Tierfelle u. s. f., zeigt erhebliche, zum Teil überraschende Steigerung. Daß bei solcher Entwickelung der gewerblichen Thätigkeit die Einfuhr von Maschinen eine bedeutende Zunahme erfuhr, darf nicht Wunder nehmen. Die spanische Eisenindustrie ist noch jung, aber vielversprechend, weil ihr (im Gegensatz zu Italien) die Rohprodukte, Kohle und die vorzüglichsten Erze, in unbegrenzten Mengen

[1] Nach Schätzung der Metallgesellschaft in Frankfurt a. M.

zur Verfügung stehen. Noch 1876 mußte Spanien sein Roheisen überwiegend vom Auslande beziehen: 1890 überstieg die Ausfuhr den Import; und im vergangenen Jahre meldeten englische Fachblätter als Kuriosum die Einfuhr spanischen Roheisens in Großbritannien; 1882 wurden die ersten Schienen, 1886 der erste Bessemerstahl in Spanien fabriziert. Bis jetzt ist Bilbao der Hauptsitz der spanischen Eisenindustrie; zahlreiche prosperierende Hütten und Hochöfen sind dort entstanden, während die Ausfuhr von Erzen nach Deutschland und Großbritannien wachsende Bedeutung behält. Bilbao exportierte:

1878	1 224 730	Tonnen Eisenerz
1879	1 117 836	= =
1880	2 345 598	= =
1881	2 500 532	= =
1882	3 692 542	= =
1883	3 378 234	= =
1884	3 155 432	= =
1885	3 295 992	= =
1886	3 160 047	= =
1887	4 170 422	= =
1888	3 591 637	= =
1889	3 885 612	= =
1890	4 272 918	= = .

Aber noch harren kaum weniger reiche Lager der besten Eisenerze in den Provinzen Sevilla, Cordoba und Almeria auf Kapital und Unternehmungsgeist zu ihrer Aufschließung. Kohlen werden gewonnen in Asturien; dann bei Barruelo in Nordcastilien, San Juan de las Abadesas in den östlichen Pyrenäen, Belmez und La Reunion in Andalusien. Andere Kohlendistrikte in den Provinzen Cuenca, Teruel und in den Centralpyrenäen bedürfen noch besserer Eisenbahnverbindung, um mit Vorteil erschlossen werden zu können. Unter so günstigen Voraussetzungen erscheint das Streben Spaniens, seine junge Montanindustrie durch Zölle zu schützen, als ein berechtigtes; umsomehr, als der heimische Markt 1890 einer dreifach größeren Menge von Eisen- und Stahlwaren des Auslandes bedurfte, als 15 Jahre früher.

Schließlich sei hervorgehoben, daß die spanische Industrie zum weitaus größten Teile von Spaniern und mit inländischem Kapital betrieben wird, während der Bergbau in erheblicher Proportion in den Händen ausländischer Gesellschaften ruht.

Die spanische Schiffahrt hat ihren Anteil an dem steigenden See-

verkehr zu behaupten gewußt, wie aus der folgenden kleinen Tabelle ersichtlich ist:

	Anzahl der in spanischen Häfen ein- und ausgelaufenen Schiffe	Schiffsraum in Metertonnen	Bemannung
1876			
unter spanischer Flagge	11 779	660 115	155 473
= fremder =	10 678	2 555 066	145 383
	22 457	3 215 181	300 856
1890			
unter spanischer Flagge	16 915	2 256 883	355 389
= fremder =	21 223	9 198 338	389 184
	38 138	11 455 221	744 573

Der Löwenanteil des Seeverkehrs unter ausländischer Flagge entfällt natürlich auf England. Wir haben bei Besprechung der Tarifgeschichte gesehen, in welcher Weise die spanische Schiffahrt durch Differentialzölle, namentlich im Verkehr mit den Kolonieen, bevorzugt worden ist. Ein weiterer, wichtiger und erfolgreicher Schritt geschah vor einigen Jahren durch die staatliche Subventionierung der Compañia Trasatlántica in Barcelona, deren Postschiffe regelmäßige Fahrten nach den Philippinen, New-York, Cuba, Puertorico, Mexiko, Argentinien, Uruguay, Fernando Poo und Marokko ausführen. Diese Gesellschaft verdankt ihre Entstehung Spaniens größtem Kaufmann, Antonio Lopez, einem Asturier, der mittellos nach Cuba ausgewandert war und als vielfacher Millionär vor wenigen Jahren in Barcelona starb, wo ihm auf einem der schönsten Plätze der Stadt ein Denkmal gesetzt ist. Die Bestrebungen Spaniens, durch Prämien und Zollbefreiung den heimischen Schiffbau zu fördern, sind weniger erfolgreich gewesen. Namentlich ist der Versuch, Kriegsschiffe zu bauen, wofür nach dem Streit mit Deutschland um die Karolinen sehr bedeutende Summen ausgesetzt wurden, bis jetzt fehlgeschlagen, und das dafür verausgabte Geld muß größtenteils als vergeudet betrachtet werden.

6. Spaniens Handelspolitik in Bezug auf seine Kolonieen.

Es bleibt uns noch übrig, einen Blick auf Spaniens Handelspolitik in Bezug auf seine Kolonieen zu werfen, der um so flüchtiger sein muß, als hier die Quellen außerordentlich dürftig fließen. Wurde mir doch im Ministerium der Kolonieen in Madrid neuerdings versichert, daß über den

Handel Cubas nur die sich auf den Verkehr mit Spanien beziehende Statistik vorhanden sei!

Wir haben wiederholt Gelegenheit gehabt, bei den Positionen der spanischen Tarife beiläufig zu zeigen, wie das Streben der Finanzpolitiker aller Richtungen gewesen ist, durch Differentialzölle den Produkten der Kolonieen den spanischen Markt vorzugsweise zu eröffnen; womit selbstverständlich die Bemühung Hand in Hand ging, der heimischen Industrie durch Bevorzugung vor ausländischen Importen den Absatz in den Kolonialmärkten vorzubehalten. Bereits im Jahre 1863 schrieb der Finanzminister Salaverria in einer Denkschrift an die Cortes, unter Bezug auf die Antillen: „Zwischen Provinzen eines einzigen Königreiches sind Zollauflagen nur als verhängnisvolle Ausnahmen denkbar, die in günstigen Augenblicken aufgehoben werden müssen; und nie hatte Spanien dazu bessere Gelegenheit als gegenwärtig.“ Aber aus fiskalischen Rücksichten ließ Spanien noch Jahrzehnte vergehen, bis nach bitteren Erfahrungen ein Gesetz vom 9. Juli 1882 die graduelle Abschaffung der Zölle zwischen dem Mutterlande und seinen Kolonieen verfügte. Seit dem 1. Juli 1891 sind die letzten Zollschranken gefallen; nicht aber die oben besprochenen spanischen Konsumsteuern auf Zucker und Kaffee, welche eben doch nichts anderes sind, als Zölle. Da das nächstwichtigste Produkt der Kolonieen, Tabak, im Mutterlande einem Monopol unterliegt, so ist überhaupt der sogenannte Freihandel Spaniens mit seinen Kolonieen eine Fiktion.

Am geringsten sind die Erfolge der spanischen Handelspolitik in den Philippinen geblieben, wo unter sieben Millionen Eingebornen, außer der Besatzung, nur 2000 Spanier leben. Nach der letzten Statistik (1888) entfielen von der Ausfuhr im Betrage von 26 358 640 Pesos Silber (1 Peso gleich 4 Mark, weniger des schwankenden Verlusts auf Silber) nur $ 3 170 930 auf Spanien; von der Einfuhr von insgesamt $ 21 208 445 sogar nur $ 893 998. — Unter der Ausfuhr steht oben an: Manilahanf mit 11 Millionen Pesos; dann Kaffee mit 2, Zucker mit $8^1/_2$, Tabak mit $3^1/_4$ Millionen. Unter den importierten Artikeln finden wir Reis mit 2,7, grobe Baumwollgewebe mit 8,5, Baumwollgarn mit $1^1/_8$ Millionen, wovon England direkt oder über Singapore und Hongkong nicht weniger als $15^1/_2$ Millionen liefert. Der Zolltarif der Philippinen war in der Regel dem spanischen ähnlich; im übrigen gaben fiskalische Rücksichten den Ausschlag. Die Zolleinnahmen betrugen 1888 $ 2 492 146, davon $ 597 947 für Ausfuhrzölle (besonders auf Tabak) und $ 34 881 Schiffahrtsabgaben. Anfang 1891 wurde ein neuer Zolltarif dekretiert, treu nach dem spanischen Muster abgeschrieben, obgleich nur ganz wenige

der zahlreichen Positionen jemals praktische Anwendung finden dürften; denn die Bedürfnisse der Bevölkerung des Archipels sind die einfachsten. Frei ist nur die direkte Einfuhr aus Spanien unter nationaler Flagge, mit Ausnahme des Imports von Branntwein. An Stelle des aufgehobenen Tabakausfuhrzolles wurde eine Ladegebühr von 1 $ per Tonne auf alle exportierten Güter eingeführt. In dem Einfuhrtarif sind die wichtigsten Artikel für die Praxis die folgenden:

baumwollene Gewebe per Kilogramm bis 25 Fäden	$ —.20
= von 26 bis 35 Fäden	= —.32
Reis, geschält oder ungeschält, 100 Kilogramm .	= —.50
Weizenmehl . . . . . . 100 =	= 2.16
Wein . . . . Hektoliter	= 12.—
Hüte . . . . per Stück	= —.32.

Die beiden erstgenannten Positionen kommen auf nahezu 40 Prozent des Wertes der Gesamteinfuhr der Philippinen in Anwendung. Es muß zugegeben werden, daß diese Zölle verhältnismäßig niedrige sind, und daß der von der Zollkommission von 1889 geäußerte Wunsch und Rat ihrer Erhöhung vom spanischen Standpunkte aus ein berechtigter ist. In früheren Zeiten stand die mangelhafte und spärliche Verbindung der Entwickelung des Handels zwischen dem Mutterland und der fernen Kolonie im Wege; diesem Mangel ist aber jetzt durch die subventionierten Dampfer abgeholfen, welche dreizehnmal jährlich zwischen Manila und Barcelona verkehren. In der That ist der Handel zwischen Spanien und den Philippinen in entschiedenem Aufschwung begriffen. Nach der spanischen Statistik, welcher vor der kolonialen ihrer größeren Zuverlässigkeit halber der Vorzug gebührt, betrugen im Verkehr mit dem Philippinenarchipel:

		Spaniens Einfuhr	Ausfuhr
1876	Pesetas	9 589 062	2 457 363
1881	=	19 354 432	4 108 295
1890	=	24 563 378	9 213 712.

Von dem Export des letzten Jahres entfallen auf baumwollene Gewebe 3,2 Millionen; auf Papier, Bücher und Lithographieen 1,4 Millionen. Unter der Einfuhr finden wir Zucker mit annähernd 2, Kaffee mit 3,8 Millionen. Der wichtigste Importartikel Spaniens aus den Philippinen ist jedoch Tabak, dessen Einfuhr 1876 circa 7, 1881 nahe an 9, 1890 aber 18,3 Millionen Pesetas erreichte. Die Erklärung dieser Zunahme führt uns auf ein merkwürdiges Kapitel der spanischen Handelspolitik, wenn dieser Ausdruck hier noch statthaft ist. Bis 1881 bestand nämlich in den Philippinen ein sogenanntes Tabaksmonopol; d. h. die Eingeborenen wurden

gezwungen, gegen eine geringe Entschädigung der Regierung allen erzeugten Tabak in bestimmten Mengen zu verkaufen, welcher dann nach Barcelona und Cadix verschifft und der spanischen Regie überwiesen wurde. In Folge dieses Tributsystems produzierten die Eingeborenen nicht mehr, als sie mußten. Erst vor einem Jahrzehnt erwachte in Spanien die Einsicht, daß die Entwickelung der produktiven Kräfte der Kolonie dem Mutterlande nützlicher sei, als ihre Ausbeutung. Dann wurde der Tabaksbau und Tabakhandel freigegeben: Antonio Lopez, bezw. die von ihm gegründete spanische Kolonialbank bildete eine catalanische Gesellschaft, welche die Tabakskultur in den Philippinen mit steigender Ausdehnung und günstigen finanziellen Resultaten betreibt.

Wir wenden uns nunmehr zu Puertorico, der kleineren der beiden spanischen Antillen, einer dichtbevölkerten Insel, welche trotz schlechter Verwaltung, Dank ihrem glücklichen Klima und privilegierten Boden, in der uns beschäftigenden Epoche ein beneidenswertes Stillleben geführt hat. Der Außenhandel während der letzten Jahrzehnte wird durch die nachstehenden Zahlen illustriert:

		Puertoricos Einfuhr	Ausfuhr
1865—1869	. . . . . $ Gold	8 626 453	5 639 295
1874—1878	. . . . . =	13 661 151	8 992 224
1879—1883	. . . . . =	14 626 252	11 305 006
1885—1889	. . . . . =	12 488 356	11 680 607
1890	. . . . . =	18 230 384	10 710 519;

von den Ziffern des letztgenannten Jahres entfielen:

auf Spanien . .	$ Gold	5 632 000	2 805 000
= England . .	=	3 718 000	102 000
= Deutschland .	=	2 212 000	746 000
= Cuba . . .	=	733 000	2 230 000
= die Vereinigten Staaten . .	=	3 850 000	2 500 000.

Die Zolleinnahmen betrugen:

1865—1869	im Jahresdurchschnitt	$ 1 178 342
1885—1889	= =	= 2 224 967
1890	= =	= 2 816 062,

darunter $ 112 000 aus Exportzöllen.

Die wichtigsten Ausfuhrartikel sind 1890:

Zucker	58 191	Tonnen im Werte von	$ 3 782 000
Kaffee	19 918	= = = =	= 5 577 000
und Tabak	1808	= = = =	= 589 000;

während die Einfuhr, neben Reis (1890 für $ 2755680, besonders aus Deutschland und Großbritannien importiert), aus Wein, Weizenmehl, und allen Bedürfnissen einer wohlhabenden Bevölkerung an Kleiderstoffen, Werkzeugen, Maschinen u. dgl. m. besteht. Die Handelspolitik in Puertorico hat sich natürlich der für das Mutterland befolgten in den Grundzügen angeschlossen; 1870 wurde ein liberaler Tarif eingeführt, nach dem Muster der spanischen Zollreform der Revolution. Dann folgte 1877 die handelspolitische Reaktion, bis 1882 von neuem ein mäßiger Tarif aufgestellt wurde. Er hatte nicht weniger als vier verschiedene Kolonnen, je nachdem die Artikel spanischer oder ausländischer Produktion und unter spanischer oder fremder Flagge importiert waren.

Nachstehend die Positionen für die wichtigsten Einfuhrartikel:

	Zoll in Pesos Gold			
	auf spanische Produkte		fremde Produkte	
	1 unter spanischer Flagge	2 unter fremder Flagge	1 unter spanischer Flagge	2 unter fremder Flagge
Baumwollene Gewebe, weiß oder gefärbt, bis zu 10 Fäden, per Kilogramm .	frei	0.06	0.10	0.14
dgl. 11 bis 16 Fäden Klgr.	frei	0.09	0.14	0.20
dgl. 17 = 21 = =	frei	0.15	0.19	0.27
dgl. 22 Fäden und mehr .	frei	0.24	0.30	0.43
Roheisen 100 Kilogramm .	0.21	0.45	0.60	0.87
Walzeisen = .	0.56	1.20	1.60	2.32
Eisenblech = .	1.12	1.92	2.56	3.68
Druckpapier ohne Ende, 100 Kilogramm	1.05	1.80	3.—	4.35
Schuhe, Kilogramm . . .	0.19	0.33	0.55	0.80
Maschinen, 100 Kilogramm	1.82	3.12	4.16	5.98
Reis, ungeschälter, 100 Klogr.	0.31 1/2	0.67 1/2	0.90	1.30 1/2
= geschälter =	0.63	1.35	1.80	2.61
Weizenmehl =	frei	0.82	2.45	3.26.

Wir können um so eher darauf verzichten, viele der 242 Positionen anzuführen, als der Geist des Zolltarifs von Puertorico durch die obigen Sätze hinreichend charakterisiert wird. Sogar für „rohe Baumwolle spanischer Produktion" hatte eine erleuchtete Regierung vorsorglich Differentialzölle aufgestellt. Die Begünstigung des spanischen Handels wurde durch

das erwähnte Gesetz vom 9. Juli 1882 mit jedem Jahre vermehrt: mit welchem Erfolge, wollen wir an der spanischen Statistik untersuchen, da die Tabellen der Kolonialverwaltung offenbar an groben Irrtümern leiden. Beispielsweise wird die Ausfuhr nach Spanien 1890 mit $ 2 805 000 angegeben, während sie nach der spanischen Statistik 23 Millionen Pesetas, also fast das Doppelte betragen hat. Ferner kann sich der Gesamtexport Puertoricos 1890 (siehe S. 102) unmöglich auf nur 58,7 Prozent der Einfuhr belaufen haben.

Nach der spanischen Statistik also weist der Handel mit Puertorico folgende Zahlen auf:

		Spaniens Ausfuhr	Einfuhr
1876	Pesetas	4 983 351	5 844 792
1881	„	8 537 287	5 317 089
1890	„	22 617 176	23 127 188.

Wir sehen, wie einschneidend und erfolgreich das Gesetz von 1882 („Ley de relaciones comerciales") zur Hebung des Verkehrs zwischen Mutterland und Kolonie gewirkt hat. Über die Hälfte der spanischen Einfuhr entfällt (1890) auf Zucker: 20 132 Tonnen im Werte von 12 Millionen Pesetas; dann Kaffee für 7 1/2, Tabak für 2,4 Millionen. Die Ausfuhr Spaniens umfaßt eine große Anzahl der verschiedensten Artikel, von denen wir die dem Werte nach wichtigsten anführen:

Seife	Pesetas	1 333 105
Wachs und Stearinkerzen .	„	360 319
Parfümerieen	„	275 016
baumwollene Gewebe . . .	„	6 980 563
wollene „ . . .	„	105 664
seidene „ . . .	„	200 070
Papier	„	710 613
Fässer	„	261 091
Schuhe	„	3 752 464
Reis (aus Valencia) . . .	„	555 717
Weizenmehl	„	618 419
Garbanzos (eine Art Erbsen, die auf keinem spanischen Tische fehlen darf) . . .	„	561 130
Knoblauch	„	521 560
Öl	„	555 903
Wein	„	1 264 730
Konserven	„	637 641
Schirme	„	305 721 u. s. f.

Hier hat also die spanische Industrie einen guten Abnehmer gefunden, seitdem die bestandenen Zollschranken nach und nach beseitigt worden sind. Auch Puertorico fährt nicht allzuschlecht bei diesem Verhältnis, da seine Bodenerzeugnisse auf dem spanischen Markt ein privilegiertes Absatzgebiet finden. Die Kolonie ist von politischen Umwälzungen verschont geblieben und gehört zu den glücklichen Ländern, die keine Geschichte und — keine nennenswerten Schulden haben.

Anders liegen die Verhältnisse auf der größeren Schwesterinsel, der „Perle der Antillen", Spaniens Schmerzenskinde, Cuba. Bei einem Flächeninhalte von 118 833 Quadratkilometern — also etwas mehr als Bayern, Baden, Württemberg und Hessen zusammen, — zählt diese wichtigste der spanischen Kolonieen wenig über anderthalb Millionen Bewohner; besitzt aber eine so glückliche Lage und Bodenbeschaffenheit, daß sie eines der blühendsten Länder der Erde sein könnte. Weshalb sie es nicht ist, sollen uns die Spanier selbst sagen. Im Jahre 1871 schrieb der Minister für die Kolonieen: „Die Kräfte Cubas sind unerschöpflich; . . . . zwischen 1850 und 1868 betrugen die Einkünfte seines Budgets 2 025 127 884 Pesetas; die Überschüsse 48 493 507; die Baarsendungen nach Spanien 170 863 468; die Kosten der Expeditionen nach Mexiko und Santo Domingo 90 Millionen, und der Bürgerkrieg hat bis heute 314 500 000 Pesetas gekostet. Außer diesen, von Cuba getragenen Lasten zahlt das cubanische Budget die Ausgaben in Fernando Poo, welche lange Zeit 1 447 390 Pesetas jährlich betragen haben, sowie verschiedene andere Unkosten [1] außerhalb der eigenen der Insel." Und in den Motiven zu dem Budgetgesetz von 1882/83 schrieb ein anderer Kolonieenminister: „Vor nicht langer Zeit waren die Staatseinkünfte der Insel Cuba noch aus 84 verschiedenen Steuern und Auflagen zusammengesetzt, welche ohne wissenschaftliche Auswahl, nur nach Maßgabe der Leichtigkeit ihrer Eintreibung, nach und nach eingeführt worden waren." Kein Wunder, daß ein solches System verhängnisvolle Früchte trug: zehn Jahre, von 1868 bis 1878, loderte die Flamme des Aufstandes gegen das spanische Regiment. Die Unterdrückung der Insurrektion hat Spanien Hunderttausende seiner Söhne gekostet, der Kolonie eine erdrückende Schuldenlast [2] aufgebürdet. So sehen wir denn, daß die Handelspolitik der letzten Jahrzehnte in Cuba von fiskalischen Rücksichten bestimmt werden mußte. Während die Reform von 1869 Spanien einen ermäßigten Tarif brachte,

---

[1] Z. B. eine Pension von 30 000 Pesetas an den Herzog von Veragua, den Nachkommen von Columbus; neuerdings auch die Subvention an die Compañia Trasatlántica.

[2] Cubas Budget beträgt (1890) ca. 120 Mill. Pesetas, wovon die Schulden 36 %, Krieg, Marine und Gensdarmerie 42 %, Pensionen 6 % absorbieren. Für die Verwaltung und für reproduktive Ausgaben bleiben weniger als 20 Mill. Pesetas übrig.

war die Regierung der Revolution gezwungen, für Cuba einen erhöhten Zolltarif zu erlassen, der namentlich die Ausfuhr schwer belastete, und den der junge Minister Moret mit folgenden Worten einführte: „Der Tarif ist ein rein fiskalischer und beschränkt sich darauf, neue und höhere Zölle aufzulegen, um die Staatseinkünfte zu vermehren; er kann nur den provisorischen Charakter tragen, welchen die ihn erzeugenden Umstände ihm aufdrücken; nach Maßgabe der Veränderung des Steuersystems der Insel und ihrer wachsenden Einkünfte aus neuen Quellen, wird das Ministerium . . . . . . sich der Handelsfreiheit nähern, welche die wahre Grundlage des Glückes der Nationen ist, insbesondere in den Kolonialländern.“ Die wichtigsten Produkte der Kolonie, Zucker und Tabak, bezahlten nach dem neuen Tarif beim Export:

Zucker, die Kiste von 184 Kilogramm	4.—	Pesetas
Blättertabak, per Kilogramm . . .	—.23	=
Cigarren, 1000 Stück	3.75	= .

Von den Einfuhrzöllen greifen wir unter 614 Positionen die nachstehenden heraus:

(Pesetas für 100 Kilogramm)

	spanische Produkte		fremde Produkte	
	1 unter spanischer Flagge	2 unter fremder Flagge	1 unter spanischer Flagge	2 unter fremder Flagge
baumwollene Gewebe, weiß oder gefärbt, bis 10 Fäden	28.25	56.25	75.—	100.—
dgl. 11—16 Fäden . . .	39.—	78.75	105.—	140.—
= 17—22 = . . .	60.25	138.75	175.—	223.25
= 23 Fäden und mehr .	49.—	97.75	130.50	174.—
= zu Kleidungsstücken verarbeitet	das Doppelte obiger Sätze			
Roheisen	—.49	—.97¾	1.30½	1.74
eiserne Röhren	3.—	5.75	7.75	10.50
Blech	6.75	13.75	18.25	24.25
Stahl in Platten u. Blöcken	7.75	15.75	21.—	27.75
Seife	7.75	15.75	20.25	27.75
Steinkohlen	—.12	—.18	—.24	—.30
Weizenmehl	11.25	22.50	23.47½	27.55
Schuhe, das Paar . . .	—.28¼	—.56½	—.75	1.—
Wein, gewöhnlicher, in Fässern, per Hektoliter .	3.75	7.50	10.—	13.25
Maschinen ad valorem . .	4 %	6 %	8 %	10 %

Wie ersichtlich, sind diese Zollsätze, namentlich im Vergleich mit spanischen Tarifen, mäßige zu nennen; aber sie wurden nur zu bald erhöht: der Ausfuhrtarif bis 1875 auf ungefähr das Dreifache, die Einfuhrzölle schon 1871 und 1872 um 25 Prozent. Seitdem sind fast in jedem Jahre Veränderungen vorgenommen worden, meistens durch die Budgetgesetze, welche generelle Zuschläge oder Ermäßigungen verfügten. Kein Minister hat sich aber der Mühe unterzogen, an Stelle des vollständig veralteten Tarifs von 1870 einen neuen aufzustellen; so daß die cubanischen Zollsätze ein wahres Labyrinth geworden sind. Wir können uns zur Orientierung des Lesers auf den Hinweis beschränken, daß seit 1882 für die Vertragsstaaten anstatt der vierten, die dritte Kolonne des Zolltarifs zur Anwendung kam, daß die Finanzwirtschaft weniger ausschließlich als vorher auf die Zölle begründet wurde, und daß nach Konvertierung der cubanischen Schuld in eine von Spanien garantierte Emission, mit der Erleichterung der finanziellen Bedrängnis eine allmähliche Ermäßigung des Tarifs, und zwar besonders der Schiffahrtsabgaben und Ausfuhrzölle, erfolgen konnte. Einzelnheiten dieser Politik sind an nachstehender Übersicht der Zolleinkünfte während des letzten Jahrzehntes zu erkennen.

Ertrag der cubanischen Zölle

(in 1000 $).

	Einfuhr	Ausfuhr	Schiffahrt	Konsumsteuer auf Getränke	Strafen	Summa
1880—1881	11 914	4 645	773	—	57	18 971
1881—1882	10 796	4 962	837	—	50	17 307
1882—1883	11 484	5 283	801	202	76	17 690
1883—1884	10 825	5 477	731	723	119	17 691
1884—1885	7 949	3 702	614	660	59	13 137
1885—1886	9 337	3 742	639	734	42	14 952
1886—1887	8 622	2 284	594	1 001	52	13 335
1887—1888	8 037	944	566	991	55	10 673
1888—1889	9 925	1 099	61	1 200	88	13 562
1889—1890	8 865	1 071	21	1 343	76	13 304
Summa	97 759	33 815	5 641	6 857	677	150 894
Durchschnitt	9 775	3 381	564	685	67	15 089.

In diese Epoche fällt nicht nur die für die cubanischen Pflanzer überaus kritische (von 1880—1886 durchgeführte) Aufhebung der Sklaverei,

sondern auch die zunehmende Ausdehnung der europäischen Rübenkultur, welche dem kolonialen Rohrzucker eine empfindliche Konkurrenz macht. Wie einschneidend diese Verhältnisse gewirkt haben, wird durch die Thatsache illustriert, daß die Zuckereinfuhr Großbritanniens 1876 noch 69 Prozent, 1890 aber nur 19 Prozent Rohrzucker umfaßte. Cuba ist deshalb für den Absatz seines wichtigsten Erzeugnisses immer mehr auf den Markt der Vereinigten Staaten von Nordamerika angewiesen und gravitiert nach ehernen Gesetzen von Spanien hinweg zu der mächtigen Nachbarrepublik. Die Rohzuckerproduktion Cubas betrug

1880: 547 089 Tonnen
1890: 645 894 „ ,

wozu noch ungefähr ein Viertel dieser Gewichtsmengen für Melasse hinzutritt. Von so ungeheuren Quantitäten konnte der spanische Markt 1880 nur 17 932 Tonnen, 1890 nicht mehr als 51 968 Tonnen absorbieren: fast der ganze Rest, über 80 Prozent der Gesamtproduktion, ging nach Nordamerika. Von der Zuckereinfuhr der Vereinigten Staaten, im jährlichen Werte von circa 90 Millionen Dollars, liefern die spanischen Antillen annähernd die Hälfte und figurieren mit der Bedeutung ihres Warenaustausches, nächst Großbritannien, dem Deutschen Reiche und Frankreich, an vierter Stelle in dem Außenhandel der Vereinigten Staaten. Unter diesen Umständen war die Regelung des Verkehrs zwischen Cuba und Nordamerika die wichtigste und schwierigste Aufgabe der Handelspolitik Spaniens in Bezug auf seine Kolonieen.

Während des Aufstandes von 1868/78 waren die Sympathieen und manchmal auch die heimliche Hülfe der Nordamerikaner auf seiten Cubas gewesen. Nachdem durch das Gesetz vom 9. Juli 1882 die spanische Regierung sich hatte ermächtigen lassen, den fremden Nationen in den Kolonieen durch Handelsverträge Tarifkonzessionen zu gewähren, kam 1884 ein Meistbegünstigungsvertrag zwischen Cuba und Puertorico einerseits und den Vereinigten Staaten andererseits zu Stande, durch welchen letztere den Rohzucker der Antillen zollfrei zuließen und dagegen erhebliche Zugeständnisse für den Import ihrer Produkte und Erleichterung ihrer Schiffahrt erhielten. Getreide und Weizenmehl blieben jedoch durch hohe Differentialzölle zu Gunsten der spanischen Einfuhr von dem cubanischen Markte ausgeschlossen; und da die unter einem Hochschutzzollsystem teuer produzierende Industrie der Vereinigten Staaten sich trotz dieser Begünstigung gegen die Erzeugnisse der alten Welt nicht konkurrenzfähig erwies, fand Nordamerika den Vertrag unvorteilhaft, auch die Meistbegünstigungsklausel anderen Nationen gegenüber unbequem, und kündigte das Abkommen bereits im

folgenden Jahre. Nachstehend geben wir einen vergleichenden Überblick des Handelsverkehrs der Insel Cuba mit den Vereinigten Staaten:

	Ausfuhr (Zucker, Melasse, Tabak u. a. m.)	Einfuhr (Getreide, Speck, Fleisch, Eisenwaren u. a. m.)
1872	$ 67 264 415	$ 13 850 627
1882	= 63 003 404	= 12 134 824
1888	= 49 319 087	= 10 053 560.

Also die Einfuhr nahm ab und erreichte stets kaum ein Fünftel der Ausfuhr, während letztere sich nur dem Werte nach verringerte (infolge der niedrigeren Zuckerpreise), der Menge nach aber wuchs: besonders der Export von Rohzucker von 877 035 222 Pfund im Jahre 1872 auf 1 209 170 332 Pfund 1888. Die Yankees sind zu kluge Geschäftsleute, als daß sie nicht hätten versuchen sollen, eine Veränderung dieses für sie unbefriedigenden Verhältnisses herbeizuführen; und sie haben es durch die Mac Kinley Bill mit charakteristischer Rücksichtslosigkeit gethan. Der Grundstein dieses vielgenannten Gesetzes ist die Handelspolitik betreffend Zucker[1]. Erstens wurde der seitherige Zoll (von $1^{15}/_{100}$ bis $2^{8}/_{10}$ Cents per Pfund, je nach der Qualität) auf Rohzucker aufgehoben, bezw. ermäßigt (auf $^{1}/_{2}$ Cent per Pfund über Nr. 16 der holländischen Skala); zweitens die nordamerikanische Zuckerproduktion durch eine Prämie von $1^{3}/_{4}$ bis 2 Cents per Pfund begünstigt, d. h. durch einen Staatszuschuß von mehr als 60 Prozent des durchschnittlichen Wertes des Produktes; drittens — und diese Bestimmung ist für die spanischen Antillen die wichtigste — wurde die sogenannte Reciprocitätsklausel in das Gesetz aufgenommen, wodurch der Präsident der Union ermächtigt und verpflichtet ist, den Erzeugnissen derjenigen Staaten Differentialzölle[2] aufzulegen, welche Zucker, Melasse, Kaffee, Thee und Häute nach Nordamerika einführen, ohne den landwirtschaftlichen und sonstigen Produkten der Union, nach dem Ermessen des Präsidenten, hinreichende Tarifbegünstigungen zu gewähren. Das hieß mit anderen Worten, die betreffenden Länder, und zwar in erster Linie spanisch Westindien, sollten den nordamerikanischen Markt verlieren, wenn sie sich nicht den Vereinigten Staaten in die Arme werfen wollten.

Die Bewegung, welche diese sehr ernst gemeinte Drohung in Cuba

---

[1] Vergl. R. Mayo-Smith and E. R. A. Seligman, The Commercial Policy of the United States of America im ersten Bande dieses Sammelwerks, S. 26 und 62 ff.

[2] Auf Rohzucker $^{7}/_{10}$ bis 2 Cents per Pfund.

hervorrief, war eine gewaltige. Die Handelskammern von Habana und Santiago, die gewerblichen Korporationen der ganzen Insel petitionierten in Madrid, ohne Zögern einen Vertrag mit der nordamerikanischen Union, dem einzigen Absatzgebiet der kolonialen Produkte, abzuschließen. In der Eingabe einer dieser Körperschaften, der Union obrera in Habana, heißt es: „Spanien kann weder unseren Zucker noch unseren Tabak kaufen; es ist nicht im Stande, uns mit Mehl, noch mit Fleisch, noch mit den Maschinen und Stoffen zu versorgen, die wir nötig haben. Was bedeutet alsdann dieser Freihandel mit dem Mutterlande, der uns an dem Austausch mit den Nationen hindert, welche unsere Produkte zu gutem Preise kaufen und uns billig liefern können, was wir gebrauchen?" Die cubanischen Senatoren und Abgeordneten agitierten in gleichem Sinne in den Cortes; die autonomistische Partei benutzte die in den Antillen herrschende Erregung zu ihren politischen Zielen. Dagegen kämpften auch die spanischen Agrarier und Industriellen, um den ihren Interessen schädlichen Handelsvertrag mit Nordamerika zu hintertreiben: die „Korporation zur Förderung der nationalen Arbeit" in Barcelona verfaßte einen ausführlichen Gegenbericht wider die Petitionen der Kolonieen und verbreitete denselben durch die Presse. Schließlich ließen auch die Freihändler ihren Rat hören, in den Antillen allgemeine Zollfreiheit einzuführen, wodurch zwar die Schwierigkeiten mit den Vereinigten Staaten umgangen, aber auch die spanischen Handelsinteressen zu Gunsten Englands und der übrigen Industriestaaten geopfert worden wären. Spaniens Warenaustausch mit Cuba hatte aber unter dem System der Differentialzölle, namentlich Dank der Gesetzgebung von 1882, erhebliche Bedeutung erreicht, wie wir durch einige Zahlen erläutern:

		Einfuhr aus Cuba	Ausfuhr nach Cuba
1876	Pesetas	37 994 013	70 145 407
1881	„	23 275 535	63 370 789
1890	„	44 561 014	86 426 832.

Die in der Einfuhr während dieser fünfzehn Jahre bemerkbare Zunahme entfällt ausschließlich auf Zucker (31 Millionen gegen 23), während der Import von Tabak bei ungefähr sechs Millionen stehen geblieben ist. Unter den Exporten haben sich die Werte von Wein und Weizenmehl verringert; die meisten Fabrikate dagegen weisen ein Plus auf, in erster Linie die Ausfuhr von Baumwollwaren, welche seit 1876 von Pesetas 2 449 040 auf 12 210 649, also auf das Fünffache gestiegen ist. Von allen Seiten gedrängt und unter dem Drucke der geradezu drohenden Stimmung auf Cuba, wählte die Regierung das kleinere Übel und schloß, ihren schutzzöllnerischen Tendenzen zuwider, den in der Gaceta de Madrid vom

1. August 1891 veröffentlichten Handelsvertrag mit den Vereinigten Staaten. Wegen der bestehenden Meistbegünstigungskonventionen wurde bis zum 1. Juli 1892 ein provisorischer Tarif für die Einfuhr nordamerikanischer Produkte in Cuba und Puertorico vereinbart, nach jenem Termin werden folgende Sätze in Kraft treten:

Marmor, Steine, Cement, Mineralwasser, Eis, Steinkohle, Harz, Asphalt, ungereinigtes Petroleum, Roheisen, Röhren, Träger, Stahl, Schienen, Draht, Nägel, Schrauben, Baumwolle, rohe Tierfelle, Holz, Bretter, Faßdauben, Kisten, unbemalte und ungefirnißte Holzwaren, Dünger, landwirtschaftliche Maschinen und Werkzeuge, Motoren, gesalzenes Fleisch, Speck, Fleischkonserven, Schmalz, Käse, Fische; Hafer, Gerste Roggen und Mehl aus diesen Cerealien; Stärke, Früchte, Gemüse, Heu, Stroh, Bäume, Pflanzen, Gerberrinden, Sämereien u. A. m.	frei.

Mais . . . . per 100 Kilogramm: $ Gold	—.25
Maismehl . . . . . . „ „ „ „ „	—.25
Weizen . . . . „ „ „ „ „	—.30
Weizenmehl . . . . . „ „ „ „ „	1.—
Fahrzeuge für Eisenbahnen und Trambahnen	1 % ad valorem.

Glas, Krystall, Spiegel, Porzellan, Steingut, polierte Eisenwaren, feinere Stahlwaren, Waagen, Bleche und Blechgeschirr, Kupfer, Bronze, Messing, Nickel, auch alle Metallwaren, Möbel, Reis, Reismehl, Mehlkonserven, Gummi- und Guttaperchawaren, Wachstuch u. A.	die Hälfte des seitherigen Tarifs, und zwar seiner dritten Kolonne.
Raffiniertes Petroleum, Baumwollwaren, Leinengarn, Farben, Seife, Droguen, Stearin, Kerzen, Tapeten, Druckpapier, Leder, Schuhe, Portefeuillewaren, Uhren, Wagen u. A. m.	75 Prozent des seitherigen Tarifs, wie oben.

Gegen diese Konzessionen erlangte Spanien die freie Einfuhr von in Cuba und Puertorico erzeugtem Zucker, Kaffee und Thee, von Melasse und ungegerbten Häuten. Der Vertrag ist von unbestimmter Dauer, kann also zu jeder Zeit gekündigt werden.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß Spanien, der Not gehorchend, durch dieses Abkommen ein schweres Opfer gebracht und auf den Absatz wichtiger Ausfuhrartikel, insbesondere Weizenmehl und Eisenwaren, zu Gunsten der Vereinigten Staaten in seinen westindischen Kolonieen verzichtet

hat. Am 13. September 1891 beschloß in Barcelona eine Massenversammlung der geschädigten spanischen Interessenten gegen den Handelsvertrag zu protestieren und eine Petition an die Cortes zu richten, worin darauf hingewiesen wird, daß die Zuckerausfuhr Cubas durch die in den Vereinigten Staaten eingeführten enormen Produktionsprämien ohnedies in absehbarer Zeit beschränkt, wenn nicht vernichtet werden müsse. Als Gegenmaßregel wider den Vertrag schlagen die Petenten vor, die spanische Ausfuhr durch entsprechende Prämien zu entschädigen. Schon aus finanziellen Rücksichten dürften jedoch solche Maßnahmen unterbleiben.

7. Der Tarif von 1892.

Wir sind an dem Faden der kolonialen Handelspolitik zu der jüngsten Vergangenheit zurückgekehrt und betrachten zum Schluß den neuesten Zolltarif und den gegenwärtigen Stand der sich daran knüpfenden Fragen.

Tabelle VI.

Der spanische Zolltarif vor und nach dem 1. Februar 1892.

Die beiden Rubriken Nr. 1 sind die Maximaltarife, während die Kolonnen Nr. 2 Anwendung finden auf die Einfuhr aus Ländern, mit denen Handelsverträge bestehen.

Artikel.	Einheit	alter Tarif		neuer Tarif	
		1. Pesetas	2. Pesetas	1. Pesetas	2. Pesetas
Mineralwasser	Hektoliter	frei	frei	6.—	5.—
Kalk und Gyps	100 Kilogr.	frei	frei	—.30	—.25
Perlen und Edelsteine . .	Hektogramm	frei	frei	300.—	250.—
Seidenkokons	100 Kilogr.	frei	frei	100.—	100.—
Kohlen und Koaks . . .	Tonne	1.25	1.25	3.—	2.50
Petroleum, rohes . . .	100 Kilogr.	21.—	21.—	25.—	25.—
" raffiniertes . .	"	32.—	32.—	40.—	40.—
Glas, gewöhnliches . . .	"	8.—	6.50	13.—	10.—
Krystall- und Tafelglas .	"	45.—	34.65	65.—	50.—
Glasscheiben	"	17.50	16.04	24.—	20.—
Spiegel	"	80.—	69.34	104.—	80.—
Stahlschienen	"	8.—	4.55	7.20	6.—
Träger und Walzeisen . .	"	16.90	11.25	11.40	9.50
Eiserne Röhren	"	13.—	8.50	21.60	18.—
" Nägel	"	20.—	14.85	30.—	25.—
Eisenbleche, bis 3 Millim., und Reifen	"	13.—	8.65	15.60	13.—
Dgl., von 3–6 Millim. .	"	13.—	8.65	12.85	10.70
Dgl., von mehr als 6 Millim.	"	9.—	6.70	12.85	10.70
Eisendraht (je nach d. Qualität)	"	8.—	6.55	14.40 bis 19.20	12.— bis 16.—

Artikel.	Einheit	alter Tarif		neuer Tarif	
		1. Pesetas	2. Pesetas	1. Pesetas	2. Pesetas
Drahtgeflecht bis 20 Fäden per Quadratzoll . . .	100 Kilogr.	16.—	15.—	30.—	25.—
Drahtgeflecht von mehr als 20 Fäden p. Quadratzoll	"	16.—	15.—	120.—	100.—
Messer	"	100.—	100.—	195.—	150.—
Kupferbleche	"	50.—	33.15	42.—	35.—
Kupferdraht	"	50.—	33.15	48.—	40.—
kupferne Röhren	"	70.—	46.20	69.70	58.—
Anilinfarben	"	75.—	75.—	300.—	250.—
Kokos-, Palm- und Leinöl	"	1.—	1.—	9.60	8.—
Ammoniak	"	1.—	1.—	4.55	3.80
Stärke	"	10.—	9.15	18.—	15.—
Kochsalz	"	3.25	—.54	3.90	3.25
Baumwolle	"	1.20	1.20	4.—	4.—
Baumwolle, direkt aus außereuropäischen Ländern importierte	"	—.20	—.20	1.50	1.50
Baumwolle, gesponnen, und zweidrähtiges Garn, bis Nr. 35	"	125.—	76.—	150.—	125.—
Baumwolle, dgl. Nr. 36 und höher	"	175.—	100.—	210.—	175.—
Baumwolle, drei- u. mehrdrähtiges Garn . . .	"	250.—	175.—	300.—	250.—
Baumwolle, Gewebe bis 25 Fäden	"	300.—	154.—	460.—	385.—
Baumwolle, Gewebe, von 26 Fäden aufwärts . .	"	270.—	174.—	520.—	435.—
Baumwolle, Gewebe, gedruckte	"	370.—	249.—	480.—	370.—
Baumwolle, Tülle . . .	"	500.—	418.—	1250.—	1045.—
Jute	"	—.20	—.20	1.20	1.—
Hanf	"	2.—	2.—	12.—	10.—
Flachs	"	2.—	2.—	3.25	2.70
Hanf- und Flachs-Gespinste bis Nr. 20	"	27.50	27.20	58.50	45.—
Hanf- und Flachs-Gespinste von Nr. 21 aufwärts .	"	27.50	27.20	37.75	27.50
Hanf- und Flachs-Gewebe Nr. 11 bis 24 . . .	"	250.—	215.—	640.—	535.—
Hanf- und Flachs-Gewebe von Nr. 25 aufwärts .	"	425.—	385.—	1150.—	960.—
Wolle, ungewaschene . .	"	12.—	7.60	20.—	17.—
" gewaschene . . .	"	24.—	15.20	54.—	45.—
" gekämmte . . .	"	33.—	33.—	66.—	55.—
Teppiche	"	139.55	99.70	210.—	175.—
Wollene Gewebe mit oder ohne Zusatz v. Baumwolle	"	400.—	347.—	645.— bis 1040.—	540.— bis 865.—
Wollene Tuche	"	800.—	433.—	1290.—	1075.—

Artikel	Einheit	alter Tarif 1. Pesetas	alter Tarif 2. Pesetas	neuer Tarif 1. Pesetas	neuer Tarif 2. Pesetas
Seide, rohe	100 Kilogr.	25.—	25.—	30.—	25.—
„ Gewebe	„	1750.—	1000.—	3000.—	2500.—
„ „ mit baumwollener Kette . . .	„	670.—	400.—	1200.—	1000.—
Sammet, Felbel	„	2625.—	1200.—	3600.—	3000.—
Felbel, Einschlag oder Kette ganz aus Baumwolle .	„	1260.—	800.—	2400.—	2000.—
Papier, ungeleimtes, ungeschnitten	„	10.50	10.—	15.—	12.50
Papier, geleimtes, geschnitten	„	56.25	48.75	63.35	48.75
Faßdauben	1000 Stück	2.—	2.—	15.—	10.—
Bretter	Kubikmeter	2.75	2.60	6.—	5.—
Häute und Felle, ungegerbt	100 Kilogr.	6.—	6.—	7.20	6.—
Dgl. gegerbt oder zugerichtet	„	200.—	125.—	160.—	125.—
Glanzleder	„	500.—	325.—	325.—	250.—
Tierische Fette	„	1.—	1.—	1.30	1.—
Guano	Tonne	—.50	—.50	—.50	—.40
Landwirtschaftl. Maschinen	100 Kilogr.	1.—	—.95	18.20	14.—
Motoren und Kessel . .	„	2.50	2.—	21.60	18.—
Lokomotiven	„	2.50	2.—	33.60	28.—
Klippfisch	„	17.50	12.70	30.—	30.—
plus Zuschläge seit 1876 bezw. 1877	„	6.—	6.—	6.—	6.—
Trockene Gemüse	„	3.20	3.10	5.20	4.40
Zucker	„	32.25	30.80	32.25	32.25
plus Zuschl. seit 1876/77	„	27.—	27.—	27.—	27.—
Zucker, direkt aus spanischen Kolonieen unter spanischer Flagge importiert . .	„	frei	frei	frei	frei
aber plus Zuschläge seit 1876—1877	„	27.—	27.—	27.—	27.—
Kakao	„	56.— bis 91.—	45.75 bis 56.—	60.—	60.—
plus Zuschl. von 1876/77		32.—	32.—	32.—	32.—
Kakao, aus spanischen Kolonieen wie oben . . .	„	frei	frei	frei	frei
aber plus Zuschlag von 1876/77	„	32.—	32.—	32.—	32.—
Kaffee	„	50.—	44.—	50.—	50.—
plus Zuschl. von 1876/77	„	54.—	54.—	54.—	54.—
Kaffee, aus spanischen Kolonieen wie oben . . .		frei	frei	frei	frei
aber plus Zuschlag von 1876/77	„	54.—	54.—	54.—	54.—
Wein	Hektoliter	50.—	2.—	65.—	50.—
Schaumwein	„	150.—	5.—	195.—	150.—
Bier	„	12.50	9.75	19.50	15.—
Alkohol	„	20.—	17.35	—	—
plus Zuschläge . . .	„	28.75	28.75	160.—	160.—

Die Zölle auf Vieh, Getreide und andere Produkte der Landwirtschaft, nach dem alten und neuen Tarif, sind Seite 88 verzeichnet.

Der in vorstehender Tabelle mit den bisher gültigen Sätzen in Vergleich gestellte Zolltarif von 1892 wurde auf Grund des Gesetzes vom 29. Juni 1890 durch folgendes Regierungsdekret promulgiert:

„Artikel 1. Vom 1. Januar 1892 an tritt beiliegender Generalzolltarif für die Halbinsel und die Balearen in Kraft.

Artikel 2. Die erste Kolonne dieses Tarifs bildet die allgemein anzuwendende Grundlage der Verzollung, so lange besondere Verträge nicht abgeschlossen sind. Die zweite wird auf die Länder Anwendung finden, welche Spanien ihre Minimaltarife gewähren, insoferne die Regierung erachten wird, daß dieselben hinreichende Gegenleistung bieten.

Artikel 3. Folgende außereuropäischen Produkte, wenn sie aus einem Lande Europas eingeführt werden, zahlen die nachstehenden Zuschläge:

Petroleum	per 100 Kilogramm	Pesetas	—.50
Kokos= und Palmöl . .	=	=	1.50
Indigo	=	=	20.—
rohe Baumwolle . . .	=	=	2.50
Manilahanf, Jute . .	=	=	1.—
ungegerbte Häute und Felle	=	=	3.—
Kakao	=	=	4.—
Kaffee	=	=	4.50
Ceylon=Zimmet . . .	=	=	8.—
chinesischer = ...	=	=	2.—
Gewürznelken	=	=	3.50
Pfeffer	=	=	3.50
Thee	=	=	4.—

Artikel 4. Die Spezialtarife für Verzollung des von den privilegierten Eisenbahngesellschaften einzuführenden Materials bleiben in Kraft. Die Regierung wird geeignete Maßregeln ergreifen, um die Einlösung der von diesen Kompagnieen erworbenen Rechte so bald wie möglich zu vervollständigen, bezw. zu beendigen.

Artikel 5. Die Regierung wird ermächtigt, Zollzuschläge oder Einfuhrverbote auf Waren derjenigen Länder anzuwenden, welche gleiche Maßregeln gegen spanische Produkte ergreifen.

Artikel 6. Den Ländern, deren Handelsverträge mit Spanien am 30. Juni 1892 ablaufen, bleiben bis zu diesem Tage die ihnen zustehenden Rechte gewahrt."

Wir geben dieses Dekret mit einigen Abkürzungen in sinngetreuer Übersetzung wieder, weil es auf die gegenwärtigen Tendenzen der spanischen Handelspolitik charakteristische Streiflichter wirft. Der im Artikel 1 citierte

Generaltarif findet sich auszugsweise, in den für Spaniens Außenhandel wichtigsten Positionen, auf Tabelle VI. Frei bleibt die Einfuhr von Bäumen, Sämereien, Pflanzen, Moos; Gold, Silber und Platina in Münzen, Barren und Erzen; einzelnen Mustern ohne Wert, Fässern zur Ausfuhr spanischer Weine, sowie einigen anderen Artikeln von geringerem Interesse. Verboten ist nach wie vor die Einfuhr von Kriegswaffen, katholischen Meßbüchern ohne besondere Konzession, marokkanischem Kupfergeld, Geheimmitteln; Bildern, Skulpturen und Schriften, welche gegen die Moral verstoßen, und Tabak[1] zum Wiederverkauf. Ausfuhrzölle wurden unter dem neuen Tarif nur beibehalten, bezw. wieder eingeführt auf:

Korkholz	per	100 Kilogramm	. 5.—	Pesetas
Lumpen	=	=	. 4.—	=
Bleiglanz	=	=	. 1.25	=
Silberblei	=	=	. 1.—	=
und Bleiglätte	=	=	. 1.—	= .

Den von der Zollkommission von 1889 vorgeschlagenen Ausfuhrzoll von 5 Prozent ad valorem auf Kupfer- und Eisenerze hat die Regierung verständigerweise fallen lassen. Der Einfuhrtarif weist 369 Positionen auf und ist in Bezug auf Trennung heterogener Artikel und bessere Gliederung ein Fortschritt gegen seinen Vorgänger. Weniger beifällig muß unser Urteil über die Zollsätze lauten. Da fällt uns zunächst in die Augen, daß alle wichtigsten Rohstoffe Tariferhöhungen bis zum Achtfachen des seitherigen Satzes erfahren haben; nur ganz wenige Artikel, wie z. B. Guano, sind mit kleinen Ermäßigungen bedacht. Auf Fabrikate sind die vorher schon hohen Sätze dermaßen hinaufgeschraubt, daß sie u. a. für Baumwollwaren wesentlich die Zölle übersteigen, welche die Interessenten bei der Enquete von 1889—1890 überhaupt beantragt hatten. Wir können uns eines eingehenderen Kommentars enthalten: die Zahlen sprechen laut und deutlich genug. Doch seien einige Positionen mit den Zollsätzen anderer europäischer Staaten, die wahrlich nicht dem Freihandel huldigen, in Vergleich gestellt, wobei wir[2] die Minimalkolonne des spanischen Tarifs und die Zollsätze

[1] Beiläufig sei hier erwähnt, daß der Tabaksbau in Spanien aus fiskalischen Gründen verboten ist, obgleich der Boden des Landes sich vortrefflich dazu eignet. Das Tabaksmonopol wurde 1888—1889 vom Staat auf eine Pachtgesellschaft übertragen, welche jährlich für ca. 30 Millionen Pesetas Tabak importiert, den sie, verarbeitet, zum annähernd fünffachen Preise an das Publikum verkauft. Da jedoch die der Regierung zu zahlende, jährliche Pacht von 90 Millionen zu hoch gegriffen war, hat die Gesellschaft bis jetzt 12 Millionen an dem Geschäft verloren.

[2] Unter Benutzung der dankenswerten Tabellen von Werner Sombart, Italien, a. a. O. S. 113 ff. und Matlekovits, Zollpolitik (1891) S. 439 f.

der anderen Länder vor den Ermäßigungen der jüngsten Handelsverträge nebeneinander setzen:

Zoll in Francs für 100 Kilogramm.

	Deutsches Zollgebiet	Frankreich	Italien	Spanien
Baumwollgarn Nr. 30—40	30.—	30.—	36.—	125.— bis 175.—
Baumwollene Gewebe, gewöhnliche bedruckte . .	150.—	84.50 bis 287.—	88.80 bis 156.—	370.—
Eisenbahnschienen	3.12½	6.—	6.—	6.—
Eisenbleche	3.75	7.50 bis 16.50	7.— bis 12.—	10.70 bis 13.—
Eisendraht	3.75	6.— bis 20.—	12.— bis 15.—	12.— bis 16.—
wollene Waren	168.75	99.— bis 211.—	175.— bis 220.—	540.— bis 865.—
Weizen	6.25	5.—	5.—	8.—

Wie ersichtlich bleiben nur die Eisenzölle innerhalb der Maximalsätze anderer Staaten, obgleich gerade die noch junge spanische Eisenindustrie am ehesten kräftigen Schutz verdient hätte. Aber die Eisenindustriellen waren noch zu wenig einflußreich, um ihre Wünsche zur Geltung zu bringen. Dagegen hat es eine einzige Maschinenfabrik, die Maquinaria Terrestre y Marítima in Barcelona, durch ihre mächtigen Freunde fertig gebracht, daß die Zölle auf Maschinen, den Interessen der gesamten Landwirtschaft und Industrie zuwider, auf das Neun- bis Vierzehnfache des bisherigen mäßigen Satzes erhöht wurden. Der wiederhergestellte Ausfuhrzoll auf Silberblei kommt nur der einzigen spanischen Entsilberungsanstalt eines bekannten Senators in Cartagena zu gute, während Hunderte von Bergwerks- und Hüttenbesitzern die Zeche bezahlen müssen. Solche Beispiele lassen erkennen, welches Maß von Einsicht bei der Aufstellung des jüngsten spanischen Zolltarifs gewaltet hat. Auch in fiskalischer Beziehung wird das neue Gesetz wahrscheinlich Enttäuschungen bringen; nicht allein, weil durch übertriebene Besteuerung, hier wie überall, der Verbrauch reduziert werden muß, sondern auch durch Zunahme des Schmuggels, der in Spanien seine klassische Heimstätte besitzt, und erst unter den milderen Zollgesetzen der letzten zwei Jahrzehnte mit der Rückkehr politisch geordneter Zustände im Abnehmen begriffen war. Daß die letzte Evolution der spanischen Zollpolitik über das Ziel hinausschießt, hat die Regierung gewissermaßen selbst anerkannt, indem sie in den Motiven zu dem neuen Gesetze sagt: „Die Regierung hält

nicht für zweckdienlich, diese Zollsätze (des Minimaltarifs) für unabänderlich zu erklären, indem in einigen Fällen nützlich sein könnte, sie zu modifizieren, um auf diese Weise im Austausch wohlerwogener Konzessionen wichtige Vorteile zu erreichen."

Unmittelbar nach Veröffentlichung des neuen Zolltarifs hat das Ministerium sich von den Cortes ermächtigen lassen, über die Verlängerung der am 1. Februar 1892 ablaufenden Handelsverträge bis zum 30. Juni, dem Ende des Etatsjahres, sowie über den Abschluß neuer Konventionen zu verhandeln. Da die Verträge mit Großbritannien, Rußland und den Niederlanden ohnedies bis zum 30. Juni 1892 Kraft haben, so wollte die Regierung das seitherige Verhältnis mit den anderen Staaten ebenfalls bis zu jenem Termin fortsetzen und zu weiteren Unterhandlungen Zeit gewinnen. Die von den Cortes zu diesem Vorgehen eingeholte gesetzliche Ermächtigung sagt in Artikel 2: „Ausgenommen von dieser Autorisation sind die Zölle auf Branntwein und Alkohol, welche die in dem Tarif vom 1. Januar dieses Jahres festgesetzte Abgabe (160 Pesetas per Hektoliter, gegen 46,10 vorher) betragen werden." Diese Klausel führt uns in den Brennpunkt der schwebenden Fragen der spanischen Handelspolitik: Die Weinzölle in Frankreich. Wir haben gesehen, wie vor dem Erscheinen der Reblaus Frankreich einen Überschuß eigener Weine besaß, seit Mitte der siebziger Jahre aber auf den Weinimport angewiesen war. Die eingeführten Mengen sind nach der französischen Statistik folgende gewesen:

Frankreichs Einfuhr von „gewöhnlichem" Wein im Specialhandel, in 1000 Hektolitern

	aus Spanien	Italien	Portugal	Algerien	insgesamt
1875	124	38	—	—	248
1880	5037	1582	30	17	7095
1885	5610	867	884	320	8035
1889	6878	101	869	1581	10242
1890	7656	19	195	1959	10518
1891	9394	10	23	1841	11868.

Während also der junge algerische Weinbau den Platz einnahm, den früher Italien und Portugal auf dem französischen Markt besessen hatten, behielt die Einfuhr spanischer Landweine nach Frankreich ohne Unterbrechung steigende Bedeutung und erreichte nach der spanischen Statistik im Jahre 1891 einen Wert von

Pesetas 294,161,100.—

Wir erinnern uns ferner, daß seit 1882 der spanische Wein bis zu 15,9 Grad Alkoholgehalt nur 2 Franken Zoll per Hektoliter bezahlte. Nun unterliegt aber Alkohol in Frankreich einem Zoll von $156^1/_4$ Franken per Hektoliter, so daß es nicht nur ein lukratives Geschäft für die französischen Händler war, spanische Weine zu importieren, die neben 10 bis 13 Prozent natürlichem Sprit 5 bis 2 Prozent zugesetzten Alkohol enthalten mochten, sondern es entstand auch ein nicht unbedeutender Import in Spanien hergestellter, künstlicher „Weine". Ein Hektoliter dieser Fälschungen enthielt außer Wasser und Farbstoff circa 15 Liter Sprit, welche anstatt 15mal $1{,}56^1/_4 = 23{,}43$ Franken, als Wein nur zwei Franken Abgabe erlegten. Es dauerte einige Jahre, ehe die französische Zollverwaltung diesen Betrug entdeckte: dann erhob sich ein gewaltiger Lärm, und strenge Maßregeln erfolgten, insbesondere ein Cirkular des Zolldirektors Pallain vom 5. März 1888, wodurch denn auch dem Unfug Abbruch geschah. Wie bedeutend diese Steuerhinterziehungen gewesen sein müssen und wie, selbst nach ihrer Aufdeckung, die Lücke in den Maschen des französischen Zollwesens ausgenutzt worden ist, geht aus der Statistik hervor:

Spaniens Spriteinfuhr betrug

1871 bis 1875 durchschnittlich	126 621	Hektoliter
1876 „ 1880 „	273 388	„
1880	557 312	„
1881	553 153	„
1882	576 793	„
1883	638 260	„
1884	656 646	„
1885	948 139	„
1886	1 088 565	„
1887	842 919	„
1888	506 745	„
1889	365 267	„
1890	602 083	„
1891	462 036	„ .

Neben den eigenen Präventivmaßregeln hatte Frankreich auch Vorstellungen bei der spanischen Regierung veranlaßt, in deren Folge durch Gesetz vom 26. Juni 1888 Spanien eine Konsumsteuer von 72 Pesetas per Hektoliter auf importierten sowohl als inländischen Sprit legte. Darauf große Unzufriedenheit der spanischen Interessenten und Rückgang der Spriteinfuhr auf ein Drittel des Imports von 1886, mit entsprechendem Ausfall in den veranschlagten Zolleinkünften. Nach vielen Widerwärtigkeiten

setzte die Regierung alsdann im folgenden Jahre die Konsumsteuer auf 25 Pesetas per Hektoliter herab, wodurch der Gesamtzoll sich im Minimaltarif auf 46,10 Pesetas stellte. Aber die öffentliche Meinung in Frankreich hörte nicht auf, sich mit diesem Gegenstande zu beschäftigen, und empfand den Mißbrauch des spanischen Handelsvertrages um so unwilliger, als die Schuld daran dem deutschen Sprit zur Last gelegt wurde; obgleich ein erheblicher Teil des nach Spanien importierten Alkohols schwedischen und — russischen Ursprungs ist. Die Franzosen schienen sich nachgerade einzureden, daß Deutschland ein vitales Interesse an dem Spritexport nach Spanien besitze, der doch nur einen geringen Bruchteil der deutschen Ausfuhr darstellt. So viel übertriebene und entstellte Geschichten sind über diese Frage jenseits der Vogesen verbreitet worden, daß die Klarstellung der Thatsachen auch im deutschen Interesse nur erwünscht sein kann. Es ist zu betonen, daß die Spritausfuhr nach Spanien ein durch kein Gesetz verbotenes Geschäft ist, und daß Deutschland doch keine Schuld trifft, wenn die französischen Weinhändler mit ihren spanischen Geschäftsfreunden den Alkohol unter Umgehung der Zollgesetze nach Frankreich schmuggeln. Andererseits haben die Franzosen Recht, wenn sie sich gegen solchen Mißbrauch schützen; und daß sie dabei zu weit gehen, kann bei dem deutschen Beigeschmack der Schnapsfrage nicht überraschen. Als im Laufe vorigen Jahres der neue, schutzzöllnerische Tarif den französischen Kammern zur Beratung vorlag, schlug die Regierung vor, den Weinzoll auf 0,70 bezw. 1,20 Franken im Minimal- bezw. Maximalsatz für jeden Grad Alkohol zu erhöhen, gleichzeitig aber den Spritgehalt schon von 11,9 Grad an als Alkohol mit 156¼ Franken per Hektoliter zu besteuern. Die Regierung trat nachdrücklich für diesen Vorschlag ein, nachdem sie durch einen besonderen Delegierten den Gehalt der Naturweine in allen möglichen Gegenden Spaniens an Ort und Stelle hatte analysieren und feststellen lassen. Allein Deputiertenkammer und Senat beschlossen[1] mit großer Majorität die Ermäßigung der Weinskala auf 10,9 Grad Sprit. Der neue Tarif beträgt also:

auf Weine von 10,9°

nach dem Minimaltarif

11mal —.70 c. = Franken 7.70 per Hektoliter,

nach dem Maximaltarif

11mal 1.20 = Franken 13.20 per Hektoliter,

[1] Vergl. die interessanten Debatten: Journal Officiel S. 1527 ff., Sitzung der Deputiertenkammer vom 2. Juli 1891, S. 997 ff., Sitzung des Senats vom 5. Dez. 1891. Verschiedene der von uns angeführten Zahlen sind diesen Debatten entnommen.

auf Weine von 15,9°

nach dem Minimaltarif

16mal	—.70 c. = Franken	11.20	19 Franken per Hektoliter,
5 =	$1.56^{1}/_{4}$ = =	7.80	

nach dem Maximaltarif

16 mal	1.20 = Franken	19.20	27 Franken per Hektoliter,
5 =	$1.56^{1}/_{4}$ = =	7.80	

gegen 2 Franken seither! Für den mittleren Gehalt der spanischen Weine berechnen wir den Zoll auf 12 bezw. 18 Franken per Hektoliter. Immerhin sind die französischen Weinzölle (ohne Berücksichtigung des Octroi) noch die niedrigsten aller Hauptländer. — Die Frage ist nun erstens, ob Frankreich die spanischen Weine in Zukunft wird entbehren können; und zweitens, ob Spanien einen anderen Markt als den französischen finden kann. Ersteres muß, für die nächsten Jahre wenigstens, verneint werden. Nach einer Rede des französischen Handelsministers, Jules Roche, im Senat hat zwar Frankreich von seinen, ehemals $2^{1}/_{2}$ Millionen Hektaren umfassenden Weinbergen bereits 1 800 000 Hektare neugepflanzt; in fünf Jahren, so hofft der Minister, wird die frühere Ausdehnung wieder erreicht sein. Aber selbst dann ist es fraglich, ob der durch die amerikanischen Reben und den Mehlthau schwächer gewordene französische Wein für den gestiegenen Konsum ausreichen wird. Inzwischen hat die Weinernte Frankreichs 1891 noch immer nur 27 416 327 Hektoliter betragen, d. i. wenig mehr als im schlechtesten Jahre. Algerien und Tunis liefern wachsende Quantitäten Wein, aber nicht genügende für den französischen Bedarf. Also dürften die spanischen Weine vorläufig in Frankreich nicht zu entbehren sein, es sei denn, daß trotz der politischen Spannung mit Italien ein Handelsfrieden geschlossen werden sollte.

Die zweite Frage, ob Spanien einen anderen Markt für die große Masse seiner Landweine finden kann, als den französischen, ist mit Bestimmtheit zu verneinen. Großbritanniens Import von Wein aller Art betrug zwischen 1885 und 1889 im jährlichen Durchschnitt 15 042 431 Gallonen, gleich circa 682 900 Hektoliter. Das Deutsche Reich konsumiert jährlich nicht mehr als 3 Millionen Hektoliter, zu drei Vierteilen eigenes Erzeugnis. Die anderen Kulturstaaten kommen kaum in Betracht, da sie entweder selbst einen Überschuß von Wein produzieren, oder keine Massenkonsumenten sind. Wohin sollen unter solchen Umständen neun Millionen Hektoliter spanischen Landweines ausgeführt werden, wenn nicht wieder nach Frankreich? Paris allein trinkt jährlich $4^{1}/_{3}$ Millionen Hektoliter Wein:

mehr als Deutschland und Großbritannien zusammen genommen! Spanien hat also an dem französischen Handelsvertrag ein vitales Interesse. Diese Verhältnisse sind den maßgebenden Kreisen in Spanien wie in Frankreich bekannt: die spanische Regierung hat ihren Wunsch, mit dem mächtigen Nachbarlande in guten Beziehungen zu bleiben, unzweideutig manifestiert, indem sie den Spritzoll höher normierte, als er in Frankreich selbst ist. Die französischen Staatsmänner dagegen haben den übertrieben hohen, neuen Minimaltarif Spaniens als Kompensation gegen den französischen Minimaltarif abgelehnt; und da keiner der beiden Teile nachgeben wollte, ist nicht einmal der von Canovas angestrebte provisorische modus vivendi bis zum 30. Juni erreicht worden: seit dem 1. Februar 1892 leben die beiden Nationen in offenem Tarifkriege, unter gegenseitiger Anwendung ihrer Maximalsätze. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß Spanien, als der schwächere Teil, schließlich zu seinem eigenen Heil wird nachgeben müssen. Mit dem Deutschen Reiche, Österreich, Belgien, Italien, Schweden und Norwegen sind die seitherigen Handelskonventionen bis zum 30. Juni 1892 verlängert worden. Über den Abschluß neuer Tarifverträge schweben die Verhandlungen und dürften zum Ziele führen. Nur mit Großbritannien wird ein neuer Handelsvertrag aus den in einem der vorhergehenden Kapitel dargelegten Gründen nicht so leicht zu Stande kommen. Die Konvention mit Schweden hat durch die Erhöhung des spanischen Spritzolles ihre wesentlichste Bedeutung verloren. Deutschland dürfte auf diese Position geringeren Wert als früher legen, da durch die neue französische Alkoholskala Spaniens Spriteinfuhr unter allen Umständen außerordentlich abnehmen muß. Dagegen ist dem deutschen Handel die vielleicht rasch vorübergehende Gelegenheit geboten, zahlreiche Fabrikate nach Spanien zu exportieren, die bisher von der französischen Industrie geliefert worden sind. Im Interesse Spaniens ist zu hoffen, daß ein liberales Kabinet die chinesische Mauer des Zolltarifs von 1892 in nicht allzulanger Frist wieder einreißen werde. Inzwischen beginnt Spanien das Jahr, in welchem es den vierhundertjährigen Gedenktag der Eroberung der neuen Welt feiert, unter trüben handelspolitischen Aussichten. Dank den reichen Hilfsquellen des Landes, und trotz der Fehler seiner Politiker, wird aber Spaniens wackeres Volk unter dem Scepter einer vortrefflichen Frau gewiß auch diese Krisis überwinden.

Benutzte Quellen.

Die offiziellen Veröffentlichungen.

Ferner:

Ramon Maria de Mainar, Compendio histórico de las Aduanas de España, Madrid 1851.

T. T. Caballero, Las Aduanas Españolas, Madrid 1882.

Laureano Figuerola, La reforma arancelaria de 1869, Madrid 1879.

Juan Francisco Camacho, Memoria sobre la Hacienda Pública de España, Madrid 1883.

S. Moret y Prendergast, Voto particular al Dictámen de la Comision Arancelaria, Madrid 1890.

A. Houghton, La nouvelle politique douanière en Espagne, Economiste Français vom 14. November 1891.

J. Jimeno Agius, Poblacion y Comercio de la Isla de Puerto Rico, Madrid 1885.

III.

La politique commerciale de la France depuis 1860

par

Auguste Devers,

docteur en droit, ancien élève de l'Ecole libre des Sciences Politiques.

L'histoire de la politique commerciale de la France depuis la fin du siècle dernier se divise naturellement en deux grandes époques. Dans la première, qui s'étend de 1793 au milieu de ce siècle, les pouvoirs publics ont eu la préoccupation presque constante de restreindre les importations de produits étrangers. La seconde, qui commence vers 1853 et qui s'est close en 1892 par le vote des nouveaux tarifs de douane, a vu prévaloir tout au contraire, dans les actes du gouvernement, des tendances libre-échangistes.

Avant d'aborder le récit des faits les plus marquants de cette période de trente à quarante ans, qui forme l'objet spécial de cette étude, il est nécessaire de résumer à très grands traits l'histoire du système protecteur depuis 1793, de signaler les circonstances à la faveur desquelles il s'était établi, les appuis qu'il avait trouvés dans les Chambres et dans l'opinion, de dégager enfin les caractères fondamentaux de l'institution renversée en 1860 et les causes profondes de sa chûte.

A la fin du XVIII^e siècle l'opinion générale était devenue contraire à l'intervention de l'État en matière économique. Les théories du système mercantile avaient été ruinées par les physiocrates. Sous l'influence de ces idées, qui étaient celles de tous les esprits cultivés, un traité fut conclu en 1786 avec l'Angleterre en vue de rétablir les échanges commerciaux entre les deux nations. Les premiers actes de la Révolution française furent également favorables à la liberté des transactions commerciales. Le décret des 30 et 31 octobre — 5 novembre 1790 supprima les barrières intérieures. Le décret du 15 mars suivant substitua aux innombrables droits qui grevaient autrefois le commerce, un tarif général uniforme et relativement modéré.

Mais bientôt la guerre européenne éclata. Fidèle aux traditions de l'ancien régime, la Convention eut la prétention de ruiner le com-

merce de l'Angleterre, pour tarir la source des subventions que recevaient nos ennemis du continent et pour contraindre cette puissance elle-même à traiter. L'idée fut reprise par le Directoire, puis par Napoléon Ier qui la poussa jusqu'à la conception gigantesque du blocus continental. De nombreuses prohibitions furent alors édictées. La plupart étaient dirigées contre l'Angleterre; mais pour mieux l'atteindre et afin de prévenir les substitutions frauduleuses, tous les grands produits industriels furent prohibés sans distinction d'origine. En outre l'Angleterre dominait les mers: ses croisières empêchaient nombre de marchandises de pénétrer dans nos ports; la guerre maritime était un obstacle d'autant plus insurmontable à leur introduction sur notre territoire que, dans l'état fort rudimentaire à cette époque des voies de communication, la plupart n'auraient pu supporter les frais d'un transport par terre. Les producteurs français se trouvaient ainsi protégés contre la concurrence étrangère soit par des prohibitions soit par des difficultés d'importation équivalant à la prohibition.

A la cessation des hostilités, ils réclamèrent le maintien des prohibitions édictées par la Révolution et l'Empire en vue de nuire à nos ennemis acharnés; ils demandèrent avec non moins d'énergie de nouvelles prohibitions, applicables aux marchandises dont l'état de guerre avait jusqu'alors empêché l'introduction. Le Cte d'Artois avait pensé rendre la Restauration populaire en abaissant les droits sur les denrées coloniales et en permettant l'introduction du coton en laine moyennant un simple droit de balance. Le commerce protesta contre cette mesure qui dépréciait les stocks antérieurement constitués. En même temps, les maîtres de forges se plaignirent de l'arrivée sur les marchés français des fers au bois de Suède et demandèrent un rehaussement des tarifs. Le gouvernement céda. Bientôt de nouvelles instances se produisirent. Toutes les classes de producteurs demandèrent successivement leur part de protection, alléguant l'impossibilité de réduire les prix de revient à raison soit de circonstances particulières à leur industrie, soit du renchérissement de leurs instruments de travail, de leurs matières premières et de leurs consommations par l'effet des droits protecteurs déjà établis en faveur d'autres producteurs. Le gouvernement ne se hasarda plus à proposer des abaissements de tarifs. Il hésitait parfois à demander des rehaussements; alors les intéressés s'adressaient directement aux Chambres. Celles-ci inclinaient à penser qu'elles assureraient l'existence de la monarchie en secondant les prétentions des grandes existences territoriales ou industrielles du

royaume; elles devaient d'autant plus facilement accueillir ce genre d'arguments qu'elles étaient l'émanation du suffrage censitaire. Dès 1820, le système protecteur était entièrement constitué.

Le gouvernement de Louis-Philippe eut d'abord quelques velléités de réformes. Le C^{te} Duchâtel avait dit, en 1832, aux notables d'Elbœuf: „Nous avons fait une révolution pour détruire les privilèges et il faut vous familiariser avec l'idée de voir tôt ou tard l'abrogation de celui qui vous protège; c'est un canonicat dans lequel vous ne pouvez pas demeurer éternellement.“ Mais il fallut céder devant l'opposition des représentants des manufacturiers. Le C^{te} Jaubert disait à la tribune, en 1836: „Aucune société ne peut se passer absolument d'aristocratie: il en faut une à tous les gouvernements. Voulez-vous savoir quelle est celle du Gouvernement de juillet? C'est celle des grands industriels et des grands manufacturiers. Ce sont là les fondateurs de la dynastie nouvelle.“ Les ministres ne pouvaient demeurer indifférents à l'appui que cette classe active, intelligente et riche donnait à la dynastie. „Il est impossible, écrivait M. Guizot,[1] que le gouvernement du roi ne porte pas aux intérêts et aux sentiments de cette classe et de la population qui se rattache à elle un soin très attentif, et ce n'est qu'après de scrupuleuses enquêtes, des discussions approfondies et par des démonstrations évidentes de l'intérêt général du pays qu'il peut lui imposer des efforts dont elle reconnaisse la nécessité.“

Le protectionnisme des Chambres censitaires ne rencontrait aucun obstacle dans les vœux de l'opinion publique. En 1846, le grand apôtre du libre-échange en France, Frédéric Bastiat, entreprit vainement d'organiser une agitation analogue à celle qui, en Angleterre, sous la direction de Richard Cobden, avait amené l'abrogation des corn laws; les pamphlets de ce polémiste merveilleux n'eurent guère d'écho en dehors du cercle restreint des économistes. L'état économique et social de la France était bien différent de celui de l'Angleterre à cette époque. La propriété y était mieux répartie, l'impôt plus équitable. Les classes ouvrières avaient moins de gain à espérer de la réforme. Elles pensaient même que leurs intérêts étaient identiques à ceux des manufacturiers. L'association pour la défense du travail national, opposée par les protectionnistes à l'association pour la liberté des échanges fondée par Bastiat, eut peu de peine à con-

---

[1] Mémoires pour servir à l'histoire de mon temps, t. v. ch. XVIII, p. 31 et 32.

vaincre la classe ouvrière que la protection lui assurait de meilleurs salaires en même temps que des bénéfices plus élevés aux chefs d'industrie.

Les assemblées de la seconde République, issues du suffrage universel, ne furent pas moins protectionnistes que les Chambres émanées du suffrage restreint. Le Corps législatif impérial était imbu des mêmes idées: il osa résister aux vues économiques du nouveau souverain. Le système protecteur fut maintenu en entier, jusqu'au jour où il fut brisé par un acte du pouvoir absolu.

En réalité, la législation douanière élaborée par la Restauration, et aggravée plutôt qu'atténuée par le gouvernement de juillet et la République de 1848, avait outré la protection des produits fabriqués jusqu'à frapper les produits étrangers similaires de droits prohibitifs et même de prohibition formelle. Les matières brutes que travaille l'industrie française payaient des droits excessifs. Le blé, qui est la base principale de l'alimentation des personnes dans notre pays, était soumis au régime de l'échelle mobile. D'un autre côté, pour apaiser les protestations de nos armateurs contre des droits qui restreignaient nos importations et privaient notre marine marchande de fret, des surtaxes de provenance ou de pavillon avaient été établies sur un très grand nombre de marchandises.

I.

Au moment du rétablissement de l'Empire la force même des choses poussait à l'abolition du système prohibitif. Deux grands évènements se sont alors produits, plus féconds en conséquences que bien des révolutions politiques: la transformation radicale des moyens de production et de transport par l'utilisation de la force mécanique de la vapeur dans les usines et sur les chemins de fer; la multiplication subite des métaux précieux par la découverte des grands gisements aurifères de la Californie et de l'Australie.

Les applications de la vapeur à l'industrie ont changé du tout au tout les conditions de la production et l'organisation du commerce. Jusqu'au milieu de ce siècle, la cherté des transports par terre permettait et en même temps imposait l'obligation à chaque pays — et dans le même pays à chaque province — de régler sa production sur les besoins de la consommation locale. Pour approvisionner le marché, on aurait vainement compté sur les produits des régions voisines: on ne pouvait davantage songer à écouler au loin le trop

plein de la production. „En 1817, dit J.-B. Say, tandisque le blé était tolérablement abondant dans la Bretagne, on mourait de faim en Lorraine; le transport des vivres de la première de ces provinces dans la seconde en quadruplait le prix.“ M. de Foville a constaté que, trente ans plus tard, un parcours de 650 kilomètres environ (de Marseille à Vesoul) suffisait encore à doubler le prix du blé[1]. Si l'on en excepte les provinces baignées par la mer, auxquelles le bon marché relatif des transports maritimes permettait de trouver au loin des marchés d'approvisionnement et des débouchés, chaque région était obligée de tirer de son propre fonds les denrées nécessaires à son alimentation, les matières premières indispensables à son industrie, la plupart des objets fabriqués de consommation courante, obligée aussi de proportionner ses productions à ses besoins. La construction des chemins de fer a révolutionné l'industrie et le commerce. Le bon marché, la rapidité des transports, qui en ont été la conséquence, ont détruit le monopole des producteurs locaux; en même temps, par compensation, leurs débouchés se sont élargis et reculés. L'agriculteur, l'industriel ne doit plus adapter sa production aux besoins du marché voisin, il ne peut plus régler ses prix de revient sur la demande particulière de ce marché. Le monde entier est ouvert à ses produits. En revanche les produits du monde entier viennent concurrencer les siens. Il est temps d'abandonner les cultures, les fabrications qui ont fait autrefois la richesse du pays, mais dont les prix de revient sont comparativement tiop élevés, et de leur substituer celles que le climat, les aptitudes du sol, la proximité des lieux de production des matières premières, la faculté d'user d'une force motrice à bon marché, les propriétés de certaines eaux, en un mot, les circonstances extrêmement variables du milieu désignent à son expérience et à son sens des affaires comme ayant leur station naturelle dans sa région. Les spécialités industrielles et agricoles se localisent. La division du travail s'étend des individus aux peuples, chacun bornant son activité aux productions qu'il peut obtenir au prix de revient le plus bas. La conséquence naturelle de cette division internationale des occupations est la multiplication des échanges.

En même temps que la construction des chemins de fer, la découverte des gisements aurifères de Californie et d'Australie fournissait au commerce des moyens de circulation plus nombreux et plus com-

[1] La transformation des moyens de transport et ses conséquences économiques. Paris, Guillaumin, 1880.

modes: le fonds de roulement de l'industrie du monde fut rapidement doublé. Les capitaux disponibles trouvaient sans peine la matière métallique dans laquelle ils doivent s'incorporer pour concourir au travail de la production. Le mouvement de l'appareil circulatoire se précipita.

Le système prohibitif était en contradiction avec le nouvel ordre de choses. Il opposait à la multiplication et à l'accélération des opérations industrielles et commerciales, au mouvement qui emportait le monde entier, des obstacles qui ne pouvaient être longtemps maintenus.

Au moment de l'avènement du second empire, les puissances voisines de la France avaient déjà plus ou moins renoncé aux traditions prohibitionnistes qui avaient formé depuis plusieurs siècles le fonds commun de la politique commerciale des États Européens. Les premiers, les Anglais s'étaient jetés dans les voies nouvelles. Dès 1842 Sir Robert Peel avait obtenu du Parlement britannique la suppression de tous les droits prohibitifs qui avaient survécu à la réforme de 1825, des réductions considérables sur les matières premières, l'abaissement des taxes douanières à un maximum de 12 p. °/o sur les objets partiellement manufacturés, et, sur les objets complétement manufacturés, à un maximum de 20 p. °/o. La même année, le régime de l'échelle mobile avait été amélioré; en 1846, il avait été finalement renversé sous l'effort impétueux de Richard Cobden et de l'anti-corn law league et grâce à l'appui que leur avait donné, pendant la disette de 1846, l'âme généreuse de Sir Robert Peel. De leur côté, les États allemands s'étaient constitués en association douanière. Enfin la Belgique orientait sa politique commerciale vers le libre-échange et renversait l'une après l'autre les barrières dont elle s'était jusqu'alors entourée.

L'empereur Napoléon III était personnellement disposé à suivre la même voie. Il avait longtemps habité l'Angleterre: il y avait été témoin de l'agitation pour la liberté des échanges et il appréciait les résultats obtenus par la ligue de Manchester. Pendant la période dictatoriale qui suivit le 2 décembre, la question de la suppression absolue des prohibitions par voie d'autorité fut, paraît-il, mise à l'étude. Mais avant qu'aucune résolution eut été prise, la constitution de 1852 entra en vigueur et le Corps législatif se réunit.

Le gouvernement impérial ne se sentit pas assez sûr de la docilité de la nouvelle assemblée pour essayer de résoudre directement, par la voie législative, un problème duquel dépendaient des intérêts particuliers nombreux et puissants. Il crut nécessaire de l'aborder de biais, en usant des pouvoirs conférés au chef de l'État par les lois

du 17 décembre 1814 et du 5 juillet 1836. L'art. 34 de la première de ces lois a autorisé le gouvernement à diminuer, en cas d'urgence et à titre provisoire, les droits sur les matières premières nécessaires à l'industrie et sur les objets d'alimentation[1]; les décrets pris à cet effet doivent être soumis à l'homologation du Parlement avant la fin de la session, s'il est assemblé, et, dans le cas contraire, à la plus prochaine session. Aux termes de l'art. 5 de la loi du 5 juillet 1836, le gouvernement peut également, par voie de simple décret, accorder aux matières étrangères destinées à être ouvrées en France ou à y recevoir un complément de main d'œuvre, le bénéfice de l'admission en franchise moyennant l'obligation de les réexporter ou de les rétablir en entrepôt sous forme de produits fabriqués, dans un délai maximum de 6 mois; les décrets de l'espèce n'ont pas besoin d'être soumis aux Chambres[2].

De 1853 à 1855, de très nombreux décrets réduisirent les droits sur la houille, les fontes, les fers, les aciers, les laines, les graines oléagineuses, les bois de teinture, les résineux exotiques, etc. L'admission temporaire en franchise fut accordée à divers produits, notamment aux matières premières nécessaires aux constructions navales. En même temps un droit de 10 p. °/o était substitué à la prohibition qui, depuis le tarif de 1791, frappait les bâtiments de mer étrangers. Le gouvernement réduisit également, en vue de remédier à la cherté des subsistances, les droits sur les bestiaux, les viandes, les vins, les spiritueux. L'échelle mobile des céréales fut suspendue par un décret du 18 août 1853 jusqu'au 31 décembre de la même année, et cette suspension devait être prorogée d'année en année jusqu'en 1859.

Après l'exposition universelle de 1855, le gouvernement, frappé de la supériorité que l'industrie française avait manifestée dans ce concours international, crut le moment venu de demander au Corps législatif la réforme de notre législation douanière. Il soumit d'abord à cette assemblée, au commencement de l'année 1856, une partie des décrets qu'il avait pris en vertu de l'art. 34 de la loi de 1814. Le projet de loi fut adopté malgré une vive opposition: la majorité s'inclina devant le fait accompli. Le 9 juin 1856, le gouvernement, enhardi,

[1] La loi du 15 juin 1861 a déclaré depuis cette disposition inapplicable aux céréales. Le gouvernement jouit actuellement du même pouvoir en vertu d'une disposition de la loi du 29 mars 1887.

[2] La loi du 11 janvier 1892 retire cette faculté au gouvernement, du moins en règle générale.

déposa un nouveau projet de loi dont la portée était beaucoup plus grande Ce projet comportait l'abolition des prohibitions et leur remplacement par des droits protecteurs élevés. L'émotion fut indescriptible. Pour la calmer, un projet rectificatif fut déposé dès le 23 juin. Les droits proposés étaient encore plus élevés; ils représentaient 30, 40, 50 p. % et plus, de la valeur des produits. Le Corps législatif se sépara sans même discuter le projet. Le gouvernement le retira, en déclarant qu'il ne le reproduirait pas avant 1861. Il revint alors au système des décrets suivis de lois d'homologation.

Mais les industriels intéressés au maintien des prohibitions mirent tout en œuvre pour entraver les projets du gouvernement, et à plusieurs reprises ils réussirent à le faire revenir sur les mesures qu'il avait décrétées. L'opposition ne fut pas moindre du côté des agriculteurs. De 1853 à 1857, la cherté du blé n'avait que trop légitimé la suspension de l'échelle mobile. Il n'en fut plus de même en 1858: le prix de l'hectolitre tomba à 16 fr. 75 cent. Néanmoins, le gouvernement prorogea de nouveau la suspension du régime. En février 1859, il soumit au Conseil d'État un projet de loi tendant à le supprimer. De nombreuses pétitions favorables au maintien de cette législation furent adressées au Sénat, qui crut devoir les renvoyer à l'examen des ministres. Le mécontentement des propriétaires causa des appréhensions au Gouvernement lui-même. On était d'ailleurs à la veille de la campagne d'Italie. Un décret du 12 mai 1859 remit en vigueur la loi de 1832.

Ainsi, en matière industrielle comme en matière agricole, le Gouvernement recula devant l'opposition que soulevaient ses projets dans l'opinion et au sein même du Corps législatif.

„Quelques personnes en dehors du Gouvernement, dit Michel Chevalier,[1] pensèrent alors que c'était le cas de recourir à un pouvoir attribué à l'empereur par la constitution et qui consiste à faire des traités de commerce sans le concours du Corps législatif et du Sénat[2]. Un traité de commerce ainsi négocié offrait donc le moyen d'accomplir la réforme douanière telle qu'on la jugeait convenable." Les personnes auxquelles fait allusion Michel Chevalier et Michel Chevalier lui-même

---

[1] Panthéon des illustrations françaises au XIX[e] siècle, t. XVI. Notice sur Richard Cobden. Paris, Pilon, 1865 et années suivantes.

[2] D'après la constitution de 1875 au contraire, les traités de commerce ne deviennent définitifs qu'après avoir été votés par les deux Chambres.

jugèrent, avec beaucoup de raison, que c'était avec l'Angleterre qu'on devait essayer de traiter: „le changement une fois admis vis-à-vis de l'industrie anglaise qui inspirait un si grand effroi, réel ou affecté, tout le monde trouverait naturel qu'on le généralisât, successivement ou d'un seul coup.“ [1] Michel Chevalier n'essaya pas de faire partager ses idées aux ministres français. Il avait plus de confiance dans la fermeté et la décision de l'empereur; mais il n'était pas en mesure d'aborder la question avec lui. Il eut alors la pensée d'amener les hommes d'État anglais à prendre eux-mêmes l'initiative de la négociation.

L'entreprise était difficile. „Les apôtres de la liberté commerciale en Angleterre et le gouvernement anglais lui-même, qui était complétement rallié à la doctrine nouvelle, accepteraient-ils la pensée d'un traité de commerce, c'est-à-dire d'un acte négocié avec une seule puissance sans la participation des autres? Le principe absolu de la liberté des échanges, tel qu'on l'avait proclamé après la victoire, et tel que l'entendait la grande majorité de la Chambre des communes, juge de la question en dernier ressort, semblait exclure de pareils engagements, par cela même qu'il ne comportait qu'un tarif général, unique, également applicable à tous les peuples, sans distinction, ni préférence. Richard Cobden s'etait montré peu sympathique et même opposé aux traités de commerce. — L'expérience même avait démontré qu'il n'y avait rien de grand à en attendre. On les avait si vainement essayés avant la réforme de 1846 qu'il paraissait que, même en laissant les principes à l'écart, il était superflu d'en faire l'objet d'une tentative nouvelle.

„Cependant l'idée d'un traité de commerce fut reprise par voie épistolaire entre Richard Cobden et un de ses amis de Paris (Michel Chevalier), qui était convaincu que, à moins d'un traité de commerce avec l'Angleterre, la France était à jamais condamnée à rester enchaînée au char du parti prohibitionniste [2].“ Ces ouvertures furent accueillies. „Nous avons autant à faire que nous pouvons produire,“ écrivait, quelques mois plus tard [3], Richard Cobden à son ami. „Il n'y a pour nous aucune nécessité d'ouvrir de nouveaux marchés, en France ou ailleurs . . . . Mais pour des raisons entièrement

[1] Panthéon, loc. cit.
[2] Ibid.
[3] Le 14 septembre 1859. V. Panthéon, loc. cit.

différentes, je serais heureux de voir abolir les obstacles que votre sotte législation met aux rapports des deux pays. Je ne vois qu'une telle politique qui puisse apporter une amélioration durable dans les rapports politiques de la France et de l'Angleterre"[1] .... D'ailleurs, „Richard Cobden avait l'esprit trop ouvert pour être longtemps à comprendre qu'un traité de commerce entre la France et l'Angleterre cesserait de soulever des objections au point de vue des principes, du moment que toutes les stipulations consenties par l'Angleterre seraient, non à l'avantage exclusif de la France, mais applicables et appliquées à toutes les nations. Et puis, il était d'un si grand intérêt pour la liberté du commerce que la France l'adoptât, dût-elle n'en faire au commencement qu'un usage restreint . . ."[2].

Dans l'automne des 1859, des pourparlers officieux eurent lieu en Angleterre, où Michel Chevalier s'était rendu pour présider le congrès international des poids et mesures, réuni à Bradford. Cobden le mit en rapport avec le Chancelier de l'Échiquier, M. Gladstone, qui lui indiqua „les bases larges sur lesquelles pourrait s'édifier l'arrangement projeté." L'Angleterre supprimerait tout ce qui subsistait chez elle de droits de douane atteignant les produits manufacturés de la France et réduirait dans une forte proportion les droits sur les vins et eaux-de-vie. Ce qu'elle demanderait à la France se bornerait à l'abolition des prohibitions absolues, sauf à les remplacer par des droits qui pourraient s'élever jusqu'à 30 p. $^0/_0$[3]. Quelques jours plus tard, Napoléon III recevait de Michel Chevalier et de Richard Cobden l'information qu'il ne tenait qu'à lui de négocier un traité de commerce avec l'Angleterre.

Une négociation officielle fut ouverte au bout de peu de jours: elle fut conduite avec le plus grand mystère. Le 5 janvier 1860, Napoléon III annonça ses intentions dans une lettre-programme adressée au ministre d'État, M. Fould. Cette déclaration éclata comme un coup de foudre. Après les incidents de l'année qui venait de finir, on comptait qu'aucune modification du régime douanier ne serait tentée avant 1861. L'émotion fut générale. Néanmoins le traité fut signé le 23 janvier.

Les concessions de l'Angleterre étaient les suivantes:

---

[1] Panthéon, loc. cit.

[2] Ibid.

[3] Ibid.

42 espèces de marchandises sur lesquelles des droits de douane avaient continué d'être perçus même après la réforme de 1846 seraient dorénavant exemptes; il n'y aurait plus de taxés que le cacao, le café, la chicorée, les raisins de Corinthe, figues, pruneaux, prunes et raisins secs, le tabac, le thé, le sucre, le vin, la bière, les spiritueux et les articles dans la fabrication desquels entre l'alcool, les cartes à jouer, les matières d'or et d'argent.

Les droits sur les vins, qui se montaient depuis le 15 mai 1840 à 5 sh. 9³/₁₀ d. par gallon, soit environ 159 francs par hectolitre, seraient réduits aux chiffres ci-après: Jusqu'au 1^er janvier 1861, 3 shillings par gallon, soit par hectolitre, 82 fr. 60 cent. environ; à partir de cette date, 1 shilling au plus par gallon, sur les vins contenant moins de 15 degrés d'esprit, type d'Angleterre (proof-spirit), vérifiés par l'hydromètre Sykes (8.50 degrés centésimaux), soit par hectolitre, 27 fr. 53 cent.; 1 sh. 6 d. au plus, par gallon, pour ceux contenant de 15 à 26 degrés (14.82 degrés centésimaux), soit, par hectolitre, 40 fr. 75 cent.; 2 shillings par gallon, sur ceux contenant de 26 à 40 degrés (22.80 degrés centésimaux) et sur les vins en bouteilles, soit par hectolitre, 55 fr. 06 cent. La teneur alcoolique au dessous de laquelle s'appliquait le droit de 1 shilling, fut fixée en réalité, à partir du 1^er janvier 1861, à 18 degrés (10.26 degrés centésimaux) et à partir du 4 avril 1862 à 26 degrés (14.82 degrés centésimaux). Les vins français ne titrant pas davantage, en règle générale, le droit tombait de 159 francs à 27 fr. 53 cent. par hectolitre. La suppression du tarif spécial aux vins en bouteilles, à dater du 9 mai 1866, assura le même traitement à ces derniers.

Le droit sur les eaux-de-vie (brandy) était, depuis le 18 mars 1846, de 15 sh. par gallon de proof-spirit, soit par hectolitre d'alcool pur, 724 fr. 56 cent. Il fut réduit à 10 sh. 5 d., (502 fr. 35 cent.). Ces droit étaient supérieurs à ceux perçus sur les spiritueux britanniques par l'Administration du revenu intérieur, de 5 pence par gallon de proof-spirit, ou de 19 fr. 32 cent. par hectolitre d'alcool pur. Cette surtaxe avait pour objet de compenser les frais occasionnés aux producteurs britanniques par le système de l'accise.

De son côté, le gouvernement français s'engageait à lever toutes les prohibitions et à leur substituer des droits qui ne devaient, en aucun cas, dépasser 30 p. °/o de la valeur, décimes compris, jusqu'au 1^er octobre 1864 et à partir de cette date 25 p. °/o. Les droits ad valorem devaient être convertis en droit spécifiques par une convention

complémentaire qui interviendrait avant le 1er juillet 1860. Les droits intérieurs sur les sucres raffinés et les produits chimiques dérivés du sel devaient s'ajouter au droit de douane. Le droit sur la houille et le coke était fixé à 0 fr. 15 cent. les 100 kg, plus les deux décimes; les droits sur le fer étaient réduits à 7 francs par 100 kg jusqu'au 1er octobre 1864 et à 6 francs à compter de cette date.

En résumé, la France obtenait l'admission en franchise de tous ses produits, à l'exception de ceux dont les similaires étaient taxés en Angleterre ou de ceux qui auraient pu faire concurrence aux produits dont l'imposition alimente le budget anglais. Elle concédait la levée des prohibitions, se réservant la faculté de les remplacer par des droits auxquels elle pouvait donner un caractère protecteur très caractérisé, puisqu'ils pouvaient représenter 25 p. °/o ad valorem.

La convention du 23 janvier 1860 posait seulement les principes d'après lesquels devait être établi le tarif conventionnel. Il restait à en faire l'application. Une grande enquête fut alors ouverte. Elle se poursuivit pendant six mois. Tous les intéressés y furent appelés[1]. On a dit du traité de 1860 qu'il fut négocié comme un complot; l'élaboration du tarif, sur les bases posées par la convention du 23 janvier, eut lieu, du moins, au grand jour. Les conventions complémentaires par lesquelles furent fixés les droits spécifiques, portent les dates des 12 octobre et 16 novembre 1860. L'enquête permit d'être bien plus large qu'on n'avait espéré pouvoir l'être: les droits spécifiques furent fixés, dans beaucoup de cas, à des taux qui représentaient moins de 25 °/o ad valorem; pour un assez grand nombre de matières premières, on avait même admis l'exemption.

Comme Michel Chevalier l'avait pressenti, le changement une fois admis vis-à-vis de l'Angleterre, tout le monde en France trouva naturel qu'on le généralisât. Cobden et lui ne s'étaient pas trompés davantage lorsqu'ils pensaient que l'initiative de la France serait féconde pour la propagation de la liberté des échanges. De 1861 à 1867, des traités furent signés entre la France et la plupart des États de l'Europe: avec la Belgique, le 1er mars 1861, avec le Zollverein, le 2 août 1862, avec l'Italie, le 17 janvier 1863, avec la Suisse, le 30 juin 1864, avec la Suède et la Norvège, le 14 février 1865, avec les Villes hanséatiques, le 4 mars 1865, avec l'Espagne, le 18 juin 1865, avec les Pays-Bas, le 7 juillet 1865, avec l'Autriche, le 11

---

[1] L'enquête forme 7 grands volumes in-folio.

décembre 1866, avec le Portugal le 15 juillet 1867[1]. Tous ces traités, comme les conventions franco-anglaises de 1860, contenaient la clause de la nation la plus favorisée. Un tarif conventionnel applicable, sans distinction ni préférence, aux produits de toutes les nations qui avaient traité avec la France, se trouva constitué de la sorte à côté du tarif général applicable aux produits des autres nations.

Le tarif général lui-même était, en même temps, modifié dans un sens favorable à la liberté des échanges.

Le Corps législatif se laissait entrainer dans le mouvement général. Une loi du 5 mai 1860 supprima les droits d'entrée sur un certain nombre de matières premières. Les laines en masse, la potasse du crû des pays d'Europe, importées par terre et par mer sous pavillon français, ou importées des pays hors d'Europe par navires français, furent désormais admises en exemption de droits. Le même traitement fut accordé au coton en laine, aux nitrates de potasse et de soude, aux écorces de sumac et de fustel et à divers autres produits tinctoriaux, importés des pays hors d'Europe par navires français. L'immunité fut encore accordée aux importations sous pavillon national de l'indigo provenant de l'Inde et des autres lieux de production, ainsi que des gommes de l'Inde et du Sénégal. Quelques surtaxes de pavillon ou d'entrepôt furent supprimées, les autres réduites.

Le 23 mai suivant, une autre loi réduisait le tarif des sucres, des cafés, du cacao et du thé.

Treize mois plus tard, la loi du 15 juin 1861 supprimait définitivement le régime de l'échelle mobile. L'exportation des céréales était déclarée libre. Le droit à l'entrée était de 0 fr. 60 cent. les 100 kg pour les importations par terre et par navires français et de 1 fr. 20 cent. pour les importations par navires étrangers. Cette surtaxe de pavillon fut abolie par un décret du 13 novembre 1867.

En même temps, le chef de l'État, interprétant dans un sens

---

[1] Les tarifs annexés à ces conventions furent mis en vigueur par de simples décrets. On a reproché au gouvernement de Napoléon III d'avoir, en procédant de la sorte, forcé le sens du sénatus-consulte qui autorisait le souverain à conclure des traités de commerce sans le concours du Corps législatif. On a contesté que de ce droit put découler celui de fixer par simple décret des tarifs de douane. La conséquence serait inadmissible, en effet, dans un régime parlementaire: elle était dans la logique de la constitution impériale qui organisait, en fait, le pouvoir absolu.

très large les dispositions de l'art. 34 de la loi du 17 décembre 1814, réduisait ou supprimait, par voie de simples décrets, un grand nombre de droits de douane. Ce sont d'abord des mesures spéciales, intéressant un ou deux articles: les houilles, le capillaire, les céréales, le sulfate de soude, les légumes secs et leurs farines (D. D. des 18 juillet, 11 et 23 août, 24 septembre, 14 novembre, 5 décembre 1860). En 1861, on procède par grandes masses. Deux décrets, le premier du 5 janvier, le second du 29 mai, modifient la tarification d'un très grand nombre d'articles, accordent l'exemption, parfois absolue, le plus souvent moyennant certaines conditions destinées à favoriser la marine marchande, à 70 espèces de marchandises rentrant dans la catégorie des matières nécessaires à l'industrie, notamment aux peaux, crins, poils, graines et fruits oléagineux, chanvre, lin, jute, minerais, métaux bruts autres que le fer, etc. . . . Un certain nombre de décrets furent encore pris en 1861 et 1862, pour compléter l'œuvre des deux grands décrets du 5 janvier et du 29 mai. Ils touchaient à des points spéciaux. L'un d'eux mérite une mention particulière, c'est celui du 24 décembre 1862 accordant la franchise aux soies écrues et à la bourre de soie, écrue et teinte.

Le gouvernement continuait ainsi de recourir à la tactique qu'il avait employée de 1853 à 1860. Il accomplissait d'autorité les réformes qui lui paraissaient désirables, puis mettait le Corps législatif en présence des faits accomplis. Pour assurer le succès de cette manœuvre, il n'hésitait même pas à laisser écouler plusieurs années avant de demander à cette assemblée l'homologation prescrite par la loi de 1814. C'est ainsi que les décrets pris en 1853 et 1854 au sujet des bestiaux, des vins, des alcools et des huiles ne furent régularisés que neuf et dix ans plus tard, par la loi du 16 mai 1863. Le gouvernement ne se conformait certainement pas à l'esprit de la loi de 1814, il en transgressait jusqu'à la lettre. Les apparences même n'étaient pas toujours sauvegardées; plusieurs décrets omettent de viser la loi de 1814; tels ceux du 8 septembre 1860 sur le stockfish, du 12 janvier 1861 sur le cuivre doré ou argenté, filé sur fil ou sur soie.

La loi du 16 mai 1863, qui vient d'être mentionnée, homologua 32 décrets pris de 1853 à 1862. Les exemptions et modérations de droits accordées par le gouvernement depuis dix ans étaient ainsi confirmées et définitivement incorporées dans le tarif général. La loi introduisait, en outre, quelques tarifications ou exemptions nouvelles à l'entrée. Les prohibitions de sortie étaient supprimées, à l'exception

de celles concernant les contrefaçons en librairie et les munitions de guerre: le tarif de sortie ne comprenait plus que trois articles. Les suppressions de primes à l'exportation prononcées par des décrets antérieurs, étaient régularisées. La loi contenait, enfin, des dispositions destinées à faciliter le transit et supprimait le droit de recherche et de saisie à l'intérieur.

Citons encore la loi du 4 juin 1864 qui déclara exempts tous les cotons importés directement des pays de production, par terre ou par mer sous pavillon français, celles du 7 mai 1864 sur le régime des sucres, du 19 mai 1866 sur la marine marchande, du 1er mai 1867 sur le régime de l'Inde, du 1er mai 1867 sur les pêches, du 17 juillet 1867 sur le régime de l'Algérie, du 11 juillet 1868 sur le régime de la Guyane française et de la côte occidentale d'Afrique.

La loi du 19 mai 1866 sur la marine marchande mérite un examen spécial.

Au moment de la conclusion du traité de 1860, la marine marchande jouissait en France de nombreux privilèges. Le pavillon national avait le monopole absolu du cabotage, c'est-à-dire de la navigation de port français à port français, y compris les mutations d'entrepôt par mer; la navigation avec les colonies françaises lui était réservée pour la presque totalité. Les importations étrangères sous pavillon du pays de provenance avaient, il est vrai, obtenu depuis 1826 le même traitement que les importations par navires français. Mais les importations sous pavillon tiers étaient surtaxées et donnaient lieu à la perception de droits de tonnage. Des surtaxes d'entrepôt tendaient à empêcher nos rivaux maritimes de faire profiter de la liberté de l'intercourse direct les importations, en provenance de leurs entrepôts, des produits extra-européens. Les importations par terre étaient également frappées de surtaxes. Enfin, pour encourager les voyages lointains, on avait admis pour les denrées exotiques importées sous pavillon français un système de taxation décroissant en raison de l'éloignement du lieu de chargement et une détaxe du 5e des droits pour les produits naturels, autres que le sucre, importés en droiture sous pavillon français des pays situés au delà des îles et passages de la Sonde.

En revanche, les navires de construction étrangère étaient, depuis 1791, prohibés à l'importation. Cette interdiction, établie dans l'intérêt de l'industrie des constructions navales, avait de tout temps soulevé les protestations de l'armement.

Elle tombait en vertu de la convention du 23 janvier 1860, et devait être remplacée, comme celles qui frappaient d'autres marchandises, par des droits protecteurs de 25 % au maximum.

Dans l'enquête qui précéda la fixation du tarif conventionnel, les constructeurs demandèrent des taxes assez élevées pour que l'achat de navires à l'étranger ne pût avoir lieu que dans des circonstances exceptionnelles. A l'appui de leurs prétentions, ils faisaient valoir deux arguments. Le premier était tiré des charges que leur imposait le système de l'inscription maritime. Leur industrie n'était pas libre comme en Angleterre, disaient-ils: l'obligation à laquelle ils étaient soumis d'employer exclusivement des ouvriers inscrits sur les matricules des classes était une gêne et une cause de cherté. Les intérêts des populations côtières leur inspiraient d'ailleurs trop de sollicitude pour qu'ils demandâssent à être délivrés des entraves qui empêchaient le développement de leur industrie. Ils affirmaient, en outre, et c'était leur second argument — que les navires étrangers, construits dans des conditions de bon marché extrême, au détriment parfois de la qualité, faisaient une concurrence désastreuse aux navires français, meilleurs, mais plus chers.

On répondait aux doléances des constructeurs que l'administration de la marine ne s'était jamais opposée à l'emploi d'ouvriers non inscrits, toutes les fois que la nécessité en avait été reconnue. On ajoutait que les constructions étrangères, dont le bon marché paraissait si redoutable, n'avaient pas la durée des bonnes constructions françaises, et que les bons produits se protégent d'eux-mêmes par le juste renom dont ils jouissent auprès du commerce avisé. Enfin, le gouvernement retenait l'aveu des constructeurs qui confessaient que nos chantiers, loin d'avoir progressé à l'abri d'une prohibition qui durait depuis 70 ans, étaient dans un état d'infériorité accablante. Il y voyait une preuve nouvelle de l'efficacité de la concurrence et de la nécessité pressante d'en faire sentir l'aiguillon à nos industriels.

La convention du 12 octobre 1860 fixa les droits à 25 fr. par tonneau sur les navires en bois, et à 70 fr. par tonneau sur les navires en fer. Ces taxes représentaient 5 à 6 p. % de la valeur des premiers et 8 à 10 p. % de la valeur des seconds.

La révolution économique de 1860, si elle souleva les plaintes des constructeurs menacés dans leur monopole, fut d'abord accueillie très favorablement par les armateurs. Elle leur assurait la possibilité d'acquérir à meilleur compte l'instrument essentiel de leur industrie, le navire. D'autre part, l'armement avait toujours protesté contre

un régime qui restreignait le fret de retour en limitant les importations et qui compromettait même le fret de sortie en provoquant des tarifs de représailles. L'abaissement général des tarifs, dont l'initiative prise par la France paraissait devoir donner le signal, promettait de multiplier les échanges, de fournir à leurs opérations une matière plus abondante, à leurs capitaux un loyer plus rémunérateur.

Peut-être n'avaient-ils pas prévu que leurs privilèges, établis en vue de compenser les effets fâcheux du régime prohibitif, ne devaient pas survivre à ce régime. Ils se ravisèrent, lorsque la convention du 16 novembre eut supprimé les surtaxes sur les jutes et cotons de l'Inde et sur les laines d'Australie, pris dans les entrepôts d'Angleterre ou importés directement des pays d'origine par navires anglais, et que le traité du 1er mai 1861 avec la Belgique eut réduit la surtaxe sur les cafés provenant des entrepôts belges et substitué à l'interdiction d'importer les sucres par voie de terre un supplément de droit de 2 fr. Les représentants de l'armement firent alors cause commune avec ceux des chantiers de construction. L'opposition des ports de mer se manifesta, enfin, avec la dernière énergie, après la publication des décrets du 16 janvier et du 24 juin 1861. Le gouvernement, en vue de détourner au profit de la France le marché des principales productions des contrées lointaines, particulièrement du sucre brut, qui s'était fixé en Angleterre grâce à la franchise dont elles y jouissaient, supprimait les surtaxes d'origine sur les sucres bruts exotiques, réduisait à 2 et 3 fr. par 100 kg les surtaxes de pavillon, et admettait au bénéfice du drawback les sucres importés par navires étrangers. A ce moment même, une baisse considérable survint dans le prix du sucre. Une production surabondante en était la cause: et, en effet, la baisse des cours était constatée dans tous les pays. Les ports de mer en rendirent néanmoins responsables les décrets du 16 janvier et du 24 juin.

Une enquête fut ouverte en 1862 devant le Conseil supérieur du commerce et de l'industrie. Elle se prolongea jusqu'en 1864 et aboutit à la loi du 19 mai 1866.

Les dispositions de cette loi sont fort différentes de ce qu'on aurait pu augurer des circonstances dans lesquelles avait été commencée l'enquête dont elle était la conclusion. Elles ne répondaient certainement pas aux vues exprimées par la majorité des industriels qu'avait entendus le Conseil supérieur du commerce. Le gouvernement

adoptant les solutions plus hardies préconisées par quelques-uns des délégués de Bordeaux, du Hâvre, surtout par les représentants de Marseille, s'était déterminé pour un régime de liberté presque absolue. Le Corps législatif, très incertain, très partagé, vota néanmoins le projet de loi.

Voici quelle en était l'économie.

Les bâtiments de mer à voiles ou à vapeur gréés et armés et les coques de navires en bois ou en fer étaient admis à la francisation, moyennant un droit d'entrée de 2 francs par tonneau. C'était, en réalité, un simple droit de balance. Pour placer les constructeurs français dans des conditions de bon marché analogues à celles que l'absence de tout droit de douane sur les fers, fontes, aciers, bois, machines, etc., assurait aux constructeurs anglais, il était décidé que tous les objets bruts ou fabriqués entrant dans la construction, le gréement et l'armement des navires destinés au commerce ou nécessaires à leur entretien, y compris les machines et pièces de machines, seraient admis en franchise; il devait être justifié, dans le délai d'un an, de leur application à l'objet pour lequel ils auraient été introduits.

Les droits de tonnage perçus sur les navires étrangers étaient supprimés, à l'exception de ceux établis pour les travaux des ports (que les navires français payaient d'ailleurs comme les étrangers). Les surtaxes de pavillon applicables aux produits importés des pays de production devaient cesser d'être perçues dans un délai de trois ans à partir de la promulgation de la loi. Le même régime était déclaré applicable à la navigation avec les Antilles et, sous certaines modifications, à la navigation avec l'Algérie.

Les surtaxes d'entrepôt, que le gouvernement avait d'abord projeté de supprimer, étaient maintenues. Le cabotage de port français à port français demeurait réservé au pavillon national.

Certaines surtaxes de pavillon subsistaient encore. La loi de 1866 ne touchait pas, en effet, aux régimes spéciaux, tels que le régime de l'Inde. D'après nos anciens tarifs, les droits perçus à l'importation des principales denrées de l'Inde variaient suivant que ces produits étaient importés directement de l'Inde, ou provenaient des autres pays hors d'Europe, ou arrivaient des entrepôts européens, et, dans chacun de ces trois cas, selon qu'ils avaient été transportés par des navires français ou par des navires étrangers. La loi du 5 mai 1860 avait uniformisé les droits pour les arrivages de tous les pays hors d'Europe, relativement à certaines de ces marchandises,

sans supprimer d'ailleurs la surtaxe de pavillon. La distinction entre les provenances directes et celles des autres pays hors d'Europe avait été instituée en vue de favoriser notre navigation au delà des caps Horn et de Bonne-Espérance. La construction d'une voie ferrée au travers de l'isthme de Suez avait rendu vaine la combinaison des tarifs. Le commerce préférait pour beaucoup de marchandises l'itinéraire par la mer Rouge et l'isthme de Suez à la route du cap, plus longue, plus dispendieuse et moins sûre. La surtaxe applicable aux produits de l'Inde chargés à Alexandrie n'avait d'autre effet que de détourner de Marseille, au profit de Trieste et de Londres, une partie du commerce de l'Orient. La loi du 5 mai 1860 mit les tarifs en rapport avec le nouvel état de choses, en supprimant la distinction entre les provenances directes de l'Inde et celles des autres pays hors d'Europe. Cette loi n'était pas applicable aux poivres, girofles, cannelles, gommes, thés, camphre, à l'indigo et à quelques autres denrées. Une loi du 1^er^ mai 1867 accomplit la même réforme, en ce qui concernait ces divers produits, l'indigo excepté. Les surtaxes de pavillon ne furent pas supprimées. Elles furent simplement abaissées: pour les thés elles furent même relevées.

II.

L'importance des modifications introduites par voie législative soit dans l'économie de nos tarifs, soit dans le régime de la marine marchande pourrait donner à penser qu'une évolution favorable aux tendances libre-échangistes s'était produite dans les esprits depuis la conclusion du traité avec l'Angleterre. En réalité, le Corps législatif s'était simplement incliné devant les résolutions fermement arrêtées du chef de l'État. Les convictions demeuraient entières; les intérêts ne se résignaient pas. Ils n'attendaient qu'une occasion pour tenter un retour offensif contre le régime qui leur avait été imposé.

Les circonstances parurent favorables en 1868. Depuis plusieurs années déjà, les affaires étaient languissantes. Une crise commerciale avait éclaté en 1864: la liquidation en avait été prolongée par l'explosion d'une crise analogue en Angleterre (1866), la guerre de sécession aux États-Unis, la guerre austro-allemande, les troubles des républiques sud-américaines. On ne manqua pas d'imputer aux tarifs douaniers la responsabilité de maux et d'embarras commerciaux très réels, mais dont les causes véritables étaient tout autres:

surproduction dans plusieurs branches de l'industrie, spéculations mal conçues dans beaucoup d'autres, élévation temporaire du loyer des capitaux, resserrement des débouchés sous l'influence de la guerre ou des troubles civils, incertitude sur l'avenir prochain que réservaient à l'Europe les combinaisons de la politique. On approchait de la date où le traité de 1860 pouvait être dénoncé. Les adversaires du nouvel ordre de choses essayèrent d'agiter l'opinion et de peser sur les résolutions du gouvernement.

Une demande d'interpellation sur les conséquences du régime économique de la France fut déposée au Corps législatif. Elle fut autorisée et donna lieu à d'importants débats. L'attaque fut menée avec une grande vigueur par M. M. Kolb-Bernard, de Tillancourt, le baron Lespérut, Quesné, Amel, surtout par M. Pouyer-Quertier et par M. Thiers. La défense des traités de 1860 et des actes qui en avaient été la conséquence fut présentée avec une vigueur égale par M. M. Arman, Auguste Chevalier, Pagezy, Émile Ollivier, Jules Simon, Forcade de la Roquette, ministre de l'agriculture, du commerce et des travaux publics, et par M. Rouher. De part et d'autre, même talent, même largeur de vues. La politique commerciale du gouvernement impérial fut envisagée sous tous ses aspects. La discussion ne fut pas bornée aux questions douanières. L'organisation des chemins de fer, le système d'impôts, les spéculations financières y tinrent autant de place que le libre-échange et la prohibition. Les questions de politique générale, de paix et de guerre furent également discutées. Cette extension du champ primitif de l'interpellation était dans la logique des choses. La faiblesse de nos prises intellectuelles nous oblige à considérer isolément chaque affaire d'État: impôts, crédit public, organisation politique, régime économique intérieur, régime douanier, système d'alliances. Mais tous les intérêts d'État sont intimément liés entre eux, et doivent l'être dans les conceptions gouvernementales. Les occasions de discuter la politique générale étaient, d'ailleurs, à la discrétion du gouvernement: le Corps législatif ne pouvait manquer de saisir celle qui lui était abandonnée. Il semble que l'ampleur même du débat jeta quelque confusion dans les esprits et suscita des incertitudes. Cependant, l'ordre du jour fut prononcé à une forte majorité.

Cette discussion, qui méritait une mention spéciale à raison de son importance, ne fut pas la seule. Plus on approchait de l'échéance déterminée par le traité de 1860, plus les discussions devenaient

nombreuses. Le budget, au Corps législatif, les pétitions, au Sénat, fournissaient aux adversaires de la réforme l'occasion, sans cesse épiée, toujours saisie, d'en critiquer le principe ou d'en déplorer les résultats.

Dans ces conditions, le gouvernement consentit en 1870 à une double enquête législative, l'une sur l'industrie, l'autre sur la marine. La première fut commencée le 21 mars, la seconde, le 28 mars 1870. L'une et l'autre furent interrompues par la guerre franco-allemande.

Après les évènements de 1870—1871, deux des principaux acteurs de l'interpellation de 1868, M. Thiers et M. Pouyer-Quertier devinrent, le premier, Président de la République, le second, ministre des finances. Leur élévation au pouvoir ne fut considérée ni par l'un ni par l'autre comme une occasion d'appliquer leurs idées protectionnistes. Pour ces deux patriotes, les préoccupations doctrinales s'effaçaient devant le souci de fortifier les finances de leur pays. Mais il était inévitable que leurs projets porteraient la marque de leurs convictions économiques.

Le gouvernement déposa, le 12 juin 1871, un projet de budget rectificatif de l'exercice en cours, qui contenait un certain nombre de dispositions relatives aux douanes.

Les mesures proposées étaient de trois sortes. Le gouvernement demandait d'abord des relèvements de droits sur le sucre et les cafés, denrées qui de tout temps ont été considérées en France comme matières éminemment imposables. D'un autre côté, les soies, les laines et les textiles végétaux, les peaux, les bois, les graines et fruits oléagineux étaient soumis de nouveau à des droits d'importation; divers droits de sortie devaient être rétablis. Des droits de quai devaient être imposés aux navires de toute nationalité arrivant de l'étranger, ou des colonies et possessions françaises. Enfin, le chef du pouvoir exécutif aurait été autorisé à reconstituer le régime des surtaxes de pavillon et d'entrepôt.

Les dispositions purement fiscales du projet furent accueillies sans difficulté. La commission du budget admit le rehaussement du tarif des sucres et des cafés: elle conseilla même d'augmenter les droits sur d'autres denrées de même nature: cacao, poivre, thé, vins, huiles minérales, etc. Le projet ainsi amendé fut voté par l'Assemblée nationale, presque sans débats, le 8 juillet 1871.

Le gouvernement avait demandé 15 millions de francs aux droits de sortie. La commission du budget, sur les réclamations des

exportateurs, notamment des commerçants en vins et spiritueux, rejeta ce mode de taxation. Le gouvernement renonça à porter la question devant l'Assemblée.

Les propositions relatives à la marine marchande furent complétement transformées par la commission. Un projet fut préparé par elle, qui tendait à restaurer l'ancien système protecteur aboli par la loi de 1866, à l'aggraver même sur certains points. Les surtaxes de pavillon étaient rétablies, sans distinction entre l'intercourse direct et l'intercourse indirect. Une surtaxe de 3 fr. par 100 kg était établie sur les productions des pays hors d'Europe qui ne supportaient pas encore de surtaxe d'entrepôt ou payaient une surtaxe moindre, à leur importation des entrepôts d'Europe. Les droits à l'importation des bâtiments de mer, fixés à 2 fr. par tonneau en 1866, devaient être: pour les voiliers de 40, 50 et 60 fr. suivant qu'ils étaient construits en bois, en bois et fer, ou en fer; pour les vapeurs, des mêmes sommes augmentées des droits sur la machine. Enfin des droits de quai de 0 fr. 50 cent. ou 1 fr. par tonneau suivant les provenances étaient dûs par les navires de tous pavillons qui entreraient dans nos ports, chargés en totalité ou en partie.

L'Assemblée nationale sanctionna ces propositions. Elle exempta néanmoins de la surtaxe de pavillon le guano et les provenances des colonies et possessions françaises. La loi fut votée le 30 janvier 1872.

Elle ne pouvait porter atteinte aux immunités inscrites dans les traités de commerce et de navigation. Les navires de tous les pays contractants, l'Espagne exceptée, restaient donc affranchis de la surtaxe de pavillon pour l'importation directe; à l'importation d'un pays quelconque, les navires de l'Autriche, de la Belgique, de la Hollande, de l'Italie, de la Suède et de la Norvège, du Zollverein, du Portugal, en étaient également exempts. De même, l'effet de la surtaxe d'entrepôt restait en suspens pour le tout ou en partie, à l'égard des pays contractants. Les navires importés des mêmes pays, l'Espagne exceptée, continuaient de payer 2 fr. par tonneau. Seuls les droits de quai pouvaient être immédiatement perçus: mais ils atteignaient le pavillon national comme les pavillons étrangers.

Les immunités auxquelles se heurtait le gouvernement français résultaient surtout du traité conclu avec l'Autriche le 11 décembre 1866. Les conventions antérieures n'avaient concédé l'assimilation du pavillon étranger au pavillon national que pour l'intercourse direct. La loi du 19 mai 1866 ayant prononcé l'abolition de toutes les

surtaxes de pavillon à partir de l'année 1869, les négociateurs français avaient cru pouvoir consentir sans inconvénient à l'inscrire dans le traité. Ce privilège était acquis dès lors aux autres pays contractants en vertu de la clause de la nation la plus favorisée. On avait encore conventionnalisé dans le même traité, le droit de 2 fr. par tonneau de jauge et la franchise des matières destinées aux constructions navales: le bénéfice de ces deux dispositions s'était étendu de la même façon aux autres puissances.

On pouvait espérer que l'Autriche consentirait à un remaniement du traité de 1866. Cette puissance n'était intéressée au maintien de ses privilèges que pour la navigation dans la mer Méditerranée; l'exemption de surtaxe pour l'intercourse indirect dans les autres mers lui importait assez peu, de même que le maintien du droit réduit à l'importation des bâtiments de mer. Le gouvernement français lui demanda de le délier de ses engagements, sauf en ce qui concernait la navigation dans la mer Méditerranée (21 mars 1872).

L'Autriche refusa d'accéder à cette demande fort modérée. Il n'est pas sans intérêt de constater qu'elle obéit aux suggestions des autres puissances et en particulier à la pression de l'Allemagne. On en trouve la preuve dans une dépêche adressée, le 26 avril 1872 par le prince Bismarck au général Schweinitz, représentant de la Prusse à Vienne. Les termes en sont significatifs et doivent être cités. „L'Autriche est le seul pays auquel l'exemption de la surtaxe de pavillon, décrétée d'abord par la loi française du 19 mai 1866, retirée à présent, soit garantie en vertu d'un traité. Tous les pays qui ont le droit de prétendre en France au traitement des nations les plus favorisées — et l'Allemagne est de ce nombre — ne sont donc assurés d'être affranchis de la surtaxe de pavillon, pour les marchandises d'origine étrangère importées par leurs vaisseaux dans des ports français, qu'aussi longtemps que cette disposition contractuelle existe entre la France et l'Autriche. Les armateurs allemands et le commerce allemand sont donc intéressés au plus haut point au maintien de cette disposition."

Le prince Bismarck ajoutait: „Bien qu'il y ait lieu d'espérer que le courant contraire, favorisé par les intérêts issus d'un développement plus large des intérêts commerciaux, reprendra des forces par la suite et tiendra la balance à la tendance rétrograde, il est cependant évident que la renaissance d'une politique libre-échangiste du gouvernement français serait considérablement entravée et retardée,

si le courant actuellement régnant réussissait à rétablir les barrières qui ont été renversées. Car aux barrières construites de nouveau s'appuieraient de nouveaux intérêts industriels, qui verraient dans le retour à une politique commerciale libérale un péril pour leur existence, et qui ajouteraient ainsi de nouvelles forces à l'opposition contre cette politique. Tous les États Européens ont donc un intérêt commun à ce que les traités de commerce conclus à une époque antérieure avec la France conservent leur autorité jusqu'à ce que l'esprit public en France ait traversé la phase actuelle favorable au système protectionniste.“

Cette partie de la dépêche du chancelier faisait surtout allusion à la troisième partie des propositions de M. Thiers consistant à taxer les soies, les laines, et autres matières brutes nécessaires à l'industrie.

Ces propositions soulevèrent de longs débats dans l'Assemblée, elles furent l'occasion de graves incidents politiques et rendirent nécessaires des négociations diplomatiques fort délicates. La question qu'elles avaient posé est demeurée fameuse sous le nom de question des matières premières. Aucune solution pratique ne put lui être donnée. Mais elle a tenu une place considérable dans les préoccupations des hommes politiques de cette époque; le souvenir en a été maintes fois rappelé dans les controverses des années qui suivirent et même du temps présent. A ces divers titres elle mérite d'être exposée avec quelques détails.

Le gouvernement proposait d'appliquer une taxe calculée sur le pied de 20 p. °/o de la valeur aux soies, aux laines, aux cotons, aux lins, aux chanvres, aux jutes, qui entraient en franchise depuis 1860, et de frapper d'un impôt variable, de 20 p. °/o au maximum, les peaux, les bois, les graines et fruits oléagineux, les matières tinctoriales et tous les autres produits bruts que les lois ou les traités de commerce avaient déclarés exempts de droits. Ces tarifications nouvelles devaient rapporter 165 millions. On ne se dissimulait pas que l'imposition de ces matières allait placer l'industrie française dans une situation d'infériorité à l'égard des industries de l'étranger. Mais on comptait équilibrer la concurrence internationale, sur le marché intérieur, en relevant le tarif à l'importation des objets fabriqués avec ces matières, sur les marchés de l'étranger, en accordant aux produits français exportés la restitution des droits perçus sur les matières employées à leur fabrication.

Le projet ne tarda pas à être modifié par le gouvernement lui-

même. Le système du drawback parut, en effet, d'une application trop difficile pour les soies. Dans la fabrication des soieries, les surcharges de teinture étaient devenues extrêmement considérables. L'analyse chimique n'avait pas encore fourni une méthode pratique permettant de dissocier à peu près complètement la fibre soyeuse de la teinture qui y est incorporée et de déterminer, avec une approximation suffisante, les poids respectifs de l'une et de l'autre. On pouvait donc appréhender que les restitutions sur les tissus ne fussent supérieures aux perceptions sur la matière brute. Le gouvernement considéra qu'il valait mieux, dans ces conditions, frapper les soies d'un droit calculé sur le pied de 2 p. °/o seulement, mais non restituable à l'exportation des tissus fabriqués en France.

Cette combinaison sauvegardait les intérêts du Trésor public. Mais le projet ainsi modifié soulevait une grave objection. Le droit de douane allait être de 20 p. °/o sur le coton, la laine, le lin, le chanvre, de 2 p. °/o seulement sur la soie. Le prix des tissus fabriqués avec les premiers textiles, c'est-à-dire de ceux qui servent à la partie de la population la plus nombreuse et la moins aisée devait, en conséquence, augmenter dans une forte proportion. Le prix des soieries, employées par la classe riche, ne devait au contraire subir, sous l'influence des droits, qu'un faible accroissement. Le résultat était choquant. La commission du budget rejeta, pour ce motif, le projet rectifié du gouvernement. Son rapporteur, M. Casimir-Périer, proposa à l'Assemblée (31 août 1871) d'établir sur toutes les matières brutes, une taxe uniforme de 3 p. °/o, non restituable aux exportateurs de tissus. Les objets fabriqués devaient acquitter des droits correspondants. Le produit de ces divers impôts était évalué à 50 ou 60 millions.

Le gouvernement attendait de son projet 165 millions. Il le maintint. La discussion s'ouvrit le 10 janvier 1872 devant l'Assemblée nationale.

M. Tirard prit le premier la parole et combattit à la fois le projet du gouvernement et celui de la commission. L'orateur se montrait très préoccupé des entraves sans nombre que le système des drawbacks devait opposer au d'éveloppement du commerce d'exportation. Il est impossible à la douane, disait-il, de reconnaître promptement la nature et la quotité de chacun des éléments qui composent un objet fabriqué. Elle ne pourrait néanmoins se dispenser de faire cette recherche, sous peine de s'exposer à rembourser plus qu'elle n'aurait reçu. Les véri-

fications longues et minutieuses auxquelles l'intérêt du Trésor l'obligeraient à se livrer, sont incompatibles avec les habitudes et le besoin de célérité du commerce d'exportation. Aussi les industriels préféraient-ils un droit de 3 p. % sans drawback, à un droit de 20 p. % avec drawback. Mais ce droit de 3 p. %, ils l'avaient accepté „comme le voyageur attardé auquel on demande la bourse ou la vie.“ On ne devait pas se dissimuler que l'impôt sur les matières premières allait nous placer dans une situation réelle d'infériorité vis-à-vis des nations voisines, qui admettaient ces marchandises en exemption de droits.

La commission défendit faiblement son rapport et l'intérêt de la discussion se concentra sur le projet du gouvernement.

Comme M. Tirard, les adversaires du projet, M. M. le duc Decazes, Feray, Montgolfier, Scheurer-Kestner, Buffet, etc., critiquèrent vivement le système du drawback. M. M. le duc Decazes et Buffet se demandaient en outre, si nous avions bien le droit de taxer les matières premières tant que dureraient les traités de commerce qui les avaient déclarés exemptes de droits. Le traité du 23 janvier 1860 réservait au gouvernement français la faculté d'imposer des droits de douane aux produits britanniques dont les similaires français viendraient à être soumis à des taxes intérieures (art. 19). La convention complémentaire du 16 novembre 1860 portait, en outre, que si de nouveaux drawbacks étaient accordés à des produits français, les droits de douane sur les produits similaires d'origine ou de fabrication britannique seraient augmentés d'une surtaxe égale au montant de ces drawbacks (art. 3). Ces textes, fort médiocrement rédigés, étaient susceptibles d'une double interprétation. On pouvait penser que la disposition de la convention du 16 novembre était le complément, le développement de la clause du traité primitif. Dans ce système, c'est seulement après avoir établi un impôt intérieur sur les produits nationaux que le gouvernement français pouvait taxer à l'entrée les produits britanniques; l'art. 3 de la convention de novembre avait pour objet de déterminer le montant de la taxe de douane applicable en ce cas: il devait être égal au montant du drawback. On pouvait aussi considérer la clause de la convention de novembre comme indépendante de la clause du traité de janvier, comme se suffisant à elle-même. Dans ce système, il suffisait d'accorder des drawbacks à l'exportation des produits fabriqués français pour avoir le droit de taxer à l'entrée la matière première dont ils étaient faits.

C'est à cette dernière interprétation que s'arrêtait M. Thiers.

Ayant ainsi écarté les objections de l'ordre diplomatique, le Président de la République faisait un tableau saisissant des nécessités financières de la France. Il passait en revue les différentes sources de revenus auxquelles on pouvait demander le supplément de ressources nécessaires à l'équilibre du budget: centimes additionnels, impôt sur le revenu, sur les affaires; il en montrait les périls, les difficultés d'application: l'Assemblée était forcée, d'après l'orateur, de voter les 165 millions demandés aux matières premières si elle ne voulait pas recourir à des taxes bien plus justement critiquables.

Après de longues discussions et bien que le Président eût posé la question de confiance, l'Assemblée nationale adopta, le 19 janvier 1872, une résolution de M. Feray ainsi conçue: „L'Assemblée nationale, réservant le principe d'un impôt sur les matières premières, décide qu'une commission de quinze membres examinera les tarifs proposés et les questions soulevées par cet impôt, auquel elle n'aura recours qu'en cas d'impossibilité d'aligner autrement le budget.“

Le lendemain, M. Thiers adressait à l'Assemblée sa démission de Président de la République. Le parti qui devait le renverser seize mois plus tard, ne se croyait pas encore en situation de prendre la direction des affaires publiques: le parti républicain de son côté eut l'impression très nette des périls que devait faire courir une crise constitutionnelle. L'Assemblée, à une immense majorité, refusa la démission de M. Thiers, „en faisant un nouvel appel à son patriotisme.“

Le gouvernement déposa le 23 janvier un nouveau projet, d'après lequel le produit de l'impôt sur les matières premières était ramené à 126 millions et qui fut renvoyé à la commission de quinze membres instituée en vertu de la résolution du 19 janvier. Après une assez longue enquête dans laquelle furent entendus les représentants de l'industrie, la commission déposa son rapport, le 10 mai 1872. Elle s'était arrêtée à un système composite, transaction entre les droits élevés remboursables et les droits modérés non remboursables. Le coton devait payer 5 p. %, mais devait profiter du drawback; la laine, la soie, le lin, le chanvre, le jute devaient supporter des taxes de 2 à $2^1/_2$ p. %, sans drawback à l'exportation. Le tarif proposé devait rapporter 93 millions, lorsque nous serions dégagés de nos obligations conventionnelles à l'égard des autres puissances, soit par le terme des traités, soit par l'effet de négociations spéciales. Sur ces 93 millions, 18 ne pouvaient être perçus qu'à l'expiration des traités

avec l'Angleterre et la Belgique, 33 à l'expiration des autres traités. Les articles au sujet desquels nous n'avions pas d'engagements pouvaient donner 42 millions. Mais à leur égard notre liberté n'était qu'apparente. Nous avions, par exemple, la faculté de taxer les cotons d'Amérique et d'Égypte; mais nous n'en pouvions user sans compromettre le sort de nos établissements industriels, tant qu'il nous était interdit de frapper d'une surtaxe correspondante les filés et les tissus de coton de l'Angleterre et de la Belgique. Il était bien peu probable que le gouvernement commit une pareille faute. Mais l'Assemblée tînt à lui en ôter les moyens: sur la proposition de M. Pouyer-Quertier[1] elle adopta un article additionnel portant „qu'aucun droit ne pourrait être perçu sur des matières premières utiles à l'industrie, avant que des droits compensateurs équivalents aient été établis sur les produits étrangers fabriqués avec des matières similaires". Parmi les autres modifications introduites au cours de la discussion, il convient de signaler la réduction, sur un amendement de M. Tirard, du drawback des cotonnades, trop largement calculé par la commission. La loi fut votée le 26 juillet 1872.

Comme l'a fait justement remarquer M. Amé[2], l'adoption de l'amendement de M. Pouyer-Quertier enlevait à la loi toute importance économique et fiscale jusqu'à la revision de nos derniers traités. Le Président de la République devait y trouver une base de négociations plutôt qu'une ressource financière appréciable.

Des négociations avaient été engagées avec l'Angleterre dès le 17 juillet 1871. Le gouvernement français demandait au cabinet britannique d'introduire, par voie conventionnelle, un certain nombre de remaniements dans le tarif de 1860. Il fondait sa demande sur les nécessités financières: il invoquait aussi l'intérêt des industriels français, notamment des filateurs et des tisseurs. Le premier argument fut admis sans difficulté par le gouvernement britannique. C'était se faire une étrange illusion que de le supposer sensible au second. La prétention d'instituer un supplément de protection pour nos industries textiles ne pouvait que produire une impression défavorable en Angleterre. On se rappelle les répugnances de Richard Cobden pour les traités de commerce. Pour l'école de Manchester, le traité de 1860

[1] M. Pouyer-Quertier venait d'être remplacé au ministère des finances par M. Léon Say.

[2] Étude sur les tarifs de douane et sur les traités de commerce. Paris, 1876. T. II, p. 297.

était un pis-aller: on l'avait accepté parcequ'il constituait un progrès sur l'état de choses antérieur. Un retour en arrière devait paraître inadmissible aux partisans de la liberté commerciale. L'un des plus illustres, M. Gladstone, était précisément premier ministre en 1871: ses convictions économiques ne le disposaient pas à accueillir l'argument protectionniste de M. Thiers. L'opinion publique anglaise devait encourager ses répugnances doctrinales. M. Amé qui, par les fonctions qu'il occupait à cette époque et par sa situation personnelle, était à même d'être bien informé, a écrit depuis[1] que "l'on se fut probablement vite entendu si le gouvernement français s'était contenté tout d'abord de la faculté d'imposer les matières premières et d'appliquer aux fabrications correspondantes des droits strictement compensateurs." Après sept mois de pourparlers, le cabinet britannique, par une note du 24 février 1872, nous contesta la faculté de taxer les matières brutes importées de l'étranger, si nous ne soumettions pas à des droits égaux les productions françaises similaires.

M. Thiers avait déjà demandé à l'Assemblée nationale l'autorisation de dénoncer les traités avec l'Angleterre et avec la Belgique. Une loi avait été votée à cet effet. Les deux traités furent dénoncés, le premier à la date du 10 mars, le second le 15 mars. Le gouvernement français se déclarait disposé à entamer immédiatement de nouvelles négociations.

Les pourparlers furent repris après le vote de la loi du 26 juillet. La disposition introduite dans cette loi sur la proposition de M. Pouyer-Quertier plaçait le gouvernement français dans une situation fort embarrassante. En effet, les droits sur les matières premières ne devaient être applicables qu'au moment où les produits étrangers fabriqués avec ces matières pourraient être taxés. Nous avions recouvré notre liberté à l'égard de l'Angleterre et de la Belgique; mais nous étions toujours engagés vis-à-vis des autres pays: Autriche, Italie, Suisse, Pays-Bas, Suède et Norvège, Espagne, Portugal. Avec cette dernière puissance, le traité n'expirait que le 15 juillet 1879. Il fallait donc négocier. M. Thiers espérait que l'Angleterre nous prêterait ses bons offices et peserait sur les autres pays contractants pour les déterminer à nous rendre notre liberté. Pour se la concilier, il prit l'engagement de ne pas augmenter les taxes établies sur les matières premières par la loi

---

[1] Étude sur les tarifs de douane et sur les traités de commerce. Paris, 1876. T. II, p. 301.

du 26 juillet: il en réduisit même un certain nombre, abandonnant ainsi une partie des 93 millions de ressources qu'il avait jugées indispensables. La marine anglaise était exempte de surtaxe de pavillon non seulement jusqu'au 1er janvier 1877, terme de notre convention avec l'Autriche, mais jusqu'au 15 juillet 1879, date de l'expiration du traité avec le Portugal. Le droit de 2 fr. par tonneau de jauge était rétabli pour les navires de mer de construction britannique. La convention fut signée le 5 novembre 1872.

Un autre traité fut signé avec la Belgique le 5 février 1873. Comme il fallait s'y attendre, on avait dû faire à ce pays des concessions supplémentaires.

Il est infiniment probable qu'au cours des négociations sucesssives á l'issue desquelles était subordonnée la mise en vigueur effective de la loi du 26 juillet 1872, le gouvernement français aurait été conduit à abandonner une à une la plupart des perceptions nouvelles et à démolir pierre par pierre l'édifice fiscal qu'il avait si laborieusement construit. Mieux valait renoncer, sans plus de délai, à poursuivre une œuvre impossible et abroger la loi du 26 juillet. C'est ce qui fut fait, conformément à l'avis du Conseil supérieur de l'agriculture et du commerce, après la chute de M. Thiers au 24 mai 1873, par une loi du 26 juillet suivant. Trois jours auparavant, le 23 juillet, deux conventions avaient été signées avec l'Angleterre et la Belgique, qui remettaient en vigueur le régime de 1860. Elles furent votées le 29 juillet.

La convention avec l'Angleterre faisait à cette puissance une concession nouvelle[1] en matière de navigation. Jusqu' alors, les conditions faites au pavillon britannique n'étaient autres, en règle générale, que celles de l'ancien traité du 26 janvier 1826: les marchandises importées par navires britanniques n'étaient exemptes de la surtaxe de pavillon que si elles provenaient directement de la Grande-Bretagne ou de ses possessions européennes. Désormais, elles en étaient affranchies quelles qu'en fussent la nature ou l'origine. Les nouvelles surtaxes de pavillon établies par la loi du 30 janvier 1872 furent abolies par une loi du 28 juillet 1873.

Le seul résultat des laborieux efforts de M. Thiers était donc

---

[1] Une autre concession était relative au régime des huiles minérales d'origine anglaise, dont le droit était fixé, à dater du 1er janvier 1874, à 5 p. % de la valeur non compris le droit intérieur de consommation.

l'établissement de droits de quai. Il fallait cependant trouver des ressources pour équilibrer le budget. Parmi les lois votées à cet effet, nous signalerons parce qu'elle sse rattachent à notre matière, celles du 29 décembre 1873, sur les huiles minérales, du 30 décembre 1873 portant établissement de taxes d'accise et de douanes sur les savons, l'acide stéarique et les bougies et de droits additionnels de 5 ou de 4 p. $^0/_0$ sur tous les impôts indirects, enregistrement, contributions indirectes et douanes; citons encore les lois du 21 mars 1874 relative à la perception des droits sur le sel contenu dans les viandes salées, du 17 juillet 1875 portant établissement d'un impôt sur les vinaigres et sur l'acide acétique, du 30 décembre 1875 sur les sucres.

III.

Les conventions signées en 1873 avec l'Angleterre et avec la Belgique devaient expirer, la première le 30 juin, la seconde le 10 août 1877.

Le 7 avril 1875, le C^{te} de Meaux, ministre de l'agriculture et du commerce, adressa une circulaire aux chambres de commerce et aux chambres consultatives des arts-et-métiers, dans laquelle étaient posées notamment les questions ci-après : quels avaient été les résultats des traités de 1860? Les droits de douane devaient-ils être fixés par un tarif général autonome ou par des conventions internationales? Devaient-ils être spécifiques ou *ad valorem*?

47 chambres de commerce et 15 chambres consultatives des arts-et-métiers se prononcèrent pour le renouvellement des traités de commerce, mais la majorité d'entre elles se montrait hostile à la clause de la nation la plus favorisée; 14 seulement demandèrent que le tarif des douanes résultât uniquement de la loi. Parmi les premières se trouvaient Paris, Lille, Marseille, Reims, Bordeaux; parmi les secondes, Rouen, Tourcoing, Roubaix. 38 préféraient les droits spécifiques; 12 admettaient les droits *ad valorem*. La plupart émettaient le vœu qu'avant d'engager de nouvelles négociations commerciales, on revisât le tarif général.

La revision du tarif général était indispensable. Les dispositions en remontaient aux époques les plus diverses. On y trouvait indiqués, comme titres de perception, la loi de 1791, des lois de l'an V, des décrets du 1er Empire, la loi de 1816 et d'autres lois datant de la Restauration, du Gouvernement de juillet, du second Empire. Un très grand nombre de prohibitions continuaient d'y

figurer, comme avant la conclusion des traités. Plein d'anachronismes et d'incohérences, il était à remanier tout entier.

L'œuvre fut confiée au Conseil supérieur de l'agriculture, du commerce et de l'industrie. Il se réunit le 23 mai 1876, sous la présidence de M. Teisserenc de Bort, ministre de l'agriculture et du commerce, en présence du ministre des finances, M. Léon Say et du ministre des affaires étrangères, M. le duc Decazes, et prépara un projet de tarif général ayant pour base le tarif conventionnel résultant des traités de commerce alors en vigueur.

Sur un autre point, le gouvernement se conformait aussi à l'opinion qu'avait exprimée la majorité des chambres de commerce. Le système des droits ad valorem était abandonné, du moins en règle très générale. Presque tous les nouveaux droits étaient spécifiques.

La plupart des droits de l'ancien tarif général et beaucoup de ceux de l'ancien tarif conventionnel étaient également spécifiques. Ce dernier comprenait cependant des tarifications à la valeur assez nombreuses.

Quand les deux gouvernements de la France et de l'Angleterre avaient posé, dans le traité du 23 janvier 1860, les bases du futur régime conventionnel, il était dans leurs intentions que les droits applicables en France à l'importation des produits anglais fussent des droits spécifiques: une convention supplémentaire devait fixer, pour chaque marchandise, le montant du droit applicable à la pièce, à l'unité de longueur, de surface, de volume, de poids, qui serait reconnue correspondre aux taux de 30 % et de 25 % de la valeur inscrits dans la première convention. Des commissaires furent nommés de part et d'autre pour procéder à cette opération. Ils ne purent se mettre d'accord sur la valeur véritable de certaines marchandises: poteries et faïences fines, porcelaines, gobeleterie, linge de table, coutils, passementerie, rubanerie, bonneterie et broderies de lin, tissus de coton imprimés, brillantés, façonnés etc., dentelles, couvertures, bonneterie, passementerie, rubanerie de coton, etc., tissus de laine, carton coupé, ouvrages en peau ou en cuir, horlogerie, coutellerie, meubles et ouvrages en bois non dénommés, instruments de musique, vannerie, carrosserie, tabletterie, éventails, brosserie, boutons, bimbeloterie, etc. . . . Les espèces, les types et par suite les prix de ces divers genres de produits sont très variés: d'autre part, les sortes anglaises étaient mal connues sur le marché français d'où les avaient exclues jusqu'alors les prohibitions et les droits prohibitifs. Les di-

vergences furent très grandes dans les évaluations produites par les représentants de chacune des deux nations.

On était cependant pressé de conclure. Il fallut renoncer à fixer par une seule et même convention, les tarifs spécifiques applicables à tous les produits anglais. Au lieu d'une convention unique, on décida de conclure successivement trois conventions séparées, embrassant: la première, les fers, les fontes, les aciers, et les ouvrages en métaux, machines, outils et mécaniques de toute espèce; la seconde, les fils et tissus de lin et de chanvre; la troisième, tous les autres produits d'origine et de manufacture britanniques énumérés dans l'article 1er du traité du 23 janvier 1860 (article additionnel du 27 juin 1860). La convention relative aux métaux fut signée le 16 octobre 1860. Une seconde convention, du 16 novembre suivant, fixa le tarif des fils, de certains tissus, et d'un assez grand nombre d'autres marchandises à l'égard desquelles l'accord s'était fait ou que la France consentait à recevoir en exemption de droits. Il ne fut pas signé d'autre convention et les marchandises énumérées plus haut restèrent soumises à des taxes ad valorem. C'est sous cette forme qu'elles furent également tarifées dans les autres traités conclus par la France.

Les divergences qui s'étaient produites au sujet de la détermination de la valeur de ces marchandises, entre les négociateurs français et britanniques, ne pouvaient manquer de se renouveler entre les importateurs et la douane. Des difficultés surgirent; la convention franco-britannique du 23 juillet 1873 stipula que la procédure relative aux expertises serait revisée. Un arrangement fut conclu sous forme de déclaration, le 24 janvier 1874[1]. Cette déclaration fut approuvée par décret du 5 mars suivant. Des décrets ultérieurs en étendirent l'application, sous certaines réserves, à la Belgique, à la Suisse, à l'Allemagne, aux Pays-Bas, à l'Autriche-Hongrie, aux Royaumes-unis de Suède et Norvège, conformément au désir manifesté par ces diverses puissances. Il parait certain qu'en dépit des mesures prises pour contrôler la sincérité des déclarations de valeur, de nombreuses et importantes fraudes étaient commises par les importateurs. M. Amé rapporte que les principaux négociants de Bradford auraient offert,

---

[1] A la même date, une convention fut signée entre la France et l'Angleterre pour régler les formes à suivre en cas de dissentiment entre l'importateur et la douane française sur la dénomination, l'origine et la classe d'après laquelle les marchandises devaient acquitter les droits.

pour seconder les démarches faites par leur gouvernement en vue d'obtenir le maintien des droits ad valorem en France et en Italie, „de contracter l'engagement de ne plus délivrer de doubles factures, l'une pour l'acheteur de la marchandise, l'autre pour la douane étrangère." — „C'est un aveu intéressant à recueillir," remarque l'auteur; „ce n'est pas une garantie. En pareille matière, en effet, les obligations sont essentiellement personnelles, et les manufacturiers les plus résolus à ne pas renouveler les manœuvres frauduleuses dont ils s'accusent aujourd'hui ne sauraient lier leurs confrères de Bradford ou d'ailleurs[1]." M. Amé estimait à plusieurs millions le dommage annuel causé par ces fraudes au Trésor public. On comprend que le gouvernement accédât volontiers au désir du commerce français de voir supprimer, avec ce mode de taxation, les fraudes qui le dépouillaient d'une partie de la protection que les conventions avaient entendu lui garantir.

Le projet de tarif élaboré par le Conseil supérieur du commerce et de l'agriculture était extrêmement modéré. On a vu que le Conseil avait pris pour base le tarif conventionnel résultant des traités en vigueur. C'était admettre implicitement que les taxes conventionnelles alors perçues constituaient un maximum sur lequel des concessions nouvelles pourraient être faites au cours des négociations. Avant de soumettre le projet au Parlement, le Ministre du commerce, M. Teisserenc de Bort, le modifia légèrement. Il ajouta, pour les denrées coloniales, aux droits du tarif conventionnel la majoration de 24 p. % du tarif général. Il proposa de rétablir des droits sur un certain nombre de matières admises en franchise, notamment sur le coton. La dissolution de la Chambre des députés, après le 16 mai, rendit caduc le projet dont elle avait été saisie.

A l'issue de la crise constitutionnelle, le 21 janvier 1878, un nouveau projet fut soumis à la Chambre par M. Teisserenc de Bort. Le tarif proposé était plus élevé que celui du projet de l'année précédente. Pour un assez grand nombre d'articles, on avait augmenté les droits du tarif conventionnel, en les inscrivant dans le nouveau tarif général, des deux décimes de guerre et de la taxe additionnelle de 4 p. % dont était majoré le tarif général en vigueur. Le gouvernement n'entendait pas cependant répudier les idées de protection modérée et de libre échange partiel qui avaient prévalu depuis 1860; s'il avait rehaussé

[1] Op. cit., t. II, p. 536.

les droits, c'est qu'une réaction protectionniste se dessinait en Europe: en majorant de 24 p. $^0/_0$ les droits de l'ancien tarif conventionnel pour en former le nouveau tarif général, il voulait donner une arme à nos négociateurs, et leur fournir le moyen de ne pas aller au delà des concessions déjà faites et d'en obtenir le légitime équivalent.

Il ne s'agissait plus, on le voit, de consentir des réductions sur les tarifs en vigueur, mais de maintenir le statu quo. Cette perspective ne suffisait pas aux protectionnistes, qui réclamaient des taxations plus élevées particulièrement sur les fils et tissus. Une campagne parfaitement réglée fut ouverte dans les Chambres et dans le pays. Les circonstances étaient favorables. Depuis quelques années, l'industrie du monde entier souffrait d'un mal étrange, dont les économistes et les hommes d'État pénétraient difficilement les causes, mais dont les résultats fâcheux étaient indéniables: la baisse générale des prix. Les premières manifestations du phénomène dataient de 1874. Depuis lors, la baisse allait toujours s'aggravant. En Angleterre, on inclinait à croire qu'elle était due à un enchérissement de l'or. Ailleurs on y voyait le résultat d'une surproduction générale. Nous pensons, avec M. de Foville[1], qu'elle tenait surtout à la réduction des prix de revient sous l'influence de la transformation des moyens de transport et de l'application des moteurs mécaniques à l'industrie. Si telle en était la cause, ce phénomène, dont l'action s'est fait sentir dans les prix jusqu'à ces dernières années, doit être considéré comme un fait heureux. Mais les résultats bienfaisants qu'on en devait attendre, ne pouvaient se produire qu'après l'établissement définitif du niveau inférieur des prix. Pendant la période transitoire, l'industrie ne pouvait qu'être cruellement éprouvée. On fabriquait avec des matières achetées dans les hauts cours; la baisse des produits fabriqués annulait le bénéfice espéré; la baisse des matières premières entamait les capitaux de roulement.

Le 30 novembre 1877, le Sénat avait nommé une commission de 18 membres chargée de faire une enquête sur les souffrances du commerce et de l'industrie et sur les moyens d'y porter remède. Le président de cette commission fut M. Pouyer-Quertier, le promoteur de la taxation des matières premières en 1872. De son côté, la Chambre avait renvoyé le projet de tarif à une commission de 33 membres (19 mars

---

[1] Voir notamment, Nouveau dictionnaire d'économie politique, V° Prix.

1878). Cette commission ouvrit à son tour une grande enquête, qui dura du 3 avril 1878 au 5 mars 1879. Pendant ce délai d'une année, tous les intéressés eurent la faculté de faire entendre leurs observations, d'exposer à loisir, mais publiquement et contradictoirement, les conditions faites à l'agriculture, à l'industrie, à la consommation par l'œuvre de 1860, d'appuyer ou de combattre, au grand jour et sous le contrôle de l'opinion, les tarifications proposées par le gouvernement.

Le rapport général sur le projet de tarif général, rédigé par M. Malézieux, fut déposé sur le bureau de la Chambre, le 20 décembre 1879. La commission avait majoré, sur beaucoup de points, les propositions du gouvernement.

La discussion fut ouverte le 31 janvier 1880, par M. Tirard, ministre de l'agriculture et du commerce. M. Tirard tenait à exposer, dès la première heure, les vues économiques auxquelles il était attaché et à faire connaître, très nettement, dans quelle mesure il s'associait aux propositions faites par son prédécesseur[1]. Le gouvernement prenait ainsi, comme il convient, la direction du débat. Après avoir retracé à grands traits l'histoire de la politique commerciale de la France, le ministre montrait que la réforme de 1860 était l'accompagnement obligé, le corollaire forcé de la transformation des moyens de transport. „A quoi servirait-il de dépenser des sommes énormes pour percer des montagnes, jeter des ponts sur les fleuves, si après avoir fait tous ces travaux qui provoquent l'importation des marchandises étrangères, on les arrête par des barrières de douane . . . Tout à l'heure, on vous proposera des droits pour empêcher les marchandises de venir d'Italie. Vous avez un moyen plus simple de les arrêter, c'est de fermer le tunnel du Mont-Cenis et d'obliger ainsi les marchandises à passer par dessus la montagne. Alors vous n'aurez pas besoin de droits. Vous allez vous efforcer de vaincre la nature, dépenser des centaines de millions, et quand vous arrivez à récolter le fruit de ces travaux, vous dites aux marchandises: vous n'entrerez pas! Quelle contradiction!" L'orateur discutait ensuite les effets du régime de 1860 sur la situation de nos principales industries: de l'industrie cotonnière, dont l'un des représentants les plus autorisés M. Claude (des Vosges) demandait simplement, en 1876, le maintien du tarif de 1860; de l'industrie métallurgique, qui, devant le Conseil supérieur,

---

[1] M. Tirard était chargé du département de l'agriculture et du commerce depuis le 5 mars 1879.

avait accepté une diminution sur les droits du tarif conventionnel; de l'agriculture, qui souffrait sans doute de l'inclémence des saisons depuis deux années, mais qui avait vu croître le prix du bétail et vendait son blé plus cher qu'au temps de l'échelle mobile. Il demandait à la Chambre de ne pas revenir en arrière, de conserver le statu quo. Passant à la question des traités de commerce, le Ministre établissait que nous importons surtout des objets d'alimentation et des matières premières tandis que nous exportons surtout des objets fabriqués; en ce qui concernait spécialement nos relations avec l'Angleterre, nous lui vendions 1 milliard de produits et nous lui en achetions 500 millions seulement: voilà comment l'Angleterre nous inondait et nous ruinait: tel était le résultat des traités de commerce. Le Ministre déclarait hautement qu'il était décidé à faire des traités, qu'il ne laisserait pas amoindrir entre ses mains la prérogative constitutionnelle du gouvernement. Enfin, M. Tirard faisait le tableau de la prospérité du pays, le montrait plein de sève et de vigueur, en dépit des désastres immérités, des charges effroyables qu'il avait supportées, et s'indignait qu'on représentât ce peuple si vivant, si plein de ressources, si riche, comme succombant sous le poids de la concurrence étrangère.

M. Méline, l'un des rapporteurs de la commission, répondit à M. Tirard. L'orateur „ne répudiait rien de ce qu'il y a de vrai dans les idées de liberté commerciale;“ il convenait que le régime antérieur à 1860 était „un régime absolument restrictif qui procédait de la prohibition ou de la protection exagérée;“ il admettait le système des traités de commerce, sans dissimuler ses préférences pour un système de tarifs autonomes et à double base, comportant „un tarif minimum et un tarif maximum“. Mais il lui paraissait qu'on était allé trop loin dans la voie du libre échange: la preuve en résultait pour lui de ce fait que, pendant les dix-sept années postérieures au traité de 1860, la somme de nos exportations avait été inférieure de 270 millions de francs au montant total de nos importations. Le commerce d'exportation, dont l'orateur ne méconnaissait pas les grands avantages, ne s'était donc pas développé comme on l'avait espéré: il avait moins progressé que de 1849 à 1859. Livrer le marché intérieur à l'étranger, n'était-ce pas lâcher la proie pour l'ombre? M. Méline pensait que la France était arrivée au maximum de l'effort dont elle était capable. Son agriculture, son industrie étaient menacées. La situation des industries textiles, de celle du coton en particulier, lui paraissait singulière-

ment compromise : la concurrence anglaise, favorisée par les concessions qu'avait imposées aux négociateurs de 1860 la volonté personnelle du souverain, devait à bref délai contraindre les manufacturiers français, surchargés d'impôts, à réduire le seul élément de leurs frais généraux qui fut encore réductible, le seul auquel ils n'eussent pas encore touché: les salaires. M. Méline était convaincu que, dans une chambre française, personne ne pourrait se résoudre à provoquer des abaissements de salaires.

M. Guyot railla la prétention émise par la commission de fixer les droits d'après la situation particulière de chaque industrie. Elle avait voulu apprendre toutes les industries, pénétrer les secrets de fabrication, déterminer les prix de revient. „Combien les constructions? les briques? le fer? combien la main d'œuvre? combien les impôts? combien les machines? etc. etc., en France et de l'autre côté de la Manche? Comme s'il était possible d'établir une moyenne en pareille matière.“ Il montrait que la répercussion des droits pouvait déjouer les savantes combinaisons du tarif, que la taxation du cinquième quartier, par exemple, en nuisant à la tannerie, causerait un tort grave à la sylviculture que l'on entendait cependant protéger. Il suppliait la Chambre de ne pas porter une main imprudente sur cet organisme compliqué, mal connu, qui produit la vie économique d'un peuple et de ne pas s'exposer à y apporter, sous prétexte d'améliorations problématiques, une perturbation irrémédiable peut-être, redoutable à coup sûr.

M. Louis de Kerjégu prit ensuite la parole au nom des intérêts de l'agriculture dont il reprochait à M. Tirard et même à M. Méline d'avoir fait trop bon marché. Il se montrait effrayé de la concurrence des États-Unis dont les exportations allaient „devenir une lave immense qui nous étoufferait si on ne lui barrait le passage.“ On donnait assistance à l'industrie. L'agriculture était en droit de réclamer de semblables faveurs.

Après une dissertation trop abstraite de M. Sourigues en faveur du libre-échange et un discours très touffu de M. Gaudin dans le sens opposé, M. Pascal Duprat discuta, non sans verdeur et avec infiniment d'esprit, les origines du mouvement protectionniste; il rappela que la liberté commerciale avait eu, dès avant 1860, d'ardents protagonistes parmi les plus chauds promoteurs de la liberté politique. Les industries cotonnière, houillère et métallurgique lui semblaient prospères: les dividendes distribués aux actionnaires l'indiquaient. L'intérêt des

ouvriers? n'était-il pas attaché à la modération des tarifs? Les salaires augmenteraient peut-être; mais les objets de consommation ne renchériraient-ils pas davantage? L'effet naturel des tarifs est de faire hausser le prix de toutes choses, d'accroître les difficultés de la production. C'est le rebours du progrès économique, la condamnation des entreprises gigantesques de travaux publics par lesquels on s'efforce de rendre moins couteuses les opérations du commerce et de l'industrie. Enfin, les tarifs étaient une source de privilèges. „Les privilèges économiques s'associent parfaitement avec les privilèges politiques. Mais que nous républicains, en possession d'institutions républicaines basées sur le suffrage universel, nous allions fortifier les privilèges économiques, les encourager! . . Ah! prenons y garde! — Il ne faut jamais laisser subsister de privilèges dans les lois d'une République, si l'on ne veut s'exposer dans l'avenir à de terribles mécomptes!"

M. Guichard, M. le comte de Roys présentèrent de nouveau les doléances de l'agriculture. M. des Rotours parla dans le même sens et combattit le système des traités de commerce.

M. Keller reprochait également au projet d'avoir absolument sacrifié l'agriculture. Il affirmait que le monde entier se révoltait contre le système économique dans lequel la France avait, en 1860, entraîné les autres puissances: l'Allemagne, l'Italie, les États-Unis avaient en particulier relevé leurs tarifs. Les dividendes cités par M. Pascal-Duprat ne seraient par seulement réduits par la suppression des droits d'entrée; ces industries si florissantes seraient tuées. Enfin l'orateur demandait qu'il ne fût pas conclu de traités de commerce.

M. M. Richard Waddington et Allain Targé passaient en revue la situation de nos principales industries et signalaient les périls de la concurrence anglaise et américaine. Quand notre outillage, nos voies de communication seraient complétés et améliorés, nos tarifs de chemins de fer refondus, les impôts allégés, les octrois supprimés ou tout au moins réduits, on pourrait faire un pas de plus dans la voie du libre échange. Jusque là il serait souverainement imprudent de réduire le tarif général, comme le proposait le gouvernement, au dessous des chiffres adoptés par la commission.

M. Rouvier exposa l'opinion de la minorité considérable qui, dans la commission, avait combattu le rehaussement des droits. Au principe de la protection du travail national, affirmé par M. Méline, il opposait ce principe, „incontestable surtout dans une démocratie:

qu'on ne doit l'impôt qu'à l'État." Il discutait les chiffres du rapporteur, montrant que nos exportations n'avaient pas diminué en poids, si elles s'étaient réduites en valeurs. La diminution n'était qu'apparente et tenait à la baisse des prix, que M. Rouvier considérait comme un phénomène bienfaisant. Il contestait également les doctrines de M. Méline, et en particulier s'attachait à réfuter les considérations que son contradicteur avait tirées de la balance du commerce. M. Rouvier se déclarait libre-échangiste sans restriction. Pour lui „les droits de douane étaient un impôt anti-démocratique, un véritable anachronisme, un impôt sur les découvertes de la science et la trop grande facilité des transports". Il n'en demandait pas l'abolition, tenant compte de ce fait que depuis 1870, 700 millions d'impôts nouveaux avaient été créés. Mais il suppliait la Chambre de ne pas faire „un mouvement en arrière" et de ne pas „prêter la main à une réaction économique".

M. Méline, prenant de plus en plus la position de principal rapporteur de la commission des douanes, crut devoir monter une seconde fois à la tribune. Il affirma que le tarif présenté par la commission avait dans sa pensée le caractère d'un tarif maximum, sur lequel des réductions pourraient être faites soit par voie législative soit par voie de traités. Les droits proposés par la commission, précisément parcequ'ils étaient rehaussés, comportaient une marge plus grande pour les modérations conventionnelles: la tâche de nos négociateurs en serait facilitée. Au surplus, les droits étaient inférieurs à ceux des tarifs des États-Unis, de la Russie, de l'Espagne, du Portugal. Revenant sur l'argument qu'il avait tiré de la balance du commerce, il demandait comment l'excédent de nos importations pouvait être réglé au moyen du bénéfice réalisé sur nos exportations, celles-ci ayant diminué tandis que celles-là grandissaient. Le droit de douane n'était pas perçu par l'industriel pour son propre compte, mais pour le compte de l'État, puisque l'industriel ne reçoit du consommateur que le montant de ce qu'il a déjà payé au Trésor public. Enfin, l'exemple de l'Angleterre où les patrons avaient dû réduire les salaires, celui des États-Unis où les salaires étaient notablement plus élevés sans que les choses de consommation y fussent aussi coûteuses qu'on le disait, montraient bien que les intérêts des ouvriers étaient étroitement attachés au système de la protection.

M. Tirard prit une seconde fois la parole. Faisant abstraction des doctrines, il se plaça sur le terrain solide des faits, précisant les

questions, discutant les solutions possibles avec le sens pratique de l'homme d'affaires et la hauteur de vues de l'homme de gouvernement. Il examinait d'abord la situation de l'agriculture. Si des droits de douane étaient demandés sur les produits agricoles, c'était évidemment pour écarter les produits étrangers. Les agriculteurs pouvaient-ils prendre l'engagement de fournir à la population française tout le blé et toute la viande nécessaires à son alimentation? Pensaient-ils que si la hausse des prix se produisait, il n'en résulterait pas une réduction dans la consommation de ces denrées? Assurément non; leurs représentants l'avaient reconnu eux-mêmes, puisqu'ils avaient renoncé à demander un droit sur le blé. Pouvait-on taxer du moins, la laine, les peaux, les soies, en un mot les produits agricoles qui servent de matière première aux industries? Nullement. Sous peine de ruiner nos industries d'exportation, il faudrait leur accorder des drawbacks ou le bénéfice de l'admission temporaire. Le système avait été jugé et condamné en 1873 par l'Assemblée nationale. — Le ministre montrait que les difficultés de la protection industrielle n'étaient pas moindres. Protéger l'industrie est fort bien. Mais laquelle protéger? Car on ne peut favoriser l'une sans nuire à l'autre. Faut-il enrichir la filature de coton aux dépens du tissage? On objecte que l'on peut concéder au tisseur le drawback ou l'admission temporaire. Mais les inconvénients, les vices même de ces institutions sont indéniables. Au surplus, pour que le système protecteur fût véritablement efficace, il faudrait que le tarif variât sans cesse avec les variations de la mode, les découvertes des inventeurs; ou bien, il faudrait changer la législation des brevets: au lieu d'encourager les inventeurs, les proscrire, relever pour eux la Bastille. On avait parlé de la différence des charges qui grèvent la production en France et dans les pays voisins. Mais il n'avait pas été tenu compte de tous les éléments de l'impôt dans ces comparaisons. En présence de la crise industrielle et agricole qui sévissait dans le monde entier, le gouvernement avait jugé téméraire de faire une expérience plus complête du libre-échange. Mais il estimait qu'il était sage, puisque l'industrie française n'avait pas périclité, puisque malgré tout le pays s'était enrichi, de ne pas changer son régime économique dans un sens protecteur.

M. Martin Nadaud protesta contre les dépositions des manufacturiers qui n'avaient pas craint de déprécier la valeur de l'ouvrier français, de le déclarer inférieur en énergie, en sobriété, en habileté

aux ouvriers étrangers. M. Viette soutint, avec une verve caustique, que les industries libre-échangistes acceptaient fort bien la protection pour elles-mêmes et ne demandaient la liberté que pour les autres.

La discussion générale fut close par un discours de M. Rouher. Après avoir exposé l'historique du traité de 1860, l'orateur examina la situation de la fortune de la France et la structure du régime économique constitué par les réformes auxquelles il avait pris une si large part. Abordant la question de la balance du commerce, il interrogea le mouvement des importations de matières premières, celui des importations et des exportations de produits fabriqués, décrivit le système des compensations internationales. Enfin il compara la situation de la France, au point de vue des charges fiscales, à celle des pays voisins. Sa conclusion fut qu'il fallait renouveler les traités de commerce, dans un intérêt économique et social, dans l'intérêt de la paix, de la situation de la France en Europe, et que le gouvernement aurait d'autant plus de facilités dans ses négociations que le tarif général serait plus modéré.

La discussion des articles commença le 4 mars 1880 et se termina le 4 juin suivant.

Le rapporteur général de la commission du Sénat fut M. Pouyer-Quertier, qui avait été le président de la commission sénatoriale d'enquête sur les souffrances du commerce et de l'industrie et qui venait de faire une campagne de conférences contre le régime de 1860 avec l'ardeur, la verve intarissable, la bonne humeur communicative, le talent dialectique, l'art d'exposer les données statistiques et même de les accomoder à ses vues, qui lui donnaient une extraordinaire action dans les réunions publiques et captivaient, dans le Parlement, l'attention de ses adversaires les plus décidés. Le choix de M. Pouyer-Quertier indique suffisamment quelles opinions économiques prévalaient dans la Chambre haute.

Le président de la commission des douanes, M. Feray, le grand industriel d'Essonnes, déclara cependant que personne n'avait l'idée de ramener le pays à l'état antérieur à 1860. Il s'agissait seulement d'amender le régime inauguré par les traités, en tenant compte des charges de la guerre et des tendances protectionnistes qui se manifestaient dans les autres États de l'Europe et aux États-Unis.

Après M. Feray, le Sénat entendit successivement les 14, 15 et 16 février 1881, M. M. Fresneau, Foucher de Careil, Dufournel, Gaston Bazille, Claude, Joseph Garnier, Tolain. La question agricole

formait le fond de la plupart de ces discours. Le ministre du commerce ne prit pas tout d'abord la parole, comme il l'avait fait à la Chambre. L'observation en fut faite. Il répondit que les conclusions du rapport général lui avaient paru en contradiction avec les développements que ce document contenait: il attendait les explications de M. Pouyer-Quertier. M. Tirard faisait allusion aux promesses faites aux agriculteurs par les industriels, dans la campagne de conférences menée par M. Pouyer-Quertier, et à l'exposé fait par le rapport général de l'état précaire de l'agriculture, dans l'intérêt de laquelle cependant il ne proposait pas de droits sur les céréales. Le ministre n'était pas partisan de ces droits. Mais les représentants des agriculteurs avaient manifesté leur mécontentement, en particulier par la voix de M. Foucher de Careil. Il était de bonne tactique parlementaire d'appuyer sur une question au sujet de laquelle la majorité protectionniste pouvait se diviser.

M. Pouyer-Quertier dut parler avant le ministre. Il déclara que le but poursuivi par les auteurs des traités de commerce avait été manqué. On avait espéré développer l'exportation des vins et des spiritueux en Angleterre: ce n'est pas chez nos voisins, c'est dans l'intérieur du pays que nos viticulteurs avaient leur principal débouché. On avait compté vendre beaucoup plus de soieries aux Anglais: on en exportait moins qu'en 1859. En revanche, on avait ruiné la marine marchande; nos relations directes étaient perdues: partout l'Angleterre avait pris notre place. En même temps, nos importations avaient augmenté. Elles allaient s'accroître encore dans l'avenir: on se trouvait en présence d'un fait nouveau et effrayant pour l'Europe, la production américaine en céréales et en bétail. Toutes les nations élevaient leurs tarifs, entravaient nos exportations. Pouvions-nous, seuls au monde avec les Anglais, tenir nos portes ouvertes? Cependant, nous supportions la surcharge d'impôts intérieurs énormes. Pouvait-on dégrever? Non. Il fallait donc imposer les produits étrangers. Ainsi le voulait le principe de l'égalité devant l'impôt. Les industries françaises souffraient de la concurrence étrangère. Beaucoup de filatures étaient fermées; le nombre des broches en activité s'était fortement réduit. Il fallait des remèdes immédiats, non des promesses sans effet.

M. Tirard constata que le rapporteur général, tout en plaignant fort l'agriculture, ne proposait aucun relèvement de droits sur les céréales. Répondant à l'argument que M. Pouyer-Quertier tirait de

la progression de nos exportations de 1849 à 1859, il faisait observer que cette augmentation n'était pas le résultat de notre régime prohibitif, mais bien des réformes accomplies par l'Angleterre dans sa législation douanière de 1842 à 1860. Au surplus les augmentations n'étaient pas moindres depuis lors: de 1850 à 1854 nos exportations ne dépassaient 1296 millions; de 1876 à 1880, malgré les mauvaises récoltes, elles s'étaient élevées à 3365 millions. Les importations s'étaient accrues aussi. Était-ce un mal? L'augmentation portait sur des matières que le sol français ne produit pas: coton, jute, bois exotiques, ou dont il ne produit que des quantités insuffisantes: laines, soies, bois de construction, houille, pétrole. Fallait-il considérer aussi comme un malheur les importations de céréales américaines, qui nous avaient préservés de la famine. On réclamait des dégrèvements. N'était-ce rien que ceux opérés sur les sucres et sur les vins? Quant à l'égalité des produits français et étrangers devant l'impôt, s'imaginait-on que les droits de douane sont payés par l'étranger? En réalité, ils sont payés par le consommateur français. On trouvait la France surchargée d'impôts: comme remède on proposait un rehaussement des tarifs. Enfin pouvait-on dépeindre la France comme ruinée par le régime de 1860, quand on voyait éclater à tous les yeux par tant de signes manifestes, notamment par l'accumulation des fonds des caisses d'épargne, son indéniable prospérité?

Après une réponse de M. Pouyer-Quertier et une réplique du ministre, la discussion générale fut close le 19 février. La discussion des articles, commencée le même jour, dura jusqu'au 24 mars.

Le projet revint alors devant la Chambre, en raison des modifications qui y avaient été apportées. Il fut encore renvoyé au Sénat, puis encore du Sénat à la Chambre. L'accord entre les deux organes du pouvoir législatif ne fut complet que le 8 avril.

La loi fut promulguée le 7 mai 1881.

Le nouveau tarif général était, pour beaucoup de produits, supérieur de 24 % à l'ancien tarif conventionnel. Comme précédemment, les matières premières nécessaires à l'industrie et les denrées alimentaires en général étaient exemptes de droits ou très faiblement taxées: la franchise avait même été étendue à quelques autres marchandises, notamment au riz et à l'essence de houille; le droit sur le pétrole était abaissé. En revanche, la loi du 7 mai 1881 augmentait les taxes sur les bestiaux, les raisins secs, les fécules et un petit nombre

d'autres marchandises. Elle consacrait de nouveau, dans leurs dispositions essentielles, les tarifications du café, du sucre, du cacao et des autres denrées coloniales frappées de droits fiscaux. Pour les fabrications, les taxes étaient généralement celles de l'ancien tarif conventionnel majorées de 24 %. Les taxes ad valorem étaient exclues du nouveau tarif, à titre presque absolu. Les surtaxes d'entrepôt et d'origine étaient maintenues pour un certain nombre de produits. Quelques prohibitions subsistaient, motivées par un intérêt d'ordre public ou par l'existence des monopoles de l'État.

Il restait à régler le régime conventionnel de la France.

Le gouvernement était décidé à ne pas laisser se rompre le faisceau d'intérêts que les traités de commerce avaient formé. Dès le début de la discussion du tarif général, M. Tirard avait déclaré nettement et, selon le mot d'un des orateurs, „avec une franchise loyale et hautaine" que le droit du gouvernement de conclure des traités de commerce ne serait pas amoindri entre ses mains. Après la clôture de cette discussion, à la Chambre, le 24 février, M. Keller ayant déposé un amendement portant que les taxes ne pourraient être abaissées par traité au dessous du tarif général, le ministre excipa de la prérogative constitutionnelle: après avoir rappelé que le droit du gouvernement de faire des traités était absolu, sauf, bien entendu, la ratification du Parlement, il ajouta: „La question qui se pose maintenant est celle-ci: y a-t-il opportunité ou n'y a-t-il pas opportunité à faire des traités? A cela je réponds: aux termes de la constitution, c'est le gouvernement seul qui est juge." L'amendement fut retiré. Le 4 juin, un nouvel amendement fut présenté par M. Guichard, limitant le pouvoir du gouvernement en ce qui touchait les matières agricoles. Le ministre refusa de le discuter. Le président, M. Gambetta, considérant l'amendement comme inconstitutionnel, ne le mit pas aux voix.

Le gouvernement pouvait donc traiter librement. En dehors de la responsabilité ministérielle et de l'obligation de soumettre les traités au vote des Chambres, il n'existait de bornes à son initiative que celles qu'il avait posées lui-même en déclarant spontanément: 1° que les concessions faites aux puissances étrangères ne dépasseraient pas, dans l'ensemble, 24 % des droits du tarif général; 2° que les taxes conventionnelles seraient exclusivement spécifiques; 3° que les céréales et les bestiaux ne seraient pas compris dans les traités.

En prenant le parti de ne pas conventionnaliser le régime des céréales et des bestiaux, le gouvernement n'obéissait pas à des arrière-

pensées protectionnistes. Dans la séance du 6 mars 1880, M. Tirard avait expliqué sa résolution par les motifs suivants: les céréales n'avaient jamais fait l'objet de stipulations spéciales dans les traités; quant aux bestiaux, le gouvernement voulait conserver la liberté complète et absolue de mettre obstacle à l'introduction des maladies contagieuses qui pouvaient infecter le bétail étranger, en prohibant l'importation de ce bétail[1].

Les négociations furent aussitôt entamées par M. Tirard, qui les poursuivit jusqu'au 14 novembre 1881, date de la chute du cabinet Jules Ferry. M. Rouvier, titulaire du département du commerce dans le cabinet Gambetta, en eut la charge jusqu'au 30 janvier 1882. M. Tirard, redevenu ministre du commerce dans le cabinet Freycinet-Ferry-Say, reprit la suite des négociations. Des traités furent signés: avec la Belgique, le 31 octobre 1881; avec l'Italie, le 3 novembre 1881; avec le Portugal, le 19 décembre 1881; avec les Pays-Bas, le 28 novembre 1881; avec la Suède et la Norvège, le 30 décembre 1881; avec l'Espagne, le 6 février 1882; avec la Suisse, le 23 février 1882. Ces conventions, à l'exception de celle avec les Pays-Bas rejetée par la seconde Chambre des États-Généraux, furent rendues exécutoires en France le 16 mai 1882, après avoir été approuvées par des lois en date des 11 et 13 mai. L'échéance en était fixée au 1er février 1892.

Il ne fut pas possible d'arriver à une entente avec l'Angleterre. Comme l'a depuis déclaré M. Tirard, le gouvernement britannique ne paraissait attacher qu'un médiocre intérêt aux réductions de tarifs que nous pouvions lui offrir. Il demandait surtout que les droits imposables à un certain nombre de marchandises britanniques fussent comme précédemment fixés ad valorem. Les négociateurs français ne pouvaient leur donner satisfaction sur ce point. Nous demandions d'autre part des adoucissements au régime sanitaire qui entravait l'introduction de nos bestiaux en Grande-Bretagne: les Anglais ne croyaient pas pouvoir nous faire de concession. Nous ne pouvions

---

[1] Avant même que le tarif général ne fut voté, le gouvernement avait été amené par des considérations d'un ordre analogue à prohiber l'importation des viandes de porc salées provenant des États-Unis (décret du 18 février 1881). La consommation de ces viandes, notoirement infectées de trichine, présentait, d'après le Conseil d'hygiène publique, les plus graves dangers: il s'était en outre produit à ce sujet une véritable panique, de nature à causer un préjudice extrême au commerce de charcuterie.

enfin leur accorder conventionnellement le bénéfice du régime concédé aux autres pays: nous nous serions liés pour toute la durée des traités déjà signés, alors que les Anglais auraient conservé la faculté de relever leurs tarifs, à tout instant, sur nos vins et nos spiritueux. Il n'aurait pas été équitable cependant d'appliquer le tarif général aux produits d'un pays qui ouvrait largement ses portes à nos fabrications. M. Tirard eut alors l'idée de soumettre aux Chambres un projet de loi concédant à l'Angleterre le traitement de la nation la plus favorisée. La loi fut votée: elle porte la date du 27 février 1882.

Avec l'Autriche-Hongrie, on avait au contraire signé une convention provisoire sur la base du traitement de la nation la plus favorisée, le 7 novembre 1883. Ce régime fut consolidé par une convention du 18 février 1884. Le même traitement était applicable aux produits turcs et russes, en vertu des traités du 29 avril 1861 et du 1^er^ avril 1874, lesquels n'avaient pas été dénoncés, ainsi qu'aux produits allemands en vertu de l'art. 11 du traité de Francfort.

Le nouveau tarif conventionnel résultait des traités avec la Belgique, l'Espagne, l'Italie, le Portugal, la Suède et la Norvège, et la Suisse. Voici quelle en était l'économie. 300 articles environ restaient soumis au tarif général, parmi lesquels les céréales et le bétail, et diverses denrées passibles de droits fiscaux: sucres bruts, alcools autres que l'eau-de vie, etc. 1200 articles étaient repris au tarif conventionnel. Dans un assez grand nombre de cas, les traités avaient simplement consolidé la taxe inscrite au tarif général: une centaine d'articles étaient majorés, 140 réduits par rapport à l'ancien tarif. Dans l'ensemble, les tarifications conventionnelles présentaient un écart de 24 % avec celles du tarif général.

En même temps que les conventions commerciales proprement dites, le gouvernement avait conclu des conventions spéciales relatives: à la propriété littéraire, avec la Belgique et la Suisse; à l'établissement des nationaux et aux rapports de voisinage, avec la Suisse. Des conventions de navigation avaient été signées avec la Belgique, le Suède et la Norvège, la Grande-Bretagne. Des clauses relatives à la navigation avaient été insérées dans les traités avec le Portugal et avec l'Espagne.

Le régime précédemment en vigueur en matière de navigation était confirmé de tous points par les nouveaux traités. Le pavillon étranger demeurait assimilé au pavillon français soit pour l'intercourse

direct soit pour l'intercourse indirect. D'autre part, le droit de 2 fr. par tonneau de jauge à l'importation des bâtiments de mer avait été de nouveau conventionnalisé.

Les intérêts de la marine marchande n'avaient pas été cependant négligés par les pouvoirs publics. La question des mesures à prendre dans l'intérêt de la construction et de l'armement n'avait pas cessé d'être à l'étude depuis la tentative infructueuse faite par la loi du 30 janvier 1872 pour rétablir les surtaxes de pavillon. Elle fut reprise en 1880 pendant la période de préparation des tarifs de douane. La question du régime commercial et celle du régime de la marine marchande sont, en effet, intimément liées.

Dans la discussion de la loi du 19 mai 1866, „un orateur avait prédit que la loi pourrait être bonne pour le commerce, mais qu'elle serait destructive pour la marine.“ Ces prévisions n'étaient pas absolument chimériques. La marine marchande avait décliné depuis la loi de 1866: elle avait souffert de la concurrence des marines étrangères. On a rendu responsable de l'évènement le régime de l'inscription maritime: on a signalé l'insuffisance de notre fret de sortie, l'absence presque absolue de fret de retour. Il est certain que les fabrications françaises, qui forment la majeure partie de nos exportations, ont un faible volume pour une grande valeur et que la marine française ne trouve pas en France d'éléments de fret comparables à ceux que fournissent à d'autres marines les matières premières comme la houille, les métaux, ou les objets d'alimentation comme les céréales. D'autre part, il est indéniable que les importations par voie de mer ont lieu, dans la plupart des pays, par des navires portant le pavillon de la puissance qui expédie les produits: on s'explique donc l'absence de fret de retour. Mais il ne suffit pas de constater les faits: il faut en rechercher les causes profondes. Il faut expliquer pourquoi un pays tel que la France, que sa position géographique destine à devenir un territoire de transit et d'entrepôt, dont les côtes ont un énorme développement, qui dispose d'une population maritime vaillante et aventureuse, s'est laissée distancer par ses voisins, de 1866 à 1881, dans l'industrie des constructions navales et dans les entreprises d'armement. La raison principale de ce fait nous paraît être qu'il y a eu défaut de concordance entre le régime commercial et le régime de la marine marchande. Les traités de 1860 n'ont pas introduit le libre-échange en France, comme l'avaient fait en Angleterre les réformes de 1842 à 1860. Les marchandises étrangères ont continué d'y être taxées

pour la plupart: le courant commercial qui devrait les porter vers nous, s'est détourné vers nos voisins, au profit desquels se sont établis les relations qui font vivre la marine marchande. Et, comme le faisait remarquer M. Thiers en 1866, on a exposé néanmoins nos industries navales à la libre concurrence du monde entier.

Les pouvoirs publics ne crurent pas pouvoir revenir sur les réformes de 1866 et rétablir les surtaxes de pavillon. Il n'en était que plus nécessaire de maintenir aux armateurs la possibilité d'acheter à l'étranger et de se procurer au meilleur marché possible, l'instrument essentiel de leur industrie, le navire. Mais une difficulté se présentait. Le législateur de 1866 avait cherché à donner une compensation à nos constructeurs en leur accordant le bénéfice de l'introduction en franchise des matières et objets fabriqués nécessaires à leur industrie. Il fut constaté en 1881 que, par suite de circonstances diverses, cette faveur n'avait pas eu tous les résultats avantageux qu'on en attendait: la compensation n'avait pas été complète. On décida, pour résoudre la difficulté, d'accorder des primes à la construction.

Telle fut l'origine de la loi du 29 janvier 1881 sur la marine marchande.

Les primes à la construction ont été calculées d'après la quantité de matières taxées qui entrent dans un navire: elles sont, en effet, la „compensation des charges que le tarif des douanes impose aux constructeurs de bâtiments de mer".

La même loi accorde des primes à la navigation au long cours, „à titre de compensation des charges imposées par le recrutement et le service de la marine militaire". Ces dernières étaient concédées pour une durée de 10 ans. Depuis 1891, la loi du 29 janvier 1881 a été prorogée, en attendant qu'elle pût être revisée. Elle sera certainement renouvelée. Le principe n'en est pas contesté et les résultats en ont été généralement considérés comme satisfaisants.

IV.

Les nouveaux tarifs douaniers devaient avoir la mauvaise fortune d'être mis en vigueur au début d'une période de malaise et de dépression pour l'agriculture, le commerce et l'industrie. La baisse graduelle des prix, qui depuis 1874 jetait le trouble dans les opérations du commerce et de la production agricole et manufacturière, s'était momentanément arrêtée en 1879. En 1880 et 1881 elle avait même

été remplacée par un mouvement de hausse, qu'avait soutenu l'abondance des capitaux disponibles. Après la crise financière qui éclata au début de l'année 1882, les cours tombèrent de nouveau. Le krach des valeurs de bourse fut le plus retentissant. Mais il y avait eu spéculation à la hausse sur beaucoup d'autres marchandises. La liquidation des entreprises mal conçues entraîna la chute des cours. Les capitaux se resserrèrent et le malaise s'étendit de proche en proche à toutes les branches de la production. Les causes permanentes de dépression, dont l'influence avait été un moment suspendue ou neutralisée, agirent de nouveau. Les plaintes éclatèrent de toutes parts. De divers côtés, on imputa aux tarifs de douane la responsabilité de maux trop réels.

Les doléances des agriculteurs furent particulièrement vives. Ils pouvaient se plaindre, avec quelque apparence de raison, d'avoir été livrés à la concurrence libre de l'étranger par leurs alliés de la veille, les industriels, au profit desquels le Parlement avait, au contraire, voté des droits protecteurs.

Les départements sucriers du Nord-Est furent les premiers à obtenir une protection contre l'étranger. Le tarif général frappait le sucre brut de betterave d'une surtaxe de 3 francs: l'article n'avait pas été repris au tarif conventionnel. Les fabricants de sucre exposèrent aux Chambres que l'effet de ce droit était absolument annihilé par les combinaisons de la législation des sucres dans les pays concurrents, principalement dans l'Empire d'Allemagne et dans la monarchie austro-hongroise. En Allemagne, notamment, l'impôt était assis sur la betterave et liquidé d'après un rendement hypothétique inférieur au rendement réel; les fabricants de sucre jouissaient ainsi d'une bonification d'impôt à laquelle venait s'ajouter, sous forme de drawback, une véritable prime à l'exportation. D'autre part, l'industrie sucrière était protégée, sur le marché intérieur, par une surtaxe de 8 francs. La Chambre des députés fut saisie par un de ses membres, le 17 février 1883, d'une proposition de loi aux termes de laquelle la surtaxe sur les sucres étrangers aurait été portée à 10 francs. Après une enquête sur la situation de la sucrerie française, la commission de la Chambre proposa de fixer à 7 francs la surtaxe sur les sucres bruts de betterave étrangers. Le régime des sucres devait, en même temps, être transformé. A l'impôt assis sur le produit fabriqué et perçu d'après la richesse saccharine déterminée par la méthode polarimétrique, on substituait l'impôt assis sur la matière première,

la betterave, et perçu d'après un rendement légal. On voulait ainsi, à l'exemple de l'Allemagne, encourager la culture à produire des betteraves plus riches et l'industrie à perfectionner les méthodes d'extraction du sucre. Ces diverses mesures furent adoptées par le Parlement. La loi votée à cet effet porte la date du 29 juillet 1884. Elle a produit tous les résultats attendus. L'importation étrangère a été arrêtée par la surtaxe de 7 francs d'abord, plus tard par le développement même de la production nationale, qui suffit à pourvoir aux besoins de la consommation intérieure et alimente même un commerce d'exportation considérable. Les résultats de la loi ont même été trop avantageux pour les sucriers, au gré de nos ministres des finances. Presque chaque année depuis 1884, des lois sont intervenues pour réduire l'étendue de l'immunité primitivement concédée à la sucrerie indigène et du même coup les sacrifices imposés de ce chef au Trésor public. Il ne faut pas se dissimuler, d'ailleurs, que la conséquence et le but même du régime inauguré en 1884 ont été de permettre aux sucriers français, en leur réservant le marché intérieur et la maîtrise des prix, de se faire payer par le consommateur le montant de l'impôt des sucres, pour les sucres indemnes aussi bien que pour ceux qui sont taxés.

En 1885, un autre pas fut fait dans la voie de la protection. On se rappelle que les céréales et les bestiaux n'avaient pas été inscrits dans le tarif conventionnel. En ce qui concerne les bestiaux, le ministre du commerce avait voulu conserver une pleine et entière liberté de prohiber les importations en cas d'épizootie dans les pays étrangers. Pour les céréales, il s'était conformé aux précédents; au surplus, les représentants les plus autorisés des intérêts agricoles avaient formellement déclaré, dans la discussion du tarif général, qu'il ne pouvait pas être question d'imposer les céréales: ils s'étaient particulièrement défendus de vouloir taxer le froment et, par voie de conséquence, le pain.

Au lendemain du vote de la loi du 29 juillet 1884 sur les sucres, le 14 août, le ministre de l'agriculture, M. Méline, saisit néanmoins la Chambre d'un projet de loi relevant le tarif des bestiaux. Le surlendemain, une proposition d'initiative parlementaire demandait le rehaussement du droit sur le froment et ses farines et la taxation des autres céréales. On doit reconnaître que les prix des céréales et des bestiaux avaient singulièrement baissé depuis 1881. Pour

le blé, en particulier, le prix moyen de l'hectolitre[1] était tombé de 22 fr. 20 cent. à 19 fr. 29 cent. en 1882, à 19 francs en 1883; il devait n'être en 1884 que de 17 fr. 76 cent. L'avoine, le seigle avaient également baissé, quoique dans une proportion moindre. Il en était de même pour les bestiaux. Dans ces conditions, le produit net des propriétés se réduisait. La valeur moyenne de l'hectare qui était en 1874 de 2000 francs et en 1879 de 1830 francs, descendait à 1785 francs en 1884. Il est vrai qu'en 1789, elle ne dépassait pas 500 francs et qu'en 1851, elle était à peine de 1251 francs; mais cette considération, quelle qu'en fut la valeur, n'ôtait rien de leur acuïté aux regrets que causait aux propriétaires ruraux la perte d'une partie de leur capital foncier. Un véritable mouvement d'opinion se dessinait dans le pays. La question de la protection agricole pouvait fournir une plate-forme pour les élections de 1885 aux partis hostiles à la constitution. Le gouvernement crut qu'il était sage de s'emparer de l'arme qu'on forgeait contre lui. Il prit lui-même l'initiative.

Une loi du 28 mars 1885 porta le droit sur le froment, qui depuis 1861 était demeuré fixé à 60 centimes par quintal de grains et à 1 fr. 20 cent. par quintal de farines, à 3 et 6 francs. L'avoine, le seigle, l'orge, qui étaient exempts, furent taxés à 1 fr. 50 cent. Le tarif des biscuits de mer, des gruaux, semoules en gruaux, des grains perlés ou mondés fut élevé de 1 fr. 20 cent. à 5 fr. 50 cent. Une seconde loi, du même jour, taxa les bœufs à 25 francs au lieu de 15; les vaches, les taureaux, à 12 francs au lieu de 8, . . . les veaux à 4 francs au lieu de 1 fr. 50 cent., les béliers, brebis et moutons à 3 francs au lieu de 2, . . . les porcs à 6 francs au lieu de 3 . . . . Le tarif des viandes fraîches de boucherie fut fixé à 7 francs, celui des viandes salées à 8 fr. 50 cent. Mais le tarif des viandes ayant été conventionnalisé en 1882, le droit de 3 francs continua d'être seul applicable aux provenances des pays contractants.

Ces droits ne produisirent pas le résultat qu'on en espérait. Le prix du blé descendit, en 1885, à 16 fr. 41 cent., en 1886, à 16 fr. 54 cent. Le prix des bestiaux ne se releva pas davantage. De nouveaux projets de loi furent déposés. Ils sont devenus les lois du 29 mars 1887 sur les céréales et du 5 avril 1887 sur les bestiaux.

---

[1] Ces prix et ceux qui suivront sont empruntés à La France économique, de M. de Foville. Paris, Colin, 1889.

Voici les principales tarifications qui en résultaient: Froment, grains, 5 francs par 100 kg; farine, 8 francs; avoine, 3 francs; biscuit, gruaux, semoules en pâtes et pâtes d'Italie, fécules exotiques, 8 francs; bœufs, 38 francs; vaches, 20 francs; veaux, 8 francs; moutons, 5 francs; viandes fraîches de boucherie, 12 francs.

Quelques mois plus tard, le 5 juillet 1887, le droit de douane sur les alcools étrangers fut élevé à 70 francs par hectolitre d'alcool pur. En votant cette loi, le Parlement avait eu spécialement en vue la situation qui devait résulter pour le marché intérieur de mesures législatives récemment prises en Allemagne (L. du 27 juin 1887).

Le rapport déposé par M. Marty sur le bureau de la Chambre, le 5 juillet 1887, expliquait comme suit les propositions de la commission. „Sans entrer dans l'examen de la législation définitive qui sera appliquée en Allemagne à partir du 1er octobre prochain, il importe de se préoccuper d'urgence de la situation qui est faite à nos producteurs d'alcool pendant la période transitoire comprise entre le 1er juillet et le 1er octobre 1887. — Il a été décidé, en effet, par le Reichstag que pendant ces trois mois l'impôt sur la cuve-matière sera triplé et que le remboursement de l'impôt pour l'alcool qui sera exporté, sera porté à 48 marks 3 pfennigs par hectolitre d'alcool pur, c'est à dire à 60 francs. — Or, comme il n'est pas établi de distinction entre les alcools fabriqués antérieurement au 1er juillet et ceux fabriqués postérieurement, il résulte de cette disposition transitoire que les alcools fabriqués antérieurement à cette date recevront à l'exportation une prime de sortie de 48 marks ou de 60 francs par hectolitre, bien qu'ils n'aient payé que l'impôt existant au moment de leur fabrication, c'est-à-dire 16 marks ou 20 francs. — Il y a là une véritable prime gratuite accordée par l'Allemagne à ses exportateurs d'alcool. — Si nous n'avons pas à rechercher les motifs qui ont déterminé le législateur allemand à agir ainsi, il est certain qu'il est du devoir du législateur français de se préoccuper des conséquences de cette mesure au point de vue de nos industries."

La loi du 5 juillet 1887 devait n'avoir effet que jusqu'au 30 novembre suivant. La surtaxe de 70 francs fut prorogée jusqu'au 29 février 1888 par une loi du 25 novembre 1887, dont le gouvernement prit l'initiative, parcequ'il avait reconnu que la législation allemande, abstraction faite de la disposition transitoire visée par la loi du 5 juillet, faisait bénéficier les alcools allemands de primes d'exportation. Une nouvelle prorogation jusqu'au 1er juin 1888 résulta

d'une loi du 26 février 1888. Enfin la loi du 29 mai 1888 prescrivit la perception de la surtaxe jusqu'à ce qu'il en fut autrement ordonné.

L'année 1888 vit s'accomplir des modifications importantes dans le tarif conventionnel et dans le tarif général à la suite de la dénonciation par l'Italie du traité de commerce du 3 novembre 1881.

Le 15 décembre 1886, le gouvernement italien avait notifié au gouvernement de la République que le traité du 3 novembre 1881 ne répondait plus aux nouveaux besoins du pays et qu'il avait décidé de se prévaloir de la faculté d'en faire cesser les effets, stipulée par l'art. 18 de ce même traité. Le général Menabrea déclarait que le gouvernement du roi n'avait pas l'intention de substituer au régime conventionnel celui du tarif général et qu'il désirait au contraire ouvrir sans délai de nouvelles négociations. Le ministre des affaires étrangères de France, en prenant acte, le 16 décembre, de cette notification, donna l'assurance que le gouvernement de la République était tout disposé à examiner les propositions du gouvernement du roi.

Les Chambres italiennes étaient à ce moment saisies d'un projet de revision du tarif général des douanes qui aggravait singulièrement les taxes à l'importation des produits étrangers. Il s'agissait d'organiser, selon les expressions du rapporteur de la chambre, M. Luzzati, „une sorte de résistance nationale et patriotique contre les offenses que l'étranger n'épargne guère à l'exportation du commerce italien". On voulait négocier sans doute; mais, toujours d'après M. Luzzati, il convenait de montrer d'une part les pointes de fer du tarif général, de l'autre le rameau d'olivier des conventions. „Enfin, les pays qui ne s'accorderaient pas avec l'Italie et frapperaient ses marchandises de droits élevés, étaient menacés de se voir appliquer la loi du talion." Le gouvernement pourrait taxer leurs provenances par simple décret, „afin de leur infliger, par des actes prompts et fulminants, exempts des lenteurs parlementaires, la même somme de maux et d'obstacles." Le nouveau tarif italien fut promulgué le 14 juillet 1887.

Le gouvernement italien, qui avait pris l'initiative de la dénonciation du traité, devait aussi formuler le premier ses propositions. Elles ne furent soumises au gouvernement français, malgré ses instances amicales, que le 16 septembre. L'Italie demandait en général le traitement de la nation la plus favorisée et le maintien du régime conventionnel en vigueur pour une douzaine d'articles; elle réclamait en outre des réductions de droits, notamment sur le bétail. Le gouvernement français répondit le 29 octobre. En ce qui concernait le bétail,

le gouvernement français déclarait qu'il s'était engagé vis-à-vis des Chambres à ne pas faire de traités sur leur régime. Il faisait remarquer d'autre part que la situation n'était pas égale entre les deux parties: on demandait à la France la concession du régime conventionnel, qui était fixé jusqu'au 1[er] février 1892; on lui offrait, avec le traitement de la nation la plus favorisée, un régime de tarifs autonomes que l'Italie pourrait modifier à son gré puisqu'elle avait dénoncé tous ses traités. Il demandait des réductions de droits sur les lainages, les tissus de coton et les soieries, afin de compenser cette inégalité.

En même temps, le gouvernement français obtenait des Chambres la faculté de proroger de six mois le traité de 1881, et, en cas de non-prorogation, se faisait autoriser à prendre des mesures de représailles (L. du 26 décembre 1887). M. Crispi consentit seulement à une prorogation de deux mois, qui fit l'objet d'une convention du 29 décembre 1887.

Le même jour, notre plénipotentiaire, M. Teisserenc de Bort, était arrivé à Rome. Les négociations s'ouvrirent. Elles ne pouvaient aboutir. L'Italie voulait établir des majorations sur la plupart des articles qui sont l'objet d'une exportation un peu notable, de la part de la France (huiles d'olive, lainages, soieries, tissus mélangés de coton, confections, ouvrages en fer, mercerie ordinaire et fine). Subsidiairement, les délégués italiens déclaraient que si la France consentait à conventionnaliser le tarif des bestiaux en l'abaissant, une entente serait possible sur la base du traité de 1881. Le gouvernement français ne pouvait faire de concession sur ce dernier point. Les négociations de Rome furent closes, M. Crispi ayant annoncé qu'il enverrait des contre-propositions à Paris (28 février 1888).

Les pourparlers continuèrent de Cabinet à Cabinet jusqu'au mois de juillet. L'Italie persistait à prendre comme base de négociations son tarif général de 1887. En acceptant ses concessions apparentes, la France aurait renoncé aux avantages du traité de 1881, et concédé à l'Italie tout le bénéfice du traitement dont cette puissance jouissait en vertu du même traité. M. Crispi finit par rompre les négociations, en mettant la France en demeure d'accepter un tarif très supérieur à celui de 1881 (12 juillet).

Dès le 1[er] mars les deux pays avaient appliqué réciproquement à leurs produits les droits du tarif général. Mais, les droits du tarif italien étant beaucoup plus élevés que ceux du tarif général français,

le gouvernement de la République soumit aux Chambres un projet de loi élevant les droits sur un assez grand nombre de marchandises italiennes de façon à les mettre au niveau des taxes italiennes sur les marchandises françaises. Ce projet devint la loi du 27 février 1888. L'Italie riposta par un tarif de représailles plus élevé encore (L. du 29 février), auquel elle a eu le bon sens de renoncer depuis, dans son propre intérêt.

La rupture du traité de commerce avec l'Italie eut des conséquences pour les pays vis-à-vis desquels nous étions liés depuis 1881. Les produits qui n'étaient dénommés que dans le tarif italien et pour lesquels les autres puissances ne jouissaient d'un traitement de faveur qu'en vertu de la clause de la nation la plus favorisée, retombèrent *ipso facto* sous l'empire du tarif général. C'étaient notamment les plumes de parure brutes, plumes à écrice brutes et plumes à lit, les semoules en pâtes et pâtes d'Italie, riz en grains ou en paille et brisures de riz, sumac, fustel, épine-vinette, albatres, meules, matériaux autres, acide borique, potasse et carbonate de potasse, produits chimiques non dénommés, parfumeries autres que savons, vitrifications, divers instruments de musique, plusieurs sortes de boutons.

Les lois de 1884 sur les sucres, de 1885 sur les céréales, de 1887 sur les céréales, sur les bestiaux, sur les alcools, tiraient leur origine de propositions émanant de l'initiative parlementaire. En 1888, ces propositions se multiplient. Elles éclosent sur tous les bancs de la Chambre des députés, du côté de la droite et du côté de la gauche: propositions sur le régime douanier des alcools, des maïs et des riz, tendant à l'établissement d'un droit de douane sur les raisins secs, ayant pour objet de frapper d'un droit de douane les pommes à cidre et les poires à poiré, de taxer à l'entrée les chanvres et lins bruts ou préparés, de taxer les mélasses étrangères, de modifier le régime des sels, de taxer les maïs étrangers destinés à la distillation. Le mouvement continue en 1889 et 1890: propositions relatives aux orges, sarrasins, maïs, riz, mélasses, raisins secs, chanvres et lins bruts, teillés et peignés, jutes, graines oléagineuses, sucres coloniaux étrangers, cocons de vers à soie, soies grèges ou moulinées; seconde et troisième proposition relative aux raisins secs; autre proposition concernant le maïs et le riz; autre proposition relative à 74 articles du tarif; propositions sur l'orge et le malt; sur les chanvres bruts ou préparés; sur les mélasses étrangères; sur les cercles en bois; sur les cocons frais

et secs, les soies grèges et moulinées; sur les osiers: sur les denrées coloniales importées des colonies étrangères et des pays d'Europe, sur l'ozokerite, sur les pâtes de bois. Plusieurs aboutirent. Ce sont celles relatives au seigle en grains et en farines (L. 16 avril 1889); aux sels (L. 19 avril 1889); aux maïs, riz, dari et millet (L. 8 juillet 1890); aux mélasses pour la distillation (L. 11 juillet 1890); aux raisins secs (L. 26 juillet 1890).

Les propositions relatives aux raisins secs méritent une attention particulière. Elles sont la manifestation extérieure d'un changement dans les idées économiques d'une importante partie de la France.

Pendant de longues années, les viticulteurs français avaient fait cause commune avec les commerçants des grands ports et les fabricants de soieries. Comme ceux-ci, ils étaient partisans de l'abaissement des droits de douane. Leurs intérêts étaient les mêmes: grands exportateurs, ils craignaient qu'une politique douanière restrictive ne provoquât des mesures de représailles de la part des puissances étrangères et n'amenât la fermeture des débouchés qu'ils trouvaient sur le marché extérieur. Leur influence balançait l'action des filateurs de laine et de coton, des producteurs de céréales, de colza, de lin et des éleveurs de bestiaux, qui, au contraire, réclamaient instamment des droits protecteurs.

Lorsque les ravages du phylloxéra eurent réduit la production des vignes françaises à des quantités inférieures aux besoins de la consommation nationale, les viticulteurs changèrent d'avis. Les quantités croissantes de vins importées en France leur parurent peser sur les cours. Ils n'avaient plus le bénéfice d'une production surabondante: et les prix auxquels ils vendaient leur récolte amoindrie ne haussaient pas dans la mesure qu'ils auraient souhaité. Le régime des vins avait été conventionnalisé, en 1881, par le traité avec l'Espagne. On ne pouvait le changer avant le 1er février 1892. Il était tout au moins permis d'exiger que l'esprit n'en fut pas méconnu et qu'on n'importât pas, à la faveur de la disposition qui permettait l'introduction au droit de 2 francs des vins naturels titrant 15 degrés centésimaux couverts, des vins mutés, destinés au mouillage, au dédoublement et à la coloration artificielle, n'ayant du vin que le nom et servant à proprement parler de véhicule à l'alcool. Les intérêts du Trésor, ceux de la santé publique étaient étroitement liés aux intérêts de la viticulture, car il s'agissait de mettre obstacle à des importations frauduleuses, à des manipulations répréhensibles, de sévir

contre les falsificateurs d'un produit qui est la boisson nationale du plus grand nombre des Français. La distinction des vins mutés et des vins naturels présentait des difficultés. La douane ne fut en possession d'un moyen pratique de reconnaître les premiers qu'au début de l'année 1888. Elle en fit aussitôt l'application. Les importations de vins naturels n'en allèrent pas moins en augmentant. La récolte de vins qui s'était élevée en 1875, au chiffre, d'ailleurs exceptionnel, de 83 836 000 hectolitres, et qui en 1881 avait encore été de 34 millions d'hectolitres, était tombée, en 1886, à 25 000 000 hectolitres, à 24 333 000 en 1887; elle atteignit, en 1888, 30 100 000 hectolitres; elle redescendit à 23 224 000 hectolitres en 1889. Les importations progressaient par suite du déficit des récoltes: 1875, 292 000 hectolitres; 1881, 7 839 000 hectolitres; 1886, 11 000 000 hectolitres; 1887, 12 277 000 hectolitres; 1888, 12 000 000 hectolitres: 1889, 10 470 000 hectolitres.

En même temps que les vins, le commerce importait pour satisfaire aux besoins de la consommation, des raisins secs, au moyen desquels on fabrique une boisson douée de propriétés analogues, sinon identiques à celles du vin de raisins frais. Les viticulteurs auraient vivement désiré que le droit à l'importation des raisins secs fut rehaussé. Ici encore les traités de 1881 empêchaient la réalisation immédiate de leur vœu. L'article étant repris dans le traité franco-portugais, il n'était pas permis d'en modifier le régime douanier. On le soumit à une taxe intérieure de fabrication: ce fut l'objet de la loi du 26 juillet 1890.

Désormais tous les agriculteurs étaient unis dans une pensée commune. L'ancienne opposition des intérêts du Nord et de ceux du Midi avait disparu. Producteurs de céréales, de betteraves, de chanvre, de lin, de colza, viticulteurs, éleveurs de bestiaux, tous demandaient des droits protecteurs. Ils devaient former, avec le concours des filateurs et des tisseurs de coton et de laine, un faisceau de forces que les partisans de la liberté des échanges ne parviendraient ni à rompre ni à désunir.

Après les élections générales de 1889, le gouvernement avait ouvert une enquête auprès des chambres de commerce et d'agriculture, des chambres consultatives des arts et métiers et d'un grand nombre de chambres syndicales professionelles ou commerciales. Un questionnaire rédigé par le Conseil supérieur du commerce fut adressé, le 23 décembre 1889, à ces établissements ou associations par M. Tirard,

président du Conseil, ministre du commerce. Le ministre demandait que les réponses au questionnaire lui fussent envoyées avant le 15 février 1890. La brièveté relative de ce délai indiquait bien que, dans la pensée du principal auteur du tarif général et des traités de commerce de 1881—1882, le régime inauguré à cette époque devait être maintenu dans ses lignes fondamentales, et ne devait être modifié que dans les détails d'application.

Des idées complétement opposées prévalaient dans les Chambres. Elles se manifestèrent à l'occasion de l'expiration du traité de commerce du 29 avril 1861 entre la France et la Turquie. Le 13 mars 1890, M. Foucher de Careil, au nom du groupe agricole du Sénat, posait une question au ministre des affaires étrangères au sujet du régime qui serait désormais applicable aux marchandises provenant de la Turquie à leur importation en France. M. Spuller, ministre des affaires étrangères, déclara que ces marchandises continueraient à jouir du traitement de la nation la plus favorisée, à charge de réciprocité pour les marchandises françaises à leur entrée en Turquie, par application du traité de 1802, dont la durée est illimitée et que le traité de 1861 a simplement confirmé et complété sans le remplacer. Un échange de vues avait eu lieu à ce sujet avec la Porte. L'interprétation du traité de 1802 était incontestablement juste; mais elle contrariait les visées des viticulteurs, préoccupés d'entraver les importations de raisins secs. Sur la demande d'un membre du Sénat, et avec l'assentiment du Président du Conseil, la question fut, séance tenante, transformée en interpellation. M. Tirard ne pouvait ignorer les dispositions du Sénat sur cette question des vins de raisins secs: sous la précédente législature elle avait empêché l'adoption du traité conclu avec la Grèce. Mais le Président du Conseil avait sans doute le dessein de saisir cette occasion de descendre du pouvoir, sentant l'impossibilité de faire prévaloir, pour le moment, la politique commerciale à laquelle il était fermement attaché. Un ordre du jour invitant le Gouvernement à négocier avec la Turquie un modus vivendi destiné à prendre fin le 1er février 1892, fut voté par le Sénat; M. Tirard donna aussitôt sa démission, bien qu'il soit de tradition constante en France, qu'un cabinet ne se retire pas devant un vote de la haute assemblée.

Le portefeuille du commerce échut, dans le nouveau cabinet, à M. Jules Roche. Les vues du nouveau ministre étaient fort différentes de celles de son prédécesseur. Dans son discours d'ouverture de la

session du Conseil supérieur du commerce, chargé de l'examen des tarifs de douane, le Ministre, tout en réservant son opinion au sujet de l'esprit dans lequel devait être conçu le nouveau tarif, s'exprimait comme suit: „Vos délibérations ne devront pas seulement porter sur des remaniements partiels de taxes douanières, sur des modifications de détail que peuvent comporter certaines classifications défectueuses; c'est l'ensemble de notre régime économique qui est en jeu; ce sont les principes mêmes de la politique commerciale suivie en France depuis trente années qui sont en question.“

Le Conseil supérieur du commerce s'était réuni le 16 juin. Ses travaux durèrent jusqu'au 17 juillet suivant. Le Conseil supérieur de l'agriculture revisa de son côté l'ensemble des tarifs applicables aux produits agricoles.

Le 20 octobre 1890, M. M. Jules Roche, ministre du commerce, et Develle, ministre de l'agriculture déposèrent sur le bureau de la Chambre le projet de loi portant établissements des nouveaux tarifs. Le projet de loi admettait les deux principaux articles du programme protectionniste: abandon du système des tarifications conventionnelles; majoration générale des tarifs.

Tout en manifestant l'intention de ne plus annexer de tarifs aux traités de commerce qui devaient être négociés, le gouvernement ne croyait pas pouvoir „écarter a priori tout élément conventionnel du régime commercial extérieur de la France“. L'établissement d'un tarif général unique, applicable de plein droit „aux produits de toutes les nations auxquelles nous n'aurions pas de motifs particuliers d'imposer des taxes plus élevées“, lui paraissait avoir „l'inconvénient grave d'exposer notre pays à se trouver placé dans un état complet d'isolement économique, et de provoquer des représailles dangereuses comme contre-partie des surtaxes que nous serions amenés à appliquer les premiers“. Le gouvernement pensait qu'il pourrait conserver à la France „les avantages essentiels“ que lui assurait sur ce point le régime des traités, au moyen d'une combinaison qui avait été recommandée dès 1879, notamment par M. Méline. Deux tarifs devaient être établis par la nouvelle loi de douanes: „un tarif général, correspondant à notre tarif général actuel et comme lui pouvant être constamment modifié; un tarif minimum qui représente la limite inférieure des concessions que peut faire chaque industrie, non pour être à l'abri de la concurrence étrangère, mais pour lutter sans désavantage avec elle. — Le tarif général resterait notre tarif de droit commun, appli-

cable en l'absence de tout autre régime et n'aurait par suite, à aucun degré, le caractère d'une mesure exceptionnelle dirigée spécialement contre un Etat déterminé. — Quant aux droits inscrits au tarif minimum, ils pourraient être appliqués aux marchandises originaires des pays qui feraient bénéficier les marchandises francaises d'avantages corrélatifs."

Les droits inscrits aux deux tarifs étaient dans l'ensemble plus élevés que ceux qui résultaient de l'ancien tarif général et de l'ancien tarif conventionnel. Cependant, la plupart des produits agricoles qui servent de matières premières à l'industrie: les peaux brutes, les laines en masse, les crins bruts, les poils, les plumes, les soies grèges, certaines graisses, les lins et les chanvres, les joncs et roseaux bruts devaient continuer d'être admis en franchise. Il en était le même pour le coton, le jute, les teintures et tanins. Seules les graines oléagineuses étaient taxées; mais le gouvernement devait bientôt rectifier sur ce point ses premières propositions. Un certain nombre de matières minérales et même quelques fabrications jouissaient également de l'exemption.

La commission de la Chambre à laquelle fut renvoyé le projet de loi, ne crut pas devoir ouvrir une enquête publique, comme la commission de 1881. Ses travaux furent, en conséquence, plus rapides que ceux de sa devancière. Le 3 mars 1891, son président M. Méline déposa le rapport général qu'il avait été chargé de rédiger.

La commission acceptait le principe du double tarif tel qu'il avait été formulé par le gouvernement. Elle émettait le vœu que le gouvernement concédât le tarif minimum aux puissances qui feraient bénéficier nos produits d'un régime équivalent, comme un simple traitement de faveur, sans contracter aucun engagement d'en maintenir indéfiniment les chiffres. La commission considérait que la France devait rester maîtresse de ses tarifs. La concession du tarif minimum par voie de convention commerciale nous obligerait à appliquer à nos co-contractants notre tarif le plus réduit; mais nous pourrions toujours remanier ce tarif minimum et en relever les chiffres si la nécessité en était démontrée.

Les tarifs proposés par le gouvernement étaient fortement majorés, notamment pour les bois, les vins et diverses fabrications. Les matières brutes agricoles restaient exemptes, à l'exception des graines et des fruits oléagineux que le gouvernement lui-même avait d'abord proposé de taxer. La commission avait relevé les droits sur les

bestiaux et les viandes abattues de façon à compenser au profit des agriculteurs, l'effet de l'admission en franchise des laines et des peaux. Elle espérait que le gouvernement proposerait aux Chambres d'indemniser au moyen de primes les producteurs de lin et les sériciculteurs du dommage que leur causait l'exemption des lins et des soies.

La discussion générale s'ouvrit à la Chambre le 28 avril 1891. Les adversaires du projet de loi furent M. M. Lockroy, Aynard, Charles-Roux, Léon Say, Raynal, Marius Martin. L'œuvre de la commission fut défendue par M. M. Viger, Turrel, Deschanel, Méline et Jamais.

M. Lockroy prit le premier la parole. Ce que l'on demande aux Chambres, dit-il, c'est d'opérer une véritable révolution économique. Rien ne justifie le bouleversement que l'on veut apporter dans notre existence nationale. Où est le péril industriel, le péril commercial, le péril politique? La France est le pays le plus prospère et le plus riche, celui où la paix sociale règne de la façon la plus absolue. Quand le parti républicain est arrivé aux affaires, il a promis de rendre aux pauvres et aux malheureux la vie plus facile et moins dure: on lui propose aujourd'hui de renchérir l'alimentation du peuple, oubliant que c'est sous le régime protectionniste que les ouvriers descendaient dans les rues, „chargeaient des fusils et réclamaient du travail ou du pain“. M. Lockroy examinait ensuite en détail le mouvement de nos importations et de nos exportations avant et après les traités de 1860, constatait que loin d'être inondés par les produits anglais, nous vendons à l'Angleterre plus que nous ne lui achetons, relevait tous les indices du progrès de la richesse publique: nombre des sociétés de secours mutuels, accroissement des fonds des caisses d'épargne, de la consommation de la houille et du fer, de la circulation postale et télégraphique, de l'encaisse et du portefeuille de la Banque de France, etc. etc., il discutait enfin le système des deux tarifs, qui ne permettrait pas au gouvernement de conclure de traités et nous vouerait à l'isolement économique.

La révolution économique, répondit M. Viger, ce n'est pas nous qui la faisons: elle s'est produite avant nous et, il faut bien le dire, contre nous, dans un certain nombre de pays. Nous avons vu la Russie, les États-Unis, l'Allemagne, l'Autriche, c'est-à-dire les pays avec lesquels nous avions des relations très étendues, relever leurs tarifs, tandisque nous restions fidèles en 1881 à la politique inaugurée en 1860. L'orateur n'avait pas de doctrine économique. Il considérait

simplement l'intérêt national. Passant alors en revue toutes les forces industrielles et agricoles du pays, il faisait le bilan des industries d'exportation et des principales productions agricoles. Pour la plupart d'entre elles, nous étions dans de moins bonnes conditions que nos concurrents. Les métallurgistes d'Angleterre avaient la houille à meilleur marché; ceux de Belgique et d'Allemagne, la houille et la main-d'œuvre; la production de la fonte avait augmenté en France, mais dans de moins grandes proportions qu'en Angleterre, en Belgique, en Allemagne. La production cotonnière avait également augmenté; mais celle des États-Unis avait augmenté encore davantage. L'industrie lainière était en pleine prospérité, mais grâce à la protection. L'industrie des soieries soutenait vaillamment la lutte; mais les fabriques rivales progressaient; les filatures de soie étaient fortement atteintes. Les chanvres et les lins perdaient du terrain. L'industrie des cuirs et des peaux demandait aussi une plus forte protection. Toutes les industries, en un mot, avaient besoin de droits compensateurs. L'agriculture ne pouvait davantage se passer de secours. On objecte que la protection encourage les indolences et la routine; mais sous le régime de la protection, les industries, l'agriculture ont réalisé d'importants progrès, et M. Viger invoquait, en ce qui concerne l'agriculture, l'autorité de M. Grandeau. Fallait-il aller cependant jusqu'à taxer les produits agricoles qui servent de matière première à nos industries? M. Viger ne le pensait pas. La surcharge serait trop lourde et pourrait, soit provoquer une réduction des salaires, soit mettre nos fabricants hors d'état de lutter avec l'étranger. On avait parlé de drawback. M. Viger montrait, par des exemples ingénieusement choisis, quelles difficultés d'application imposerait ce système tant à la douane qu'au commerce. L'orateur combattait le régime des traités de commerce et, tout particulièrement, la clause de la nation la plus favorisée par suite de laquelle „la concession faite à un adversaire en faveur d'un de ses produits dont l'introduction ne sera pas très dangereuse pour la production nationale va profiter à des nations dont les produits écraseront votre propre marché“. Il soutenait que la rupture des traités n'isolerait pas la France, car nous avions avec les pays non-contractants des relations plus importantes qu'avec les pays liés vis-à-vis de nous par des traités. M. Viger ne redoutait pas les représailles; il était convaincu que notre tarif minimum serait accepté. Il convenait que certaines taxes étaient trop élevées; mais, au cours de la discussion, un accord interviendrait

surement entre la commission et le gouvernement. L'œuvre commune serait sage et modérée.

M. Aynard n'hésitait pas à déclarer qu'à l'inverse du précédent orateur, il avait une doctrine. Il croyait à la fécondité du principe de la liberté commerciale, ou, pour l'appeler de son vrai nom, de la liberté économique. Mais il se défendait d'être un doctrinaire et se bornait à réclamer une liberté modérée. L'intérêt national exigeait-il vraiment une réaction économique? La France était-elle réduite aux tristes extrémités que réclamait M. Méline? N'est-elle pas toujours, selon l'expression de M. Duruy, le pays le mieux fait de l'Europe, au point de vue géographique? N'est-elle pas encore le pays le mieux fait, par ses ressources naturelles et industrielles, le génie de ses habitants, leurs aptitudes variées, on pourrait dire, infinies? Au point de vue agricole, elle peut presque se nourrir elle-même. Ses produits industriels se caractérisent par la multiplicité, la variété, la supériorité. Sur quelques points, elle est moins bien dotée que ses voisins. Mais où sont les indices de l'appauvrissement général? On ne voit, de toutes parts, que signes de richesse et de prospérité. Il y a la balance du commerce. M. Aynard trouvait pénible d'avoir à réfuter encore un tel argument devant une grande assemblée: il demandait que la fameuse balance fut, d'un commun accord, déposée au Conservatoire des arts et métiers. Les tableaux de douanes ne sont pas une comptabilité; ils contiennent simplement des éléments de comptabilité. Il faut ajouter aux exportations de marchandises, que voit la douane, ce qu'elle ne peut voir, les exportations de services et de capitaux qui sont aussi une source de créances sur l'étranger. Alors, seulement, on a la vraie balance du commerce. En établissant le bilan comparatif du commerce de la France de 1852 à 1859 et de 1860 à nos jours, le rapporteur général n'avait pas seulement omis des éléments de comptabilité matérielle: il avait encore négligé d'examiner si les termes de comparaison étaient justifiés. Les années 1852 à 1859 n'appartiennent pas à l'époque protectionniste: elles ont été marquées par d'importantes réformes libérales accomplies par voie de décrets. C'est de plus la période où s'est créée la grande industrie, où se sont transformés les moyens de transport, où se sont accrus les moyens de circulation métallique et fiduciaire. M. Aynard discutait ensuite la théorie des droits compensateurs, soutenant que la comparaison des prix de revient d'un pays à l'autre ne peut donner de résultat, parce qu'il est impossible de connaître le coût général de la production d'un

produit. Il contestait aussi l'argument de l'égalité devant la douane. Ni les petits propriétaires, ni les ouvriers agricoles, ni les exportateurs, ni les fonctionnaires, ni le personnel de l'industrie des transports ne bénéficieraient de ce principe. Autre argument. On opposait la production intérieure qui s'élève, prétendait-on, à 34 milliards, au marché extérieur qui fournit un débouché de 3 milliards à peine. M. Aynard contestait victorieusement ce chiffre de 34 milliards, résultat d'additions où les mêmes productions figuraient plusieurs fois; il déclarait que dans tous les cas, le marché extérieur nous est indispensable. L'orateur soutenait ensuite que les pays étrangers dont la politique protectionniste avait été donnée en exemple, revenaient aux idées contraires. Il rappelait que la liberté du travail était un des grands principes proclamés par la Révolution française. Il affirmait que la France était prospère et redoutait qu'en modifiant son régime économique on ne diminuât sa richesse.

Comme M. Aynard, M. Turrel proclamait la richesse de la France, mais il l'attribuait au régime protecteur dont jouissaient ses produits fabriqués. Il demandait au nom de la justice et de l'égalité que les produits agricoles fussent soumis au même régime. Nous sommes fatigués, disait-il aux industriels, d'acheter vos produits au prix de la protection et de vendre nos denrées au prix du libre échange. Reprenant la thèse des droits compensateurs, il supputait la surcharge que les impôts font peser sur le producteur français. Il examinait les mouvements du commerce extérieur et, sans utiliser l'argument de la balance du commerce, s'effrayait de voir que la majeure partie de nos importations se composait de denrées alimentaires, indispensables à la vie, dont l'absence pouvait, du jour au lendemain, réduire le pays à la famine. Dans la situation troublée de l'Europe, les hommes politiques avaient le devoir étroit de prévoir que les marchés extérieurs sur lesquels on s'approvisionne de ces denrées, peuvent un jour être fermés. Il fallait, en réservant à la production nationale le marché intérieur, lui donner un coup de fouet pour qu'elle s'élevât au niveau de la consommation. L'orateur s'attachait ensuite plus spécialement à exposer la situation de la viticulture. La crise phylloxérique n'avait atteint ni le commerce d'exportation, ni le consommateur français. C'est pour le producteur qu'avait été toute la perte. Les vins étrangers avaient fait aux produits des vignobles français une concurrence d'autant plus ruineuse qu'ils étaient admissibles au degré de 15. 9. Bien que, suivant l'observation du directeur général des douanes, le traité franco-espagnol n'eût

stipulé que pour les vins naturels, des fraudes avaient été commises grâce à la difficulté de reconnaître les vins vinés. Le commerce avait introduit, en évitant les droits sur l'alcool, des vins fortement alcoolisés: la prime ainsi réalisée n'était pas moindre de 9 fr. 30 cent. par hectolitre. Pour couper court à ces pratiques, il fallait limiter à 10 degrés 9 la teneur alcoolique des vins admissibles au droit des vins. En terminant, l'orateur faisait remarquer que les représentants des grandes villes, si préoccupés du renchérissement que pourrait provoquer la taxation des denrées alimentaires, devraient logiquement demander l'abandon des octrois.

M. Charles-Roux se préoccupait surtout des intérêts de la marine marchande, dont le fret de retour ne pouvait manquer d'être atteint par le rehaussement des droits d'entrée. Depuis la rupture avec l'Italie nous ne pouvions plus déjà faire dans ce pays la navigation d'escale; la loi de 1890 sur les raisins secs avait réduit le fret que nous prenions en Grèce et en Turquie; les droits sur le maïs entravaient nos relations avec la Roumanie. D'autres éléments de fret allaient encore être réduits par suite de la taxation des merrains, des bois, des légumes secs, des graines oléagineuses, des œufs, des volailles, des fruits de table frais: le tout sans compensation, du moins pour la navigation au cabotage, qui ne bénéficie pas des primes accordées à l'armement. On sacrifiait le commerce à l'agriculture, oubliant que, dans un grand pays comme la France, la vie économique résulte du jeu complexe et harmonique de nombreux organes: agriculture, commerce, industrie, arts, marine. Un législateur sage ne devait sacrifier aucun d'eux.

M. Paul Deschanel affirmait, non sans soulever quelques protestations, que personne dans la Chambre ne pouvait soutenir la doctrine du libre-échange: tout le monde avait réclamé des droits protecteurs. Il n'y avait, à proprement parler, ni un seul prohibitionniste ni un seul libre-échangiste: il n'y avait que des protectionnistes, sous des formes et à des degrés divers. L'orateur voulait qu'on fit des traités de commerce. Il trouvait injuste de priver les industries d'exportation et le commerce des avantages qu'ils sont en droit d'attendre des négociations avec les autres peuples. On devait négocier, mais autrement qu'on ne l'avait fait jusqu'alors. On avait fait en 1860 et 1881 des traités à longue échéance, contenant la clause de la nation la plus favorisée. La durée trop longue des traités était incompatible avec les conditions essentiellement mobiles de la production industrielle

moderne; la clause de la nation la plus favorisée faisait profiter telle puissance, qui ne nous accordait rien en échange, des concessions que nous accordions à des tiers. Le tarif minimum offrait une base de négociations exempte de tels dangers. A vrai dire, cette combinaison supprimait l'intermédiaire du négociateur, du diplomate: c'était le Parlement qui allait faire la convention en faisant le tarif. Le système vaudrait ce que vaudrait le tarif minimum. Il fallait donc peser et discuter, avec un grand esprit d'équité et avec bonne foi, les arguments et les objections des peuples étrangers. M. Paul Deschanel examinait la situation des principaux marchés de l'Europe et leurs rapports avec le nôtre. Il recommandait la modération, surtout à l'égard des articles qui intéressent nos voisins immédiats. Ce n'est pas, ajoutait-il, la France qui a pris l'initiative de la politique protectionniste en Europe: c'est l'Allemagne, en 1879, puis l'Autriche-Hongrie en 1882, puis l'Italie en 1887. Aujourd'hui elle est obligée de se défendre à son tour; elle en a le droit, mais il ne faut pas qu'elle crée de difficultés insurmontables aux peuples voisins. La sagesse, la modération sont la règle de nos relations extérieures. Notre politique économique doit se mouler, en quelque sorte, sur notre politique générale.

M. Léon Say ne reconnaissait pas que tout le monde fut plus ou moins protectionniste dans la Chambre. Il n'admettait pas davantage que l'on put se passer de principes en matière douanière. Ceux-là même qui s'élèvent contre les principes, disait-il, en ont, sans le savoir peut-être; mais enfin, ils en ont: ils ont des théories. Le rapporteur général n'a-t-il pas dit que, depuis 1876, si l'on additionne tous les excédents d'importations, la France est débitrice du monde pour 14½ milliards de francs? C'est une théorie: la théorie de la balance du commerce. M. Léon Say la réfutait, par les mêmes arguments que M. Aynard. Théorie encore, les arguments tirés de la dépréciation de l'argent et les considérations sur les primes d'exportation qui en résultent pour les producteurs de l'Inde. L'orateur ne doutait pas de l'existence de ces primes. Mais il contestait que, dans la pratique, elles fussent égales à la perte de l'argent sur le pair: trop d'intermédiaires se disputaient la marge de gain pour qu'elle ne fut pas réduite à peu de chose. Et la doctrine de l'égalité dans la protection, n'était-ce pas encore une théorie, un principe? Un principe auquel on dérogeait, d'ailleurs, dans l'application: ne sacrifiait-on pas aux départements grands producteurs de blé ceux qui n'en récoltent

pas assez pour leur consommation? Et la prétention de compenser par des droits de douane l'inégalité des prix de revient, n'était-ce pas aussi une théorie? Ne faisait-on pas encore un raisonnement théorique, quand on prétendait développer le travail national par des droits protecteurs et procurer une augmentation de salaires aux ouvriers? Le raisonnement pouvait d'ailleurs se retourner: donnez tout de suite de plus forts salaires; les ouvriers achèteront plus et vous fabriquerez plus. — M. Léon Say envisageait avec appréhension, le renchérissement qui devait résulter de l'augmentation des droits; c'était un danger pour la paix sociale. Il considérait aussi qu'en établissant, au profit des producteurs, un impôt sur les consommations, la Chambre se mettrait en contradiction avec les principes démocratiques qu'elle avait paru vouloir introduire dans notre système financier. Il calculait la surcharge qui résulterait des nouveaux tarifs, comme perceptions au profit du Trésor et comme rehaussement des prix au profit des producteurs, et ne l'évaluait pas à moins de 1500 millions de francs. Comme conclusion, il demandait le maintien du tarif général de 1881, avec la suspension des droits sur les céréales.

M. Méline, président et rapporteur général de la commission, répondit à M. Léon Say. Il ne pensait pas que la France put rester dans le statu quo; le maintien de ce qui restait des tarifs de 1860 lui semblait inconciliable avec les intérêts du pays. Ces tarifs étaient critiquables dans leur principe et dans leur origine: les industries textiles y avaient été sacrifiées dans des vues politiques. En supposant même que les traités de 1860 aient été bien faits, disail-il, la situation de la France a changé. Nous payons aujourd'hui 700 millions d'impôts de plus qu'en 1860. De plus, à partir de 1870, nos principaux concurrents ont modifié leur politique économique: les conditions dans lesquelles fonctionnait le régime de 1860 ont été radicalement transformées à notre détriment. Aussi nos exportations ont-elles diminué en même temps que nos importations augmentaient. Enfin, la situation de l'agriculture a également changé, par suite du développement considérable de certains pays de l'orient de l'Europe et de l'entrée en ligne des jeunes nations du nouveau monde, servies par l'abaissement du prix des transports terrestres ou du fret maritime, et aussi par les primes d'exportation résultant de la dépréciation de l'argent. M. Méline contestait que le droit sur le blé eut produit son effet entier sur le prix de cette denrée: en tout cas, le développement de la production intérieure devait amener prochainement une réduction des prix.

Il faisait à son tour le calcul de l'incidence des droits de douane et aboutissait à des conclusions fort différentes de celles de M. Léon Say. Les droits de douane avaient soutenu le cultivateur et bénéficié au consommateur lui-même. Si ce dernier n'en avait pas complètement profité, la faute en était aux intermédiaires et à la mauvaise organisation du commerce de détail. Le rapporteur général comparait ensuite le mouvement commercial de la France en 1859 et en 1888 et montrait qu'à l'excédent des exportations avait succédé l'excédent des importations. Il n'ignorait pas que la balance des opérations sur marchandises ne donnait qu'une partie de la balance commerciale; mais il soutenait que la France serait plus riche si, au lieu de payer des sommes considérables à l'étranger pour ses importations, elle avait produit davantage pour son propre compte. On demande où la France a pris les $14^1/_2$ milliards de francs qu'elle a dû payer à l'étranger? C'est sur les bénéfices de son marché intérieur. M. Méline opposait l'importance de ce marché à celle du marché extérieur. Il fallait prendre garde qu'un mauvais régime économique risque de ruiner le marché intérieur. On avait sauvé la production des céréales et l'élevage du bétail par les lois de 1885 et 1887. Il fallait achever l'œuvre, réparer les fautes de 1860. La commission avait d'ailleurs procédé avec une grande modération, puisqu'elle avait admis la franchise des matières premières. M. Méline s'expliquait enfin sur la question des traités et sur celle de la quotité des droits. Il ne pensait pas que le régime conventionnel fut indispensable aux industries d'exportation: notre mouvement commercial avec les États-Unis, avec l'Italie n'avait pas été entravé par l'absence de traité. Il se déclarait partisan des droits modérés et annonçait que dans la discussion des articles, il montrerait à la Chambre que le tarif minimum se défendait fort bien dans son ensemble. L'orateur protestait, en terminant, de l'esprit de conciliation de la commission.

M. Raynal contestait plusieurs des chiffres apportés par M. Méline; il critiquait surtout le choix des années de comparaison adoptées par le rapporteur général de la commission. M. Raynal admettait que son collégue eut pris parfois l'année 1859 pour point de départ puisque c'est l'année qui précéde les traités de 1860; mais pourquoi comparer l'année 1875 à l'année 1888? L'année 1875 avait été marquée par un essor industriel inoui; c'était une année exceptionnelle. M. Méline aurait dû prendre une année moyenne, ou encore l'année 1881, qui avait vu le vote du tarif général et le renouvellement des

traités de commerce. — Quelle devait être l'orientation de la politique économique? En ce qui concerne les objets d'alimentation, les droits devaient être aussi réduits que possible, surtout dans un pays démocratique, car ces droits — M. Raynal le démontrait — sont payés en entier par le consommateur. Pour les matières premières, personne ne contestait qu'elles devaient être exemptes. Quant aux produits fabriqués, M. Rayssal admettait qu'une nation qui en exporte peu et en importe beaucoup a le droit de les frapper de droits élevés, afin de favoriser le développement de son industrie. Il fallait donc examiner quelle était la proportion des exportations et des importations de ces objets. Elle était de 215 p. $^0/_0$ en faveur des exportations contre 210 p. $^0/_0$ en Angleterre. La proportion était un peu moindre en Belgique, plus faible encore en Allemagne et en Autriche. Nous avions en France, 1900 millions d'exportations d'objets fabriqués contre 600 millions d'importations. M. Raynal en concluait que notre tarif sur cette catégorie de produits devait être très modéré. L'orateur examinait ensuite les taxations proposées par la commission pour les principaux articles du tarif et en faisait la critique. Il était convaincu que le nouveau tarif provoquerait le renchérissement de la vie, en ce qui touche l'alimentation, le renchérissement des prix de revient, en matière industrielle. Il suppliait la Chambre de ne rien faire qui put rendre difficiles les négociations avec l'étranger.

M. Jamais soutenait que, sous le régime conventionnel, le mouvement général de notre commerce ne s'était pas développé autant qu'on aurait eu le droit de l'espérer. Il était nécessaire de suivre l'exemple des autres pays et de répondre par des rehaussements de droits modérés et prudents au relèvement des tarifs étrangers. L'orateur exposait la situation de la viticulture. Il soutenait enfin que la protection était le régime économique qui assurait au travailleur la plus grande somme de travail et par suite le plus de sécurité et de garantie pour son salaire.

M. Jules Roche, ministre du commerce et de l'industrie, prit ensuite la parole. Le ministre admettait que l'importance du commerce d'exportation devait être, en quelque sorte, la règle des jugements portés sur la prospérité des pays. Quelle a donc été la course de ce commerce depuis le milieu du siècle. „Notre commerce d'exportation s'élève d'une façon très rapide de 1849 à 1866: c'est une ligne montante presque régulière, avec une augmentation moyenne de 200 à 230 millions par an. De 1866 à 1872, avec une baisse dans les

intervalles, nous trouvons cependant encore une ligne montante, et un point culminant en 1872. De 1872 à 1875, la ligne est en quelque sorte horizontale, s'élevant légèrement jusqu'en 1875 où l'on constate le point le plus élevé que nos exportations aient jamais atteint. Depuis 1875 jusqu'à aujourd'hui, après une baisse et un relèvement qui s'est produit depuis les trois dernières années, à ne prendre que la direction générale, on peut dire que nos exportations depuis quinze ans sont en palier." Pendant que nos exportations restent à peu près stationnaires, celles des autres pays augmentent. Nous occupions en 1850, en 1860, en 1869, le second rang après l'Angleterre: en 1880, en 1889 nous tombons au quatrième. Quelles étaient les causes de ce fait? Fallait-il en accuser le régime douanier? M. J. Roche était profondément convaincu que c'était là le plus petit côté de la question. Les causes principales étaient ailleurs. L'industrie n'était plus le monopole du vieux monde: elle s'était développée chez les pays neufs, dont la transformation des moyens de transport secondait la concurrence. Les nations jeunes, nouvellement outillées, possèdent des moyens d'action plus puissants que les vieilles nations, qui ne peuvent, du jour au lendemain, transformer leurs usines. On n'a pas assez développé le système commercial qui consiste à rechercher directement le consommateur et à livrer sur place le produit fabriqué. Ces divers points précisés, quelle règle de conduite fallait-il adopter? Le ministre ne pensait pas que l'on dût renoncer à poursuivre l'expansion du commerce extérieur et rechercher dans le marché intérieur élargi les débouchés qui manqueraient au dehors. „N'est-il pas évident que tous ces milliards qui font l'objet du commerce extérieur diminuent d'autant les frais généraux de l'industrie et par conséquent, abaissent le prix de la consommation intérieure et facilitent la production nationale? D'ailleurs il n'y a pas identité entre ce que nous vendons, sous des noms semblables, à l'intérieur et à l'extérieur." M. Jules Roche le démontrait pour les broderies, les étoffes de soie façonnées, les vêtements confectionnés, les objets en peaux, les articles de Paris, les vins, les tissus. Il fallait aussi avoir égard aux intérêts de la marine marchande, liés à ceux du commerce d'exportation. Notre industrie tout entière était intéressée à la prosperité de notre industrie et de notre commerce d'exportation. Comment protéger ceux-ci? Par la liberté des approvisionnements, par le bon marché, par les facilités de production et d'écoulement. C'est pourquoi la franchise des matières premières était indispensable. Elle ne suffisait pas: il

fallait encore établir des tarifs modérés. Le gouvernement reconnaissait l'utilité actuelle du relèvement des tarifs; mais certaines limites ne devaient pas être dépassées; elles l'avaient été par le projet de la commission. Le ministre espérait que l'entente serait facile entre les membres de l'Assemblée. Il la conviait à ne pas s'arrêter aux réclamations des intérêts particuliers. „Si l'intérêt général n'était pas autre chose que la somme des intérêts privés, il ne serait pas besoin de tant de soins pour donner satisfaction à ce pays et lui assurer le régime économique nécessaire à sa prospérité. Mais il y a autre chose à faire; il y a à mesurer les intérêts; il faut descendre dans le mécanisme intérieur de ce qui constitue particulièrement la force et la richesse de la France; il faut s'élever jusqu'à la conception générale des intérêts permanents et nécessaires de ce pays, des éléments de sa grandeur, de sa prospérité, de sa puissance morale, de son rang dans le monde.“ Telle était l'œuvre véritable des représentants de la nation.

Après un discours de M. Marius Martin, la discussion générale fut close, le 22 mai. La discussion des articles s'ouvrit aussitôt et dura jusqu'au 18 juillet. Le projet fut transmis le même jour au Sénat.

Le rapporteur général de la commission sénatoriale, M. Dauphin, déposa son rapport le 9 novembre 1891. Le projet de la commission majorait, sur un certain nombre de points, les chiffres adoptés par la Chambre des députés.

La discusion générale s'ouvrit le 19 novembre. M. M. Challemel-Lacour, Jules Simon, Tirard et Poirrier combattirent le projet de la commission, que défendirent M. M. Dauphin, Couteaux, Jules Ferry et Fresneau.

M. Challemel-Lacour aurait compris qu'au moment où les traités de commerce arrivaient à leur terme, on les soumît à l'examen le plus attentif pour réparer les erreurs et les oublis qui avaient pu s'y glisser, qu'on tînt le plus grand compte des changements que le temps pouvait avoir apportés dans la situation du marché, dans les procédés industriels, dans les relations et dans les tendances des différents pays. Mais il semblait qu'on se fût donné pour tâche de prendre en tout le contre-pied du système qui nous régissait depuis trente ans. Quelles raisons sérieuses en pouvait-on donner? La France n'était-elle pas prospère? Il suffisait pour être rassuré sur l'état de son industrie, l'état de ses ouvriers, de les considérer tels qu'ils sont réellement, de les comparer avec ceux des peuples, protégés ou non,

qu'on entendait proposer pour modèles. On alléguait la pression de l'opinion publique: le suffrage universel avait prononcé, disait-on. Ce n'était pas le suffrage universel que l'on avait entendu, mais la voix des intérêts particuliers. L'argument au surplus n'allait à rien moins qu'à introduire le plébiscite en matière économique et à ruiner le système représentatif. L'œuvre à laquelle on conviait le Parlement était anti-démocratique et anti-républicaine: elle tendait à protéger les grands propriétaires, les grands industriels, les riches et les forts, aux dépens des petits propriétaires, des petits commerçants, des consommateurs. Si le régime douanier qu'on proposait d'établir donnait des résultats opposés à ceux qu'on en espérait, s'il produisait la cherté de tout sans produire en même temps l'abondance du travail et l'élévation des salaires, il ne suffirait pas aux pouvoirs publics de dire qu'ils avaient suivi l'impulsion de l'opinion publique, pour se décharger aux yeux du suffrage universel de la responsabilité d'une telle déception. Au surplus, il ne fallait pas croire qu'il fut aussi facile de sortir de la protection que d'y entrer. L'histoire enseignait quels obstacles les intérêts particuliers avaient longtemps opposés à la réforme des tarifs. Il avait fallu pour les surmonter la volonté d'un souverain absolu. L'orateur examinait le traité de 1860 en lui-même, abstraction faite de son origine: il en discutait les résultats; il affirmait que la France est, à l'heure qu'il est, au niveau des puissances les plus riches et ne le cède peut-être jusqu'ici qu'à la seule Angleterre. On veut réserver au producteur français le marché intérieur, rompre la solidarité industrielle de toutes les nations productrices du monde, rendre stériles les dépenses faites pour les mettre en communication. Il le faut, dit-on, pour arrêter l'abaissement continu des prix qui finiraient par rendre l'agriculture et l'industrie impossibles. Mais la baisse des prix n'a pas pour cause principale la concurrence étrangère. Rien ne l'arrêtera; elle tient au goût de l'acheteur pour le bon marché, résultat de l'extension prodigieuse de la clientèle, manifestation particulière du grand fait de ce siècle, le développement de la démocratie. L'orateur n'espérait pas obtenir du Sénat une modératiou du tarif; il souhaitait du moins qu'on ne mît pas d'obstacle au seul moyen de le tempérer: les traités de commerce. En terminant, il appelait l'attention de l'assemblée sur les dangers particuliers que présentait une législation „privilégiaire“ au moment où le monde du travail, agité de mouvements profonds, manifestait avec une netteté croissante une tendance à attendre et même à

réclamer impérieusement des pouvoirs publics la protection de ses intérêts.

Le rapporteur général, M. Dauphin, tint à protester immédiatement contre le reproche fait à la commission d'avoir sacrifié l'intérêt des consommateurs au désir de lucre de l'agriculture et de l'industrie. La répercussion des droits devait être peu sensible: M. Méline avait démontré à la Chambre que ni pour le bétail, ni pour le blé, ni pour les sucres, le prix de la consommation n'avait augmenté par l'effet des nouveaux droits. Le système protecteur visait à ranimer les courages, à provoquer l'augmentation de la production indigène. Peu à peu l'accroissement de la production compenserait l'augmentation des tarifs. La concurrence intérieure produirait la baisse des prix: cette baisse n'irait pas d'ailleurs jusqu'à l'avilissement, car les industries indigènes ayant sans cesse les yeux les unes sur les autres, avec les mêmes charges et les mêmes débouchés, sauraient bien mettre un frein à la surproduction. Le marché intérieur devait être le grand objectif de l'industrie et de l'agriculture; il constituait le vrai patrimoine du pays; il fallait d'abord le conserver. Si les protectionnistes se trompaient, ils se trompaient avec toute l'Europe. La conclusion de l'orateur était: pas de traités de commerce, du moins à long terme; ils ont fait trop de mal; ils ne peuvent amener que difficultés et déceptions: les progrès de la science, les changements des conditions économiques sont trop rapides pour permettre de condenser les nécessités du présent et surtout celles de l'avenir. On parlait de l'intérêt politique. L'expérience avait prouvé qu'on ne se fait pas des alliés par des concessions économiques. L'Angleterre, en 1873, ne nous avait-elle pas refusé le moyen de faire face à nos nécessités budgétaires, en exigeant l'exécution du traité de 1860?

M. Jules Simon attribuait les plaintes de l'agriculture aux charges énormes qui pesaient sur le pays et à l'accroissement prodigieux qu' avait pris la production américaine. Pour y remédier, on proposait de relever les tarifs, de façon à contraindre les étrangers à subir une surcharge équivalente et à rétablir l'égalité dans la lutte économique. Mais il n'était pas vrai que l'on dût prendre uniquement l'argent des étrangers. On allait aussi prendre celui des consommateurs, en faisant renchérir les denrées. Cela était bien grave, pour la viande, pour le pain surtout. L'opération que l'on faisait était toute semblable à celles que se proposent les socialistes: prendre le travail humain tout entier, le tarifer, établir les rapports entre une industrie

et une autre. L'œuvre était impossible. On voulait conserver le marché intérieur, qui a pour limites les dimensions de notre Etat et nos besoins, et l'on s'exposait à perdre le marché extérieur en provoquant des représailles. Le commerce d'exportation méritait cependant tout l'intérêt des Chambres; car il est un des pionniers de la civilisation française. On revenait à l'ancien système de l'intervention de l'Etat dans les affaires privées, au risque d'empêcher l'élan nouveau des Français qui sont en train de redevenir un peuple d'initiateurs. „Et cependant, disait l'orateur, il n'est plus permis de s'arrêter, il n'est plus permis d'être un rentier, d'être un privilégié, il faut être un ouvrier — je parle ici d'ouvrier dans la grande acception du mot, depuis l'homme de génie jusqu'à celui qui se sert de sa main — il faut être un ouvrier, il faut travailler, il faut se mêler au progrès, il faut courir ou mourir."

M. Couteaux se déclarait l'adversaire de toutes les conceptions absolues. Sa seule règle était l'intérêt national. Cet intérêt lui paraissait commander la protection de la culture du blé, la liberté pour le maïs, pour les matières premières. Il fallait considérer les résultats désirables pour le bien du pays et s'imposer au besoin les sacrifices nécessaires pour les obtenir. Ainsi le voulait la solidarité nationale. A la formule égoïste et antinationale du „chacun pour soi" qui est celle du libre-échange, on devait préférer la formule généreuse, fraternelle et patriotique: „Chacun pour tous, tous pour chacun."

M. Tirard ne se faisait pas d'illusion sur l'issue du débat, mais il ne voulait pas déserter la cause qu'il avait constamment défendue autrefois et à laquelle il était plus que jamais fidèle. Il examinait à son tour les origines du traité de 1860 et soutenait qu'il était l'œuvre indirecte des protectionnistes, qui avaient imposé au gouvernement ce procédé de réforme économique par leur résistance opiniâtre à toute modification législative du système prohibitif. Le tarif général était tellement incompatible avec les progrès économiques réalisés dans le monde entier, qu'après 1872, les adversaires les plus résolus du régime conventionnel avaient senti l'impossibilité de renoncer aux traités de commerce et en avaient eux-mêmes proposé la prorogation. On avait alors senti la nécessité de préparer un nouveau tarif général. Ce tarif général ne fut pas improvisé. Jamais enquête ne fut plus longue, plus approfondie que celle qui en précéda l'établissement. A la même époque les traités de commerce furent renouvelés avec la plupart des pays européens. Les nouveaux accords ne furent pour la

plupart que la reproduction de ceux de 1860. Les droits qui y furent inscrits, étaient ceux-là mêmes que réclamaient les représentants des industries qui se plaignent le plus aujourd'hui: industries cotonnière, lainière, métallurgique. De même on s'était conformé au vœu des viticulteurs, alors libre-échangistes. Quels ont été les résultats des traités de commerce de 1882? On répète sans cesse que depuis 1881, nous avons importé en moyenne un milliard de plus que nous n'avons exporté. Pour se rendre un compte exact de notre situation, il faut décomposer nos importations et nos exportations par natures de marchandises. On voit alors que la moyenne de nos importations de vins et de céréales a été de 750 millions par an. C'est la conséquence des mauvaises récoltes et du phylloxéra, ce n'est pas la faute de notre régime économique. Le surplus de nos importations se compose surtout de matières brutes, laines, coton, bois, etc. Quelque régime que l'on adoptât, il fallait se résoudre à ces importations, à moins de vouloir priver la consommation de denrées, l'industrie, de matières premières, qui leur sont indispensables. La masse de nos exportations se compose au contraire de produits fabriqués. Est-ce là l'indice d'une situation défavorable de l'industrie? Peut-être dira-t-on que telle ou telle branche de l'industrie manufacturière a besoin de protection? Ce n'est le cas ni de l'industrie cotonnière, ni de celle de la laine, ni de la métallurgie: l'examen des importations et des exportations le démontre. Après avoir critiqué spécialement les dispositions proposées en ce qui concernait les vins et les cotons, l'orateur passait à la question des relations conventionnelles. Il n'était pas un partisan fanatique des traités de commerce. Aucun principe ne lui paraissait engagé dans la question: le système des traités de commerce était plutôt contraire aux idées libre-échangistes: on savait que les Anglais, libre-échangistes par tempérament comme par intérêt, ne sont pas favorables aux traités de commerce. Mais la conclusion d'une convention commerciale est un expédient, un moyen d'obtenir des concessions sur les droits qui frappent à l'étranger les marchandises nationales, de provoquer l'abaissement des barrières qui arrêtent le développement du commerce extérieur. Tous les gouvernements de la France ont compris l'utilité de ces accords internationaux: la politique des traités de commerce n'est pas une innovation du milieu du XIX^e^ siècle: elle est dans les traditions de l'ancien régime; elle remonte à Louis XI. Le gouvernement de la République ne veut pas renoncer à cette politique; il entend ne pas rompre les relations conventionnelles avec les

puissances étrangères. Seulement le projet de la loi lui lie les mains à un tel point que les négociations seront impossibles. Dans toute la discussion on a raisonné sur le tarif minimum; mais le tarif qui va devenir applicable n'est pas le tarif minimum, c'est le tarif général, car on ne réussira pas à traiter sur la base d'un tarif incessamment modifiable. Le tarif général provoquera un renchérissement excessif des matières premières et des denrées d'alimentation, et le ralentissement du commerce d'exportation. Le renchérissement? Le rapporteur n'y croit pas: il nie la répercussion des droits de douane. Faut-il lui rappeler que M. Méline a constaté l'augmentation du prix de la viande depuis 1887? Il en accuse à la vérité les manœuvres des intermédiaires; pense-t-on les entraver en élevant les droits? La fermeture des débouchés extérieurs? Elle n'est que trop probable. — Faut-il encore réfuter l'argument de la balance du commerce? Enfin, comment ose-t-on parler de l'appauvrissement d'un pays qui depuis 10 ans a déposé 3 milliards dans les caisses d'épargne, placé 3 milliards 300 millions en obligations de chemins de fer achetées aux guichets des gares? Est-ce bien au lendemain de la grandiose exposition de 1889, que l'on peut prétendre que l'industrie et l'agriculture ont besoin de tarifs plus protecteurs? La vérité est que l'on cède aux lamentations d'industriels qui de père en fils se prétendent ruinés et qui sont toujours plus riches les uns que les autres. On invoque l'opinion publique; on l'a égarée, elle se ressaisira. La démocratie comprendra bientôt que c'est la liberté et non la protection de l'Etat qui sauvegardera le mieux ses intérêts. Il faut avoir foi dans l'avenir. La nature agit par progrès, a dit Pascal. Itus et reditus. Elle passe, revient, puis va plus loin, puis deux fois moins, puis, enfin, elle va plus loin que jamais. La France, en dépit d'accidents passagers, n'abandonnera pas la politique de progrès, d'expansion et de liberté.

M. Jules Ferry, président de la commission sénatoriale, examinait à son tour les origines de la réforme de 1860. Il accordait qu'elle avait deux facteurs: la politique impériale et la doctrine des économistes. On avait voulu s'unir plus étroitement à l'Angleterre: voilà la part de la politique; les résultats en étaient trop connus. Et la part de la doctrine? On avait voulu appliquer aux nations le principe de la division du travail, faire un partage de l'activité économique entre la France et l'Angleterre; les négociateurs français espéraient créer un immense débouché à nos céréales et à nos vins: eh bien! nous

suffisons à peine à nos besoins pour ces deux articles; nous avons sacrifié plusieurs de nos industries à de chimériques espoirs. Au surplus, la situation du monde n'est plus la même qu'en 1860: tous les peuples veulent avoir une industrie, tous veulent avoir une agriculture. Aucun ne veut faire de concessions aux autres sur des points qu'il considère comme vitaux: les traités de commerce sont désormais impossibles. Il fallait donc se résoudre à accepter le système des tarifs autonomes. Que valaient les tarifs proposés? étaient-ils prohibitifs comme on l'affirmait? Nullement. Dans l'ensemble, et abstraction faite des droits fiscaux, ils ne représentaient pas plus de 6.45 % de la valeur des importations (tarif minimum). On parlait de la cherté des subsistances. Mais, en dépit des lois de 1885 et 1887 le prix du blé, celui du bétail avaient baissé. Il n'est pas vrai de dire que la valeur d'une marchandise à l'intérieur est relevée de toute la valeur des droits perçus à la frontière. Il se fait entre le consommateur et l'importateur étranger une sorte de partage du droit de douane; s'il en était autrement, pourquoi les exportateurs demanderaient-ils qu'on cherche à réduire ces droits par des négociations? On reproche à la réforme d'être anti-démocratique. Ne sort-elle pas des souffrances, des besoins, de la conscience des populations rurales? Démocratique, le projet l'est à un autre point de vue: il doit favoriser la hausse des salaires, comme aux État-Unis. Enfin, on a dit que la France allait être isolée, que le tarif minimum ne serait pas accepté par les puissances étrangères. Pourquoi le repousseraient-elles? Ni l'Angleterre, ni la Belgique n'ont intérêt aux représailles. L'Italie sait malheureusement ce qu'il en coûte d'entamer une guerre de tarifs. L'Espagne ne peut nous dénier le droit de mettre obstacle au commerce de falsifications, qui, au détriment de sa viticulture elle-même, a fait pénétrer en France, au droit nominal de 2 francs, des alcools qu'elle ne produit pas. Perdrons-nous des sympathies? Certes, non. C'est une illusion de croire qu'on se concilie des affections internationales en sacrifiant ses intérêts économiques. Ce qu'il faut, c'est être fort, c'est être riche; pour cela, il faut des droits protecteurs. On n'est jamais isolé politiquement quand on est fort; on n'est jamais isolé économiquement quand on est riche.

M. Poirrier admettait qu'on put compenser par des droits de douane la surcharge résultant pour le producteur français des impôts intérieurs; il ne concevait pas qu'on prétendit combler par le même procédé la différence des prix de revient en France et à l'étranger:

un tel nivellement était impossible à réaliser. Il contestait que le tarif proposé établit l'égalité dans la protection. L'exemple des pays étrangers le touchait peu; pour que l'argument fût probant, il aurait fallu démontrer que les droits protecteurs avaient enrichi ces pays; la preuve restait à faire. L'orateur examinait ensuite la composition de nos importations et de nos exportations. Comme M. Tirard, il remarquait que nos expertations comprenaient surtout des objet fabriqués, nos importations des matières brutes ou des denrées indispensables à l'industrie et à l'alimentation nationale. On ne devait pas chercher à enrayer de telles importations; on devait redouter d'entraver les exportations d'objets fabriqués, en renonçant au système de traités de commerce.

M. Jules Roche définit de nouveau le but que s'était proposé le gouvernement. Il s'était trouvé en présence d'une volonté indéniable du pays, de revendications non équivoques, qui se justifiaient d'ailleurs et s'expliquaient par les actes des États qui nous environnent. Le gouvernement avait dû en tenir compte. Il n'avait pas d'ailleurs hésité à combattre énergiquement, comme c'était son devoir, les propositions non justifiées et qui auraient tourné contre l'intérêt même du pays et de ceux qui les formulaient. Le ministre regrettait d'avoir trouvé dans le rapport de la commission la vieille théorie de la balance du commerce. Pouvait-on considérer comme une cause de ruine l'excédant des importations? Les matières premières, qui forment plus de la moitié de nos entrées, sont non une cause d'appauvrissement, mais une source de richesses. Le ministre démontrait ensuite, comme il l'avait fait à la Chambre, que les marchandises importées sont d'une nature différente de celles que nous exportons sous le même nom et ne font pas concurrence à ces dernières; que le marché intérieur n'est pas indéfiniment extensible et que par suite le maintien des débouchés extérieurs est la condition essentielle du développement de la production nationale. Il défendait la combinaison du double tarif. Le tarif minimum serait accepté par les puissances. On avait reproché à ce tarif son instabilité. Mais les conventions pourraient le consolider dans une certaine mesure. On stipulerait, par exemple, qu'il ne pourrait être modifié qu'au bout d'un an: de la sorte, les commerçants pourraient conclure leurs marchés avec plus de sécurité. La préoccupation dominante du ministre paraissait être de réserver l'avenir. Il ne se chargeait par de prophétiser et confessait humblement ne pas savoir où l'avenir devait

nous amener. Nul ne pouvait savoir ce qui serait conforme, dans quelques années, à l'intérêt du pays. Il fallait donc réserver sa liberté.

Le Sénat entendit encore M. Fresneau, qui demanda la taxation des matières brutes agricoles. Puis la discussion générale fut close. La discussion des articles dura jusqu'au 29 décembre 1891. Le Sénat avait adopté la plupart des droits votés par la Chambre. Il en rehaussait un certain nombre et rejetait l'exemption des graines oléagineuses exotiques. Le projet dût revenir devant la Chambre, qui maintint plusieurs de ses décisions et notamment la franchise des oléagineux exotiques, qu'elle étendit même, sur la proposition du ministre, au graines de colza et de lin. — Après une série de renvois d'une chambre à l'autre, l'accord se fit. La loi porte la date du 11 janvier 1892.

Dans l'ensemble, ce sont les propositions primitives de la commission des douanes de la Chambre qui sont passées dans la loi. Les droits sont donc plus élevés que dans le tarif de 1881. Le gouvernement a réussi à obtenir l'exemption des matières premières: le ministre du commerce, M. Jules Roche, s'est employé à cette œuvre difficile avec une ténacité, une souplesse de talent et une ingéniosité d'argumentation qui lui font honneur. Mais les agriculteurs ont reçu des compensations au sacrifice qu'on leur a demandé; des encouragements ont été accordés par deux lois du 13 janvier 1892 à la culture du lin et du chanvre, et à la sériciculture.

C'est aussi aux dépens du budget que les Chambres, sur la proposition du gouvernement, ont concilié les prétentions contradictoires des filateurs de coton et des tisseurs d'étoffes mélangées. Les premiers avaient demandé un supplément de protection. Les seconds déclaraient que tout relèvement des droits sur les filés, en faisant renchérir le prix de revient de leurs tissus, les mettrait dans l'impossibilité de lutter contre leurs concurrents sur le marché extérieur. On offrait aux tisseurs l'admission temporaire en franchise des filés nécessaires à la fabrication des étoffes destinées à l'exportation. Ils repoussaient cette faveur, à raison des entraves que les formalités de douane inhérentes au régime de l'admission temporaire, opposent aux opérations du commerce. Le conflit fut enfin réglé comme suit. Les droits sur les filés seraient relevés; mais les tisseurs d'étoffes mélangées de coton dans des proportions déterminées auraient droit, lors de l'exportation de leurs tissus, à un remboursement à forfait des taxes perçues à l'entrée des filés employés dans leur fabrication. Le

remboursement ne porte que sur le 60 % des perceptions de douane correspondant aux quantités de coton importées. Mais la quotité remboursable n'est pas rigoureusement calculée sur le droit afférent au numéro des fils employés. Par exemple, pour les fils des numéros 1 à 49, le remboursement est fait d'après le droit du fil nº 26. Il en résulte que, pour les numéros plus fortement taxés que le nº 26, le remboursement n'atteint pas le taux de 60 %, qu'il peut le dépasser au contraire et même être supérieur aux perceptions, pour les numéros dont le droit est plus faible que celui du nº 26. Ce mode de remboursement à forfait peut donc comporter des primes.

Le législateur de 1881 avait déjà concédé des primes à la marine marchande. En 1884, l'industrie sucrière en avait obtenu à son tour. Le législateur de 1892 a vu dans les primes un moyen commode de concilier les intérêts opposés des diverses branches de la production: il l'a systématisé, en quelque sorte. C'est là un des traits caractéristiques de son œuvre douanière.

En vue de faciliter les négociations commerciales, une loi spéciale du 29 décembre 1891 a autorisé le gouvernement à appliquer en tout ou en partie le tarif minimum aux produits ou marchandises originaires des pays qui bénéficiaient du tarif conventionnel et qui consentiraient de leur côté à appliquer aux marchandises françaises le traitement de la nation la plus favorisée. Un décret du 30 janvier 1892, pris en vertu de cette loi, a prescrit l'application du tarif minimum à partir du 1er février aux marchandises originaires des Royaumes-unis de Suède et Norvège, de la Belgique, de la Suisse, des Pays-Bas et de la Grèce, puissances avec lesquelles une entente provisoire a été établie. Le tarif minimum est également applicable aux puissances qui jouissaient antérieurement du traitement de la nation la plus favorisée, soit en vertu de lois spéciales, comme l'Angleterre, soit en vertu de traités: Allemagne, Autriche-Hongrie, Danemark, Empire Ottoman, Mexique, Pays-Bas, Perse, République dominicaine, République Sud-Africaine, Russie, Serbie. Les produits des autres pays, notamment ceux de l'Italie, de l'Espagne, du Portugal et de la Roumanie, avec lesquels des traités ont existé à diverses époques, sont soumis au tarif général. En ce qui concerne l'Italie, c'est une amélioration à l'état de choses antérieur; la loi du 27 février 1888 qui soumettait ses produits à un régime différentiel, est en effet remplacée par le tarif général.

Se conformant aux intentions du Verein für Socialpolitik,

l'auteur de la présente étude s'est attaché à lui donner un caractère historique et documentaire. Il s'est abstenu de toute discussion doctrinale, se préoccupant avant tout de faire connaître les faits: mouvements de l'opinion, portée pratique des actes législatifs, conséquences indiscutées qu'ils ont produit. A plus forte raison, n'essaiera-t-il pas de présager les résultats du nouveau tarif douanier. Il est relativement facile, dans les jugements que l'on porte sur le passé, de se soustraire à l'influence des doctrines économiques que l'on professe. Il est moins aisé de s'en affranchir dans les conjectures que l'on forme sur les résultats futurs de mesures que l'on a réclamées ou combattues. C'est à cet égard surtout qu'il est prudent de s'en tenir au programme du Verein für Socialpolitik. Cependant il est une observation qu'on ne peut s'empêcher de faire. Le régime économique a une influence certaine sur le développement du commerce extérieur et par contre-coup sur le progrès de la production nationale et de la prospérité du pays. Mais d'autres facteurs sont à considérer dont l'action est autrement puissante. Un pays, comme la France, dans lequel l'ingéniosité des industriels, l'habileté des ouvriers, l'ardeur au travail de toute la population créent des richesses énormes, dans lequel les vertus domestiques, l'esprit d'épargne tenace et patient accumulent des capitaux tels que malgré des crises redoutables et répétées la somme ne cesse de s'en accroître, ne peut pas déchoir du rang qu'il occupe parmi les grandes puissances financières du monde, parceque ses tarifs de douane auront été mal faits, parceque la quotité en aura été fixée à des chiffres trop faibles ou trop élevés. Les impôts intérieurs, l'obligation du service militaire entravent également le développement économique du pays; sa richesse serait assurément plus grande s'il n'avait pas cette lourde charge: il la supporte cependant sans fléchir. Ajoutons que le peuple français a de brusques retours, qui déconcertent parfois l'observateur étranger, trop souvent porté à taxer de légèreté et de mobilité d'esprit ce qui n'est que l'impuissance salutaire de persévérer jusqu'au bout dans l'erreur. Si les tarifs de 1892 provoquent la cherté des denrées alimentaires ou la décroissance des exportations, l'opinion publique, toute puissante en France, saura bien en imposer l'abrogation.

Pierer'sche Hofbuchdruckerei. Stephan Geibel & Co. in Altenburg.